

Bestandsaufnahme zur
Krankenhausplanung und Investitionsfinanzierung
in den Bundesländern

- Stand: März 2017 -

Dezernat II - Krankenhausfinanzierung und -planung

Inhaltsverzeichnis

ABBILDUNGSVERZEICHNIS	III
TABELLENVERZEICHNIS.....	V
1 VORBEMERKUNGEN	1
2 RECHTSGRUNDLAGEN.....	2
2.1 KRANKENHAUSPLANUNG	2
2.2 INVESTITIONSFINANZIERUNG	3
2.2.1 Krankenhausfinanzierungsgesetz	3
2.2.2 Entwicklungsauftrag zur Reform der Investitionsfinanzierung	5
2.2.3 Artikel 14 Gesundheitsstrukturgesetz	11
2.2.4 Aus- und Neubau von Hochschulkliniken.....	13
2.2.5 Strukturfonds	15
2.2.6 Kommunale Beteiligung an der Investitionsfinanzierung	18
2.2.7 Kommunalinvestitionsförderungsfonds.....	20
2.3 LANDESGREMIUM NACH § 90A SGB V	23
3 KRANKENHAUSPLANUNG.....	24
3.1 METHODEN UND GUTACHTEN IN DER KRANKENHAUSPLANUNG	24
3.1.1 Die Hill-Burton-Formel.....	24
3.1.2 Dornier/IGES-Gutachten.....	25
3.1.3 IGSF/Beske-Gutachten.....	25
3.1.4 Rüschemann (GSbG)-Gutachten	26
3.1.5 BASYS/I+G-Gutachten	26
3.1.6 GEBERA-Gutachten.....	26
3.2 ENTWICKLUNG DER KRANKENHAUSLANDSCHAFT IN DEUTSCHLAND	26
3.3 KRANKENHAUSPLANUNG IN DEN BUNDESLÄNDERN	39
3.3.1 Baden-Württemberg	39
3.3.2 Bayern	40
3.3.3 Berlin.....	42
3.3.4 Brandenburg.....	44
3.3.5 Bremen.....	46
3.3.6 Hamburg	47
3.3.7 Hessen	49
3.3.8 Mecklenburg-Vorpommern.....	51
3.3.9 Niedersachsen	52
3.3.10 Nordrhein-Westfalen	53
3.3.11 Rheinland-Pfalz.....	55
3.3.12 Saarland.....	56
3.3.13 Sachsen	58
3.3.14 Sachsen-Anhalt.....	60
3.3.15 Schleswig-Holstein	61
3.3.16 Thüringen.....	63
3.4 WEITERE VORGABEN IM RAHMEN DER KRANKENHAUSPLANUNG BZGL. DER NOTFALLVERSORGUNG, QUALITÄTSKRITERIEN UND -FESTLEGUNGEN, AUSBILDUNGSSTÄTTEN, DER FRÜHREHABILITATION SOWIE TEILSTATIONÄREN LEISTUNGEN	66
3.5 ABGRENZUNG VON VERSORGUNGSSTUFEN IN DEN BUNDESLÄNDERN	72
4 INVESTITIONSFINANZIERUNG	73
4.1 GESAMTENTWICKLUNG UND INVESTITIONSQUOTE	73
4.2 EINZEL- UND PAUSCHALFÖRDERUNG.....	78
4.3 INVESTITIONSFÖRDERUNG IN DEN BUNDESLÄNDERN	80
4.4 VERORDNUNGEN DER BUNDESLÄNDER ZUR PAUSCHALFÖRDERUNG NACH § 9 ABS. 3 KHG BZW. ZUR INVESTITIONSPAUSCHALE.....	90
5 ANHANG	110
5.1 KHG-FÖRDERMITTEL, 1991 BIS 2015 - GESAMT	110
5.2 KHG-FÖRDERMITTEL, 1994 BIS 2015 - PAUSCHALFÖRDERUNG.....	111
5.3 KHG-FÖRDERMITTEL, 1994 BIS 2015 - EINZELFÖRDERUNG.....	112
5.4 VORGABEN ZUR NOTFALLVERSORGUNG INNERHALB DER KRANKENHAUSPLÄNE	113

5.5	VORGABEN ZU QUALITÄTSKRITERIEN UND –FESTLEGUNGEN IN DEN KRANKENHAUSPLÄNEN	116
5.6	VORGABEN ZU AUSBILDUNGSSTÄTTEN IN DEN KRANKENHAUSPLÄNEN	152
5.7	VORGABEN ZUR FRÜHREHABILITATION IN DEN KRANKENHAUSPLÄNEN	154
5.8	VORGABEN ZU TEILSTATIONÄREN EINRICHTUNGEN UND REGELUNGEN ZU TEILSTATIONÄREN LEISTUNGEN IN DEN KRANKENHAUSPLÄNEN.....	156

Abbildungsverzeichnis

ABBILDUNG 3.1: ENTWICKLUNG DER KRANKENHAUS- UND BETTENZAHLEN VON 1991 BIS 2015	27
ABBILDUNG 3.2: ENTWICKLUNG DER BETTENDICHTE VON 1991 BIS 2015.....	28
ABBILDUNG 3.3: ENTWICKLUNG DER BEHANDLUNGSFÄLLE UND BESCHÄFTIGTENZAHLEN VON 1991 BIS 2015	29
ABBILDUNG 3.4: ENTWICKLUNG DER BESCHÄFTIGTENZAHLEN (INDEXIERT, 1991 = 100)	29
ABBILDUNG 3.5: ENTWICKLUNG DER VERWEILDAUER IN TAGEN VON 1991 BIS 2015	30
ABBILDUNG 3.6: KRANKENHÄUSER NACH TRÄGERSCHAFT, ANTEILE IN DEN JAHREN 1991, 2004 UND 2015 .	31
ABBILDUNG 3.7: AUFGESTELLTE BETTEN NACH TRÄGERSCHAFT, ANTEILE IN 2004 UND 2015.....	31
ABBILDUNG 3.8: KRANKENHÄUSER NACH BUNDESLAND UND TRÄGERSCHAFT IM JAHR 2015, IN PROZENT	32
ABBILDUNG 3.9: AUFGESTELLTE BETTEN NACH BUNDESLAND UND TRÄGERSCHAFT IM JAHR 2015, IN PROZENT	33
ABBILDUNG 3.10: KRANKENHAUSPLANUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG	39
ABBILDUNG 3.11: KRANKENHAUSPLANUNG IN BAYERN	41
ABBILDUNG 3.12: KRANKENHAUSPLANUNG IN BERLIN.....	43
ABBILDUNG 3.13: KRANKENHAUSPLANUNG IN BRANDENBURG.....	45
ABBILDUNG 3.14: KRANKENHAUSPLANUNG IN BREMEN.....	47
ABBILDUNG 3.15: KRANKENHAUSPLANUNG IN HAMBURG	48
ABBILDUNG 3.16: KRANKENHAUSPLANUNG IN MECKLENBURG-VORPOMMERN	52
ABBILDUNG 3.17: KRANKENHAUSPLANUNG IN NIEDERSACHSEN	53
ABBILDUNG 3.18: KRANKENHAUSPLANUNG IN NORDRHEIN-WESTFALEN.....	54
ABBILDUNG 3.19: KRANKENHAUSPLANUNG IN RHEINLAND-PFALZ	56
ABBILDUNG 3.20: KRANKENHAUSPLANUNG IN SACHSEN	59
ABBILDUNG 3.21: KRANKENHAUSPLANUNG IN SACHSEN-ANHALT.....	61
ABBILDUNG 3.22: KRANKENHAUSPLANUNG IN SCHLESWIG-HOLSTEIN.....	63
ABBILDUNG 3.23: KRANKENHAUSPLANUNG IN THÜRINGEN.....	65
ABBILDUNG 4.1: ENTWICKLUNG DER NOMINALEN KHG-MITTEL IN MIO. EURO UND IM VERHÄLTNISS ZUM BIP IN PROZENT VON 1991 BIS 2015	74
ABBILDUNG 4.2: ENTWICKLUNG DER KHG-MITTEL, DES BIP UND DER BEREINIGTEN KOSTEN DER KRANKENHÄUSER VON 1991 BIS 2015 (INDEXIERT)	74
ABBILDUNG 4.3: ENTWICKLUNG DER NOMINALEN UND PREISBEREINIGTEN KHG-MITTEL VON 1991 BIS 2015 (INDEXIERT).....	75
ABBILDUNG 4.4: ENTWICKLUNG DER PREISBEREINIGTEN KHG-MITTEL JE FALL, JE KHG-BETT UND JE EINWOHNER (INDEXIERT)	76
ABBILDUNG 4.5: KRANKENHAUS-INVESTITIONSQUOTE UND VOLKSWIRTSCHAFTLICHE INVESTITIONSQUOTE VON 1991 BIS 2015.....	77
ABBILDUNG 4.6: KRANKENHAUS-INVESTITIONSQUOTE DIFFERENZIERT NACH BUNDESLÄNDERN FÜR DIE JAHRE 2014 UND 2015.....	80
ABBILDUNG 4.7: KHG-MITTEL JE KHG-BETT DIFFERENZIERT NACH BUNDESLÄNDERN FÜR DIE JAHRE 2014 UND 2015.....	82

ABBILDUNG 4.8: SUMME DER KHG-MITTEL JE KHG-BETT VON 1991 BIS 2015	83
ABBILDUNG 4.9: KHG-MITTEL JE FALL, JE PLANKRANKENHAUSFALL UND JE CASEMIXPUNKT FÜR DIE JAHRE 2014 UND 2015	84
ABBILDUNG 4.10: KHG-MITTEL 2015 JE EINWOHNER IN EURO ZUM STICHTAG 31.12.2015 MIT UND OHNE BERÜCKSICHTIGUNG DER UMLANDVERSORGUNG	87
ABBILDUNG 4.11: VERTEILUNG DER KHG-FÖRDERMITTEL AUF PAUSCHAL- UND EINZELFÖRDERUNG IN DEN JAHREN 2014 UND 2015	88

Tabellenverzeichnis

TABELLE 2.1: INVESTITIONSZUSCHLÄGE GEMÄß ART. 14 GSG NACH BUNDESLÄNDERN IN EURO.....	13
TABELLE 2.2: VERTEILUNG DER LÄNDERBEZOGENEN ANTEILE AN DEN FÖRDERMITTELN NACH DEM KÖNIG- STEINER SCHLÜSSEL	16
TABELLE 2.3: KOMMUNALE BETEILIGUNG AN DER INVESTITIONSFINANZIERUNG DER KRANKENHÄUSER	18
TABELLE 2.4: FÖRDERUNG VON INVESTITIONEN FINANZSCHWACHER KOMMUNEN UND VORGESEHENE INVESTITIONSVORHABEN NACH LÄNDERN.....	22
TABELLE 3.1: GRUNDDATEN DER KRANKENHÄUSER VON 1991 BIS 2015, DEUTSCHLAND.....	34
TABELLE 3.2: GRUNDDATEN DER KRANKENHÄUSER FÜR DAS JAHR 2015, VERGLEICH DER BUNDESLÄNDER .	36
TABELLE 3.3: KRANKENHÄUSER UND AUFGESTELLTE BETTEN NACH ART DER TRÄGERSCHAFT VON 1991 BIS 2015, DEUTSCHLAND	37
TABELLE 3.4: KRANKENHÄUSER UND AUFGESTELLTE BETTEN NACH ART DER TRÄGERSCHAFT IM JAHR 2015, VERGLEICH DER BUNDESLÄNDER	38
TABELLE 3.5: VORGABEN ZUR NOTFALLVERSORGUNG SOWIE ZU QUALITÄTSKRITERIEN UND –FEST- LEGUNGEN	66
TABELLE 3.6: VORGABEN ZU AUSBILDUNGSSTÄTTEN, DER FRÜHREHABILITATION UND TEILSTATIONÄREN LEISTUNGEN	69
TABELLE 3.7: VERSORGUNGSSTUFEN DER BUNDESLÄNDER	72
TABELLE 4.1: KHG-FÖRDERMITTEL GESAMT IN MIO. EURO	73
TABELLE 4.2: BETTENAUSSTATTUNG UND FALLZAHL IM JAHR 2015 NACH KRANKENHAUSTYP	77
TABELLE 4.3: KHG-EINZELFÖRDERUNG IN MIO. EURO	78
TABELLE 4.4: KHG-PAUSCHALFÖRDERUNG IN MIO. EURO	79
TABELLE 5.1: KHG-FÖRDERMITTEL INSGESAMT IN MIO. EURO – IN JEWEILIGEN PREISEN.....	110
TABELLE 5.2: KHG-PAUSCHALFÖRDERUNG IN MIO. EURO – IN JEWEILIGEN PREISEN.....	111
TABELLE 5.3: KHG-EINZELFÖRDERUNG IN MIO. EURO – IN JEWEILIGEN PREISEN.....	112
TABELLE 5.4: VORGABEN ZUR NOTFALLVERSORGUNG INNERHALB DER KRANKENHAUSPLÄNE	113
TABELLE 5.5: VORGABEN ZU QUALITÄTSKRITERIEN UND –FESTLEGUNGEN IN DER KRANKENHAUSPLANUNG	116
TABELLE 5.6: VORGABEN ZU AUSBILDUNGSSTÄTTEN IN DEN KRANKENHAUSPLÄNEN	152
TABELLE 5.7: VORGABEN ZUR FRÜHREHABILITATION IN DEN KRANKENHAUSPLÄNEN	154
TABELLE 5.8: VORGABEN ZU TEILSTATIONÄREN EINRICHTUNGEN UND REGELUNGEN ZU TEILSTATIONÄREN LEISTUNGEN IN DEN KRANKENHAUSPLÄNEN	156

RÜCKFRAGEN/ANMERKUNGEN:

DEUTSCHE KRANKENHAUSGESELLSCHAFT E.V.
DEZERNAT II – KH-FINANZIERUNG/PLANUNG
TEL. 030 – 39801-1211

1 Vorbemerkungen

Die vorliegende Bestandsaufnahme gibt einen umfassenden Überblick über den derzeitigen Stand der Krankenhausplanung und der Investitionsfinanzierung in den Bundesländern. Dargestellt werden neben den Rechtsgrundlagen der Krankenhausplanung und Investitionsfinanzierung insbesondere die der Krankenhausplanung in den einzelnen Bundesländern zu Grunde liegenden Verfahren und Methoden sowie die unterschiedlichen Entwicklungen der Investitionsförderung in den Bundesländern seit Anfang der 1990er Jahre bis zum Jahr 2015. Von einem bewertenden Vergleich der Aktivitäten der einzelnen Bundesländer auf dem Gebiet der Krankenhausplanung und Investitionsförderung wurde wie in den Vorjahren abgesehen.

In die Überarbeitung dieser Bestandsaufnahme sind neben neu herausgegebenen bzw. fortgeschriebenen Krankenhausplänen die aktuellen Verordnungen der Bundesländer zur Pauschalförderung nach § 9 Abs. 3 KHG eingeflossen (Stand: März 2017). Darüber hinaus wurden die aktuellen Zahlen zur Entwicklung der KHG-Investitionsfördermittel bis einschließlich 2015 und die im Januar 2017 zur Verfügung stehenden Daten des Statistischen Bundesamtes berücksichtigt, die insbesondere eine vertiefende Betrachtung des Jahres 2015 erlauben. Die Angaben zu den KHG-Investitionsfördermitteln basieren auf den Ergebnissen einer Umfrage, die das niedersächsische Sozialministerium im Auftrag der Arbeitsgruppe Krankenhauswesen der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesgesundheitsbehörden (AOLG) durchgeführt hat. Ergänzt wurden die Daten der AOLG ggfs. um erläuternde Hinweise der Landeskrankenhausesellschaften.

Bei der Interpretation der KHG-Fördermitteldaten ist zu beachten, dass die Angaben auf den jeweiligen, öffentlich zugänglichen, jährlichen Haushaltsansätzen der Länder (ohne Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre) basieren und bei kreditfinanzierter Förderung nur die Annuitäten - nicht aber den gesamten Gesamtförderbetrag - enthalten. Grundsätzlich nicht berücksichtigt wurden in der Umfrage die Investitionsmittel der Hochschulkliniken, die Investitionsmittel der Vertragskrankenhäuser, die Eigenmittel der Plankrankenhäuser sowie die Mittel zur Restfinanzierung noch nicht ausfinanzierter Maßnahmen.

In enger Zusammenarbeit mit den Landeskrankenhausesellschaften wird die Geschäftsstelle der Deutschen Krankenhausgesellschaft die Übersicht zur Krankenhausplanung und Investitionsfinanzierung auch in Zukunft regelmäßig aktualisieren.

2 Rechtsgrundlagen

2.1 Krankenhausplanung

Zur Gewährleistung einer bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen, eigenverantwortlich wirtschaftenden Krankenhäusern verpflichtet das Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) die Bundesländer, Krankenhauspläne aufzustellen (§ 6 KHG). Hat ein Krankenhaus auch für die Versorgung der Bevölkerung anderer Länder wesentliche Bedeutung, so ist die Krankenhausplanung zwischen den beteiligten Ländern abzustimmen.

Die Aufnahme oder Nichtaufnahme eines Krankenhauses in den Krankenhausplan wird durch Bescheid, gegen den der Verwaltungsrechtsweg gegeben ist, festgestellt. Ein Anspruch auf Aufnahme in den Krankenhausplan besteht nicht. Bei notwendiger Auswahl zwischen mehreren Krankenhäusern entscheidet die zuständige Landesbehörde unter Berücksichtigung der öffentlichen Interessen und der Vielfalt der Krankenhausträger nach pflichtgemäßem Ermessen, welches Krankenhaus den Zielen der Krankenhausplanung des Landes am besten gerecht wird (§ 8 KHG). Im Gegensatz zu den Feststellungsbescheiden, besitzen die Krankenhauspläne keine verbindliche Rechtswirkung.

Insbesondere mit dem Ziel, die Krankenhäuser von Pflegefällen zu entlasten und dadurch entbehrlich werdende Teile eines Krankenhauses nahtlos in wirtschaftlich selbständige ambulante oder stationäre Pflegeeinrichtungen umzuwidmen, haben die Länder ihre Krankenhausplanung auf die pflegerischen Leistungserfordernisse nach dem Elften Buch des Sozialgesetzbuches (SGB XI) abzustimmen.

Näheres zu Form und Inhalt der Krankenhauspläne bestimmen die Krankenhausgesetze der Länder.

Als Zweck des KHG wurde mit dem zum 01.01.2016 in Kraft getretenen Krankenhausstrukturgesetz (KHSG) in § 1 Absatz 1 KHG zusätzlich aufgenommen, dass eine qualitativ hochwertige, patienten- und bedarfsgerechte Versorgung erreicht werden soll. Damit wurde ein zusätzliches Zielkriterium für krankenhauserplanerische Entscheidungen der Länder eingeführt.

Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) wird mit § 136 c Absatz 1 SGB V beauftragt, erstmals bis zum 31.12.2016 planungsrelevante Qualitätsindikatoren zur Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität zu beschließen. Diese planungsrelevanten Indikatoren sollen als rechtssichere Grundlage für krankenhauserplanerische Entscheidungen der Länder dienen. Diesbezüglich hat der G-BA den Ländern zu den planungsrelevanten Qualitätsindikatoren regelmäßig einrichtungsbezogene Ergebnisse der externen stationären Qualitätssicherung sowie Maßstäbe und Bewertungskriterien zur Beurteilung der Qualitätsergebnisse der Krankenhäuser zu übermitteln. Um dies zu ermöglichen, haben die Krankenhäuser für diese Indikatoren quartalsweise Daten der einrichtungsübergreifenden Qualitätssicherung an das zum Jahresbeginn 2015 gegründete Institut für Qualitätssicherung und Transparenz im Gesundheitswesen (IQTIG) zu übersenden. Das Ziel ist dabei, für die planungsrelevanten Indikatoren das Auswertungsverfahren der externen stationären Qualitätssicherung einschließlich des strukturierten Dialogs um sechs Monate zu verkürzen.

Plankrankenhäuser, die nicht nur vorübergehend eine in einem erheblichen Maß unzureichende Qualität bei den planungsrelevanten Qualitätsindikatoren aufweisen oder für die höchstens drei Jahre in Folge Qualitätsabschläge erhoben wurden, sind durch Aufhebung des Feststellungsbescheids ganz oder teilweise aus dem Krankenhausplan herauszunehmen (§ 8 Absatz 1 b KHG). Zugleich darf das Land Krankenhäuser nicht in den Plan aufnehmen, die dementsprechend ein unzureichendes Qualitätsniveau aufweisen (§ 8 Absatz 1 a KHG).

Die Trägervielfalt nach § 8 Absatz 2 KHG ist bei krankenhauserplanerischen Entscheidungen zukünftig nur dann ausschlaggebend, wenn die Qualität der erbrachten Leistungen gleichwertig ist.

Die Empfehlungen des G-BA zu den planungsrelevanten Qualitätsindikatoren sind nach § 6 Absatz 1 a KHG grundsätzlich Bestandteil des Krankenhausplanes. Das Land kann von diesen Vorgaben abweichen, indem es landesrechtlich gesonderte Qualitätsvorgaben macht oder durch Landesrecht die Geltung der planungsrelevanten Indikatoren einschränkt oder gänzlich ausschließt (§ 6 Absatz 1 a Satz 2 KHG).

Der G-BA hat zum 15.12.2016 einen ersten Beschluss über eine Richtlinie zu planungsrelevanten Qualitätsindikatoren gefasst. Bei den beschlossenen Qualitätsindikatoren handelt es sich um drei aus dem Leistungsbereich Gynäkologische Operationen, fünf des Leistungsbereiches Geburtshilfe sowie drei aus dem Leistungsbereich Mammachirurgie.

2.2 Investitionsfinanzierung

2.2.1 Krankenhausfinanzierungsgesetz

Auf der Bundesebene ist das Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) die bedeutendste rechtliche Grundlage für die Krankenhausfinanzierung und die Krankenhausplanung. Mit der Verabschiedung des KHG im Jahr 1972 wurde die duale Finanzierung, also die Investitionsfinanzierung als Aufgabe der öffentlichen Hand und die Finanzierung der Betriebskosten über die Krankenkassen, eingeführt.

Der Zweck des KHG ist die wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser, um eine qualitativ hochwertige, patienten- und bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen, qualitativ hochwertig und eigenverantwortlich wirtschaftenden Krankenhäusern zu gewährleisten und zu sozial tragbaren Pflegesätzen beizutragen (§ 1 Abs. 1 KHG).

Durch das Krankenhausfinanzierungsgesetz soll außerdem die Vielfalt der Krankenhausträger und damit das Bestehen öffentlicher, freigemeinnütziger und auch privater Krankenhäuser gefördert werden. Die Rechtsform eines Krankenhauses soll keinen Ausschlag bei der Verteilung von Fördermitteln geben.

Das Krankenhausfinanzierungsgesetz bietet nur einen Rahmen für die Krankenhausplanung und -finanzierung, der durch die individuellen Krankenhausgesetze der Bundesländer erweitert und mit Inhalt gefüllt wird. Dies kann u. a. als Folge der dualen Krankenhausfinanzierung, aber auch des föderalistischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, gesehen werden.

Unter Investitionskosten versteht das KHG

- a) die Kosten der Errichtung (Neubau, Umbau, Erweiterungsbau) von Krankenhäusern und der Anschaffung der zum Krankenhaus gehörenden Wirtschaftsgüter, ausgenommen der zum Verbrauch bestimmten Güter (Verbrauchsgüter),
- b) die Kosten der Wiederbeschaffung der Güter des zum Krankenhaus gehörenden Anlagevermögens (Anlagegüter).

Zu den Investitionskosten gehören nicht die Kosten des Grundstücks, des Grundstückserwerbs, der Grundstückerschließung sowie ihre Finanzierung sowie die Finanzierung der Telematikinfrastruktur gemäß § 291a Abs. 7 SGB V (§ 2 Abs. 2 KHG).

Die Investitionsfinanzierung ist wie die Krankenhausplanung auf Bundesebene in § 6 Abs. 1 KHG geregelt. Jedes Bundesland hat danach einen Investitionsplan aufzustellen. Die Investitionsförderung teilt sich in zwei Bereiche, in die Einzelförderung und in die Pauschalförderung, auf.

Nach § 8 Abs. 1 KHG besitzen ausschließlich die Krankenhäuser einen Anspruch auf Förderung, die im Krankenhausplan des jeweiligen Bundeslandes und bei Investitionen nach § 9 Abs. 1 Nr. 1 KHG in das Investitionsprogramm aufgenommen sind. Die zuständige Landesbehörde und der Krankenhausträger können für ein Investitionsvorhaben nach § 9 Abs. 1 KHG eine nur teilweise Förderung mit Restfinanzierung durch den Krankenhausträger vereinbaren. Die Grundsätze der Investitionsförderung des KHG gelten gemäß § 8 Abs. 3 KHG grundsätzlich auch für die in § 2 Nr. 1 a KHG genannten Ausbildungsstätten.

➤ **Einzelförderung**

Nach § 9 Abs. 1 und 2 KHG fördern die Länder auf Antrag des Krankenhausträgers entstehende Investitionskosten, insbesondere

1. für die Errichtung von Krankenhäusern einschließlich der Erstausrüstung mit den für den Krankenhausbetrieb notwendigen Anlagegütern,
2. für die Wiederbeschaffung von Anlagegütern mit einer durchschnittlichen Nutzungsdauer von mehr als drei Jahren.

Die Länder bewilligen auf Antrag des Krankenhausträgers ferner Fördermittel

1. für die Nutzung von Anlagegütern, soweit sie mit Zustimmung der zuständigen Landesbehörde erfolgt,
2. für Anlaufkosten, für Umstellungskosten bei innerbetrieblichen Änderungen sowie für Erwerb, Erschließung, Miete und Pacht von Grundstücken, soweit ohne die Förderung die Aufnahme oder Fortführung des Krankenhausbetriebs gefährdet wäre,

3. für Lasten aus Darlehen, die vor der Aufnahme des Krankenhauses in den Krankenhausplan für förderungsfähige Investitionskosten aufgenommen worden sind,
4. als Ausgleich für die Abnutzung von Anlagegütern, soweit sie mit Eigenmitteln des Krankenhausträgers beschafft worden sind und bei Beginn der Förderung nach diesem Gesetz vorhanden waren,
5. zur Erleichterung der Schließung von Krankenhäusern,
6. zur Umstellung von Krankenhäusern oder Krankenhausabteilungen auf andere Aufgaben, insbesondere zu ihrer Umwidmung in Pflegeeinrichtungen oder selbständige, organisatorisch und wirtschaftlich vom Krankenhaus getrennte Pflegeabteilungen.

Die weiteren Einzelheiten zur Einzelförderung sind nach § 11 KHG in den jeweiligen Landeskrankenhausgesetzen geregelt.

➤ **Pauschalförderung**

Laut § 9 Abs. 3 KHG fördern die Länder die Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter sowie kleine bauliche Maßnahmen durch feste jährliche Pauschalbeträge, mit denen das Krankenhaus im Rahmen der Zweckbindung der Fördermittel frei wirtschaften kann; § 10 KHG bleibt unberührt. Die Pauschalbeträge sollen nicht ausschließlich nach der Zahl der in den Krankenhausplan aufgenommenen Betten bemessen werden. Sie sind in regelmäßigen Abständen an die Kostenentwicklung anzupassen.

Die weiteren Einzelheiten zur Pauschalförderung sind nach § 11 KHG in den jeweiligen Landeskrankenhausgesetzen geregelt und werden durch landesspezifische Verordnungen der zuständigen Landesbehörde in bestimmten Abständen ergänzt bzw. korrigiert. Einen Überblick über die Verordnungen der Bundesländer zur Pauschalförderung ist Kapitel 4.4 zu entnehmen.

2.2.2 Entwicklungsauftrag zur Reform der Investitionsfinanzierung

Infolge des im März 2009 verabschiedeten Krankenhausfinanzierungsreformgesetzes (KHRG) soll für Krankenhäuser, die in den Krankenhausplan eines Landes aufgenommen sind und Entgelte nach § 17b erhalten, eine Investitionsförderung durch leistungsorientierte Investitionspauschalen ab dem 1. Januar 2012, für psychiatrische und psychosomatische Einrichtungen nach § 17d Abs. 1 Satz 1, die in den Krankenhausplan eines Landes aufgenommen sind, ab dem 1. Januar 2014 ermöglicht werden. Das Recht der Länder, eigenständig zwischen der Förderung durch leistungsorientierte Investitionspauschalen und der Einzelförderung von Investitionen einschließlich der Pauschalförderung kurzfristiger Anlagegüter zu entscheiden, bleibt unberührt.

Gemäß § 10 Abs. 1 KHG waren zu diesem Zweck bis zum 31. Dezember 2009 Grundsätze und Kriterien für die Ermittlung eines Investitionsfallwertes auf Landesebene zu entwickeln. Die Investitionsfinanzierung der Hochschulkliniken sollte dabei berücksichtigt und die näheren Einzelheiten des Verfahrens von Bund und Ländern festgelegt werden.

Darüber hinaus wurden die Selbstverwaltungsparteien auf der Bundesebene mit dem KHRG bzw. gemäß § 10 Abs. 2 KHG beauftragt, bis zum 31. Dezember 2009 die Grundstrukturen für Investitionsbewertungsrelationen und das Verfahren zu ihrer Ermittlung, insbesondere zur Kalkulation in einer sachgerechten Auswahl von Krankenhäusern, zu vereinbaren. In den Investitionsbewertungsrelationen ist der Investitionsbedarf für die voll- und teilstationären Leistungen pauschaliert abzubilden; der Differenzierungsgrad soll praktikabel sein. Außerdem sieht das Gesetz eine Beauftragung des Instituts für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK) vor, bis zum 31. Dezember 2010 für das DRG-Vergütungssystem und bis zum 31. Dezember 2012 für Einrichtungen nach § 17d Abs. 1 Satz 1 bundeseinheitliche Investitionsbewertungsrelationen zu entwickeln und zu kalkulieren.

Mit dem Abschluss der „Vereinbarung gemäß § 10 Abs. 2 KHG über die Grundstrukturen für Investitionsbewertungsrelationen und das Verfahren zu ihrer Ermittlung“ haben die DKG, der GKV-Spitzenverband und der Verband der privaten Krankenversicherungen dem InEK den Auftrag zur Entwicklung und Kalkulation der bundeseinheitlichen Investitionsbewertungsrelationen erteilt. Der erste Entwurf des Kalkulationshandbuchs wurde den Selbstverwaltungspartnern im Herbst 2010 durch das InEK vorgelegt. Auf Basis dieses Entwurfs wurde in 2011 ein erster Prä-Test durchgeführt. Diesen von den Selbstverwaltungspartnern als dringend notwendig angesehenen Vorlauf hatte der Gesetzgeber in der im KHRG vorgegebenen Zeitleiste jedoch nicht eingeplant, so dass sich die erstmalige Kalkulation bundeseinheitlicher Investitionsbewertungsrelationen für den Bereich des DRG-Vergütungssystems verzögerte.

Die aus dem Prä-Test gewonnenen Erkenntnisse fanden über eine Anpassung des Kalkulationshandbuchs im ersten Quartal 2012 Berücksichtigung. Die Selbstverwaltungspartner stimmten der Vereinbarung des „Handbuchs zur Kalkulation von Investitionskosten (Version 1.0)“ schließlich im März 2012 zu. Nach einer Probekalkulation in einem erweiterten Teilnehmerkreis im Jahr 2012 wurden die Investitionsbewertungsrelationen erstmalig im Jahr 2013 kalkuliert und zuletzt im April 2016 veröffentlicht. Im Mittelpunkt der Kalkulation steht die Erfassung des jährlichen Investitionsbedarfs der Krankenhäuser. Dieser stellt unabhängig von der Herkunft der Mittel die Grundlage für die Kalkulation der Investitionsbewertungsrelationen dar.

Kalkulationsmerkmale

- Zur Ermittlung des Investitionsbedarfs im Sinne des § 10 Abs. 2 KHG wird ausschließlich auf den laufenden, jährlichen Investitionsbedarf der Krankenhäuser abgestellt. Der investive Nachholbedarf der Krankenhäuser („Investitionsstau“) wird bei der Ermittlung des Investitionsbedarfs nicht berücksichtigt, da dieser weder Gegenstand des gesetzlichen Entwicklungsauftrages ist, noch im Rahmen der Kalkulation der Investitionsbewertungsrelationen sachgerecht berücksichtigt werden kann.
- Für die Kalkulation werden Ist-Kosten realisierter Investitionsmaßnahmen herangezogen. Eine Berücksichtigung geplanter oder „gewünschter“ Vorhaben erfolgt nicht.
- In der Praxis findet eine vollständige Förderung von Investitionsvorhaben trotz des rechtlichen Anspruchs der Krankenhäuser nur noch in Ausnahmefällen statt. Üblich ist vielmehr die Übernahme eines prozentualen Anteils des beantragten Fördervolumens durch das Land, oder eine Fest- bzw. Höchstbetragsförderung, so dass die Krankenhausträger im Regelfall neben der öffentlichen

Förderung noch weitere Finanzierungsquellen nutzen müssen. Für die Ermittlung des Investitionsbedarfs spielt die Herkunft der Investitionsmittel (Zuwendungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand, Eigenmittel, Zuwendungen Dritter oder Fördermittel nach KHG) jedoch keine Rolle. Die Ermittlung des Investitionsbedarfs im Sinne des § 10 Abs. 2 KHG soll deshalb unabhängig von der Herkunft der Investitionsmittel erfolgen.

- Erfasst werden sollen einzig Anschaffungs- und Herstellungskosten für die vorhandenen Anlagegüter mit einem Anschaffungsdatum nicht älter als sieben Jahre zum Zeitpunkt der Kalkulation. Dieser Kalkulationszeitraum stellt einen Kompromiss zwischen Aktualität der Investitionskosten und zur Verfügung stehender Datenbreite dar.
- Die Ableitung des laufenden, jährlichen Investitionsbedarfs aus den Ist-Kosten erfolgt, indem für jedes Anlagegut dessen spezifische wirtschaftliche Nutzungsdauer (z. B. entsprechend den AfA-Tabellen) angesetzt wird. Neben den Ist-Kosten, welche aus der Anlagenbuchhaltung, Bauausgabebüchern und weiteren die Baumaßnahmen beschreibenden Dokumentationen ermittelt werden können, kann das InEK bei Bedarf ergänzend normative Bewertungsansätze als zusätzliche Datenquellen für die Ermittlung des Investitionsbedarfs und zur Berücksichtigung des medizinisch-technischen Fortschritts einbeziehen.
- Für die fallbezogene Kalkulation der Investitionsbewertungsrelationen sieht die Vereinbarung einen modularen Ansatz vor, welcher das Krankenhaus nach Anlagenkonten (Art der Ausstattung) und Leistungsbereichen (Leistungsort) differenziert in Module untergliedert. Dies ermöglicht die Beschreibung standardisierter Ausschnitte des Krankenhauses mit ähnlicher Anlagenausstattung. Für den DRG-Entgeltbereich konnten vom InEK insgesamt 188 und für den PEPP-Entgeltbereich 71 relevante Module für die Kalkulation identifiziert werden. Ziel bei der Kalkulation ist es, dass für jedes Modul mindestens drei Kostenwerte vorliegen, um bei der Kostenermittlung zu starke Prägungen durch strukturelle Gegebenheiten eines einzelnen Krankenhauses zu vermeiden.
- Der Ausweis der vom InEK zu kalkulierenden Investitionsbewertungsrelationen erfolgt anhand des DRG-Fallpauschalen-Kataloges. Von der Möglichkeit gemäß § 3 Abs. 3 der Vereinbarung gemäß § 10 Abs. 2 KHG eine sachgerechte Differenzierung von bis zu 30 weiteren Fallgruppen im ersten Jahr der Anwendung vorzunehmen, wurde auch im aktuellen Katalog kein Gebrauch gemacht, sodass es zu keiner Veränderung am DRG-Fallpauschalen-Katalog kommt.
- Für Universitätskliniken ist zudem eine separate Bewertung der Investitionsbewertungsrelationen vorgesehen. Umgesetzt werden konnte dies im Jahr 2016 noch nicht, da die Gesamtzahl der Häuser mit erfolgter Datenlieferung mit 43 sowie die Zahl der Universitätskliniken mit vier Teilnehmern keine getrennte Datenauswertung zuließ.

Bezugsgröße

Neben dem Katalog wird zudem die Bezugsgröße durch das InEK veröffentlicht, mit der die Bewertungsrelationen aus den Investitionskosten pro Fall berechnet werden. Die Bezugsgröße spiegelt die mittleren Investitionskosten pro Fall wieder und gibt somit einen Anhaltspunkt dafür, wieviel Investitionsmittel für ein Haus, ein Bundesland oder insgesamt in Deutschland notwendig wären, um den jährlichen bestands-erhaltenden Investitionsbedarf zu decken. Berechnet werden diese mittleren Investi-

tionskosten je Entgelt auf Basis der Fallmenge, die für die Berechnung der DRG-Fallpauschalen verwendet wurde. Enthalten sind somit vollstationäre Fälle in Haupt- und Belegabteilungen sowie Fälle der unbewerteten DRGs der Anlage 3a. Nicht enthalten sind teilstationäre Fälle, rein vorstationäre Fälle und Begleitpersonen. Die vom InEK veröffentlichte Bezugsgröße 2016 als mittlere Investitionskosten je Fall beträgt 318,78 € für den Katalog 2016 (2015: 313,07 €).

Darstellung des jährlichen bestandserhaltenden Investitionsbedarfs

Mit der Veröffentlichung der Investitionsbewertungsrelationen 2016 kann eine Abschätzung des bestandserhaltenden Investitionsbedarfs auf Basis der relevanten DRG-Fallmenge aus dem Jahr 2014 sowie dem Katalog 2016 erfolgen. Zur Ermittlung des bestandserhaltenden Investitionsbedarfs ist das Leistungsgeschehen in den Universitätskliniken nicht mit berücksichtigt worden, da sich die Förderung der Universitätskliniken aus den landesrechtlichen Vorschriften für den Hochschulbau und nicht dem KHG ergibt. Eine Ermittlung der Investitionsbewertungsrelationen für den PEPP-Entgeltbereich war aufgrund der unzureichenden Datenlage erneut nicht möglich. Wie im Vorjahr liegen für ca. 2/3 der benötigten Module im PEPP-Entgeltbereich keine Kostenwerte vor, die den gestellten Anforderungen an die Kalkulationsdatenbasis entsprochen hätten. Aus diesem Grund wurde – analog zum DRG-Bereich – eine Bewertung des Leistungsgeschehens in der Psychiatrie vorgenommen, um das Investitionskostenvolumen für den BPfIV-Bereich abzuschätzen.

Zur Berechnung des bestandserhaltenden Investitionsbedarfs wurden zunächst die relevanten Fallzahlen aus den Grunddaten der Krankenhäuser des Statistischen Bundesamtes ermittelt.¹ Dazu wurde die Anzahl der Behandlungsfälle in Universitätskliniken (1,84 Mio.) von der Gesamtfallzahl (19,15 Mio.: DRG + BPfIV) abgezogen.² Daraus ergibt sich eine Gesamtfallzahl (DRG + BPfIV) ohne Universitätskliniken in Höhe von 17,31 Mio. Im Anschluss daran wurde der prozentuale Anteil der Fälle der Universitätskliniken an der Gesamtfallzahl (DRG + BPfIV) ermittelt (9,59 %). Im zweiten Schritt wurden die Belegungstage und Fallzahlen des BPfIV-Bereiches (mit Universitätskliniken) um den ermittelten Anteil der Universitätskliniken am Leistungsgeschehen (9,59 %) reduziert.³ Daraus ergeben sich die Werte für den BPfIV-Bereich ohne Universitätskliniken. Zur Ermittlung der DRG-Fallzahl (ohne BPfIV, ohne Uni) wurde, die um den Anteil der Universitätskliniken bereinigte BPfIV-Fallzahl von der Gesamtfallzahl (17,31 Mio.: DRG + BPfIV) ohne Unikliniken abgezogen.

Folgende Fallzahlen wurden der Berechnung zugrunde gelegt:

DRG-Fälle (ohne Uni, ohne BPfIV) 2014:	16.433.067
BPfIV-Fälle (ohne Uni) 2014 (Inv. Bwr: 1,8 pro BPfIV-Fall):	879.086
Summe Inv.-Case-Mix:	18.015.421

Weiterhin wurde eine Abschätzung des Investitionskostenvolumens pro BPfIV-Fall vorgenommen. Dazu wurde für einen BPfIV-Fall eine Investitionsbewertungsrelation von 1,8 angenommen. Was auch der Bewertung der Förderverordnung des Landes Berlin entspricht.

¹ Vgl. Statistisches Bundesamt 2014: Fachserie 12 Reihe 6.1 „Grunddaten der Krankenhäuser“.

² Vgl. Statistisches Bundesamt 2014: Fachserie 12 Reihe 6.1 Gliederungsnummer 2.2.1.

³ Vgl. Statistisches Bundesamt 2014: Fachserie 12 Reihe 6.1 Gliederungsnummer 2.2.3.

Die Berechnung des bestandserhaltenden Investitionsbedarfs ergibt sich dann aus der Multiplikation der Fallzahl mit der Bezugsgröße ergänzt um den BPfIV-Bereich. Da die Fallmenge und Kostenwerte auf Basis von Falldaten aus dem Jahr 2014 berechnet wurde, sind Fallzahlsteigerungen sowie Änderungen bei Sachkosten zur Ermittlung des Investitionskostenvolumens für das Jahr 2016 nicht sachgerecht abgebildet. Aus diesem Grund wurden zur Abschätzung des Investitionsbedarfs die Fallzahlsteigerungen für das Jahr 2015 und 2016 mit jeweils 1 % angenommen. Zudem wurde die Veränderung des Baupreisindex für gewerbliche Betriebsgebäude im Jahr 2014 mit 0,92 % und zum Jahr 2015 mit 2,6 % auf Basis der Daten des Statistischen Bundesamtes ermittelt.⁴

	Investitionsbedarf in Mrd. €
2014 (Datenjahr)	5,74
2015 (Datenjahr + Fallzahlsteigerung + Baupreisindex)	5,85
2016 (+ 2*Fallzahlsteigerung + Baupreisindex)	6,01

Auf Bundesebene ergibt sich unter Einbeziehung der oben genannten Fallzahlsteigerungen und des Baupreisindex ein bestandserhaltender Investitionsbedarf für das Jahr 2016 in Höhe von 6,01 Mrd. €. Noch nicht berücksichtigt sind bei den vorangestellten Berechnungen der jährliche Investitionsbedarf für:

- Universitätsklinik (Lehre und Forschung) sowie,
- Ausbildungsstätten.

Stellt man dem ermittelten Investitionsbedarf für 2016 (6,01 Mrd. €) die tatsächlich geleisteten KHG-Förderungen gegenüber, ergibt sich eine Differenz von über 50 Prozent.

Kalkulationsergebnisse

Insgesamt haben 43 Krankenhäuser erfolgreich an der Kalkulation des Kataloges der Investitionsbewertungsrelationen 2016 teilgenommen. Bei der Kalkulation im letzten Jahr waren es 44 Krankenhäuser.

Differenziert nach Trägerschaft ergibt sich folgende Verteilung:

Träger	KH 2016	2015
Frei-gemeinnützig	20	23
Öffentlich	23	21
davon Universitätskliniken	4	4
Privat	0	0

⁴ <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/Konjunkturindikatoren/Preise/bpr110.html>. Zur Berechnung wurde jeweils die Veränderung des Index zum IV. Quartal 2015 bzw. IV. Quartal 2014 mit dem I. Quartal 2014 in Bezug gesetzt.

Für die Kalkulation des Kataloges 2016 und 2015 ist die Vorgehensweise bei der Datenzusammenstellung in den Krankenhäusern, Datenprüfung und Erstellung der Kalkulationsbasis im InEK, der Berechnung der Bezugsgröße und der Bewertung der Zusatzentgelte identisch.

Im Katalog 2014 wurden die Investitionsbewertungsrelationen bei bundesweit bewerteten vollstationären Leistungen noch je Fall ausgewiesen. In 2015 und 2016 hingegen erfolgte eine Änderung dahingehend, dass für alle bewerteten vollstationären Leistungen Investitionsbewertungsrelationen sowohl je Fall, als auch je Berechnungstag ausgewiesen werden. Die effektive Bewertungsrelation ist individuell für jeden einzelnen vollstationären Fall wie folgt zu ermitteln:

Einmal Bewertungsrelation/Fall (Spalte 5) und n-mal (n = Anzahl Verweildauertage) Bewertungsrelation/Tag (Spalte 6). Ursache für diese Anpassung im Katalog 2015 war der Hinweis zu ggf. suboptimaler Verteilung von Investitionsmitteln bei Häusern mit eher kurzer Verweildauer. Bei nur einer Bewertungsrelation pro Fall würden Häuser mit tendenziell höherem Anteil an Kurzliegern Häusern mit höherem Anteil an Langliegern gleichgestellt, was eine systematische Benachteiligung von Häusern mit tendenziell schwereren Verläufen ergeben würde.

Bei unbewerteten vollstationären Leistungen der Anlage 3a des Fallpauschalenkataloges sind die Bewertungsrelationen unverändert, sowohl je Fall als auch je Berechnungstag ausgewiesen. Teilstationäre Leistungen werden im Katalog der Investitionsbewertungsrelationen, unabhängig davon, ob sie bundesweit bewertet oder nicht bewertet werden konnten, mit einer Bewertungsrelation je Tag abgebildet. Anbei einige Beispiele:

Zuordnung	DRG	Partition	Bezeichnung	Bewertungsrelation/Fall	Bewertungsrelation/Tag
Anlage 1 (bewertet vollstationär)	A01C	O	Lebertransplantation ohne kombinierte Dünndarmtransplantation, ohne Beatmung > 59 Stunden, ohne Transplantatabstoßung, ohne kombinierte Nierentransplantation, Alter > 5 Jahre	2,876	0,082
Anlage 3a (unbewertet vollstationär)	B11Z	O	Frührehabilitation mit bestimmter OR-Prozedur	1,869	0,063
Anlage 3b (unbewertet teilstationär)	L90A	M	Niereninsuffizienz, teilstationär, Alter < 15 Jahre		0,178
Anlage 1 (bewertet vollstationär)	L90C	M	Niereninsuffizienz, teilstationär, Alter > 14 Jahre ohne Peritonealdialyse		0,090

Sofern für die Leistungserbringung eine spezifische Anlagenausstattung notwendig ist, wurden vom InEK ebenfalls die Leistungen der Zusatzentgelte in die Kalkulation mit einbezogen. Die Vorgehensweise erfolgte dabei analog zur Berechnung der voll- bzw. teilstationären Entgelte. Wie im Vorjahr wurden Dialyseleistungen bewertet, zusätzlich konnten noch weitere intensivmedizinische Techniken (z. B. Extrakorporale Membranoxygenierung ECMO) umgesetzt werden.

Im DRG-Entgeltbereich liegt 2016 eine weitgehend vollständige Datenbasis zugrunde. Eine Einschränkung besteht unverändert für die Basis-Kostenstelle 30, die den umfangreichen, heterogenen und individuell strukturierten patientenfernen Bereich

der Krankenhäuser umfasst. Derzeit konnte nur ein Krankenhaus vollständige Kosten für die Kostenstelle 30 übermitteln.

Die Berechnung von Investitionsbewertungsrelationen für den PEPP-Entgeltbereich war erneut aufgrund der unzureichenden Datenlage nicht möglich. Wie im Vorjahr liegen für ca. 2/3 der benötigten Module im PEPP-Entgeltbereich keine Kostenwerte vor, die den gestellten Anforderungen an die Kalkulationsdatenbasis entsprochen hätten.

Die Beteiligung der Krankenhäuser mit erfolgreicher Datenlieferung an den bisherigen Kalkulationsrunden ist weiterhin als eher niedrig einzuschätzen. Zur Erhöhung der Aussagekraft der zu berechnenden Investitionsbewertungsrelationen wird die Hinzugewinnung weiterer Kalkulationsteilnehmer als notwendig angesehen. Zudem wird weiterhin eine Verbreiterung der Datenbasis angestrebt, um zukünftig eine Kalkulation leistungsorientierter Investitionspauschalen für psychiatrische und psychosomatische Einrichtungen nach § 17d Abs. 1 Satz 1 KHG sowie eine separate Analyse der Investitionskosten für den Bereich der Universitätskliniken sicherzustellen.

Umsetzung der Investitionsbewertungsrelationen

Sowohl der Zeitpunkt als auch die grundsätzliche Entscheidung, ob ein Bundesland die Investitionsbewertungsrelationen einführen wird, obliegt dem jeweiligen Land. § 10 Abs. 1 Satz 5 KHG besagt hierzu: „Das Recht der Länder, eigenständig zwischen der Förderung durch leistungsorientierte Investitionspauschalen und der Einzelförderung von Investitionen einschließlich der Pauschalförderung kurzfristiger Anlagegüter zu entscheiden, bleibt unberührt.“

Das Bild der Länder zur Umsetzung der Investitionsbewertungsrelationen ist derzeit sehr heterogen. Als erstes Bundesland hat Berlin die Investitionsbewertungsrelationen zum 01.07.2015 eingeführt. In Hessen erfolgte die Einführung zum 01.01.2016 und in Bremen finden derzeit Vorbereitungen zur Einführung statt. Weiterhin haben sich positiv in Bezug auf die Investitionsbewertungsrelationen bislang die Ministerien der Bundesländer Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Saarland geäußert. Ebenso steht Nordrhein-Westfalen, welches bereits vor der Kalkulation der Investitionsbewertungsrelationen eine Investitionsförderung über leistungsorientierte Pauschalen umgesetzt hat, dem neuen Verteilungssystem offen gegenüber. Die verbleibenden neun Bundesländer haben sich bisher entweder noch nicht, oder ablehnend gegenüber der Einführung geäußert.

Neben der Frage der Einführung liegt die Form der Umsetzung in der Hoheit des Bundes und der Bundesländer. So erfolgt beispielsweise die Festlegung einer landesspezifischen Bezugsgröße durch das jeweilige Land. Zudem bleibt es den Ländern, die das neue System einführen wollen, überlassen, zu welchem Anteil sie ihre Investitionsmittel über Investitionsbewertungsrelationen verteilen wollen und wieviel weiterhin über die bisherige Einzelförderung bzw. die alte Form der Pauschalförderung fließen soll. Die Selbstverwaltung ist in diese Ausgestaltung nicht eingebunden.

2.2.3 Artikel 14 Gesundheitsstrukturgesetz

Unmittelbar mit dem Beitritt der neuen Bundesländer bestand u. a. auch politischer Konsens hinsichtlich der Notwendigkeit einer zügigen und nachhaltigen Verbesse-

rung des Niveaus der stationären Versorgung der Bevölkerung in den neuen Bundesländern mit dem Ziel der Anpassung an das Niveau im übrigen Bundesgebiet.

Frühzeitig und nicht zuletzt auf Grund mehrerer einschlägiger Gutachten (z. B. DKI) wurde ein bestandsbezogener Investitionsstau von ca. 31 Mrd. DM konstatiert, der sich in der politischen Meinungs- und Willensbildung in dieser Größenordnung auch festsetzte, ebenso wie die Auffassung, dass ein solcher Bedarf im Wesentlichen nur auf dem Weg einer öffentlichen Finanzierung gedeckt werden kann.

So wurde im Jahre 1992 im Zuge des Gesundheitsstrukturgesetzes (GSG) ein gemeinsam und paritätisch von Bund, neuen Bundesländern (einschließlich Berlin) und Benutzern des Krankenhauses bzw. ihren Kostenträgern zu finanzierendes Investitionsprogramm gesetzlich verankert.

Dieses beinhaltete ein Gesamtfinanzierungsvolumen von 21 Mrd. DM, das zu gleichen Teilen - also jeweils insgesamt 7 Mrd. DM - von Bund und Ländern im Zeitraum von 10 Jahren (1995 bis 2004) und von den Benutzern des Krankenhauses bzw. ihren Kostenträgern in 20 Jahren (1995 bis 2014) zu finanzieren war.

Die jährlichen länderbezogenen Finanzhilfen des Bundes betragen – orientiert an der Einwohnerzahl – für:

Berlin	68,3 Mio. DM
Brandenburg	110,0 Mio. DM
Mecklenburg-Vorpommern	82,1 Mio. DM
Sachsen	204,4 Mio. DM
Sachsen-Anhalt	123,1 Mio. DM
Thüringen	112,1 Mio. DM.

Im Land Berlin durften diese Finanzhilfen des Bundes nur für entsprechende Investitionen im östlichen Teil eingesetzt werden.

Voraussetzung für die Gewährung des Bundesanteils war, dass die Länder Beträge in mindestens gleicher Höhe für Krankenhausinvestitionen über die Länderhaushalte zur Verfügung stellten (Komplementärfinanzierung), was in praxi auch weitestgehend geschah.

Der Investitionsbeitrag durch die Benutzer des Krankenhauses bzw. ihren Kostenträgern wurde als abrechnungsbezogener Investitionszuschlag i. H. v. 8 DM (1995 bis 1997) bzw. 11 DM (1998 bis 2014), zuletzt 5,62 Euro, für jeden Berechnungstag eines tagesgleichen Pflegesatzes, bei Fallpauschalen für die entsprechenden Belegungstage aufgebracht.

Die Summe der Investitionszuschläge in dem betreffenden Jahr und Bundesland, wird in Tabelle 2.1 dargestellt.

Tabelle 2.1: Investitionszuschläge gemäß Art. 14 GSG nach Bundesländern in Euro

Benutzerbeiträge nach Artikel 14 GSG Zeitreihe 1995 bis 2014 (Beträge in Euro) Quelle: Meldungen der Bundesländer an das Bundesministerium für Gesundheit										
Jahr	Berlin	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	zusammen:	Kalkulation jährlich 178,95 Mio. € (ehemals 350 Mio. DM)	Differenz zur Kalkulation	Realisierung in Prozent
1995	9.489.904,24	13.793.571,02	10.284.607,43	34.870.100,00	21.124.752,15	6.135.502,57	95.698.437,41	178.952.158,42	-83.253.721,01	53,5
1996	10.754.510,77	20.755.018,25	15.351.161,51	31.649.000,00	23.911.128,17	25.564.594,06	127.985.412,76	178.952.158,42	-50.966.745,66	71,5
1997	11.745.712,70	20.278.505,79	14.593.297,68	36.915.300,00	23.361.684,91	27.703.974,78	134.598.475,86	178.952.158,42	-44.353.682,56	75,2
1998	11.481.999,99	25.262.457,42	19.039.243,76	46.680.900,00	30.221.284,62	22.752.488,71	155.438.374,50	178.952.158,42	-23.513.783,92	86,9
1999	16.594.676,62	29.435.269,03	17.283.414,56	53.992.400,00	31.526.114,95	29.348.153,98	178.180.029,14	178.952.158,42	-772.129,28	99,6
2000	14.153.306,64	27.852.055,75	20.003.311,33	51.180.300,00	30.684.613,13	27.865.407,53	171.738.994,38	178.952.158,42	-7.213.164,04	96,0
2001	13.639.055,17	27.454.611,00	19.344.569,03	53.890.200,00	30.684.133,66	29.654.929,11	174.667.497,97	178.952.158,42	-4.284.660,45	97,6
2002	13.594.896,41	27.490.675,16	18.085.473,91	51.802.900,00	29.474.697,94	26.000.000,00	166.448.643,42	178.952.158,42	-12.503.515,00	93,0
2003	12.219.711,11	26.806.895,81	17.862.514,74	50.022.600,00	29.275.229,00	35.800.000,00	171.986.950,66	178.952.158,42	-6.965.207,76	96,1
2004	12.751.340,27	25.837.547,37	17.885.837,80	46.761.600,00	27.832.105,67	27.000.000,00	158.068.431,11	178.952.158,42	-20.883.727,31	88,3
2005	12.184.885,53	27.487.628,51	17.270.842,69	46.358.376,00	28.418.167,16	27.600.000,00	159.319.899,89	178.952.158,42	-19.632.258,53	89,0
2006	12.272.111,65	26.707.568,57	17.582.487,15	45.808.017,59	29.153.678,67	26.700.000,00	158.223.863,63	178.952.158,42	-20.728.294,79	88,4
2007	12.188.256,69	26.454.012,85	18.505.192,96	45.083.701,21	29.317.202,25	25.925.000,00	157.473.365,96	178.952.158,42	-21.478.792,46	88,0
2008	12.117.829,81	26.346.295,66	17.604.092,63	44.553.466,76	26.806.863,63	26.459.875,92	153.888.424,41	178.952.158,42	-25.063.734,01	86,0
2009	12.390.554,04	26.282.622,23	18.087.283,90	45.257.912,57	27.824.867,00	26.150.000,00	155.993.239,74	178.952.158,42	-22.958.918,68	87,2
2010	12.204.124,04	26.403.411,46	18.012.491,37	45.176.325,84	26.984.237,52	26.300.000,00	155.080.590,23	178.952.158,42	-23.871.568,19	86,7
2011	12.500.602,92	25.887.651,22	17.570.485,44	45.495.612,74	25.892.997,94	26.300.000,00	153.647.350,26	178.952.158,42	-25.304.808,16	85,9
2012	12.998.863,65	25.965.658,29	17.817.241,06	44.237.501,80	26.037.560,65	26.300.000,00	153.356.825,45	178.952.158,42	-25.595.332,97	85,7
2013	13.604.119,03	25.874.328,20	17.232.948,13	42.239.602,58	25.180.346,73	26.800.000,00	150.931.344,67	178.952.158,42	-28.020.813,75	84,3
2014	13.138.487,75	25.478.112,30	17.613.375,86	47.024.311,18	26.347.505,69	26.570.000,00	156.171.792,78	178.952.158,42	-22.780.365,64	87,3
nach dem 31.12.2014 zugeflossene Beträge aus Vorjahren Stand: 12.05.2016	2.718.555,19	8.959.633,11	3.371.472,98	12.175.437,57	4.031.704,36	11.000.000,00	42.256.803,21		42.256.803,21	
Summe:	254.743.504,21	516.813.529,00	350.401.345,92	921.175.565,84	554.090.875,80	533.929.926,66	3.131.154.747,43	3.579.043.168,37	-447.888.420,94	87,5

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit, 2016.

Verwaltungstechnisch (Verteilung, Finanzierungsformen, Entscheidungsverfahren, Abrechnung, u. a.) wurde das Gesetz über eine entsprechende Bund-Länder-Vereinbarung umgesetzt.

Während die Bundes- und Landesmittel zunächst für eine unmittelbare Investitionsfinanzierung zu nutzen waren, hatte der Gesetzgeber für die Verwendung der Benutzerbeiträge auch die optionale Finanzierung von Zinskosten für Darlehen oder von Kosten anderer privatwirtschaftlicher Finanzierungsformen vorgesehen, wovon im Späteren i. d. R. von den Beteiligten jedoch kein Gebrauch gemacht wurde.

Die Länder waren verpflichtet, die Einzelheiten des Verfahrens und der Verwaltung der Benutzerbeiträge mit den Beteiligten nach § 18 Abs. 1 Satz 2 KHG (Landeskrankenhausgesellschaft, Landesverbände der Krankenkassen, Ersatzkassen und Landesausschuss des Verbandes der privaten Krankenversicherung) zu vereinbaren. Die Verpflichtung der Länder zur Investitionsfinanzierung nach dem KHG und ihre Zuständigkeit blieben unberührt, faktisch wurden jedoch darüber hinaus keine KHG-Mittel zur Verfügung gestellt.

Zur Umsetzung der Programmziele (zügig, nachhaltig) stellten die Länder im Einvernehmen mit den Beteiligten nach § 18 Abs. 1 Satz 2 KHG jährlich fortzuschreibende, gemeinsam finanzierte Investitionsprogramme auf.

2.2.4 Aus- und Neubau von Hochschulkliniken

Der Aus- und Neubau von Hochschulen einschließlich der Hochschulkliniken wurde bis Ende des Jahres 2006 von Bund und Ländern als Gemeinschaftsaufgabe wahrgenommen. Artikel 91a Abs. 4 GG legte fest, dass der Bund die Hälfte der im Rah-

men der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau anfallenden Ausgaben in jedem Land zu tragen hatte.

Neben Bund und Ländern war auch der Wissenschaftsrat in die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau eingebunden. So war der Wissenschaftsrat gehalten, Empfehlungen zur Rahmenplanung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau auszusprechen. Maßgebliche gesetzliche Grundlage der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau war das Hochschulbauförderungsgesetz (HSchulBG).

Mit der Föderalismusreform 2006 ging die Zuständigkeit für die Investitionsfinanzierung in der Hochschulmedizin auf die Länder über. Das HSchulBG sollte ab dem 1. Januar 2007 durch landesrechtliche Vorschriften ersetzt werden. Der Bund stellt seitdem seinen Förderanteil als Kompensationsmittel weiter zur Verfügung. Seit Wegfall des HSchulBG liegt keine einheitliche Statistik über den Umgang mit der Länderförderung von Investitionen in der Hochschulmedizin vor.

Nach Artikel 91b GG konnten Bund und Länder bis zum 31.12.2014 gemeinsam ausschließlich außeruniversitäre Forschungseinrichtungen institutionell fördern. Wohingegen Hochschulen lediglich in Form von thematisch und zeitlich begrenzten Projekten durch den Bund unterstützt werden konnten. Zum 1. Januar 2015 ist eine Grundgesetzänderung des Artikels 91b GG in Kraft getreten, durch die rechtliche Möglichkeiten für eine dauerhafte institutionelle Förderung von Hochschulen durch den Bund geschaffen wurden. So kann sich der Bund künftig jenseits der Projektförderung an der Grundfinanzierung der Hochschulen beteiligen.

Für die Finanzierung des Hochschulbaus wurden im Rahmen der Föderalismusreform die folgenden Regelungen beschlossen:

Im Zeitraum vom 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2019 stehen den Ländern jährliche Beträge aus dem Haushalt des Bundes zur Kompensation des Wegfalls der Finanzierungsanteile des Bundes durch die Abschaffung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau zu. Bis Ende 2013 waren die Beträge für die Aufgabenbereiche der bisherigen Mischfinanzierung zweckgebunden.

Das Gesamtvolumen der Beträge beruht auf dem Umfang der Finanzierungsanteile des Bundes im Referenzzeitraum von 2000 bis 2008 gemäß den entsprechenden Rahmenplänen. Die Länder erhielten demnach von 2007 bis 2013 jährlich 695,3 Mio. Euro (70% des Kompensationsvolumens) für den Bereich Ausbau und Neubau von Hochschulen einschließlich Hochschulkliniken. Mit Beendigung der Gemeinschaftsaufgabe „Ausbau und Neubau von Hochschulen einschließlich der Hochschulkliniken“ steht den Ländern ab dem 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2019 jährlich auch weiterhin ein Betrag in Höhe von 695,3 Mio. Euro aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung. Die investive Zweckbindung des Mittelvolumens bleibt bestehen.⁵

⁵ Vgl. § 5 Entflechtungsgesetz.

Dieser Betrag wird mit den folgenden Prozentsätzen auf die Länder verteilt⁶:

Baden-Württemberg	14,684002%
Bayern	17,256483%
Berlin	4,917843%
Brandenburg	3,223713%
Bremen	1,847088%
Hamburg	2,683724%
Hessen	4,319915%
Mecklenburg-Vorpommern	3,460103%
Niedersachsen	6,934112%
Nordrhein-Westfalen	15,395490%
Rheinland-Pfalz	3,654778%
Saarland	1,476280%
Sachsen	8,201812%
Sachsen-Anhalt	5,172773%
Schleswig-Holstein	2,553941%
Thüringen	4,217943%

Die Anteile der einzelnen Länder ergeben sich dabei aus dem Durchschnittsanteil eines jeden Landes im Zeitraum 2000 bis 2003.

Weitere 298 Mio. Euro (30% des Kompensationsvolumens) stellt der Bund jährlich für überregionale Fördermaßnahmen im Hochschulbereich zur Verfügung.

Es ist bei dem hier dargestellten Kompensationsvolumen zu berücksichtigen, dass es sich nicht allein auf Hochschulkliniken, sondern auf den Gesamtbereich Aus- und Neubau von Hochschulen bezieht und die Hochschulkliniken dementsprechend nur anteilig davon partizipieren.

2.2.5 Strukturfonds

Mit dem KHSG wurde die Einrichtung eines Strukturfonds zur Verbesserung der Strukturen in der Krankenhausversorgung in den §§ 12 - 15 KHG festgelegt. Wie in § 12 Abs. 3 KHG vorgesehen hat das Bundesministerium für Gesundheit mit der Verordnung zur Verwaltung des Strukturfonds im Krankenhausbereich (KHSFV) das Nähere zum Strukturfonds bestimmt.

Im Strukturfonds wird einmalig eine Summe von 500 Mio. Euro aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds – aufgeteilt nach dem Königsteiner Schlüssel - für Maßnahmen in den Ländern zur Verfügung gestellt. Falls sich die privaten Krankenkassenversicherungen an der Förderung beteiligen, erhöht sich das Fördervolumen um den entsprechenden Betrag. Der Fonds beteiligt sich mit maximal 50% an den jeweiligen förderungsfähigen Kosten.

⁶ Vgl. § 4 Abs. 1 Entflechtungsgesetz.

Tabelle 2.2: Verteilung der länderbezogenen Anteile an den Fördermitteln nach dem Königsteiner Schlüssel

Bundesland	Königsteiner Schlüssel 2015 (%)	Max. Förderbetrag aus dem Strukturfonds*
Baden-Württemberg	12,86456	63.718.165,68
Bayern	15,51873	76.864.269,69
Berlin	5,04927	25.009.034,31
Brandenburg	3,06053	15.158.805,09
Bremen	0,95688	4.739.426,64
Hamburg	2,52968	12.529.505,04
Hessen	7,3589	36.448.631,70
Mecklenburg-Vorpommern	2,02906	10.049.934,18
Niedersachsen	9,32104	46.167.111,12
Nordrhein-Westfalen	21,2101	105.053.625,30
Rheinland-Pfalz	4,8371	23.958.156,30
Saarland	1,22173	6.051.228,69
Sachsen	5,08386	25.180.358,58
Sachsen-Anhalt	2,83068	14.020.358,04
Schleswig-Holstein	3,40337	16.856.891,61
Thüringen	2,72451	13.494.498,03
Summe	100,00	495.300.000,00

* Die Summe der voraussichtlichen Aufwendungen des Bundesversicherungsamtes inkl. der Aufwendungen für die Auswertung der Wirkung der Förderung gemäß § 8 KHSFV werden gemäß § 3 Abs. 2 KHSFV auf 4,7 Mio. Euro geschätzt. Diese wurden gemäß der am 1. Januar 2016 gültigen Fassung des Königsteiner Schlüssel anteilig bei der Fördersumme der Länder berücksichtigt.

Quelle: Bundesversicherungsamt, 2016.

Laut § 12 Abs. 1 KHG hat der Strukturfonds den Zweck, den Abbau von Überkapazitäten, die Konzentration von stationären Versorgungsangeboten und Standorten sowie die Umwandlung von Krankenhäusern in nicht akutstationäre lokale Versorgungseinrichtungen zu fördern (insbesondere in ambulante, sektorenübergreifende oder palliative Versorgungseinrichtungen oder in stationäre Pflege- oder Rehabilitationseinrichtungen). Palliative Versorgungsstrukturen sollen gefördert werden.

In § 1 KHSFV wird konkretisiert, dass bei förderungsfähigen Vorhaben entweder eine dauerhafte Schließung, eine standortübergreifende Konzentration akutstationärer Versorgungskapazitäten oder eine Umwandlung vorliegen muss. Die Vorhaben können grundsätzlich auf das Krankenhaus oder auf Teile von akutstationären Versorgungseinrichtungen eines Krankenhauses, insbesondere Standorte, unselbständige Betriebsstätten oder eine Fachrichtung, mindestens aber eine Abteilung eines Krankenhauses, bezogen sein.

Die Förderung der Schließung eines Krankenhauses oder von Teilen eines Krankenhauses, bis hin zur Schließung einer einzelnen Fachabteilung, setzt die endgültige und ersatzlose Stilllegung der entsprechenden Krankenhauskapazitäten voraus. Die Schließungsförderung umfasst keine Vorhaben, die eine Schließung eines Kranken-

hauses oder von Teilen eines Krankenhauses vorsehen, soweit ein zeitlicher und örtlicher Zusammenhang mit dem Aufbau von Behandlungsplätzen oder der Neuaufnahme entsprechender Fachrichtungen an anderen Krankenhäusern besteht. In diesen Fällen kann jedoch eine Konzentration von Versorgungskapazitäten vorliegen, die förderungsfähig sein kann.

Die Förderungsfähigkeit von Konzentrationsmaßnahmen setzt voraus, dass akutstationäre Versorgungskapazitäten, insbesondere Fachrichtungen mehrerer Krankenhäuser, standortübergreifend konzentriert werden, jeweils mindestens eine Abteilung betroffen ist und das Vorhaben insgesamt zu einem Kapazitätsabbau oder einer Verminderung von Vorhaltungsaufwand führt. Dies umfasst auch die Möglichkeit zur Förderung eines kompensatorischen Neuaufbaus oder Umbaus von Versorgungskapazitäten an einem Standort, um nach der Schließung eines benachbarten Standorts Versorgungslücken zu vermeiden, sofern hierdurch insgesamt Kapazitäten abgebaut oder Vorhaltungsaufwand reduziert wird. Konzentrationsmaßnahmen innerhalb eines Standorts oder einer Betriebsstätte sind von der Förderung ausgenommen.

Eine Umwandlung liegt vor, wenn ein Krankenhaus oder Teile eines Krankenhauses in eine bedarfsnotwendige andere Fachrichtung (z. B. Umwandlung einer Abteilung für Innere Medizin in eine geriatrische Abteilung) oder in eine nicht akutstationäre Versorgungseinrichtung umgewandelt werden (z. B. Gesundheits- oder Pflegezentren, Medizinische Versorgungszentren, Einrichtungen der Prävention oder Rehabilitation).

Generelle Voraussetzung für die Förderung ist, dass die Umsetzung der Vorhaben am 01.01.2016 noch nicht begonnen hat.

Förderungsfähige Kosten sind gemäß § 2 KHSFV zum einen Kosten der Schließung eines Krankenhauses oder von Teilen, zum anderen Kosten für erforderliche Baumaßnahmen. Auch Aufwendungen für Zinsen, Tilgung und Verwaltungskosten eines Darlehens, die ein Krankenhausträger aufgenommen hat, um ein förderungsfähiges Vorhaben zu finanzieren, sind förderungsfähig. Nicht förderfähig sind vom Land zurückgeforderte Mittel der Investitionsförderung.

Die Länder können ihre Anträge auf Auszahlung der Fördermittel beim Bundesversicherungsamt (BVA) bis zum 31.07.2017 stellen (§ 4 KHSFV). Auf Landesebene erfolgt die Entscheidung über die Mittelvergabe im Einvernehmen mit den Krankenkassenverbänden. Gelder aus dem Fonds werden nur dann bereitgestellt, wenn die Länder, ggf. gemeinsam mit dem Träger der zu fördernden Einrichtung, mindestens 50 % der förderungsfähigen Kosten des Vorhabens tragen.

Voraussetzung für die Förderung ist die Verpflichtung seitens der Länder (§ 12 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 KHG) für die Jahre 2016 bis 2018, jährlich mindestens den Durchschnitt der in den Haushaltsplänen der Jahre 2012 bis 2014 ausgewiesenen Mittel für die Investitionsförderung der Krankenhäuser (ohne Zuweisungen nach Art. 14 GSG) oder aber mindestens die Höhe der im Haushaltsplan 2015 ausgewiesenen Mittel beizubehalten und zusätzlich um die Mittel zu erhöhen, die vom Land im Rahmen der Kofinanzierung der über den Strukturfonds geförderten Vorhaben getragen werden. Nach Abschluss des Verfahrens stellt das BVA Auszahlungsbescheide aus und zahlt die bewilligten Fördermittel an das antragstellende Land aus.

Im Nachverteilungsverfahren gemäß § 5 KHSFV werden die nach der ersten Antragsrunde der Länder bis zum 31.07.2017 verbleibenden Mittel des Strukturfonds auf Vorhaben verteilt, für die nach dem 01.09.2017 Anträge von den Länder gestellt werden. Das BVA entscheidet über die Anträge in der Reihenfolge ihres Eingangs und verteilt die Mittel bis der Strukturfonds ausgeschöpft ist.

Gemäß § 15 KHG können sich nun auch die Kostenträger einschließlich der Unternehmen der privaten Krankenversicherung an den Kosten der Schließung eines Krankenhauses beteiligen. Zu diesem Zweck können sie eine entsprechende Vereinbarung mit dem Krankenhausträger schließen. Bei gleichzeitiger Förderung dieses Vorhabens durch den Strukturfonds ist die Höhe der aus dem Strukturfonds zur Verfügung gestellten Mittel bei der Beteiligung anzurechnen.

2.2.6 Kommunale Beteiligung an der Investitionsfinanzierung

Die Landkreise nehmen auf ihrem Gebiet den Sicherstellungsauftrag für die stationäre medizinische Versorgung wahr und sind z. T. selbst Träger von Krankenhäusern. Wird die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen Krankenhäusern nicht durch andere Träger sichergestellt, sind die Landkreise und Stadtkreise verpflichtet, die nach dem Krankenhausplan notwendigen Krankenhäuser und Krankenseiteinrichtungen zu betreiben.

Die Kommunen beteiligen sich in vielen Ländern auch an der Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser. Die Regelungen innerhalb der einzelnen Bundesländer sind in nachfolgender Tabelle aufgeführt:

Tabelle 2.3: Kommunale Beteiligung an der Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser

	Kommunale Beteiligung an der Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser	§§
Baden-Württemberg	keine krankenhausspezifische Umlage	-
Bayern	50%	Art. 10b Finanzausgleichsgesetz
Berlin	-	-
Brandenburg	-	-
Bremen	Zur Sicherstellung der Krankenhausversorgung werden die bedarfsnotwendigen Fördermittel gemeinsam vom Land und den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung und der jährlichen Haushaltspläne bereitgestellt. Jede Stadtgemeinde bringt für die in ihrem Zuständigkeitsbereich geförderten Krankenhäuser jeweils ein Drittel der Fördermittel auf.	§ 3 (4) Bremer Krankenhausgesetz

Hamburg	-	-
Hessen	Die Landkreise und kreisfreien Städte beteiligen sich an den Kosten der Krankenhausfinanzierung mit einer vom Land zu erhebenden Krankenhausumlage nach Maßgabe des § 51 des Finanzausgleichsgesetzes vom 23. Juli 2015 (GVBl. S. 298), geändert durch Gesetz vom 25. November 2015 (GVBl. S. 414). In die Umlage ist, nach Abzug eines Betrages von jährlich 18,4 Millionen Euro, die Hälfte aller Aufwendungen einzubeziehen, die nach den Vorschriften dieses Teils jährlich aufzubringen sind.	§ 31 Krankenhausgesetz Hessen i.V.m § 51 Finanzausgleichsgesetz
Meckl.-Vorpommern	40%	§ 24 Landeskrankenhausgesetz M-V
Niedersachsen	Die Finanzierungsmittel für die Förderung von Investitionskosten nach § 9 Abs. 1 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (KHG) sind zu 60 vom Hundert vom Land und zu 40 vom Hundert von den in § 1 Satz 1 genannten Kommunen aufzubringen. Die Finanzierungsmittel für die Förderung nach § 9 Abs. 2 und 3 KHG sind zu 66 2/3 vom Hundert vom Land und zu 33 1/3 vom Hundert von den in § 1 Satz 1 genannten Kommunen aufzubringen. Abweichend von Satz 2 sind die in den Grenzen des § 9 Abs. 2 Nr. 2 KHG zu bewilligenden Fördermittel für Erwerb, Erschließung, Miete und Pacht von Grundstücken zu 60 vom Hundert vom Land und zu 40 vom Hundert von den Kommunen aufzubringen.	§ 2 Niedersächsisches Krankenhausgesetz (NKHG)
Nordrhein-Westfalen	Gemeinden werden an den veranschlagten Haushaltsbeträgen der förderfähigen Investitionsmaßnahmen nach § 9 Abs. 1 KHG in Höhe von 40 vom Hundert beteiligt.	§ 17 Landeskrankenhausgesetz NRW
Rheinland-Pfalz	keine krankenhausspezifische Umlage	-
Saarland	An den Aufwendungen für die Förderung der Errichtung von Krankenhäusern, der Wiederbeschaffung von Anlagegütern und des Ergänzungsbedarfs nach § 9 Abs. 1 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes einschließlich der Kosten von Erwerb, Erschließung, Miete und Pacht von Grundstücken nach § 9 Abs. 2 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes beteiligen sich die Gemeinden mit einem Betrag von 13 vom Hundert, an den Aufwendungen für die gemeindenahe stationäre Psychiatrie mit einem Drittel; § 15 Abs. 3 des Kommunalfinanzausgleichsgesetzes vom 12. Juli	§ 42 Landeskrankenhausgesetz Saarland

	1983 (Amtsbl. S. 461), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 26. Juni 2013 (Amtsbl. I S. 262), in der jeweils geltenden Fassung, bleibt unberührt. Soweit sich der Bund oder sonstige Dritte an der Finanzierung von Modellvorhaben beteiligen, erbringen die Gemeinden die Hälfte des Betrags, der abzüglich der Finanzhilfen des Bundes oder sonstiger Dritter im Saarland zur Förderung dieser Vorhaben zur Auszahlung gelangt. Im Übrigen tragen die Gemeinden ein Drittel der Aufwendungen, die im Saarland nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz aufzubringen sind.	
Sachsen	Die Landkreise und Kreisfreien Städte können an den Kosten der Krankenhausfinanzierung mit einer zu erhebenden Krankenhausumlage beteiligt werden, die nach Maßgabe des jeweiligen Gesetzes über einen kommunalen Finanzausgleich erhoben wird.	§ 8 Sächsisches Krankenhausgesetz i. V. m. Finanzausgleichsgesetz
Sachsen-Anhalt	Durch Änderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (Aufhebung § 2 KHG LSA), Wegfall der Beteiligung der Landkreise und kreisfreien Städte an der Krankenhausfinanzierung des Landes.	-
Schleswig-Holstein	Die Kreise und kreisfreien Städte beteiligen sich an den Investitionskosten der Krankenhäuser jährlich mit einem Beitrag in Höhe des vom Land bereitgestellten Betrages.	§ 21 Landeskrankenhausgesetz Schleswig-Holstein
Thüringen	An den Kosten der Krankenhausfinanzierung werden die Landkreise und kreisfreien Städte mit einem jährlich vom Land zu erhebenden Beitrag in Höhe von 10,23 Euro je Einwohner beteiligt. Der Finanzminister wird ermächtigt, die Höhe des Beitrags durch Rechtsverordnung im Einvernehmen mit dem für das Krankenhauswesen zuständigen Ministerium und dem Innenministerium der Preis- und Kostenentwicklung im Krankenhauswesen anzupassen.	§ 8 Landeskrankenhausgesetz Thüringen

2.2.7 Kommunalinvestitionsförderungsfonds

Zum 30.06.2015 trat das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG) in Kraft. Gemäß § 1 des KInvFG unterstützt der Bund zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft im Bundesgebiet die Länder bei der Stärkung der Investitionstätigkeit finanzschwacher Gemeinden und Gemeindeverbände. Hierzu gewährt der Bund aus dem Sondervermögen „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ den Ländern Finanzhilfen für Investitionen finanzschwacher Gemeinden und Gemeindeverbände nach Artikel 104b Absatz 1 Nummer 2 des Grundgesetzes in Höhe von insgesamt 3,5 Milliarden Euro.

Die Förderquote beträgt bis zu 90%. Zusätzlich beteiligen sich die Länder einschließlich der Gemeinden und Gemeindeverbände mit mindestens 10% am Gesamtvolumen der förderfähigen Kosten eines Landes. Der Förderzeitraum gilt für Investitionsmaßnahmen, die nach dem 30. Juni 2015 begonnen wurden und umfasste ursprünglich die Jahre 2015 bis 2018. Mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes und zur Änderung weiterer Gesetze wurde der Förderzeitraum bis 2020 verlängert.

Gegenstand der Förderung sind gemäß KInvFG investive Instandhaltungs-, Sanierungs- und Umbaumaßnahmen an der kommunalen Infrastruktur in einer Vielzahl von Bereichen, darunter auch im Bereich „Krankenhäuser“. Investitionsmaßnahmen in oder an Krankenhäusern sind damit eine unter mehreren förderfähigen Maßnahmen innerhalb der kommunalen Infrastrukturen. Ob und in welcher Höhe Krankenhäuser in finanzschwachen Kommunen berücksichtigt werden unterliegt damit u.a. den jeweiligen Prioritätensetzungen und Förderschwerpunkten in den Ländern bzw. Kommunen.⁷

Die Tabelle 2.4 gibt einen Überblick über die Verteilung der Finanzmittel nach § 3 KInvFG nach Bundesländern sowie über die zum 30.06.2016 erfolgten Meldungen der vorgesehenen Investitionsvorhaben aller Förderbereiche und für den Förderbereich „Krankenhäuser“. Gemäß den Informationen vom Bundesfinanzministerium haben insgesamt 12 Länder Anspruch auf Fördermittel im Bereich „Krankenhäuser“, wovon acht Länder zum Stand 30.06.2016 Investitionsmaßnahmen gemeldet haben. Bei den gemeldeten Vorhaben ist zu berücksichtigen, dass der Länderanteil am Investitionsvolumen in manchen Bundesländern teilweise oder vollständig aus KHG-Fördermitteln finanziert wird. In Berlin sind die gesamten Mittel in Höhe von rund 71,6 Mio. Euro in dem KHG-Fördermittelantrag 2016 - 2018 enthalten. Über die Anzahl der gemeldeten Investitionsvorhaben liegen nicht für alle Länder Informationen vor. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Anzahl deutlich variiert, da sich das Investitionsvolumen beispielsweise in Bremen auf ein Projekt bezieht. In Nordrhein-Westfalen soll im Gegensatz dazu bis Ende 2016 die Umsetzung von insgesamt 29 geplanten Maßnahmen beginnen.

Die Tabelle 2.4 verdeutlicht zudem, dass der Kommunalinvestitionsförderungsfonds mit einem zum aktuellen Stand bundesweit genehmigten Investitionsvolumen für den Förderbereich „Krankenhäuser“ in Höhe von 157,67 Mio. Euro, die ausschließlich einzelnen ausgewählten Investitionsvorhaben gewährt werden, zu keiner nachhaltigen Verbesserung oder Lösung der Investitionsproblematik der Krankenhäuser beitragen kann.

⁷ Zur Umsetzung des KInvFG erfolgte der Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern. Diese regelt die Verfahrensdetails der Umsetzung des Gesetzes. Die Länder regeln die Voraussetzungen für die Gewährung von Zuweisungen und weitere Einzelheiten in entsprechenden Landesgesetzen, Verwaltungsvorschriften bzw. Richtlinien. Generell stehen die Bundesmittel nicht allen Kommunen zur Verfügung, sondern sind finanzschwachen Kommunen vorbehalten. Die Länder können die Finanzhilfen z. B. pauschal auf die finanzschwachen Kommunen aufteilen.

Tabelle 2.4: Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und vorgesehene Investitionsvorhaben nach Ländern

(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
Länder	Max. Finanzhilfen gemäß § 3 KInvFG (Bundesanteil)	Anspruch* auf Fördermittel im Bereich "Krankenhäuser"	Meldung der vorgesehenen Vorhaben nach § 5 Nr. 2 VV zum 30. Juni 2016			
			alle Förderbereiche		Förderbereich "Krankenhäuser"	
			genehmigtes Investitionsvolumen (Bund und Länder)	davon Bundesbeteiligung	genehmigtes Investitionsvolumen (Bund und Länder)	davon Bundesbeteiligung
Baden-Württemberg	247.695.000,00	—	406.191.033,62	171.286.747,18	0,00	0,00
Bayern	289.240.000,00	—	397.514.817,00	289.240.000,00	0,00	0,00
Berlin	137.847.500,00	✓	93.684.088,00	84.315.679,20	71.562.888,00	64.406.599,20
Brandenburg	107.947.000,00	✓	142.041.489,82	107.612.147,37	7.200.000,00	2.275.920,00
Bremen	38.773.000,00	✓	43.052.732,00	38.747.458,80	4.000.000,00	3.600.000,00
Hamburg	58.422.000,00	—	31.316.896,00	28.141.307,00	0,00	0,00
Hessen	317.138.500,00	✓	70.647.978,86	60.197.954,10	4.303.150,00	3.518.297,10
Mecklenburg-Vorpommern	79.275.000,00	✓	81.896.226,00	73.706.603,00	0,00	0,00
Niedersachsen	327.540.500,00	✓	82.052.294,41	34.213.349,59	0,00	0,00
Nordrhein-Westfalen	1.125.621.000,00	✓	466.294.777,41	387.069.596,55	13.800.000,00	12.375.000,00
Rheinland-Pfalz	253.197.000,00	✓	352.792.551,04	232.297.287,47	9.592.533,00	7.674.026,40
Saarland	75.313.000,00	✓	133.679.451,00	75.313.000,00	10.400.000,00	9.360.000,00
Sachsen	155.753.500,00	✓	291.887.572,92	155.753.500,00	36.814.751,61	13.132.174,02
Sachsen-Anhalt	110.880.000,00	✓	11.322.187,28	10.189.968,55	0,00	0,00
Schleswig-Holstein	99.536.500,00	—	10.427.605,49	7.975.833,64	0,00	0,00
Thüringen	75.820.500,00	✓	72.825.776,87	52.276.868,36	0,00	0,00
Gesamt	3.500.000.000,00		2.687.627.477,72	1.808.337.300,81	157.673.322,61	116.342.016,72

Bei den gemeldeten Vorhaben ist zu berücksichtigen, dass der Länderanteil am Investitionsvolumen in manchen Bundesländern teilweise oder vollständig aus KHG-Fördermitteln finanziert wird. In Berlin sind die gesamten Mittel in Höhe von rund 71,6 Mio. Euro in dem KHG-Fördermittelantrag 2016 - 2018 enthalten.

* Die Festlegung, welche Kommunen im Land als finanzschwach gelten und somit einen Anspruch auf die Fördermittel haben, die Verteilung der Fördermittel auf die ausgewählten Kommunen sowie die Auswahl der zur Umsetzung vorgesehenen Förderbereiche obliegt den Ländern. Länder, die auch den Bereich „Krankenhäuser“ als Förderbereich gemäß KInvFG ausweisen, sind in Spalte 3 mit einem Häkchen markiert.

Quelle: Bundesfinanzministerium und Ministerien auf Landesebene

2.3 Landesgremium nach § 90a SGB V

Mit dem zum 1. Januar 2012 in Kraft getretenen GKV-Versorgungsstrukturgesetz wurde den Ländern die Möglichkeit eröffnet, nach Maßgabe landesrechtlicher Bestimmungen ein gemeinsames Gremium auf Landesebene aus Vertretern des Landes, der Kassenärztlichen Vereinigung, der Landesverbände der Krankenkassen sowie der Ersatzkassen und der Landeskrankenhausgesellschaft sowie weiteren Beteiligten zu bilden.

Das gemeinsame Landesgremium kann gem. § 90a Abs. 1 SGB V Empfehlungen zu sektorenübergreifenden Versorgungsfragen abgeben. Mit dem Krankenhausstrukturgesetz (KHSZ) wurde ergänzend klargestellt, dass sich solche Empfehlungen auch auf Maßnahmen im Zusammenhang mit einer sektorenübergreifenden Notfallversorgung beziehen können. Diese Ergänzung ist insbesondere vor dem Hintergrund der mit dem GKV-Versorgungsstärkungsgesetz (GKV-VSG) in § 75 Absatz 1b Satz 2 vorgesehenen Verpflichtung der Kassenärztlichen Vereinigungen zu sehen, den vertragsärztlichen Notdienst auch durch Kooperation und eine organisatorische Verknüpfung mit zugelassenen Krankenhäusern sicherzustellen. Mit dem GKV-VSG wurden die Kassenärztlichen Vereinigungen zudem in § 75 Absatz 1b Satz 6 verpflichtet, mit den Rettungsleitstellen der Länder zu kooperieren. Zu den weiteren möglichen sektorenübergreifenden Fragestellungen, die in diesem Gremium beraten werden können, zählen z. B. Fragen im Zusammenhang mit der ambulanten spezialfachärztlichen Versorgung nach § 116b SGB V oder mit Konzepten zur Vermeidung von Unterversorgung an der Schnittstelle zwischen ambulanter und stationärer Versorgung.

Soweit das Landesrecht es vorsieht, ist dem gemeinsamen Landesgremium gem. § 90a Abs. 2 SGB V auch Gelegenheit zu geben, zu der Aufstellung und der Anpassung des Bedarfsplans zur Sicherstellung der vertragsärztlichen Versorgung nach § 99 Abs. 1 SGB V und zu den von den Landesausschüssen zu treffenden Entscheidungen Stellung zu nehmen,

- wenn kein Einvernehmen über den Bedarfsplan zwischen der Kassenärztlichen Vereinigung und den Landesverbänden der Krankenkassen bzw. Ersatzkassen zustande kommt (§ 99 Abs. 2 SGB V),
- bei der Feststellung einer bestehenden oder in absehbarer Zeit drohenden Unterversorgung (§ 100 Abs. 1 Satz 1 SGB V),
- bei der Feststellung eines zusätzlichen lokalen Versorgungsbedarfs in einem nicht unterversorgten Planungsbereich (§ 100 Abs. 3 SGB V) sowie
- bei der Feststellung von Überversorgung (§ 103 Abs. 1 Satz 1 SGB V).

Die Beschlüsse des Gremiums haben lediglich Empfehlungscharakter. Die bestehenden Planungs- und Entscheidungsstrukturen der vertragsärztlichen Bedarfsplanung und Krankenhausplanung bleiben unberührt.

Die nähere Ausgestaltung und Besetzung bestimmt sich nach Landesrecht. Gemeinsame Landesgremien sind bis dato in einem Großteil der Bundesländer eingerichtet worden oder ihre Einberufung wurde beschlossen.⁸

3 Krankenhausplanung

3.1 Methoden und Gutachten in der Krankenhausplanung

Zur Ermittlung des zukünftigen Bettenbedarfs eines Bundeslandes sind die mit der Aufstellung des Krankenhausplans beauftragten Landesministerien auf Prognosen angewiesen. Eine der bekanntesten und am längsten verwendeten Methoden ist die Hill-Burton-Formel. In jüngerer Vergangenheit sind durch Aufträge der verschiedenen Beteiligten in der Krankenhausplanung mehrere Gutachten zur Entwicklung alternativer bzw. ergänzender Methoden in der Bettenbedarfsermittlung entstanden, die sich mehr oder weniger erfolgreich in der Krankenhausplanung durchgesetzt haben.

Im Folgenden werden neben der Hill-Burton-Formel eine Auswahl mehrerer Gutachten zur Krankenhausplanung vorgestellt. Eine Auflistung aller für die Krankenhausplanung erstellten Gutachten würde den Rahmen dieses Kapitels sprengen, so dass auf Vollständigkeit verzichtet werden muss. Die Auswahl der fünf Gutachten ist keinesfalls als Wertung oder Bevorzugung zu verstehen. Der jeweilige Inhalt der vorgestellten Gutachten kann an dieser Stelle aus dem gleichen genannten Grund nur verkürzt wiedergegeben werden.

3.1.1 Die Hill-Burton-Formel

Die aus den USA stammende Hill-Burton-Formel existiert inzwischen seit annähernd 60 Jahren und wird nach wie vor überwiegend zur Ermittlung des Bettenbedarfs herangezogen. Als Determinanten fließen Einwohnerzahl, Verweildauer, Krankenhaushäufigkeit und Bettennutzungsgrad (Auslastungsgrad) in die Formel ein.

- a) Die Einwohnerzahl (E) basiert auf landesspezifischen Daten. Diese werden zur Ermittlung der Einwohnerentwicklung bis zum Zieljahr des Krankenhausplanes prognostiziert.
- b) Die Verweildauer (VD) ist die durchschnittliche Anzahl der Tage, die ein Patient stationär im Krankenhaus verbringt. Aufnahme und Entlassungstag zählen zusammen als ein Tag.

$$VD = \frac{\text{Pflegetage}}{\text{Fallzahl}},$$

wobei die Fallzahl wie folgt definiert ist:

$$\text{Fallzahl} = \frac{\text{Patientenzugang} + \text{Patientenabgang}}{2}$$

⁸ Schaffung der landesrechtlichen Grundlage bzw. Einrichtung eines gemeinsamen Landesgremiums in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen.

- c) Die Krankenhaushäufigkeit (KH) ist die Relation der in einem bestimmten Gebiet wohnenden Patienten, die im Laufe des Jahres stationär behandelt werden, zu der Einwohnerzahl des betreffenden Gebietes.

$$KH = \frac{\text{Fallzahl} \times 1000}{E}$$

- d) Der Bettennutzungsgrad (BN) kann zum einen über die Formel

$$BN = \frac{\text{Pflegetage} \times 100}{\text{Betten} \times 365}$$

erfolgen. In den meisten Fällen wird dieser jedoch vom jeweiligen Ministerium vorgegeben.

Unter der Berücksichtigung der vorhergehenden Faktoren lautet die Hill-Burton-Formel (HBF) dann wie folgt:

$$HBF = \frac{E \times KH \times VD \times 100}{BN \times 1000 \times 365} = \text{Bettenbedarf}$$

3.1.2 Dornier/IGES-Gutachten

Das vom Stadtstaat Hamburg bei Dornier und IGES in Auftrag gegebene Gutachten basiert auf der Hill-Burton-Formel. Im Vordergrund dieses Gutachtens steht die Berücksichtigung des Morbiditätsfaktors, die durch die Einbeziehung von Expertenmeinungen erreicht wird. Die Ermittlung des Bettenbedarfs geschieht damit im Gegensatz zu bisherigen Ansätzen auf prognostizierten Werten. Das Prognoseverfahren an sich verläuft in zwei Schritten. Zunächst erfolgt für jedes medizinische Fachgebiet eine Fortschreibung der bestehenden Statistiken von Fallzahlen und Verweildauern. In einem zweiten Schritt werden die ermittelten Ergebnisse einem Kreis von medizinischen Experten vorgelegt. Die den Experten vorgestellten Ergebnisse werden zudem durch weitere Informationen aus der Diagnosestatistik über fachgebietsbezogene Fakten ergänzt. Auf dieser Grundlage wird der Expertenkreis gebeten, eine Einschätzung zu den Einflussfaktoren auf die Fallzahlen und die Verweildauern abzugeben.

3.1.3 IGSF/Beske-Gutachten

Ein weiterer Ansatz stammt von Professor Dr. Fritz Beske vom Institut für Gesundheits-System-Forschung (IGSF), der mit Hilfe der Krankenhausdiagnosestatistik eine Prognose der Krankenhaushäufigkeit durchgeführt hat. Unter der Annahme, dass die Morbidität nach Alter und Geschlecht gleich bleibt, geht die zuvor ermittelte Bevölkerungsvorausschätzung in das Prognosemodell mit ein. Die Verweildauer wird, wie bei dem Dornier/IGES-Gutachten, durch eine Trendextrapolation bestimmt. Im Anschluss an dieses Verfahren werden ebenfalls Expertenbefragungen zu den Ergebnissen durchgeführt. Die Ermittlung des Bedarfs erfolgt standortbezogen. Neben dem Faktor Morbidität bezieht Beske – im Gegensatz zu z.B. IGES - die Wirtschaftlichkeit in die Gutachtenmethodik mit ein. Diese wird an der Höhe der Fallkosten gemessen.

3.1.4 Rüschemann (GSbG)-Gutachten

Das Rüschemann-Gutachten (Professor Dr. Hans-Heinrich Rüschemann, Gesellschaft für Systemberatung im Gesundheitswesen) bietet mit seiner Benchmark-Methode einen, nach eigenen Angaben, leistungsorientierten Ansatz in der Krankenhausplanung. Hierzu werden die den Krankenkassen verfügbaren Daten nach § 301 SGB V verwendet, anhand derer Krankheitsgruppen, ähnlich den DRGs, gebildet werden. Auf dieser Basis wird eine Ermittlung des Substitutionspotentials durch ambulante, vor-, nach- und teilstationäre Behandlung durchgeführt. Der Benchmarking-Ansatz fordert, dass nach der Analyse alle Krankenhäuser das gleiche Substitutionspotential wie die 25% der Krankenhäuser mit dem derzeit höchsten Substitutionspotential besitzen. Die durch den Ansatz ermittelte Prognose wird durch eine geschätzte Morbiditätsentwicklung (Fortschreibung der bisherigen Morbiditätsstruktur) ergänzt bzw. korrigiert. Auch die Prognose der Verweildauer erfolgt durch den 25%-Ansatz, wobei davon ausgegangen wird, dass die Krankenhäuser zukünftig die gleiche Verweildauer besitzen, wie die 25% der Krankenhäuser mit der aktuell geringsten Verweildauer. Anhand der gewonnenen Werte für Fallzahl und Verweildauer wird zuletzt der zukünftige Bedarf an Planbetten berechnet.

3.1.5 BASYS/I+G-Gutachten

Das von der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen in Auftrag gegebene Gutachten von BASYS und I+G ähnelt dem bereits beschriebenen IGSF-Gutachten, das aus zwei Schritten besteht, die beide übernommen werden. Der Unterschied liegt darin, dass nicht nur die krankenhausbefugte Morbidität, sondern die bevölkerungsbezogene Morbidität zur Prognose hinzugezogen wird, die anhand von Survey- und Registerdaten ermittelt wird. Die Ergebnisse werden jedoch nicht zur Ermittlung des zukünftigen Bedarfs an Betten, sondern lediglich zur Feststellung eines Zusammenhangs von Morbidität und Krankenhausinanspruchnahme verwendet. Ein zukünftiger Bettenbedarf wird in diesem Gutachten nicht berechnet.

3.1.6 GEBERA-Gutachten

Die Gesellschaft für betriebswirtschaftliche Beratung mbH (GEBERA) hat in den vergangenen Jahren im Auftrag der Länder Rheinland-Pfalz (2003), Thüringen (2005) und Saarland (2005 und 2010) vorbereitende Gutachten zur Krankenhausplanung erstellt. Die Berechnungen zum zukünftigen Bettenbedarf in den Ländern erfolgten anhand der Hill-Burton-Formel. Als bedarfsbeeinflussende Determinanten wurde insbesondere die demographische Entwicklung in Verbindung mit Morbiditätsanalysen berücksichtigt. Die Darstellung und Quantifizierung der bedarfsbeeinflussenden Determinanten basieren auf Material- und Literaturrecherchen und Expertenbefragungen.

3.2 Entwicklung der Krankenhauslandschaft in Deutschland

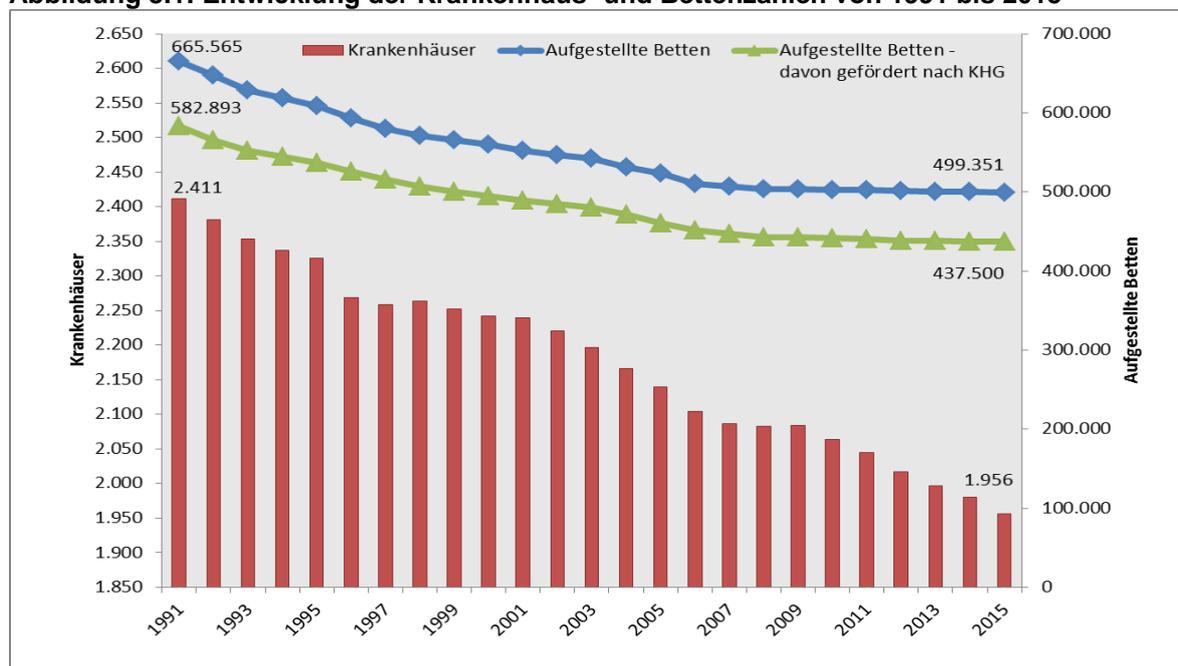
Die deutsche Krankenhauslandschaft unterliegt einem tief greifenden Wandel. Besonders deutlich spiegelt sich der Wandel in der Entwicklung der Krankenhaus- und Bettenzahlen sowie in deren Verteilung auf öffentliche, freigemeinnützige und private Krankenträger wider. Aber auch viele andere Indikatoren, darunter z. B. die durchschnittliche Verweildauer der Patienten oder die Anzahl der stationären Behandlungsfälle, machen deutlich, dass sich sowohl die Strukturen als auch das

Leistungsgeschehen der Krankenhäuser mit hoher Geschwindigkeit fortentwickeln. Im Folgenden sind die zentralen Entwicklungen dargestellt.⁹

• **Krankenhäuser, aufgestellte Betten, Bettendichte**

Die Anzahl der Krankenhäuser ist von 1991 bis 2015 um knapp 20 % von insgesamt 2.411 auf 1.956 Häuser gesunken. Gleichermäßen ist die Anzahl der aufgestellten Betten von 665.565 auf 499.351 und somit um fast 25% gesunken (vgl. Abbildung 3.1). In vergleichbarer prozentualer Höhe sank ebenfalls die Anzahl der nach KHG geförderten Betten von 582.893 auf 437.500 bis zum Jahr 2015. Zudem sank die Bettendichte¹⁰, die als Anzahl der aufgestellten Betten je 10.000 Einwohner definiert ist, zwischen 1991 und 2015 von 83,2 auf 61,1 (vgl. Abbildung 3.2).

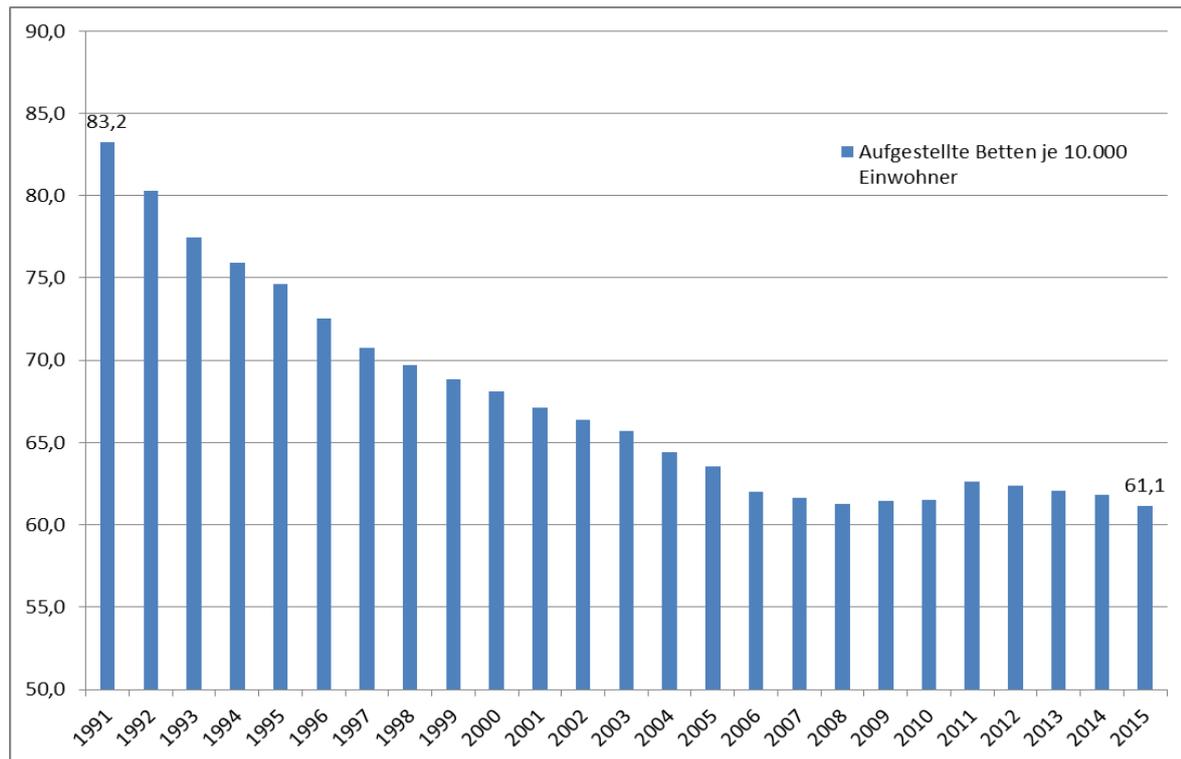
Abbildung 3.1: Entwicklung der Krankenhaus- und Bettenzahlen von 1991 bis 2015



Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

⁹ Die Betrachtungen erfolgen für die Krankenhäuser insgesamt gem. den Erhebungen des Statistischen Bundesamtes (Fachserie 12, Reihe 6.1.1 - Grunddaten der Krankenhäuser).

¹⁰ Ab 2011 berechnet mit der Durchschnittsbevölkerung auf Grundlage des Zensus 2011. Bis 2010 berechnet mit der Durchschnittsbevölkerung auf Basis früherer Zählungen.

Abbildung 3.2: Entwicklung der Bettendichte¹¹ von 1991 bis 2015

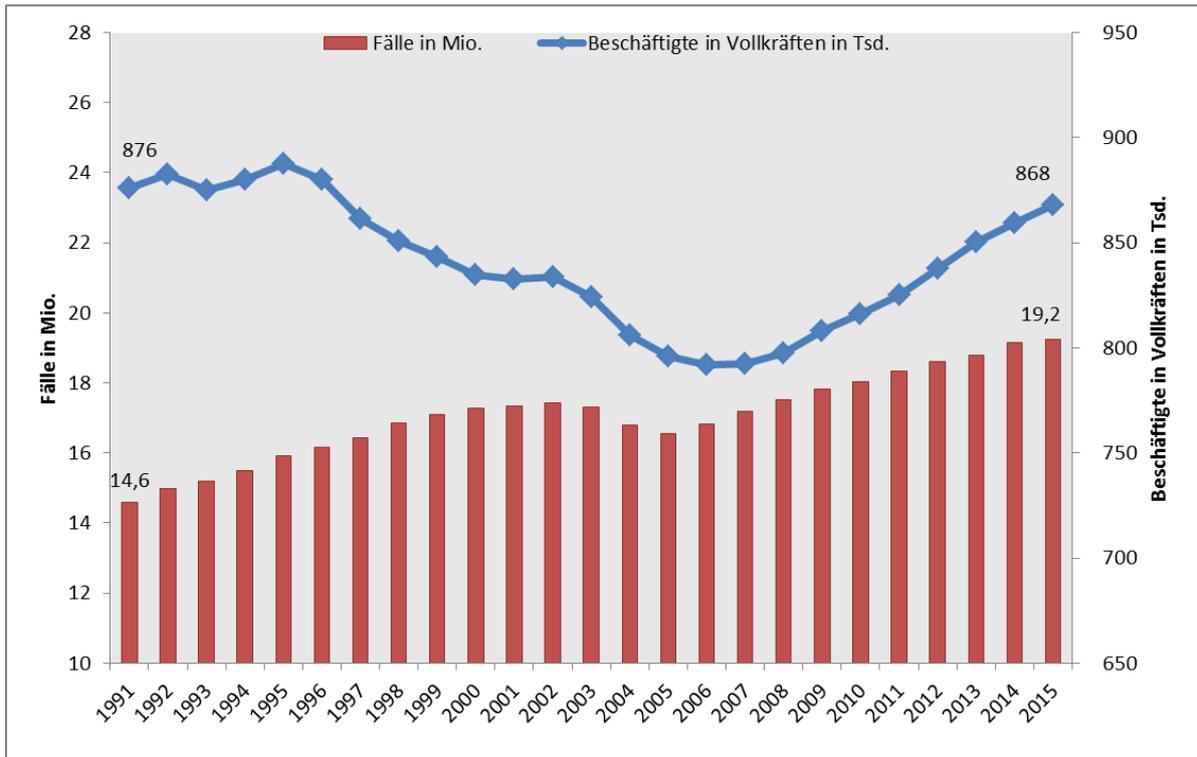
Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

• **Behandlungsfälle, Beschäftigte und Verweildauer**

Dem Rückgang der Krankenhaus- und Bettenzahlen steht ein erheblicher Anstieg stationären Behandlungsfälle gegenüber. So stieg die Fallzahl von 14,6 Mio. im Jahr 1991 auf ca. 19,2 Mio. im Jahr 2015 und damit um rund 32% (vgl. Abbildung 3.3). Die Anzahl der Beschäftigten (Vollkräfte im Jahresdurchschnitt) sank im gleichen Zeitraum um rund 1%, wobei sich die Beschäftigtenzahlen im ärztlichen Bereich (+62%) und im nicht-ärztlichen Bereich (-9%) gegenläufig entwickelten (vgl. Abbildung 3.4). Seit 2007 stieg die Anzahl der Beschäftigten auch im nicht-ärztlichen Bereich wieder leicht an (+7%). Die Verweildauer betrug im Jahr 2015 7,3 Tage gegenüber 14,0 Tagen im Jahr 1991 (-48%, vgl. Abbildung 3.5). Weitere Informationen und Einzeldaten sind Tabelle 3.1 und Tabelle 3.2 am Ende des Kapitels zu entnehmen.

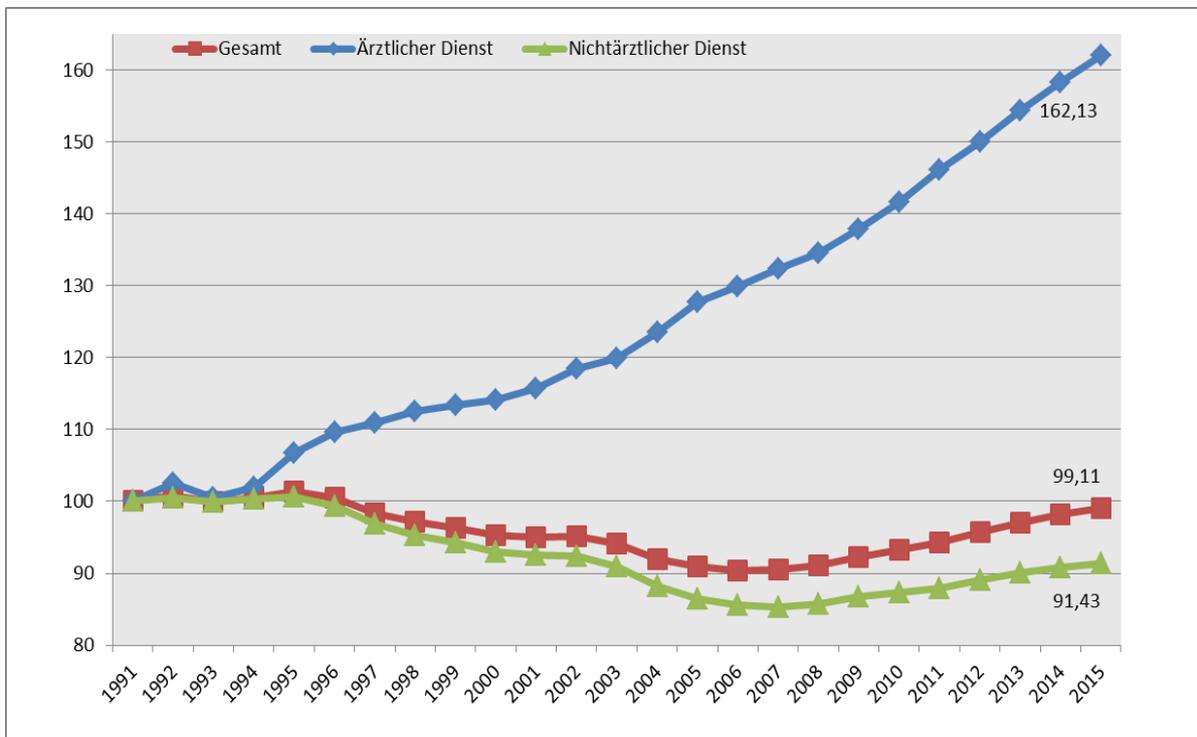
¹¹ Bis 2010 berechnet mit der Durchschnittsbevölkerung auf Basis früherer Zählungen. Ab 2011 berechnet mit der Durchschnittsbevölkerung auf Grundlage des Zensus 2011. Der Anstieg der Bettendichte ab 2011 ist auf die neue Datenbasis zurückzuführen, die eine um ca. 1,5 Mio. Einwohner verringerte Durchschnittsbevölkerung ausweist.

Abbildung 3.3: Entwicklung der Behandlungsfälle und Beschäftigtenzahlen von 1991 bis 2015



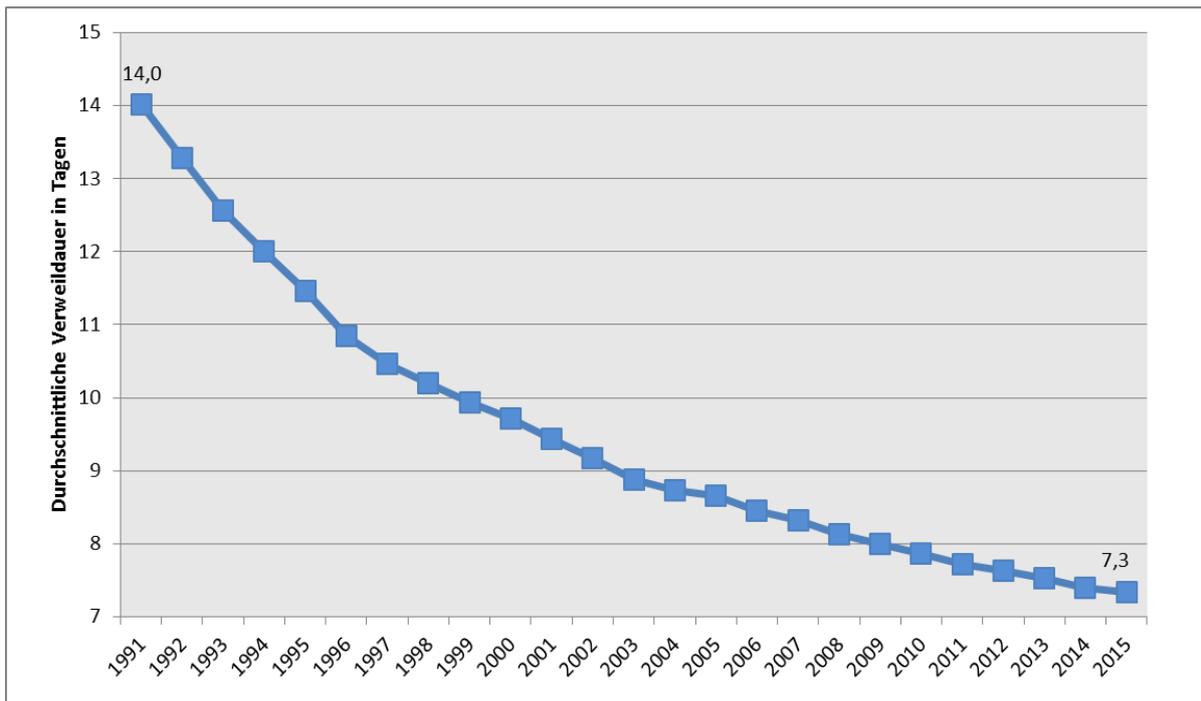
Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Abbildung 3.4: Entwicklung der Beschäftigtenzahlen (indexiert, 1991 = 100)



Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Abbildung 3.5: Entwicklung der Verweildauer in Tagen von 1991 bis 2015



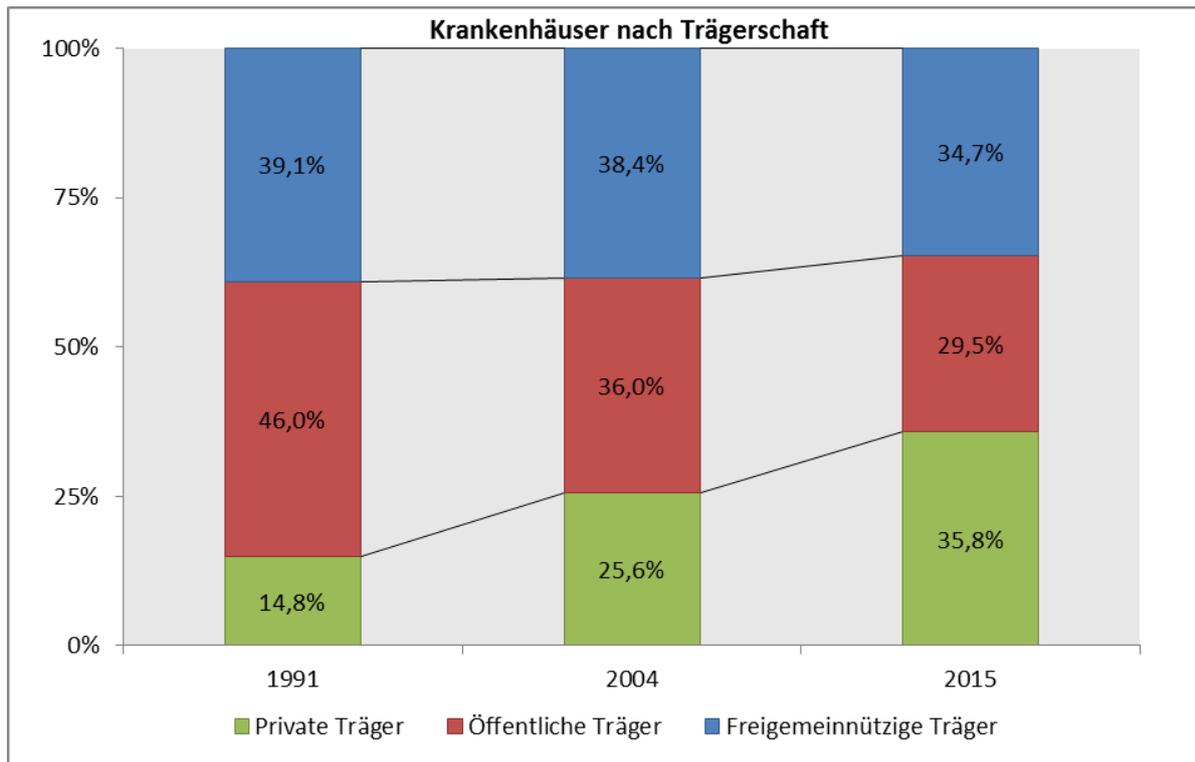
Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

• **Krankenhausträger**

Deutliche Veränderungen sind auch in der Verteilung der Krankenhäuser auf öffentliche, freigemeinnützige und private Träger zu beobachten. Befanden sich im Jahr 1991 noch 46% der Krankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft, so waren es im Jahr 2015 noch knapp 30%. Der Anteil der privaten Krankenhausträger stieg im selben Zeitraum von ca. 15% auf rund 36%. Der Anteil der freigemeinnützigen Krankenhäuser blieb mit ca. 35% im Jahr 2015 gegenüber 39% im Jahr 1991 relativ konstant (vgl. Abbildung 3.6).

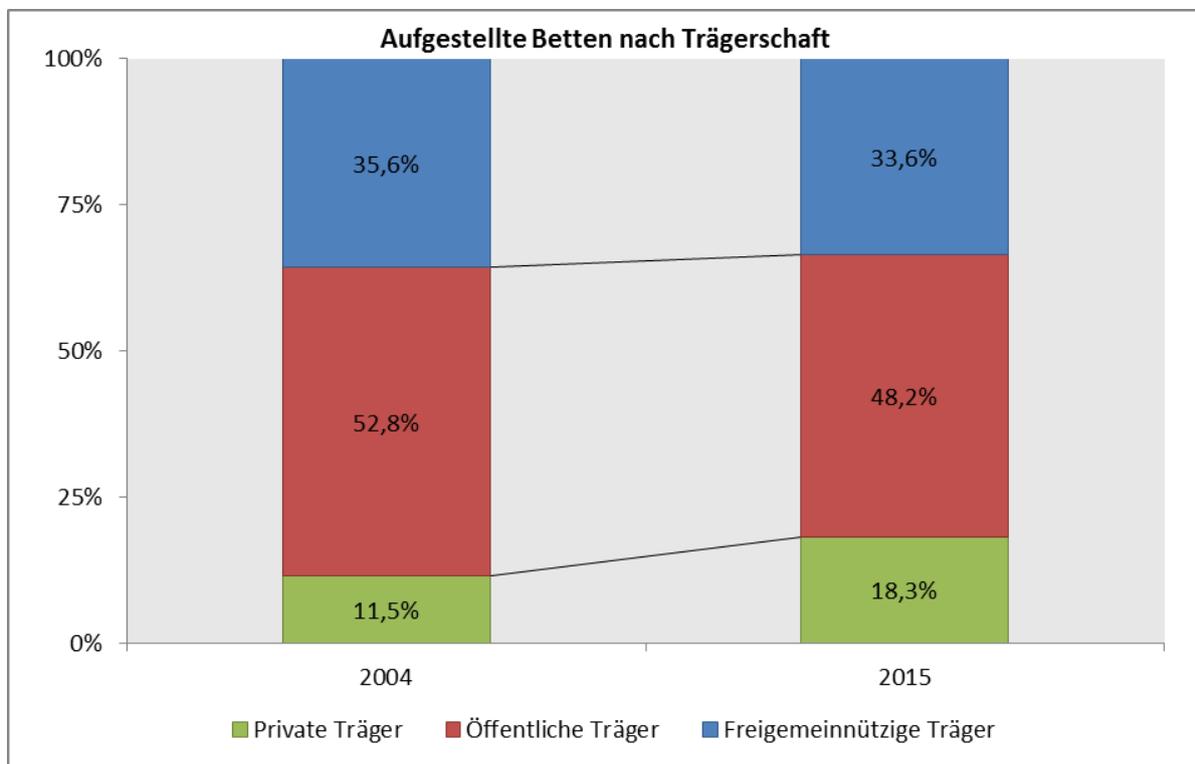
Der Anteil der privaten Krankenhausträger fällt deutlich niedriger aus, wenn als Bezugsgröße nicht die Anzahl der Krankenhäuser, sondern die Anzahl der aufgestellten Betten herangezogen wird. Dementsprechend beläuft sich der Anteil an Krankenhäusern in privater Trägerschaft auf ca. 18% im Jahr 2015. Die entsprechenden Anteile der öffentlichen und freigemeinnützigen Träger betragen ca. 48% bzw. 34% (vgl. Abbildung 3.7 sowie Tabelle 3.3 und Tabelle 3.4 am Ende des Kapitels).

Abbildung 3.6: Krankenhäuser nach Trägerschaft, Anteile in den Jahren 1991, 2004 und 2015



Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen (ggf. Rundungsdifferenzen).

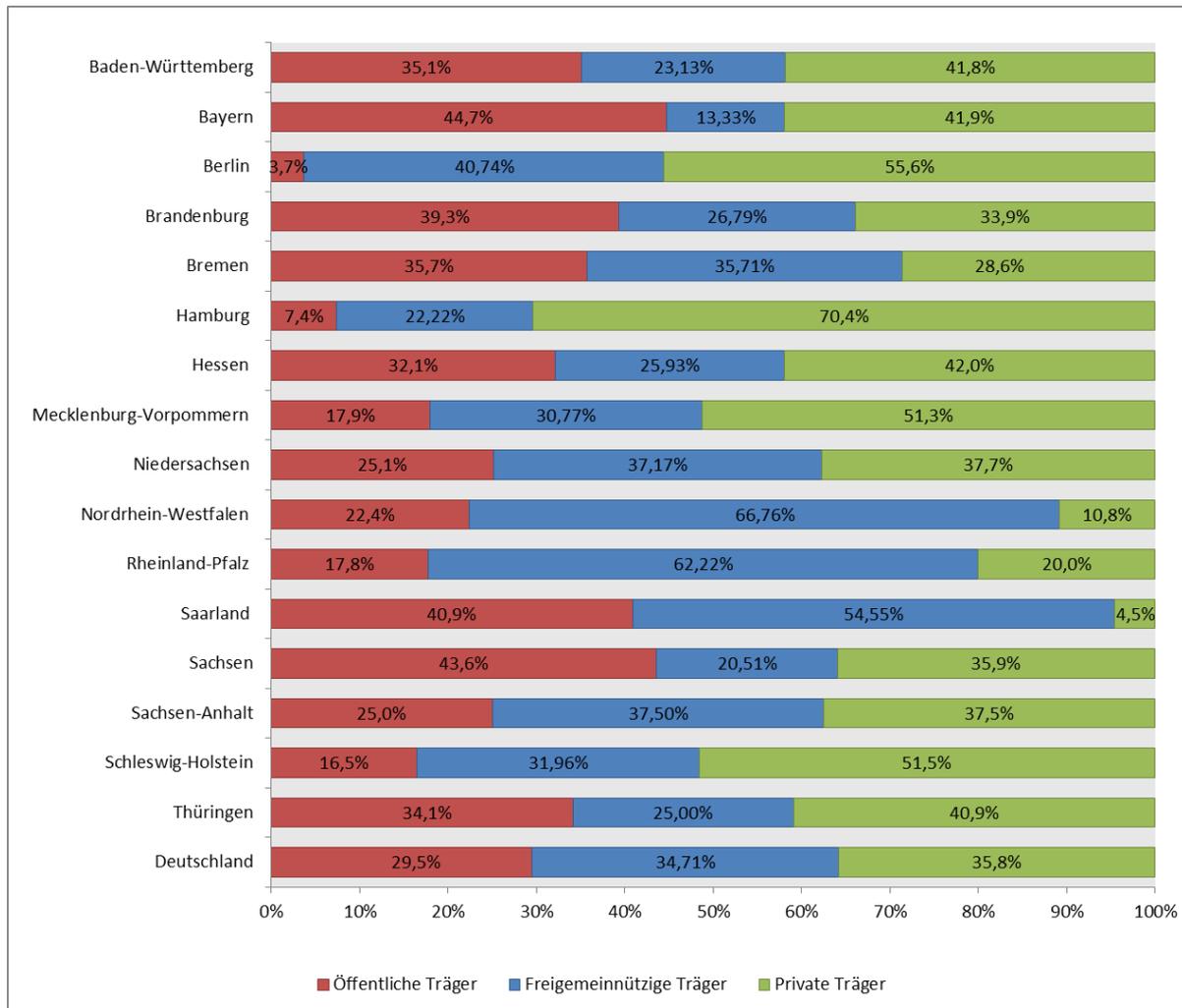
Abbildung 3.7: Aufgestellte Betten nach Trägerschaft, Anteile in 2004 und 2015



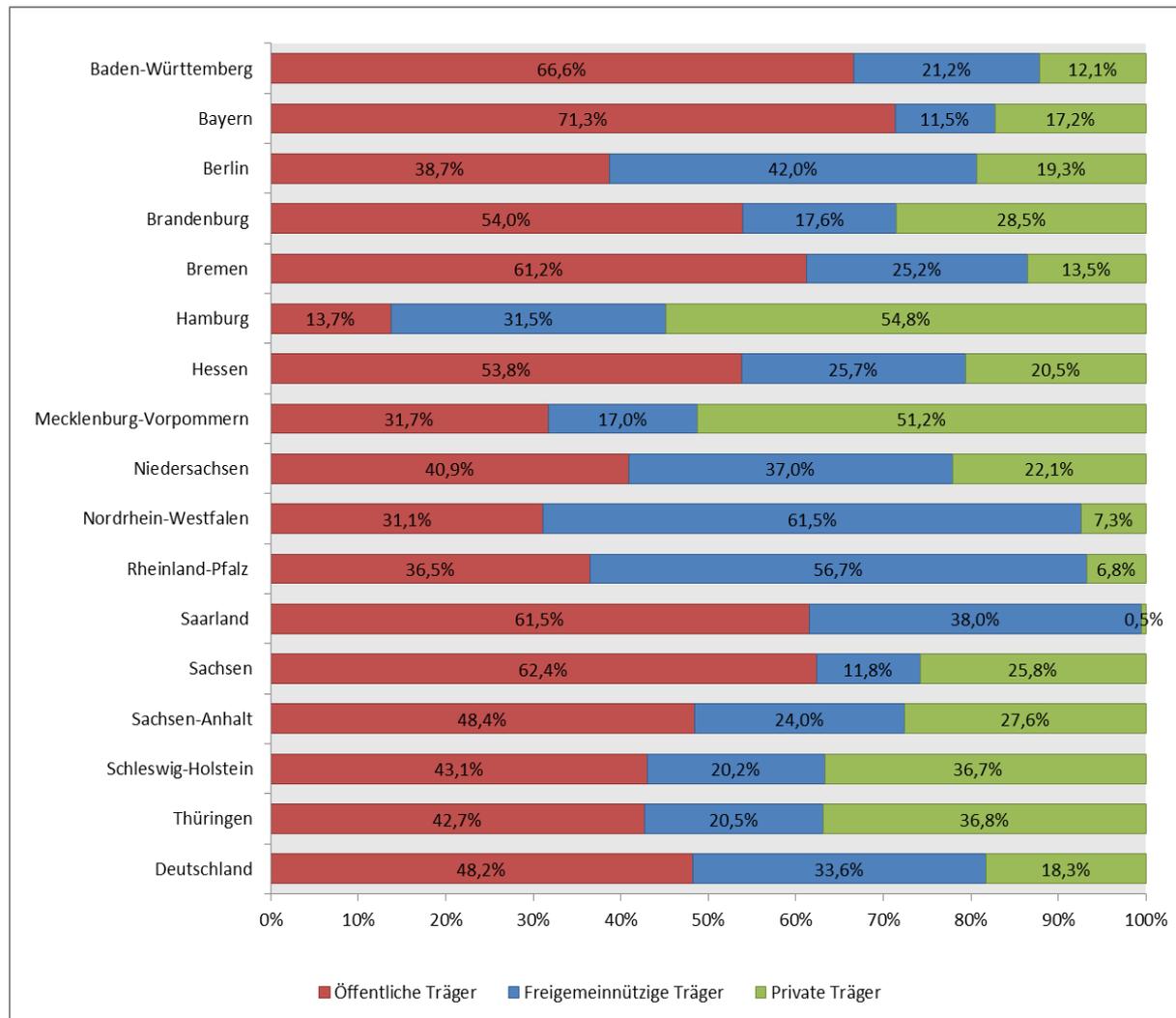
Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen (ggf. Rundungsdifferenzen).

Zwischen den Bundesländern gibt es im Hinblick auf die Verteilung der Krankenhäuser sowie der aufgestellten Betten nach Art der Trägerschaft erhebliche Unterschiede (vgl. Abbildung 3.8 und Abbildung 3.9). Die Anzahl der Krankenhäuser orientiert sich dabei an den Daten des Statistischen Bundesamtes, d.h. ein Krankenhaus kann in der Zählung ggf. mehrere Standorte umfassen.

Abbildung 3.8: Krankenhäuser nach Bundesland und Trägerschaft im Jahr 2015, in Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen (ggf. Rundungsdifferenzen).

Abbildung 3.9: Aufgestellte Betten nach Bundesland und Trägerschaft im Jahr 2015, in Prozent

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen (ggf. Rundungsdifferenzen).

Tabelle 3.1: Grunddaten der Krankenhäuser von 1991 bis 2015, Deutschland

Entwicklung seit 1991							
Jahr	Krankenhäuser	Aufgestellte Betten	Betten-dichte*	Fälle**	Berechnungs- und Belegungstage	Ø Verweildauer	Ø Bettenauslastung
	Anzahl	Anzahl	Betten je 10.000 Einwohner	Anzahl	in Tsd.	in Tagen	in %
1991	2.411	665.565	83,2	14.576.613	204.204	14,0	84,1
1992	2.381	646.995	80,3	14.974.845	198.769	13,3	83,9
1993	2.354	628.658	77,4	15.191.174	190.741	12,6	83,1
1994	2.337	618.176	75,9	15.497.702	186.049	12,0	82,5
1995	2.325	609.123	74,6	15.931.168	182.627	11,5	82,1
1996	2.269	593.743	72,5	16.165.019	175.247	10,8	80,6
1997	2.258	580.425	70,7	16.429.031	171.837	10,5	81,1
1998	2.263	571.629	69,7	16.847.477	171.802	10,2	82,3
1999	2.252	565.268	68,9	17.092.707	169.696	9,9	82,2
2000	2.242	559.651	68,1	17.262.929	167.789	9,7	81,9
2001	2.240	552.680	67,1	17.325.083	163.536	9,4	81,1
2002	2.221	547.284	66,4	17.432.272	159.937	9,2	80,1
2003	2.197	541.901	65,7	17.295.910	153.518	8,9	77,6
2004	2.166	531.333	64,4	16.801.649	146.746	8,7	75,5
2005	2.139	523.824	63,5	16.539.398	143.244	8,7	74,9
2006	2.104	510.767	62,0	16.832.883	142.251	8,5	76,3
2007	2.087	506.954	61,6	17.178.573	142.893	8,3	77,2
2008	2.083	503.360	61,3	17.519.579	142.535	8,1	77,4
2009	2.084	503.341	61,5	17.817.180	142.414	8,0	77,5
2010	2.064	502.749	61,5	18.032.903	141.942	7,9	77,4
2011	2.045	502.029	62,6	18.344.156	141.676	7,7	77,3
2012	2.017	501.475	62,4	18.620.442	142.024	7,6	77,4
2013	1.996	500.671	62,1	18.787.168	141.340	7,5	77,3
2014	1.980	500.680	61,8	19.148.626	141.534	7,4	77,4
2015	1.956	499.351	61,1	19.239.574	141.281	7,3	77,5
Veränderung gegenüber dem Vorjahr (in %)							
Jahr	Krankenhäuser	Aufgestellte Betten	Betten-dichte*	Fälle**	Berechnungs- und Belegungstage	Ø Verweildauer	Ø Bettenauslastung
1992	-1,2%	-2,8%	-3,5%	2,7%	-2,7%	-5,2%	-0,1%
1993	-1,1%	-2,8%	-3,5%	1,4%	-4,0%	-5,4%	-1,0%
1994	-0,7%	-1,7%	-2,0%	2,0%	-2,5%	-4,4%	-0,8%
1995	-0,5%	-1,5%	-1,8%	2,8%	-1,8%	-4,5%	-0,4%
1996	-2,4%	-2,5%	-2,8%	1,5%	-4,0%	-5,4%	-1,8%
1997	-0,5%	-2,2%	-2,4%	1,6%	-1,9%	-3,5%	0,6%
1998	0,2%	-1,5%	-1,5%	2,5%	0,0%	-2,5%	1,5%
1999	-0,5%	-1,1%	-1,2%	1,5%	-1,2%	-2,6%	-0,1%
2000	-0,4%	-1,0%	-1,1%	1,0%	-1,1%	-2,1%	-0,4%
2001	-0,1%	-1,2%	-1,4%	0,4%	-2,5%	-2,9%	-1,0%
2002	-0,8%	-1,0%	-1,1%	0,6%	-2,2%	-2,8%	-1,2%
2003	-1,1%	-1,0%	-1,0%	-0,8%	-4,0%	-3,3%	-3,1%
2004	-1,4%	-2,0%	-1,9%	-2,9%	-4,4%	-1,6%	-2,8%
2005	-1,2%	-1,4%	-1,4%	-1,6%	-2,4%	-0,8%	-0,7%
2006	-1,6%	-2,5%	-2,4%	1,8%	-0,7%	-2,4%	1,8%
2007	-0,8%	-0,7%	-0,6%	2,1%	0,5%	-1,6%	1,2%
2008	-0,2%	-0,7%	-0,5%	2,0%	-0,3%	-2,2%	0,2%
2009	0,0%	0,0%	0,3%	1,7%	-0,1%	-1,8%	0,2%
2010	-1,0%	-0,1%	0,0%	1,2%	-0,3%	-1,5%	-0,2%
2011	-0,9%	-0,1%	1,8%	1,7%	-0,2%	-1,9%	0,0%
2012	-1,4%	-0,1%	-0,4%	1,5%	0,2%	-1,2%	0,1%
2013	-1,0%	-0,2%	-0,4%	0,9%	-0,5%	-1,4%	0,0%
2014	-0,8%	0,0%	-0,4%	1,9%	0,1%	-1,8%	0,1%
2015	-1,2%	-0,3%	-1,1%	0,5%	-0,2%	-0,7%	0,1%

Veränderung gegenüber 1991 (in %)							
Jahr	Kranken- häuser	Aufgestellte Betten	Betten- dichte*	Fälle**	Berechnungs- und Beleg- ungstage	Ø Verweil- dauer	Ø Betten- auslastung
1992	-1,2%	-2,8%	-3,5%	2,7%	-2,7%	-5,2%	-0,1%
1993	-2,4%	-5,5%	-6,9%	4,2%	-6,6%	-10,4%	-1,1%
1994	-3,1%	-7,1%	-8,8%	6,3%	-8,9%	-14,3%	-1,9%
1995	-3,6%	-8,5%	-10,4%	9,3%	-10,6%	-18,2%	-2,3%
1996	-5,9%	-10,8%	-12,9%	10,9%	-14,2%	-22,6%	-4,1%
1997	-6,3%	-12,8%	-15,0%	12,7%	-15,9%	-25,3%	-3,5%
1998	-6,1%	-14,1%	-16,3%	15,6%	-15,9%	-27,2%	-2,0%
1999	-6,6%	-15,1%	-17,2%	17,3%	-16,9%	-29,1%	-2,2%
2000	-7,0%	-15,9%	-18,2%	18,4%	-17,8%	-30,6%	-2,5%
2001	-7,1%	-17,0%	-19,3%	18,9%	-19,9%	-32,6%	-3,6%
2002	-7,9%	-17,8%	-20,3%	19,6%	-21,7%	-34,5%	-4,8%
2003	-8,9%	-18,6%	-21,1%	18,7%	-24,8%	-36,6%	-7,7%
2004	-10,2%	-20,2%	-22,6%	15,3%	-28,1%	-37,7%	-10,2%
2005	-11,3%	-21,3%	-23,7%	13,5%	-29,9%	-38,2%	-10,9%
2006	-12,7%	-23,3%	-25,5%	15,5%	-30,3%	-39,7%	-9,2%
2007	-13,4%	-23,8%	-25,9%	17,9%	-30,0%	-40,6%	-8,1%
2008	-13,6%	-24,4%	-26,3%	20,2%	-30,2%	-41,9%	-8,0%
2009	-13,6%	-24,4%	-26,1%	22,2%	-30,3%	-42,9%	-7,8%
2010	-14,4%	-24,5%	-26,1%	23,7%	-30,5%	-43,8%	-8,0%
2011	-15,2%	-24,6%	-24,8%	25,8%	-30,6%	-44,9%	-8,0%
2012	-16,3%	-24,7%	-25,1%	27,7%	-30,4%	-45,6%	-7,9%
2013	-17,2%	-24,8%	-25,4%	28,9%	-30,8%	-46,3%	-8,0%
2014	-17,9%	-24,8%	-25,7%	31,4%	-30,7%	-47,2%	-7,9%
2015	-18,9%	-25,0%	-26,5%	32,0%	-30,8%	-47,6%	-7,8%

Alle dargestellten Variablen sind gemäß den Angaben des Statistischen Bundesamts übernommen worden und orientieren sich an den dort getroffenen Annahmen und Definitionen. Für Details siehe Erläuterungen in Grunddaten der Krankenhäuser 2015, Fachserie 12, Reihe 6.1.1, veröffentlicht vom Statistischen Bundesamt am 05.10.2016.

* Ab 2011 berechnet mit der Durchschnittsbevölkerung auf Grundlage des Zensus 2011. Bis 2010 berechnet mit der Durchschnittsbevölkerung auf Basis früherer Zählungen.

** Einschließlich Stundenfälle.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Tabelle 3.2: Grunddaten der Krankenhäuser für das Jahr 2015, Vergleich der Bundesländer

Vergleich der Bundesländer									
	Krankenhäuser			aufgestellte Betten			Bettendichte*		
	Anzahl	Veränderung zum Vorjahr (in %)	Veränderung zum Jahr 1994 (in %)	Anzahl	Veränderung zum Vorjahr (in %)	Veränderung zum Jahr 1994 (in %)	Betten je 10.000 Einwohner	Veränderung zum Vorjahr (in %)	Veränderung zum Jahr 1994 (in %)
Deutschland	1.956	-1,2	-16,3	499.351	-0,3	-19,2	61,1	-1,1	-19,5
Baden-Württemberg	268	-0,7	-15,2	56.154	-0,7	-17,9	52,0	-1,9	-22,0
Bayern	360	-1,1	-12,2	76.000	0,1	-12,7	59,5	-0,8	-18,7
Berlin	81	1,3	-15,6	19.975	-0,2	-43,9	57,2	-1,6	-44,2
Brandenburg	56	-	-6,7	15.305	0,1	-12,7	61,9	-0,6	-10,5
Bremen	14	-	-6,7	5.074	-1,2	-28,5	76,1	-2,3	-26,9
Hamburg	54	5,9	31,7	12.407	1,9	-16,8	69,9	0,7	-20,1
Hessen	162	-3,0	-12,4	36.130	0,0	-14,7	58,9	-1,1	-17,0
Mecklenburg-Vorpommern	39	-	5,4	10.458	0,2	-19,0	65,1	-0,3	-7,3
Niedersachsen	191	-2,6	-10,7	42.178	-0,1	-21,4	53,5	-1,0	-23,4
Nordrhein-Westfalen	352	-3,3	-27,4	119.900	-0,3	-21,3	67,5	-1,1	-21,2
Rheinland-Pfalz	90	-1,1	-23,7	25.282	-0,6	-12,4	62,7	-1,3	-14,4
Saarland	22	-	-21,4	6.427	-0,5	-25,8	64,8	-0,7	-18,9
Sachsen	78	-1,3	-17,9	25.825	-0,9	-19,1	63,5	-1,3	-8,7
Sachsen-Anhalt	48	-	-30,4	16.069	-1,0	-21,7	71,7	-1,0	-3,2
Schleswig-Holstein	97	2,1	-7,6	16.150	0,0	-5,5	56,8	-0,8	-10,3
Thüringen	44	-	-30,2	16.017	-1,0	-16,9	74,0	-1,2	-3,1
	Fälle**			Ø Verweildauer			Ø Bettenauslastung		
	Anzahl	Veränderung zum Vorjahr (in %)	Veränderung zum Jahr 1994 (in %)	in Tagen	Veränderung zum Vorjahr (in %)	Veränderung zum Jahr 1994 (in %)	in %	Veränderung zum Vorjahr (in %)	Veränderung zum Jahr 1994 (in %)
Deutschland	19.239.574	0,5	24,1	7,3	-0,7	-38,8	77,5	0,1	-6,0
Baden-Württemberg	2.138.825	0,4	20,3	7,4	-0,9	-36,3	77,1	0,3	-7,2
Bayern	2.959.312	0,4	26,3	7,2	-0,5	-36,0	77,2	-0,2	-7,4
Berlin	825.288	1,4	28,8	7,4	-0,5	-58,1	84,0	1,2	-3,4
Brandenburg	564.722	0,2	34,4	7,9	0,5	-34,0	79,4	0,6	2,0
Bremen	211.268	-0,2	21,0	6,9	-0,3	-43,2	78,5	0,8	-3,6
Hamburg	502.375	2,7	35,0	7,5	-1,6	-37,1	83,7	-0,8	2,0
Hessen	1.369.768	0,5	22,5	7,5	-0,5	-35,0	77,7	0,0	-6,2
Mecklenburg-Vorpommern	411.767	0,3	15,9	7,0	-1,1	-33,4	75,5	-1,1	-4,7
Niedersachsen	1.694.548	0,6	18,7	7,2	-0,8	-35,7	79,3	-0,1	-3,2
Nordrhein-Westfalen	4.546.310	0,5	25,1	7,3	-0,8	-41,8	76,1	0,0	-7,5
Rheinland-Pfalz	942.187	0,0	24,5	7,2	-0,8	-38,1	73,3	-0,2	-11,7
Saarland	279.997	1,6	12,7	7,2	-3,6	-35,3	85,8	-1,6	-1,7
Sachsen	1.006.930	0,3	35,8	7,4	-0,5	-41,1	79,3	0,7	-1,0
Sachsen-Anhalt	603.769	-1,8	16,4	7,2	0,7	-36,8	74,2	-0,1	-6,5
Schleswig-Holstein	599.675	0,7	17,3	7,5	-0,4	-27,5	76,7	0,4	-9,8
Thüringen	582.837	0,3	27,4	7,7	-0,1	-36,9	76,7	1,2	-2,9

Alle dargestellten Variablen sind gemäß den Angaben des Statistischen Bundesamts übernommen worden und orientieren sich an den dort getroffenen Annahmen und Definitionen. Für Details siehe Erläuterungen in Grunddaten der Krankenhäuser 2015, Fachserie 12, Reihe 6.1.1, veröffentlicht vom Statistischen Bundesamt am 05.10.2016.

* Ab 2011 berechnet mit der Durchschnittsbevölkerung auf Grundlage des Zensus 2011. Bis 2010 berechnet mit der Durchschnittsbevölkerung auf Basis früherer Zählungen.

** Einschließlich Stundenfälle.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Tabelle 3.3: Krankenhäuser und aufgestellte Betten nach Art der Trägerschaft von 1991 bis 2015, Deutschland

Krankenhäuser							
Jahr	Insgesamt	Davon					
		öffentlich		freigemeinnützig		privat	
		Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
1991	2.411	1.110	46,0%	943	39,1%	358	14,8%
1992	2.381	1.062	44,6%	950	39,9%	369	15,5%
1993	2.354	1.023	43,5%	950	40,4%	381	16,2%
1994	2.337	987	42,2%	949	40,6%	401	17,2%
1995	2.325	972	41,8%	944	40,6%	409	17,6%
1996	2.269	933	41,1%	929	40,9%	407	17,9%
1997	2.258	919	40,7%	919	40,7%	420	18,6%
1998	2.263	890	39,3%	920	40,7%	453	20,0%
1999	2.252	854	37,9%	930	41,3%	468	20,8%
2000	2.242	844	37,6%	912	40,7%	486	21,7%
2001	2.240	825	36,8%	903	40,3%	512	22,9%
2002	2.221	817	36,8%	877	39,5%	527	23,7%
2003	2.197	796	36,2%	856	39,0%	545	24,8%
2004	2.166	780	36,0%	831	38,4%	555	25,6%
2005	2.139	751	35,1%	818	38,2%	570	26,6%
2006	2.104	717	34,1%	803	38,2%	584	27,8%
2007	2.087	677	32,4%	790	37,9%	620	29,7%
2008	2.083	665	31,9%	781	37,5%	637	30,6%
2009	2.084	648	31,1%	769	36,9%	667	32,0%
2010	2.064	630	30,5%	755	36,6%	679	32,9%
2011	2.045	621	30,4%	746	36,5%	678	33,2%
2012	2.017	601	29,8%	719	35,6%	697	34,6%
2013	1.996	596	29,9%	706	35,4%	694	34,8%
2014	1.980	589	29,7%	696	35,2%	695	35,1%
2015	1.956	577	29,5%	679	34,7%	700	35,8%

Aufgestellte Betten							
Jahr	Insgesamt	Davon					
		öffentlich		freigemeinnützig		privat	
		Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
1991	665.565						
1992	646.995						
1993	628.658						
1994	618.176						
1995	609.123						
1996	593.743						
1997	580.425						
1998	571.629						
1999	565.268						
2000	559.651						
2001	552.680						
2002	547.284	298.034	54,5%	200.635	36,7%	48.615	8,9%
2003	541.901	290.625	53,6%	197.343	36,4%	53.933	10,0%
2004	531.333	280.717	52,8%	189.334	35,6%	61.282	11,5%
2005	523.824	273.721	52,3%	184.752	35,3%	65.351	12,5%
2006	510.767	260.993	51,1%	180.200	35,3%	69.574	13,6%
2007	506.954	250.345	49,4%	177.632	35,0%	78.977	15,6%
2008	503.360	246.423	49,0%	177.085	35,2%	79.852	15,9%
2009	503.341	244.918	48,7%	174.711	34,7%	83.712	16,6%
2010	502.749	244.254	48,6%	173.457	34,5%	85.038	16,9%
2011	502.029	242.769	48,4%	172.219	34,3%	87.041	17,3%
2012	501.475	240.180	47,9%	171.276	34,2%	90.019	18,0%
2013	500.671	240.632	48,1%	170.086	34,0%	89.953	18,0%
2014	500.680	240.195	48,0%	169.477	33,8%	91.008	18,2%
2015	499.351	240.653	48,2%	167.566	33,6%	91.132	18,3%

Alle dargestellten Variablen sind gemäß den Angaben des Statistischen Bundesamts übernommen worden und orientieren sich an den dort getroffenen Annahmen und Definitionen. Für Details siehe Erläuterungen in Grunddaten der Krankenhäuser 2015, Fachserie 12, Reihe 6.1.1, veröffentlicht vom Statistischen Bundesamt am 05.10.2016.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen (ggf. Rundungsdifferenzen).

Tabelle 3.4: Krankenhäuser und aufgestellte Betten nach Art der Trägerschaft im Jahr 2015, Vergleich der Bundesländer

Bundesland	Krankenhäuser						
	Insgesamt	Davon					
		öffentlich		freigemeinnützig		privat	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	
Baden-Württemberg	268	94	35,1%	62	23,1%	112	41,8%
Bayern	360	161	44,7%	48	13,3%	151	41,9%
Berlin	81	3	3,7%	33	40,7%	45	55,6%
Brandenburg	56	22	39,3%	15	26,8%	19	33,9%
Bremen	14	5	35,7%	5	35,7%	4	28,6%
Hamburg	54	4	7,4%	12	22,2%	38	70,4%
Hessen	162	52	32,1%	42	25,9%	68	42,0%
Mecklenburg-Vorpommern	39	7	17,9%	12	30,8%	20	51,3%
Niedersachsen	191	48	25,1%	71	37,2%	72	37,7%
Nordrhein-Westfalen	352	79	22,4%	235	66,8%	38	10,8%
Rheinland-Pfalz	90	16	17,8%	56	62,2%	18	20,0%
Saarland	22	9	40,9%	12	54,5%	1	4,5%
Sachsen	78	34	43,6%	16	20,5%	28	35,9%
Sachsen-Anhalt	48	12	25,0%	18	37,5%	18	37,5%
Schleswig-Holstein	97	16	16,5%	31	32,0%	50	51,5%
Thüringen	44	15	34,1%	11	25,0%	18	40,9%
Deutschland	1.956	577	29,5%	679	34,7%	700	35,8%
Bundesland	Aufgestellte Betten						
	Insgesamt	Davon					
		öffentlich		freigemeinnützig		privat	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	
Baden-Württemberg	56.154	37.420	66,6%	11.915	21,2%	6.819	12,1%
Bayern	76.000	54.223	71,3%	8.723	11,5%	13.054	17,2%
Berlin	19.975	7.727	38,7%	8.391	42,0%	3.857	19,3%
Brandenburg	15.305	8.259	54,0%	2.689	17,6%	4.357	28,5%
Bremen	5.074	3.107	61,2%	1.280	25,2%	687	13,5%
Hamburg	12.407	1.701	13,7%	3.903	31,5%	6.803	54,8%
Hessen	36.130	19.436	53,8%	9.273	25,7%	7.421	20,5%
Mecklenburg-Vorpommern	10.458	3.319	31,7%	1.783	17,0%	5.356	51,2%
Niedersachsen	42.178	17.241	40,9%	15.612	37,0%	9.325	22,1%
Nordrhein-Westfalen	119.900	37.340	31,1%	73.775	61,5%	8.785	7,3%
Rheinland-Pfalz	25.282	9.230	36,5%	14.341	56,7%	1.711	6,8%
Saarland	6.427	3.954	61,5%	2.443	38,0%	30	0,5%
Sachsen	25.825	16.122	62,4%	3.037	11,8%	6.666	25,8%
Sachsen-Anhalt	16.069	7.775	48,4%	3.861	24,0%	4.433	27,6%
Schleswig-Holstein	16.150	6.960	43,1%	3.263	20,2%	5.927	36,7%
Thüringen	16.017	6.839	42,7%	3.277	20,5%	5.901	36,8%
Deutschland	499.351	240.653	48,2%	167.566	33,6%	91.132	18,3%

Alle dargestellten Variablen sind gemäß den Angaben des Statistischen Bundesamts übernommen worden und orientieren sich an den dort getroffenen Annahmen und Definitionen. Für Details siehe Erläuterungen in Grunddaten der Krankenhäuser 2015, Fachserie 12, Reihe 6.1.1, veröffentlicht vom Statistischen Bundesamt am 05.10.2016.

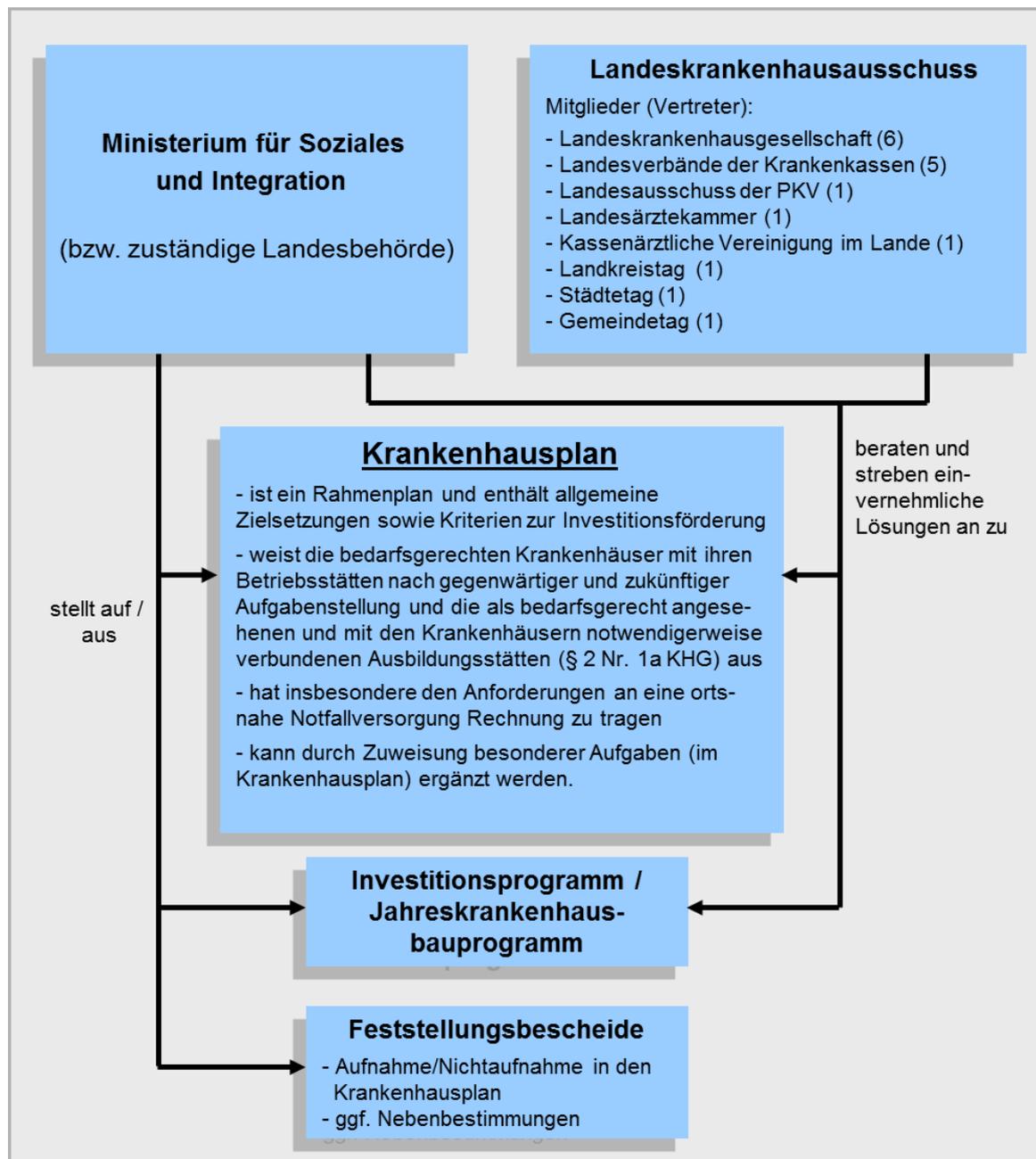
Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen (ggf. Rundungsdifferenzen).

3.3 Krankenhausplanung in den Bundesländern

3.3.1 Baden-Württemberg

Der Krankenhausplan für das Land Baden-Württemberg wird nach § 4 Abs. 2 Landeskrankenhausgesetz Baden-Württemberg (LKHG) vom Sozialministerium in enger Zusammenarbeit mit dem Landeskrankenhausausschuss erstellt (vgl. dazu Abbildung 3.10). Gemäß § 5 Abs. 1 und 2 LKHG stellt der Krankenhausplan die für eine leistungsfähige und wirtschaftliche Versorgung in Baden-Württemberg erforderlichen Krankenhäuser dar (bedarfsgerechte Krankenhäuser).

Abbildung 3.10: Krankenhausplanung in Baden-Württemberg



Quelle: LKHG, DKG.

Die planerischen Festlegungen betreffen gemäß des Krankenhausplans 2010 insbesondere den Standort des Krankenhauses und ggfs. den Standort seiner Betriebsstellen, die bedarfsgerechten Fachabteilungen des Krankenhauses, die Festlegung von Leistungsschwerpunkten bei „einheitlichen Krankenhäusern“ und Fachkliniken sowie die Gesamtplanbettenzahl. Für die somatischen Fachgebiete außer Psychiatrie und Psychotherapie, Kinder- und Jugendpsychiatrie und –psychotherapie sowie Psychosomatische Medizin und Psychotherapie wird dabei nur ein somatisches Planbettenkontingent festgelegt, innerhalb dessen der Krankenhausträger die Betten auf die verschiedenen Fachabteilungen in eigener Verantwortung verteilen kann. Von der Möglichkeit des § 6 Abs. 1 Satz 6 LKHG, Betten abteilungsbezogen festzulegen, wird in der Regel kein Gebrauch gemacht. Aus landesplanerischem Interesse werden jedoch konkrete Bettenzahlen unterhalb der Ebene der Fachgebiete für Herzchirurgie, Neurologische Frührehabilitation Phase B, Nuklearmedizinische Therapie, Beatmungsentwöhnung (Weaning) und Niederschwelliger Entzug festgelegt. Eine Zuweisung von Leistungsstufen erfolgt nicht mehr.

Der Bedarf an Planbetten wird primär aus der tatsächlichen Nachfrage ermittelt, die über die Hill-Burton-Formel berechnet wird. Die Richtwerte zur Bettennutzung betragen für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychotherapeutische Medizin/ Psychosomatik und Kinder- und Jugendpsychiatrie 90%, für Herzchirurgie und Neurologie 85%, für Chirurgie, Dermatologie, Innere Medizin, Neurochirurgie und Strahlentherapie 82%, für Augenheilkunde, Frauenheilkunde, Hals-, Nasen-, Ohrenheilkunde, Kinderchirurgie, Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie, Nuklearmedizin (Therapie) und Urologie 80% und für die Kinderheilkunde 75%.

Eine besondere Erwähnung im vorliegenden Krankenhausplan finden die Kinder- und Jugendpsychiatrie und –psychotherapie, die psychosomatische Medizin und Psychotherapie, die neurologische Frührehabilitation, die Geriatrie, die Schlaganfallversorgung, die Versorgung von Patienten mit chronischen Schmerzzuständen, die Tumorzentren und Onkologischen Schwerpunkte, das Weaning (Beatmungsentwöhnung) sowie die chronische Dialyse.

Insbesondere in den Bereichen Organtransplantationen entsprechend der Zulassung nach dem Transplantationsgesetz, Versorgung erwachsener Mukoviszidosepatienten, Epilepsiechirurgie, Diabetologie und Rheumatologie wurden einzelnen Krankenhäusern besondere Aufgaben zugewiesen.

Aktueller Krankenhausplan: Krankenhausplan 2010 Baden-Württemberg, online abrufbar unter:

<http://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/gesundheitspflege/krankenhaeuser/krankenhausplanung/>

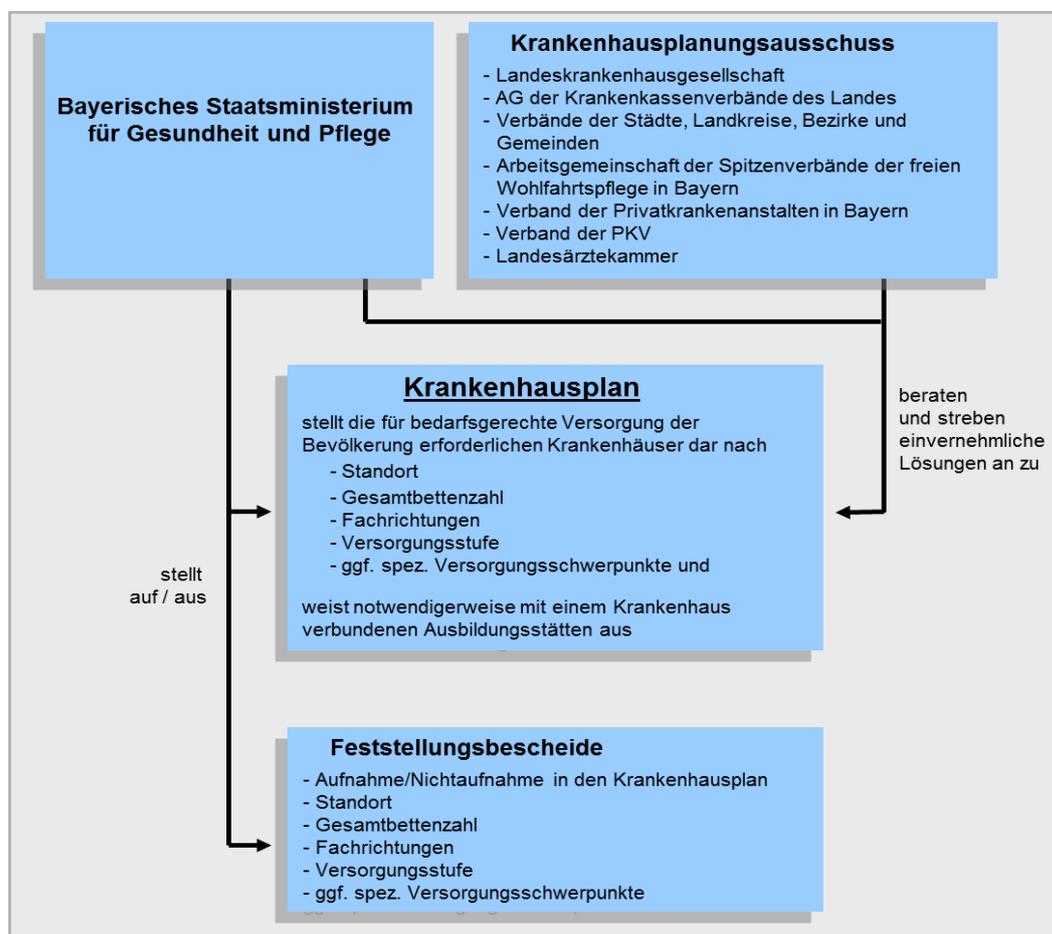
3.3.2 Bayern

Der Krankenhausplan stellt nach Art. 4 Abs. 1 Bayerisches Krankenhausgesetz (BayKrG) die für die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung erforderlichen Krankenhäuser nach Standort, Gesamtbettenzahl und teilstationären Plätzen, Fachrichtungen sowie Versorgungsstufe dar. Die Aufteilung der Gesamtbetten auf die Fachabteilungen obliegt der Klinik und kann von dieser eigenverantwortlich und ohne Genehmigungspflicht verändert werden. Der Krankenhausplan kann als Bestandteil auch Fachprogramme enthalten, in denen spezifische Versorgungsschwerpunkte

ausgewiesen werden. Gemäß dem Krankenhausplan 2017 gelten aktuell die Fachprogramme „Stationäre Versorgung von Risiko-Neugeborenen in Bayern“, „Palliativversorgung in Krankenhäusern“ sowie „Akutgeriatrie“. Ein Planungsvorbehalt gilt außerdem für Zentren für die stationäre Versorgung und Rehabilitation von Schlaganfallpatienten und Schädel-Hirn-Verletzten in Bayern (einschl. Stroke Units) und für Zentren für Schwerbrandverletzte.

Krankenhausplanungsbehörde ist das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege. Unter Mitwirkung der Beteiligten nach Art. 7 BayKrG stellt es den Krankenhausplan auf und schreibt diesen fort. Die Beteiligten nach Art. 7 BayKrG sind im Bayerischen Krankenhausplanungsausschuss organisiert. Ihm gehört u. a. die Bayerische Krankenhausgesellschaft an (vgl. dazu Abbildung 3.11).

Abbildung 3.11: Krankenhausplanung in Bayern



Quelle: BayKrG, DKG.

Aufgrund einer Entscheidung des Krankenhausplanungsausschusses vom 18.05.2015 gilt für die Akutversorgung generell ein anzustrebender Bettennutzungsrichtwert von 80%. Hiervon abweichend gelten im Regelfall folgende Zielwerte:

- Psychiatrie und Psychotherapie 90%
- Psychosomatische Medizin und Psychotherapie 90%
- Kinder- und Jugendmedizin 70%
- Kinderchirurgie 70%

- Kinder- und Jugendpsychiatrie und –psychotherapie 85%
- Herzchirurgie 85%
- Zentren für die stationäre Versorgung und Rehabilitation von Schlaganfallpatienten und Schädel-Hirn-Verletzten (neurologische Frührehabilitation Phase B) 85%

Aktueller Krankenhausplan: Krankenhausplan des Freistaates Bayern, 42. Fortschreibung, Stand: 1. Januar 2017, online abrufbar unter:

www.stmgp.bayern.de

3.3.3 Berlin

Der Krankenhausplan und die Investitionsprogramme werden nach §§ 6 und 9 Landeskrankenhausgesetz Berlin (LKG) von der für das Gesundheitswesen zuständigen Senatsverwaltung, der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, aufgestellt und fortgeschrieben. Der Krankenhausplan 2016 weist den Stand und die vorgesehene Entwicklung der für eine qualitativ hochwertige, bedarfsgerechte, humane, leistungsfähige und wirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung erforderlichen Krankenhäuser insbesondere nach Standorten, Fachrichtungen einschließlich Schwerpunktbildung und Bettenzahl aus (vgl. dazu Abbildung 3.12). Die Gesamtzahl der Betten, mit der ein Krankenhausstandort in den Krankenhausplan aufgenommen ist, wird nach den vorgesehenen Hauptdisziplinen aufgegliedert. Die Gesamtbettenzahl schließt dabei die Belegbetten und die teilstationären Plätze ein. Dem Krankenhaus-träger steht es frei, von den je Standort im Plan festgestellten Bettenzahlen einer Hauptdisziplin bei unveränderter Gesamtbettenzahl um $\pm 15\%$ abzuweichen. Von dieser Regelung ausgenommen sind die ausgewiesenen Kapazitäten der psychiatrisch/psychotherapeutischen und psychosomatischen Disziplin. Hier kann nur in dem oben vorbestimmten Rahmen ($\pm 15\%$) zwischen den jeweiligen fachspezifischen voll- und teilstationären Angeboten flexibilisiert werden.

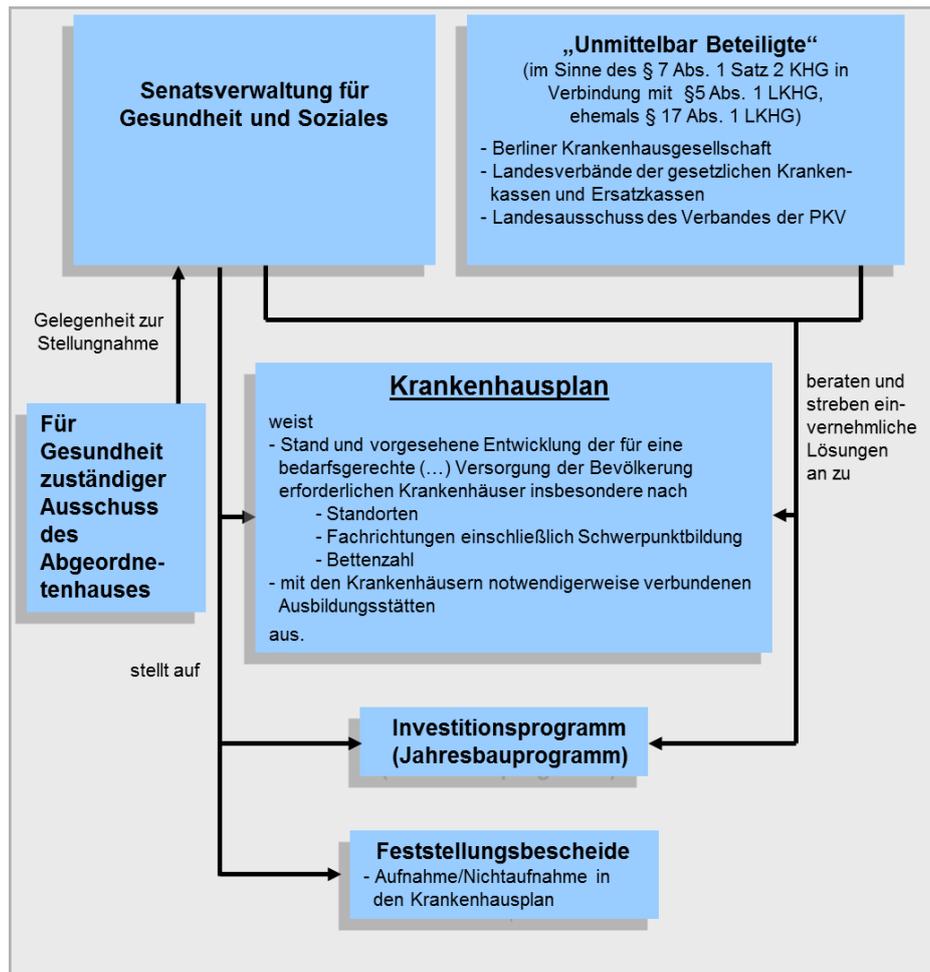
Der Krankenhausplan 2016 umfasst einen Planungshorizont bis zum Jahr 2020 und basiert auf der im Bericht über die „Bevölkerungsprognose für Berlin und die Bezirke 2011 – 2030“ prognostizierten Bevölkerung.

Als Normauslastungen wurden folgende verweildauerabhängige Quoten beschlossen:

Fachgebiete	durchschnittl. Verweildauer (in Tagen)	Normauslastung (in Prozent)
Fachgebiete in hauptamtlich geführten Abteilungen (ohne Kinder- und Jugendmedizin)	von unter 3,5 Tagen	77,5
	von 3,5 bis unter 5 Tagen	80
	von 5 bis unter 11 Tagen	85
	von 11 Tagen und mehr	90
Kinder- und Jugendmedizin		75
Belegbetten		65

Quelle: Berliner Krankenhausplan 2016

Abbildung 3.12: Krankenhausplanung in Berlin



Quelle: LKG, DKG.

Basierend auf den Verweildauern des Jahres 2013 ergeben sich folgende fachabteilungsbezogene Normauslastungen:

Fachgebiete	Normauslastung (in Prozent)	Fachgebiete	Normauslastung (in Prozent)
Augenheilkunde	77,5	Neurochirurgie	85
Chirurgie*)	85	Neurologie	85
Frauenheilkunde u. Geburtshilfe	80	Nuklearmedizin	80
Hals-Nasen-Ohrenheilkunde	80	Strahlentherapie	85
Haut- u. Geschlechtskrankheiten	85	Urologie	80
Innere Medizin	85	Physik. und Rehabilitative Medizin	85
Geriatric	90	Kinder- und Jugendpsychiatrie	90
Kinder- und Jugendmedizin	75	Psychiatrie	90
Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie	80	Psychosomatik	90

*) gemäß Fachabteilungssystematik des Krankenhausplans inkl. Herzchirurgie, Kinderchirurgie, Orthopädie/Unfallchirurgie u. Plastische Chirurgie

Quelle: Berliner Krankenhausplan 2016

Für die Bedarfsanalyse findet unter Berücksichtigung demografischer Faktoren bei der Prognose des Bettenbedarfs die Hill-Burton-Formel für den Krankenhausplan 2016 weiter Anwendung. Für die psychiatrischen Fachgebiete wird der unter Berücksichtigung der Leistungsentwicklung mittels Hill-Burton-Formel und nach fachlicher Bewertung im Landespsychiatriebeirat ermittelte Bedarf für das Land Berlin insgesamt in Bettenmessziffern ausgedrückt. Um den Bedarf an Betten für das Jahr 2020 zu prognostizieren, wurde für die somatischen Fachgebiete die erwartete demographische Entwicklung berücksichtigt und je Fachbereich eine Bettenprognose für 2020 unter der Annahme einer Normauslastung berechnet. Weiterhin wurden die erwarteten Auswirkungen diverser Faktoren (bspw. des medizinisch-technischen Fortschritts und des Ausbaus der ambulanten Versorgung) auf die Bedarfsdeterminanten Fallhäufigkeit, Verweildauer und Auslastung geschätzt und die Bettenprognose für 2020 entsprechend adjustiert.

Besondere krankenhauserische Ausführungen enthält der Krankenhausplan 2016 für die folgenden Versorgungsbereiche: Tumormedizin, Gefäßmedizin, Kardiologie, Erkrankungen der Atmungsorgane, Geriatrie und Versorgung Demenzkranker, Krankenhausversorgung am Lebensende, Versorgung von Kindern und Jugendlichen (Perinatal- und Neonatalversorgung, Somatische Versorgung von Kindern und Jugendlichen, Kinder- und Jugendpsychiatrie und –psychotherapie), Psychiatrie und Psychotherapie, psychosomatische Medizin und Psychotherapie, Orthopädie und Unfallchirurgie, Neurologie, Beatmungsentwöhnung/Weaning, Transplantationsmedizin sowie Notfallversorgung.

Aktueller Krankenhausplan: Krankenhausplan 2016 des Landes Berlin, online abrufbar unter:

<http://www.berlin.de/sen/gesundheit/themen/stationaere-versorgung/krankenhausplan/>

3.3.4 Brandenburg

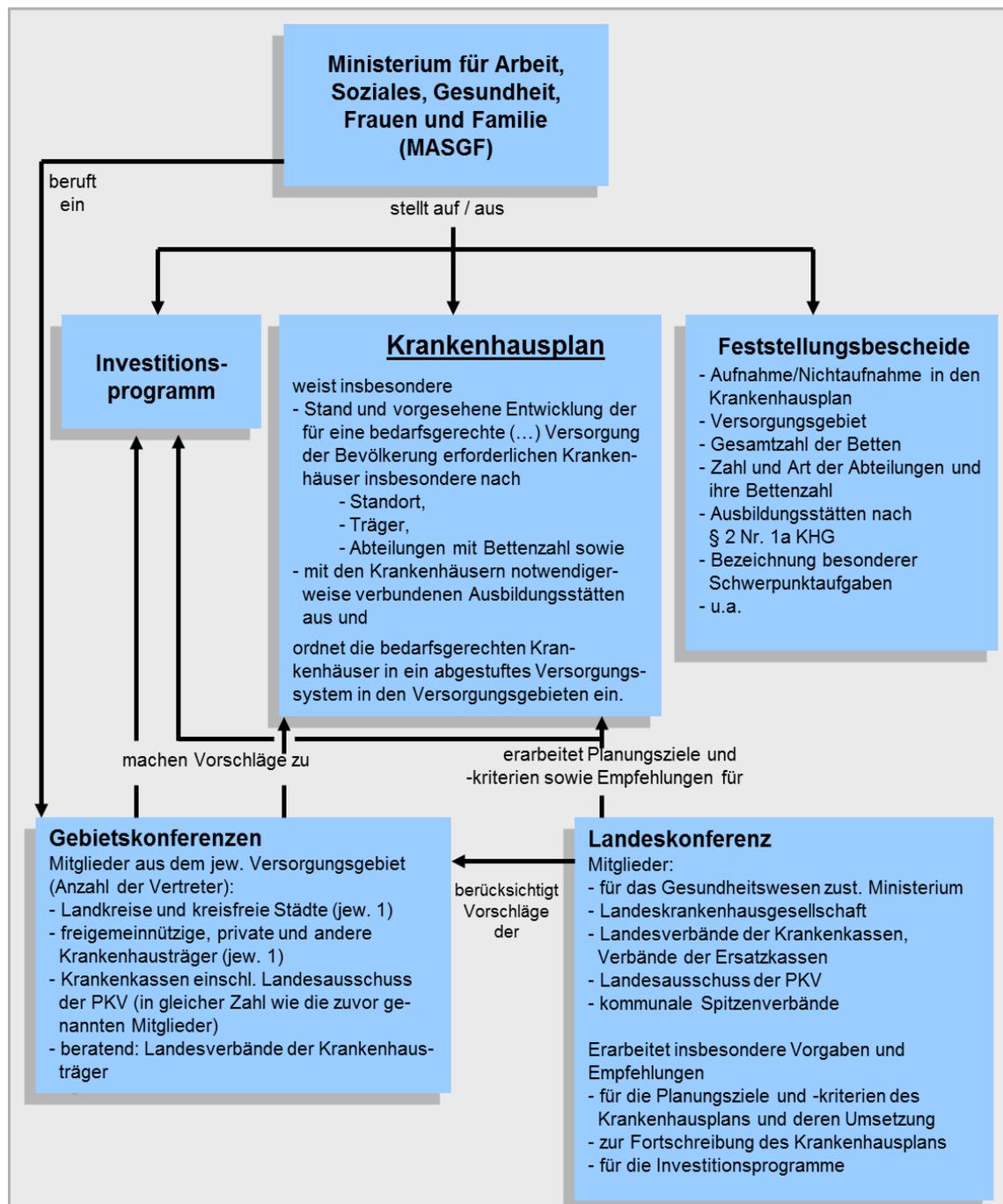
Das zuständige Ministerium stellt nach Anhörung des zuständigen Ausschusses des Landtages einen Krankenhausplan auf und schreibt ihn fort. Der Krankenhausplan weist den Stand und die vorgesehene Entwicklung der für eine bedarfsgerechte regional ausgeglichene, leistungsfähige und wirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung erforderlichen Krankenhäuser, insbesondere nach Versorgungsgebiet, Standort und Träger, mit der Gesamtbettenzahl und den Fachabteilungen sowie Schulen für Gesundheitsberufe nach § 2 Nr. 1 a des Krankenhausfinanzierungsgesetzes aus. Die bedarfsgerechten Krankenhäuser ordnet er in ein strukturiertes Versorgungssystem in den Versorgungsgebieten ein.

Bei der Aufstellung und Fortschreibung des Krankenhausplanes wirken in den Versorgungsgebieten zu bildende Konferenzen und die Landeskonzferenz für Krankenhausplanung mit (vgl. dazu Abbildung 3.13). Die Gebietskonferenzen haben insbesondere die Aufgabe, dem zuständigen Ministerium auf der Grundlage der für die Krankenhausplanung maßgebenden Rahmendaten und unter Berücksichtigung der Vorgaben der Landeskonzferenz projektbezogene Vorschläge zur Krankenhausplanung für ihr Versorgungsgebiet vorzulegen. Die Landeskonzferenz erarbeitet die Vorgaben für die Planungsziele und -kriterien des Krankenhausplanes, sowie Empfehlungen für die Umsetzung der Planungsziele und -kriterien unter Berücksichtigung der Vorschläge der Gebietskonferenzen, Empfehlungen zur Fortschreibung des

Krankenhausplanes und zur Abstimmung mit der Krankenhausplanung des Landes Berlin.

Der vorgegebene Auslastungsgrad beträgt 85%. Ausnahmen bestehen für die Fachgebiete Kinder- und Jugendmedizin (80%) sowie die Fachgebiete Geriatrie, Kinder- und Jugendpsychiatrie und –psychotherapie, Psychiatrie und Psychotherapie sowie bei der neurologischen Frührehabilitation Phase B (jeweils 90%). Die Soll-Auslastung von 90% gilt auch für psychiatrische Tageskliniken, für alle anderen Tageskliniken gilt eine Soll-Auslastung von 95%.

Abbildung 3.13: Krankenhausplanung in Brandenburg



Quelle: Brandenburgisches Krankenhausentwicklungsgesetz (BbgKHEG), DKG.

Aktueller Krankenhausplan:

Der aktuelle Krankenhausplan unter Berücksichtigung der Ersten Änderung zur Fortschreibung des Dritten Krankenhausplanes (Veröffentlichungen im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 34 vom 14. August 2013 und Nr. 7 vom 24. Februar 2016) ist online abrufbar unter:

<http://bravors.brandenburg.de/verwaltungsvorschriften/krankenhausplan2013>

3.3.5 Bremen

Der Krankenhausplan wird vom Senator für Gesundheit aufgestellt und gemäß § 4 des Bremischen Krankenhausgesetzes (BremKrhG) bei Abweichung der tatsächlichen Entwicklung von der zugrunde gelegten Bedarfsentwicklung fortgeschrieben (vgl. dazu Abbildung 3.14). Er sorgt für die Sicherstellung der Krankenhausversorgung und steuert die insgesamt begrenzten Mittel.

Das Planungsverfahren für den Krankenhausplan verläuft in drei Phasen.¹² Alle drei Phasen werden dabei ständig vom Planungsausschuss begleitet. Der Krankenhausplan umfasst den Krankenhausrahmenplan und die genehmigten Vorschläge zu dessen Umsetzung. Ersterer enthält die Grundsätze der Krankenhausversorgung und weist ihren aktuellen Stand und prognostizierten Bedarf an erforderlichen stationären Krankenhauskapazitäten sowie der Zahl der Planbetten je Fachgebiet aus. Weiterhin werden die medizinischen Schwerpunkte entsprechend der arbeitsteiligen Koordination dargestellt.

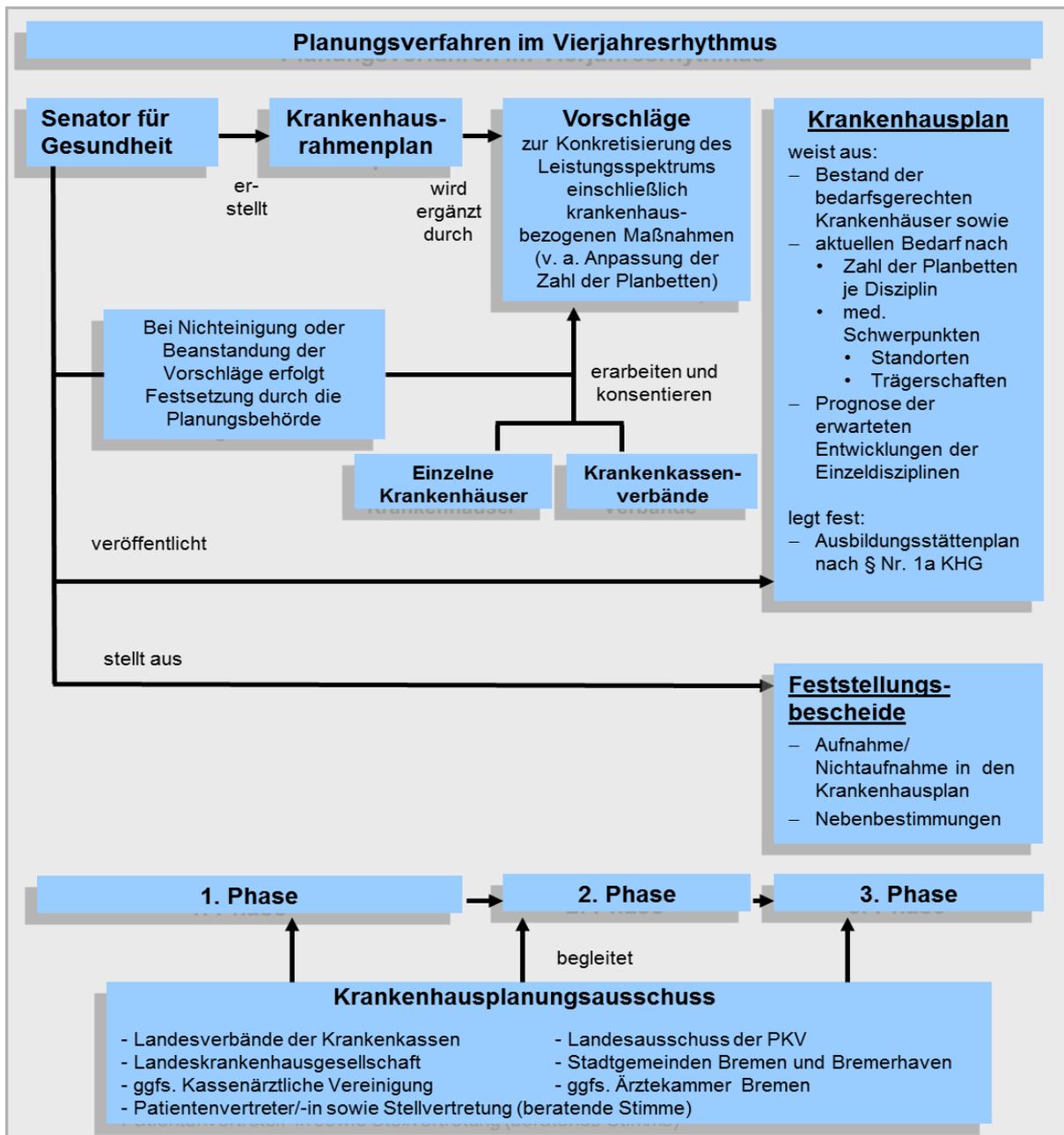
Der Krankenhausrahmenplan 2010 - 2015 sieht folgende Schwerpunkte vor: Bildung eines Kopfzentrums und Verlagerung der Akutneurologie an das Klinikum Bremen-Mitte, Interdisziplinäre Frührehabilitation, Weiterentwicklung der geriatrischen Frührehabilitation, Seltene Erkrankungen, Kinder im Krankenhaus, Integrierte Versorgung, Gynäkologische Unterversorgung behinderter Frauen und Mädchen in Bremen, Intensivmedizin und Notfallversorgung, Stationäre tropenmedizinische Krankenversorgung -Bernhard-Nocht-Klinik, Hamburg, Langzeitbeatmung, Psychiatriereform sowie weitere Konzentrierung der Ausbildungsstätten.

Gemäß dem Rahmenplan weist dieser aufgrund der bestehenden Unsicherheiten bei der Kapazitätsprognose in Zusammenhang mit der Einführung von Fallpauschalen einen „Bettenkorridor“ aus, der sich an einer Auslastungsspanne von 80-90% errechnet. An diesem Korridor können sich die Selbstverwaltungspartner bei ihren Vorschlägen zur Umsetzung des Rahmenplans orientieren.

Die Gültigkeit des Landeskrankenhausplans 2010-2015 verlängert sich bis zum 31.12.2017. Entsprechende Vorbereitungen für den ab 2018 geltenden Landeskrankenhausplan werden bereits teilweise in den AGs Ausbildung, Daten und Qualität aufgenommen.

¹² In der ersten Phase erstellt der Senator für Gesundheit einen Rahmenplan. Dieser wird in der zweiten Phase durch zwischen dem einzelnen Krankenhaus und den Krankenkassenverbänden konsentiertere Vorschläge zu den krankenhausesbezogenen Maßnahmen (im Wesentlichen Anpassung der Zahl der Planbetten) ergänzt. Im Falle einer Nichteinigung bzw. einer Beanstandung der Vorschläge durch die Planungsbehörde würde eine Festsetzung durch den Senator für Gesundheit erfolgen. Im Anschluss (3. Phase) an diese Phase wird der endgültige Krankenhausplan vom Senator für Gesundheit veröffentlicht.

Abbildung 3.14: Krankenhausplanung in Bremen



Quelle: BremKrhG, DKG.

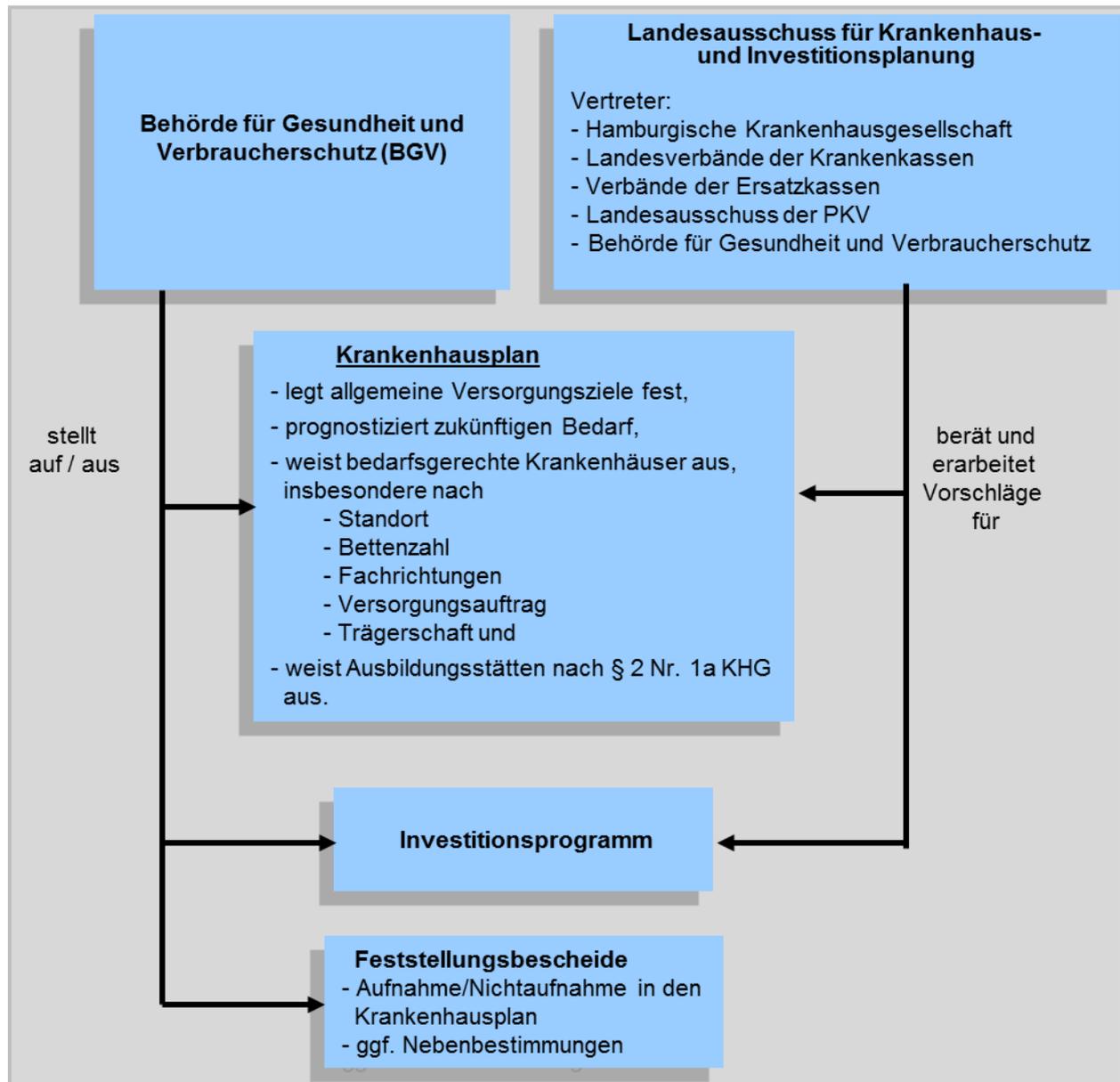
Aktueller Krankenhausplan: Krankenhausplan 2010-2015, online abrufbar unter: http://www.krankenhauswegweiser.bremen.de/dokumente/krankenhausplanung_und_krankenhausinvestitionen-1967

3.3.6 Hamburg

Gemäß § 15 Hamburgisches Krankenhausgesetz (HmbKHG) legt der Krankenhausplan – erstellt durch die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) – die allgemeinen Versorgungsziele fest und prognostiziert den künftigen Bedarf an Krankenhausleistungen auf der Grundlage wissenschaftlicher Methoden, insbesondere unter Berücksichtigung der Entwicklung der Krankheitsarten, der Bevölkerungszahl, der Bevölkerungsstruktur, der Krankenhaushäufigkeit, der Verweildauer, der Betten-

ausnutzung sowie vor- und nachstationärer Leistungsangebote (vgl. dazu Abbildung 3.15). Zusätzlich werden auch Informationen über erwartete Leistungsmengenentwicklungen von den einzelnen Fachgesellschaften erfragt und Fachgebietskonferenzen mit Expertinnen und Experten durchgeführt, um so qualitative Faktoren über den demographischen Faktor hinaus berücksichtigen zu können.

Abbildung 3.15: Krankenhausplanung in Hamburg



Quelle: HmbKHG, DKG.

Der aktuelle „Krankenhausplan 2020“ umfasst eine Laufzeit vom 1. Januar 2016 bis 31. Dezember 2020. Als ausgewählte Versorgungsschwerpunkte und Grundlage für den Krankenhausplan 2020 werden im Krankenhausplan genannt:

Stärkung der Altersmedizin, sowie Ausbau neurologisch-neurochirurgischer Frührehabilitation, Kinderheilkunde sowie Kinderorthopädie. Qualitätsvorgaben erfolgen zur Versorgung von Patienten mit Schlaganfall und für Patienten mit Herzinfarkt, in der Geriatrie, Psychiatrie/Psychotherapie sowie für Neurochirurgie und

Neurologische Frührehabilitation. Weitere Qualitätsvorgaben für qualitätssensible Leistungsbereiche (vgl. § 6b HmbKHG) sind in Vorbereitung.

Für die Berechnung des Planbettenbedarfs zum 1. Januar 2016 sowie zum 31. Dezember 2020 wurde erneut eine verweildauerabhängige Normauslastung zugrunde gelegt. Die rechnerische Prognose der Verweildauer wurde in einigen somatischen Fächern für 2020 um 0,2 % abgesenkt und der Planbettenbedarf entsprechend zum 31.12.2020 reduziert.

Auf Basis der Belegungsdaten des Jahres 2016 sowie der Auswirkungen des KHSG ist eine Zwischenfortschreibung des Krankenhausplans im Jahr 2017 vorgesehen.

Aktueller Krankenhausplan: Krankenhausplan 2020 der Freien und Hansestadt Hamburg, online abrufbar unter:

<http://www.hamburg.de/krankenhausplanung/4659140/krankenhausplan2020/>

3.3.7 Hessen

Das zum 1. Januar 2011 in Kraft getretene neue Landeskrankenhausgesetz (Hessische Krankenhausgesetz 2011 – HKHG 2011) bedingt im krankenhauserischen Bereich eine Reihe von Änderungen gegenüber dem bis dahin geltenden Hessischen Krankenhausgesetz 2002. Markanteste Elemente sind wohl der vollständige Verzicht auf eine bettenbezogene Kapazitätsplanung in den somatischen Fachgebieten, die Änderung der Zusammensetzung und der Aufgabenstellung der an der Krankenhausplanung beteiligten Gremien sowie das Abrücken von einer zeitlich auseinanderfallenden Erstellung des Landeskrankenhausplans als Allgemeiner Teil (Planungsgrundlage) und als Besonderer Teil (Planungsergebnis).

So wird bezüglich des Landeskrankenhausplans nun in § 17 Abs. 1 HKHG 2011 lediglich geregelt, dass „... für das Land ein Krankenhausplan aufgestellt wird, auf dessen Grundlage die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen ist.“ Der nach Versorgungsgebieten gegliederte Krankenhausplan beinhaltet laut § 17 Abs. 5 HKHG 2011

1. die allgemeinen Rahmenvorgaben,
2. die qualitativen, strukturellen und zeitlichen Anforderungen an die ortsnahe Notfallversorgung,
3. die Bestimmungen über die Wahrnehmung überörtlicher Schwerpunktaufgaben und besonderer Aufgaben,
4. die Einzelfestlegungen der einzelplanerischen Bescheide,
5. die Ausweisung der Ausbildungsstätten nach § 2 Nr. 1a des Krankenhausfinanzierungsgesetzes.

Da seit dem Jahr 2009 und damit auch seit dem Inkrafttreten des HKHG 2011 ein neuer Landeskrankenhausplan nicht mehr bzw. bislang noch nicht aufgestellt worden ist und auch der seinerzeitige Allgemeine Teil des Krankenhausplans nicht in einen Besonderen Teil umgesetzt wurde, gibt es in Hessen einen Krankenhausplan, der die Standorte, die Strukturen und – dort wo noch erforderlich (Psychiatrie, Psychosomatik) – die Kapazitäten der Krankenhäuser aktuell beschreibt, derzeit nicht. Soweit erforderlich und adaptierbar, wird für einzelplanerische Entscheidungen auf die im Hessischen Krankenhausrahmenplan 2009 – Allgemeiner Teil enthaltenen Grundsätze und Planungsparameter zurückgegriffen.

Was die Änderung der Zusammensetzung und der Aufgabenstellung der an der Krankenhausplanung beteiligten Gremien betrifft, so wurden die bisherigen regionalen Krankenhauskonferenzen in regionale Gesundheitskonferenzen umgewandelt, denen neben den Krankenhausträgern und den Kostenträgern nun auch die Landkreise und kreisfreien Städte im Versorgungsgebiet sowie die Hessische Krankenhausgesellschaft, die Kassenärztliche Vereinigung Hessen, die Landesärztekammer Hessen sowie schließlich auch ein Vertreter der Patientenorganisationen angehören. Die regionalen Gesundheitskonferenzen haben eine beratende Funktion und sollen insbesondere „... *die regionalen Versorgungsstrukturen beobachten und mit den an der Gesundheitsversorgung Beteiligten einen intensiven Dialog führen ...*“. Dies wird konkretisierend dadurch ergänzt, dass die Gesundheitskonferenzen u. a. Vorschläge zur Optimierung der Versorgung machen und dem zuständigen Ministerium Empfehlungen für die Durchführung und Weiterentwicklung des Krankenhausplans vorlegen sowie Anträge von Krankenhausträgern und die jährlichen Krankenhausbauprogramme beurteilen sollen. Die standardisierte Erarbeitung von regionalen Versorgungskonzepten als Vorbereitung eines Besonderen Teils eines Landeskrankenhausplans ist dagegen nicht mehr *expressis verbis* als Aufgabenstellung der Gesundheitskonferenzen genannt.

Geändert hat sich auch die Zusammensetzung und Aufgabenstellung des Landeskrankenhausausschusses, der in seiner Besetzung ebenfalls um einen Patientenvertreter ergänzt wurde. Der Landeskrankenhausausschuss ist neben der Aufstellung und Fortschreibung des Landeskrankenhausplans nun - im Gegensatz zum alten Recht - auch wieder an den krankenhauserischen Einzelfestlegungen (Feststellungsbescheide) zu beteiligen. Im Jahr 2014 hat der Hessische Landtag eine Änderung des Hessischen Krankenhausgesetzes beschlossen und ein „Gesetz zur Änderung des Hessischen Krankenhausgesetzes 2011“ verabschiedet, das am 1. Juli 2014 bzw. in Teilen zum 1. Januar 2016 in Kraft treten ist. Die wichtigsten Neuerungen bestehen darin, dass seit dem Jahr 2016 die bisherige Einzelförderung entfallen ist und die Investitionsförderung vollumfänglich in Form eines Pauschalsystems erfolgt. Dabei werden die bisherigen Einzelfördermittel und die bisherigen Pauschalfördermittel in eine Pauschale zusammengeführt, die nach Investitionsbewertungsrelationen oder - sofern nicht vorhanden - nach gewichteten Fallzahlen an die Krankenhäuser ausgeschüttet werden. Darüber tritt ab dem Jahr 2016 ein Sonderprogramm zur Unterstützung förderfähiger Krankenhausinvestitionen mit einem jährlichen Volumen von 150 Mio. Euro in Form von landesverbürgten Darlehen (keine Darlehensförderung) hinzu.

Neu und vom Förderrecht losgelöst regelt das Änderungsgesetz weiterhin, dass künftig auch der Landespflegerat im Landeskrankenhausausschuss vertreten ist und dass der Landeskrankenhausplan künftig „auch eine Darstellung der Versorgungsstrukturen und Morbidität im Land (Versorgungsatlas)“ enthält.

Eine grafische Prozessbeschreibung der Landeskrankenhausplanung ist nicht möglich, weil ein neuer Landeskrankenhausplan – Besonderer Teil auf der Grundlage des HKHG 2011 bisher noch nicht erstellt worden ist (die letzte Fassung des Besonderen Teils stammt aus dem Jahr 2005). Faktische Änderungen der Strukturen im Bereich der Plankrankenhäuser erfolgen auf der Grundlage von Einzelanträgen der Häuser nach Beratung im Landeskrankenhausausschuss, durch abschließende Entscheidung und per Feststellungsbescheid des zuständigen Landesministeriums.

Mit Inkrafttreten des Krankenhausstrukturgesetzes (1.1.2016) hat das Hessische Ministerium für Soziales und Integration begonnen, den Krankenhausplan zu überarbeiten. Künftig soll der Krankenhausplan aus einem Allgemeinen Teil, einem Leistungsreport und einer demografisch orientierten Bedarfsprognose bestehen. Letztere soll alle fünf Jahre aktualisiert werden. Ein Erstentwurf lag zum Zeitpunkt der Veröffentlichung noch nicht vor.

Aktueller Krankenhausplan: Hessischer Krankenhausrahmenplan 2009 – Allgemeiner Teil, online abrufbar unter:

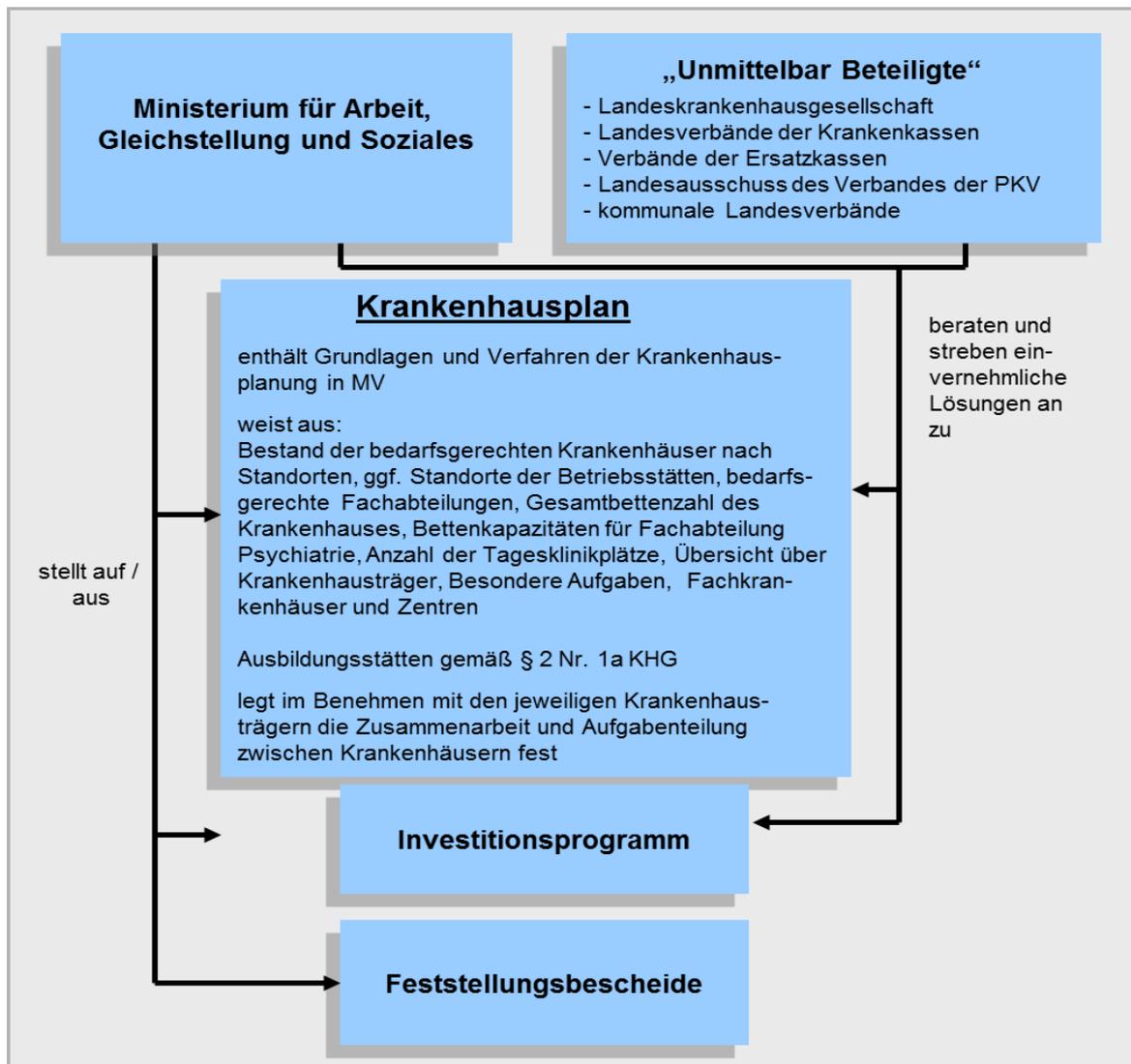
https://soziales.hessen.de/sites/default/files/HSM/krankenhausrahmenplan_2009.pdf

3.3.8 Mecklenburg-Vorpommern

Der ab 1. Januar 2012 gültige Krankenhausplan 2012 in Mecklenburg-Vorpommern ist als Rahmenplanung angelegt. Er weist den Bestand der bedarfsgerechten Krankenhäuser nach Standorten und gegebenenfalls die Standorte der Betriebsstätten, die bedarfsgerechten Fachabteilungen und die Gesamtbettenzahl des Krankenhauses aus. Nicht in die Rahmenplanung einbezogen sind die Fachabteilungen für Psychiatrie und Psychotherapie, die Psychosomatische Medizin, die Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie und die teilstationären Versorgungsangebote (Tagesklinikplätze), die mit konkreten Betten- bzw. Platzzahlen ausgewiesen werden. Weiterhin enthält der Krankenhausplan 2012 eine Übersicht der Krankenhausträger sowie besondere Aufgaben, Fachkrankenhäuser und Zentren.

Die im Vierten Krankenhausplan Mecklenburg-Vorpommern als Richtwerte für die angemessene Platz- und Bettennutzung angesetzten Auslastungsgrade haben sich bewährt und werden beibehalten: Der vorgegebene Auslastungsgrad beträgt 85%. Ausnahmen gelten für: Kinderheilkunde/Kinderchirurgie 75%, Psychiatrie/Kinder- und Jugendpsychiatrie 90%, Belegbetten 75%, Anästhesie/Intensivmedizin 70%, Belegabteilungen 75% und Tageskliniken bei Zugrundelegung einer 5-Tage-Woche 85%. Auch die Ausbildungsstätten und Hinweise zu Weiterbildungsstätten finden im Krankenhausplan Berücksichtigung.

Abbildung 3.16: Krankenhausplanung in Mecklenburg-Vorpommern



Quelle: Krankenhausgesetz für das Land Mecklenburg-Vorpommern (LKHG M-V), DKG.

Aktueller Krankenhausplan: Krankenhausplan 2012 des Landes Mecklenburg-Vorpommern, online abrufbar unter:

<http://www.regierung-mv.de/Landesregierung/sm/gesundheits/Gesundheitsversorgung/Krankenhauswesen>

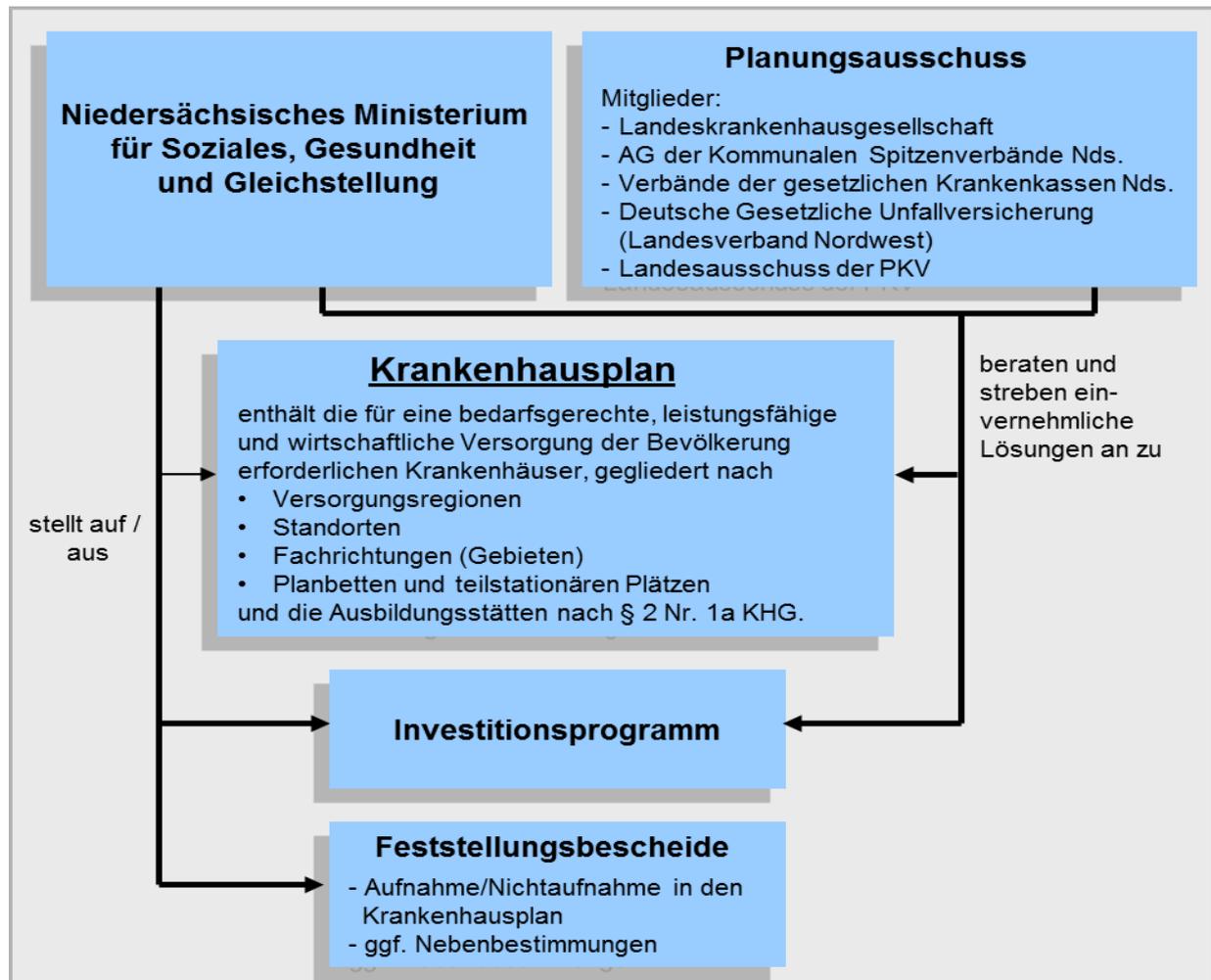
3.3.9 Niedersachsen

Der Krankenhausplan wird nach § 4 Niedersächsisches Krankenhausgesetz (NKHG) vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung aufgestellt und jährlich fortgeschrieben (vgl. dazu Abbildung 3.17). Er enthält die für eine bedarfsgerechte, leistungsfähige und wirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung erforderlichen Krankenhäuser, gegliedert nach Versorgungsregionen, den Standorten, der Zahl der Planbetten und teilstationären Plätze und den Fachrichtungen, sowie die Ausbildungsstätten nach § 2 Nr. 1a KHG. Dabei handelt es sich bei dem Krankenhausplan um einen Rahmenplan, der durch ergänzende Vereinbarungen nach § 109 Absatz 1 Satz 5 SGB V konkretisiert werden kann. Der derzeit aktuelle Krankenhausplan enthält keine Festlegungen auf besondere Schwerpunkte.

Die Bettenprognose nach Fachrichtungen richtet sich nach den Fachgebieten der Weiterbildungsordnung der Ärztekammer Niedersachsen und wird auf Basis des tatsächlich zu versorgenden Bedarfs fortgeschrieben.

Für die Fachrichtungen werden dabei durchschnittliche Auslastungsgrade von 85% berücksichtigt. Ausnahmen gelten für: Kinder- und Jugendmedizin 80%, Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatische Medizin und Psychotherapie sowie Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie 90%.

Abbildung 3.17: Krankenhausplanung in Niedersachsen



Quelle: NKHG, DKG.

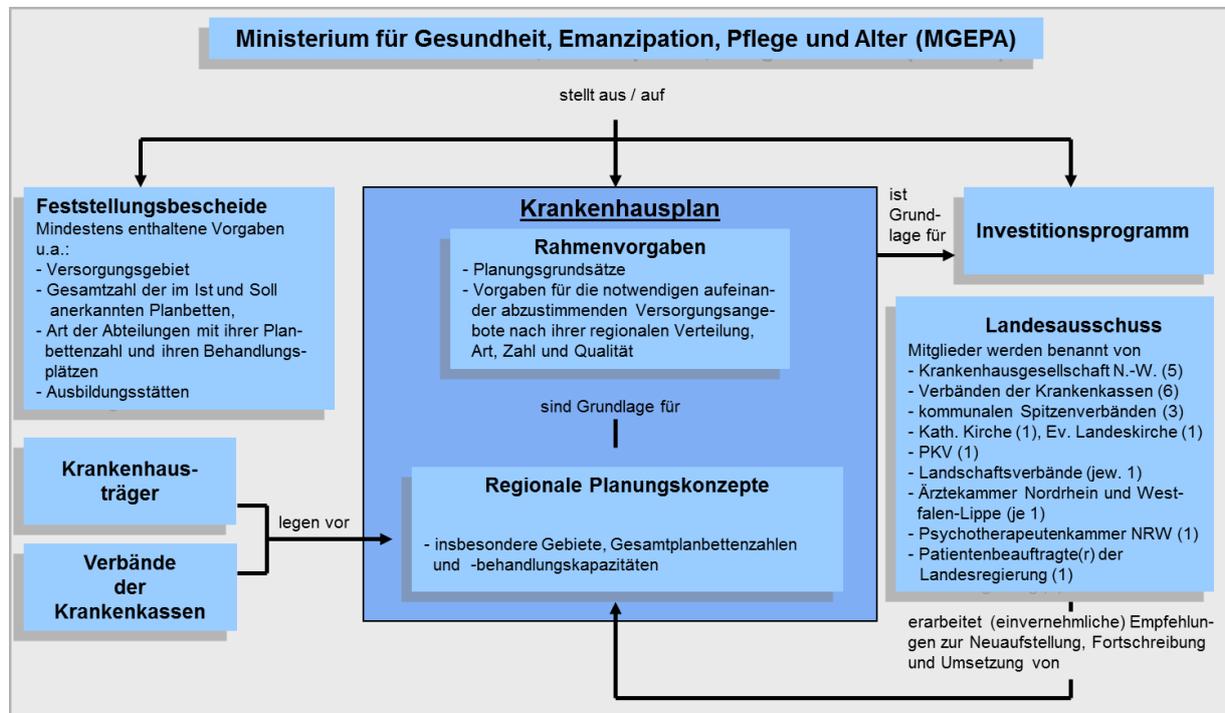
Aktueller Krankenhausplan: Niedersächsischer Krankenhausplan 2015, Stand: 1. Januar 2016, 31. Fortschreibung, online abrufbar unter: http://www.ms.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=5223&article_id=14156&psmand=17.

3.3.10 Nordrhein-Westfalen

Das zuständige Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen (MGEPA NRW) stellt einen Krankenhausplan auf und schreibt ihn fort (vgl. dazu Abbildung 3.18). Der Krankenhausplan weist den Stand und die vorgesehene Entwicklung der für eine ortsnahe, bedarfsgerechte, leistungs-

fähige und wirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung erforderlichen Krankenhäuser und Ausbildungsstätten gemäß § 2 Nr. 1a KHG aus und besteht nach § 12 Krankenhausgestaltungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (KHGG NRW) aus den Rahmenvorgaben und den regionalen Planungskonzepten.

Abbildung 3.18: Krankenhausplanung in Nordrhein-Westfalen



Quelle: KHGG NRW, DKG.

Die Rahmenvorgaben enthalten die Planungsgrundsätze und Vorgaben für die notwendigen aufeinander abzustimmenden Versorgungsangebote nach ihrer regionalen Verteilung, Art, Zahl und Qualität. Der Krankenhausplan NRW 2015 ist am 23. Juli 2013 in Kraft getreten und löst damit die bisherigen Rahmenvorgaben (Krankenhausplan NRW 2001) ab. Der neue Rahmenplan verzichtet u.a. auf die Planung und Festlegung von Teilgebieten. Er enthält neben der Beplanung der Gebiete nach den Weiterbildungsordnungen Festlegungen für den Bereich der Geriatrie, für die Schlaganfallversorgung, Herzchirurgie, Perinatalzentren, von Transplantationseinrichtungen, von Versorgungseinrichtungen für Infektionspatientinnen und -patienten, Intensiv- und Palliativbetten sowie die Komplementärmedizin. Die neuen Rahmenvorgaben bilden die Grundlage für die zukünftige Erarbeitung regionaler Planungskonzepte.

Der Krankenhausplan beruht auf dem am 29.12.2007 in Kraft getretenen Krankenhausgestaltungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (KHGG NRW). Mit dem neuen Gesetz sollte die bisherige Detailplanung zugunsten einer Rahmenplanung entfallen.

Aktueller Krankenhausplan: Krankenhausplan 2015 des Landes Nordrhein-Westfalen – Rahmenvorgaben, online abrufbar unter:

http://www.mgepa.nrw.de/gesundheit/versorgung/krankenhaeuser/krankenhausplan_NRW_2015/index.php

3.3.11 Rheinland-Pfalz

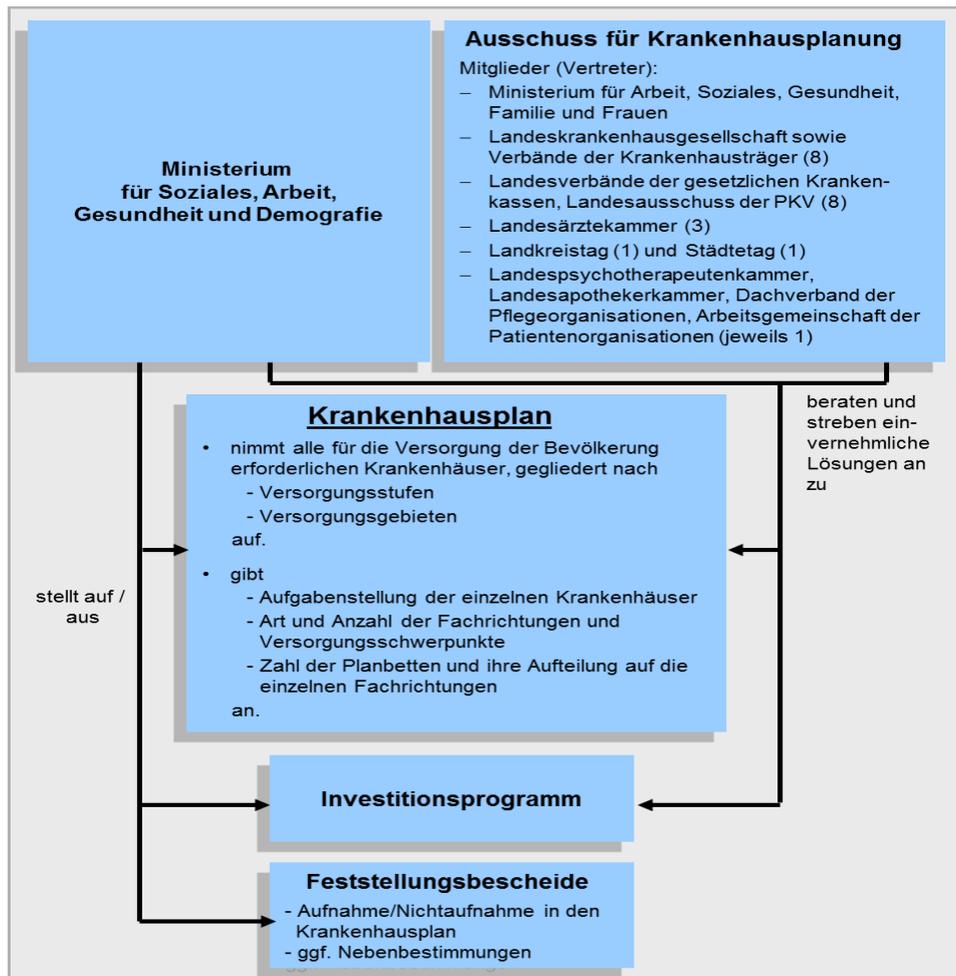
In den Krankenhausplan werden gemäß § 6 Landeskrankenhausgesetz Rheinland-Pfalz (LKG) alle gegenwärtig und zukünftig für die Versorgung der Bevölkerung erforderlichen Krankenhäuser, gegliedert nach Versorgungsstufen und Versorgungsgebieten, aufgenommen. Der Krankenhausplan umfasst den gegenwärtigen und zukünftigen Versorgungsauftrag der einzelnen Krankenhäuser, die Art und die Anzahl der Fachrichtungen und Versorgungsschwerpunkte sowie die Zahl der Krankenhausbetten (Planbetten) und ihre Aufteilung auf die einzelnen Fachrichtungen. Aufgestellt wird der Krankenhausplan nach § 7 LKG in mehrjährigen Zeitabständen vom Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie nach Erörterung im Ausschuss für Krankenhausplanung und nach Anhörung von weiteren im Bereich des Krankenhauswesens tätigen Verbänden und Organisationen (vgl. dazu Abbildung 3.19). Der Krankenhausplan wird von der Landesregierung beschlossen und im Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz veröffentlicht.

Der aktuelle Krankenhausplan 2010 gilt vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2016. Er wurde auf Basis eines vorbereitenden Gutachtens durch die Gesellschaft für betriebswirtschaftliche Beratung mbH (GEBERA) erstellt sowie unter Begleitung einer Unterarbeitsgruppe des Krankenhausplanungsausschusses und unter Anhörung von Experten im Rahmen von Befragungen und Fachgebietskonferenzen.

Der Krankenhausplan 2010 sieht eine Rücknahme der Planungstiefe, eine Weiterentwicklung der Bildung von Verbundkrankenhäusern und eine modellhafte Schaffung interdisziplinärer Versorgungsstrukturen vor, wodurch die akutstationäre Versorgung in der Fläche weiterhin gesichert werden soll. Neben der Veränderung der Planungstiefe und der Anzahl an Verbundkrankenhäusern werden als Schwerpunkte der Krankenhausplanung weiterhin ausgewiesen: Qualitätssicherung durch Konzentration der Leistungen, Umsetzung des Geriatriekonzeptes im Krankenhausplan 2010, Weiterentwicklung der Palliativmedizin im Zusammenhang mit der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung, Qualitätssicherung in der Gefäßchirurgie durch Zertifizierung, Naturheilmedizin und Notfallmedizin/Notfallmedizinische Zentren.

Zur Kapazitätsermittlung wird ein verweildauerabhängiger Soll-Nutzungsgrad verwendet. Dieser beträgt bei einer Verweildauer von <6 Tagen 70%, 6 bis 7 Tagen 80%, >7 Tagen 85% sowie für die Bereiche Gynäkologie/Geburtshilfe 80% und Kinderheilkunde 75%. Bei der Kapazitätszuweisung wurde jedoch nicht nur die notwendige Auslastungssituation einer Einrichtung als Kriterium herangezogen, sondern auch deren Beitrag zur Flächenversorgung.

Abbildung 3.19: Krankenhausplanung in Rheinland-Pfalz



Quelle: LKG, DKG.

Aktueller Krankenhausplan: Landeskrankenhausplan 2010, online abrufbar unter: https://msagd.rlp.de/fileadmin/msagd/Gesundheit_und_Pflege/GP_Dokumente/Landeskrankenhausplan_2010-2016.pdf

3.3.12 Saarland

Das Saarländische Krankenhausgesetz (SKHG) wurde in Bezug auf die Krankenhausplanung im Jahr 2015 umfassend novelliert. Begründet wurde diese Novellierung mit der Notwendigkeit der flexiblen Reaktion auf den ständig steigenden Veränderungsdruck in der akutstationären Krankenhausversorgung. Vorrangiges Ziel des novellierten SKHG ist die Einführung der flexibilisierten Krankenhausplanung, die verstärkt die Partner der Selbstverwaltung einbezieht. Die Krankenhausplanung gliedert sich hiernach zukünftig in zwei Phasen:

- Phase I: Erstellung eines Krankenhausrahmenplans durch das Land.
- Phase II: Konkretisierung des Krankenhausrahmenplanes zum Krankenhausplan als Detailplan unter Beteiligung der Selbstverwaltungspartner. In einigen Fachdisziplinen wird zur Gewährleistung der psychiatrischen und psychosomatischen Versorgung die konkrete Betten- und Platzzahl weiterhin durch die Krankenhausplanungsbehörde vorgegeben.

Der aktuell gültige Krankenhausplan 2001-2015 wurde noch auf der Basis des „alten“ SKHG erstellt. Für das Gutachten, auf dessen Basis dieser Krankenhausplan aufgestellt wurde, hat die Planungsbehörde zur Berechnung des Kapazitätenbedarfs die folgenden verweildauerabhängigen und für bestimmte Fachabteilungen fachabteilungsbezogenen Normauslastungsgrade vorgegeben:

Bezug	Soll-Nutzungsgrad
Verweildauerabhängig	
< 4,5 Tage	70 %
4,5 bis 5,5 Tage	80 %
> 5,5 Tage	85 %
Fachabteilungsbezogen	
Psychiatrie u. Psychotherapie	95 %
Geriatric	90 %
Intensivmedizin	90 %
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	80 %
Kinder- u. Jugendpsychiatrie u. -psychotherapie	95 %

Für die tagesklinischen Plätze wurde ein Normauslastungsgrad von 95% zugrunde gelegt (bezogen auf 250 Tage). Zur Einschätzung der zukünftigen Leistungsentwicklung wurde die Entwicklung von Faktoren wie der Demographie und Morbidität berücksichtigt und zudem eine Expertenbefragung durchgeführt.

Als besondere Aufgaben werden im Krankenhausplan 2011-2015 die Gebiete Organtransplantation, Hochkontagiöse Erkrankungen, Psychosomatische Medizin und Psychotherapie, Stroke Units, Behandlung von Patientinnen und Patienten mit akutem Schlaganfall, kardiologische Notfallversorgung, Chest Pain Units, Neurologisch-neurochirurgische Frührehabilitation und Geriatric frührehabilitative Komplexbehandlung, Versorgung von Früh- und Neugeborenen, Kinderkardiologie und Kinderonkologie sowie Traumanetzwerk „Saar-(Lor)-Lux-Westpfalz“ im TraumaNetzwerk DGU genannt.

Der Planungszeitraum des aktuellen Krankenhausplans erstreckt sich vom 1. Januar 2011 bis zum 31. Dezember 2015. Die Geltungsdauer wurde um zwei Jahre bis 31.12.2017 verlängert. Begründet wurde die Verlängerung der Geltungsdauer u. a. mit den vom G-BA bis Ende des Jahres 2016 zu erwartenden Qualitätsvorgaben für die Krankenhausplanung.

Eine erste Fortschreibung dieses Krankenhausplans wurde zum 01.01.2013 vorgenommen. Hauptgegenstand der 1. Fortschreibung waren die Verlängerung der Nachweisfrist für die Dreier-Zertifizierung der Gefäßchirurgie auf den 01.09.2014 (statt 01.01.2014), sowie die Neuaufnahme eines Krankenhauses (Psychosomatik) in den Krankenhausplan zum 01.10.2013.

Zum 01.01.2015 ist die zweite Fortschreibung des Krankenhausplans 2011-2015 in Kraft getreten. Diese beinhaltet insbesondere eine Anpassung der Fachbereiche Psychiatrie und Kinder- und Jugendpsychiatrie (Aufbau von 16 Betten und 13 teilstationären Plätzen). Um der seit vielen Jahren zu verzeichnenden sehr hohen Auslastung in diesen Fachabteilungen entgegenzuwirken, wurden dort die Bettenzahlen erhöht. Darüber hinaus wurden Anpassungen des Leistungsangebotes einzelner Krankenhäuser vorgenommen.

Die dritte Fortschreibung des Krankenhausplans beschäftigte sich mit der Geriatrieplanung und ist zum 01.07.2015 bzw. 01.01.2016 in Kraft getreten. Die Kapazitäten der bereits vorhandenen Hauptfachabteilungen Geriatrie wurden um insgesamt 90 vollstationäre Betten (von 138 auf 228 Betten) und 19 teilstationäre Plätze (von 25 auf 44 Plätze) erhöht. Zudem wurden drei neue Hauptfachabteilungen Geriatrie in den Krankenhausplan aufgenommen. Im Bereich der Gerontopsychiatrie erfolgte ein bettenneutraler Ausweis von Schwerpunkten in der Fachabteilung Psychiatrie und Psychotherapie an zwei Krankenhäusern. Langfristiges Ziel der Geriatrieplanung ist die Etablierung sektorübergreifender geriatrischer Versorgungsverbände, die von den Geriatrischen Zentren aufzubauen sind.

Aktueller Krankenhausplan: Krankenhausplan für das Saarland 2011 – 2015, online abrufbar unter:

<http://www.saarland.de/SID-3E724395-F92A95DD/80611.htm>

3.3.13 Sachsen

Gemäß § 4 Sächsisches Krankenhausgesetz (SächsKHG) weist der Krankenhausplan den Stand und die vorgesehene Entwicklung der für eine bedarfsgerechte, leistungsfähige und wirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung erforderlichen Krankenhäuser, insbesondere nach Standort, Träger, Bettenzahl und Fachrichtung sowie die Ausbildungsstätten und dazugehörigen Ausbildungskapazitäten aus. Das zuständige Staatsministerium wird nach § 5 SächsKHG durch das Mitwirken der Beteiligten, u. a. der Krankenhausgesellschaft Sachsen, in einem Krankenhausplanungsausschuss unterstützt (vgl. dazu Abbildung 3.20).

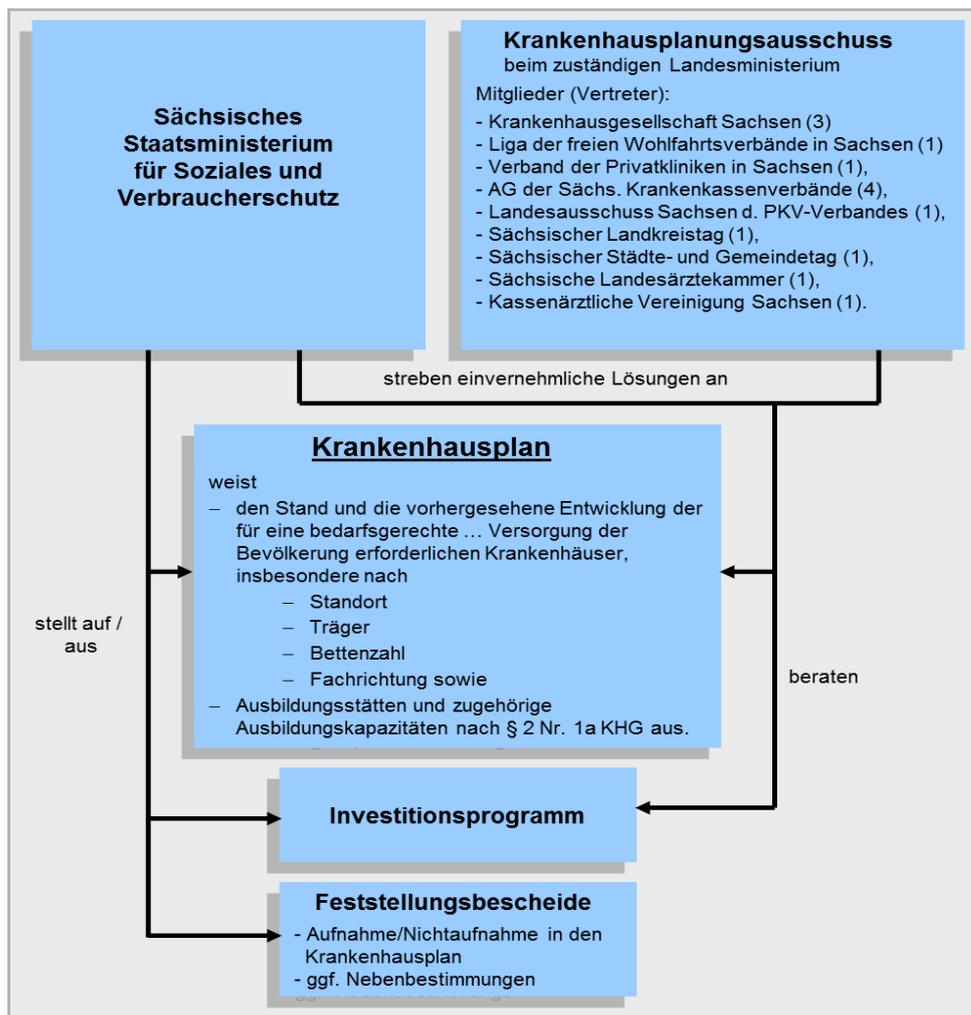
Die Bedarfsanalyse basiert auf den folgenden Bettennutzungsgraden (Sollwerte):

Fachgebiet bzw. Schwerpunkt nach Weiterbildungsordnung		Bettennutzungsgrad (BN _{Soll} Fachgeb. n) in %	
Somatische Fachgebiete		Hauptabteilung	Belegabteilung
	Augenheilkunde	80	Alle Fachgebiete 60
	Chirurgie	85	
	darunter Orthopädie und Unfallchirurgie	85	
	darunter Herzchirurgie	85	
	darunter Kinderchirurgie	75	
	Frauenheilkunde und Geburtshilfe	85	
	Hals-Nasen-Ohrenheilkunde	85	
	Haut- und Geschlechtskrankheiten	85	
	Innere Medizin und Allgemeinmedizin	85	
	Kinder- und Jugendmedizin	75	
	Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie	85	
	Neurochirurgie	85	
	Neurologie	85	
	darunter Neurologische Frührehabilitation Phase B	90	
	Nuklearmedizin	85	
	Strahlentherapie	85	
	Urologie	85	
Psychische Fachgebiete			
	Psychiatrie und Psychotherapie	95*	
	Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie	95*	
	Psychosomatische Medizin und Psychotherapie	95*	

* Bezogen auf die Belegungstage inklusive Beurlaubungstage

Quelle: Krankenhausplan des Freistaates Sachsen 2014/2015

Abbildung 3.20: Krankenhausplanung in Sachsen



Quelle: SächsKHG, DKG.

Mittels Gewichtung der fachgebietsbezogenen Bettennutzungsgrad-Sollwerte mit den Pflegetagen je Fachgebiet wurde bei der Bedarfsermittlung für die somatischen Fachgebiete für jedes Krankenhaus ein durchschnittlicher individueller Bettennutzungsgrad zugrunde gelegt.

Besondere Aufgaben und Fachprogramme sieht der derzeit aktuelle Krankenhausplan für den Fachbereich Innere und Allgemeinmedizin (hier: Versorgung geriatrischer Patienten, Palliativstationen, spezialisierte kardiologische Leistungen, Versorgung hochkontagiöser Infektionskranker, Spezialisierte Adipositasbehandlungen) für die Chirurgie (hier: Versorgung Schwerbrandverletzter, spezialisierte septische Chirurgie), für die Versorgung neurologisch Erkrankter (hier: Versorgung von Schlaganfallpatienten, Neurologische Frührehabilitation Phase B), für die Kinder- und Jugendmedizin, für Transplantationen, Tumorzentren/Klinische Krebsregister sowie für die Hals-Nasen-Ohrenheilkunde/Cochlear-Implantation vor.

Die sächsische Staatsregierung hat den Krankenhausplan 2014/2015 (11. Fortschreibung) am 17. Dezember 2013 verabschiedet. Die ursprünglich für 2 Jahre vorgesehene Geltungsdauer des Krankenhausplans – das SächsKHG sieht in der Regel eine Geltungsdauer von längstens 3 Jahren vor – wurde zwischenzeitlich für 2016 und 2017 verlängert. Hintergrund ist die Vergabe eines Gutachtens zur Weiterent-

wicklung der Krankenhausplanung „Moderne Krankenhausstrukturen 2030“ durch das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz an die KPMG AG. Die Vorlage des Gutachtens steht noch aus und es bleibt abzuwarten, inwieweit ggf. Ergebnisse und Handlungsempfehlungen in der Krankenhausplanung 2018 ff. Berücksichtigung finden werden.

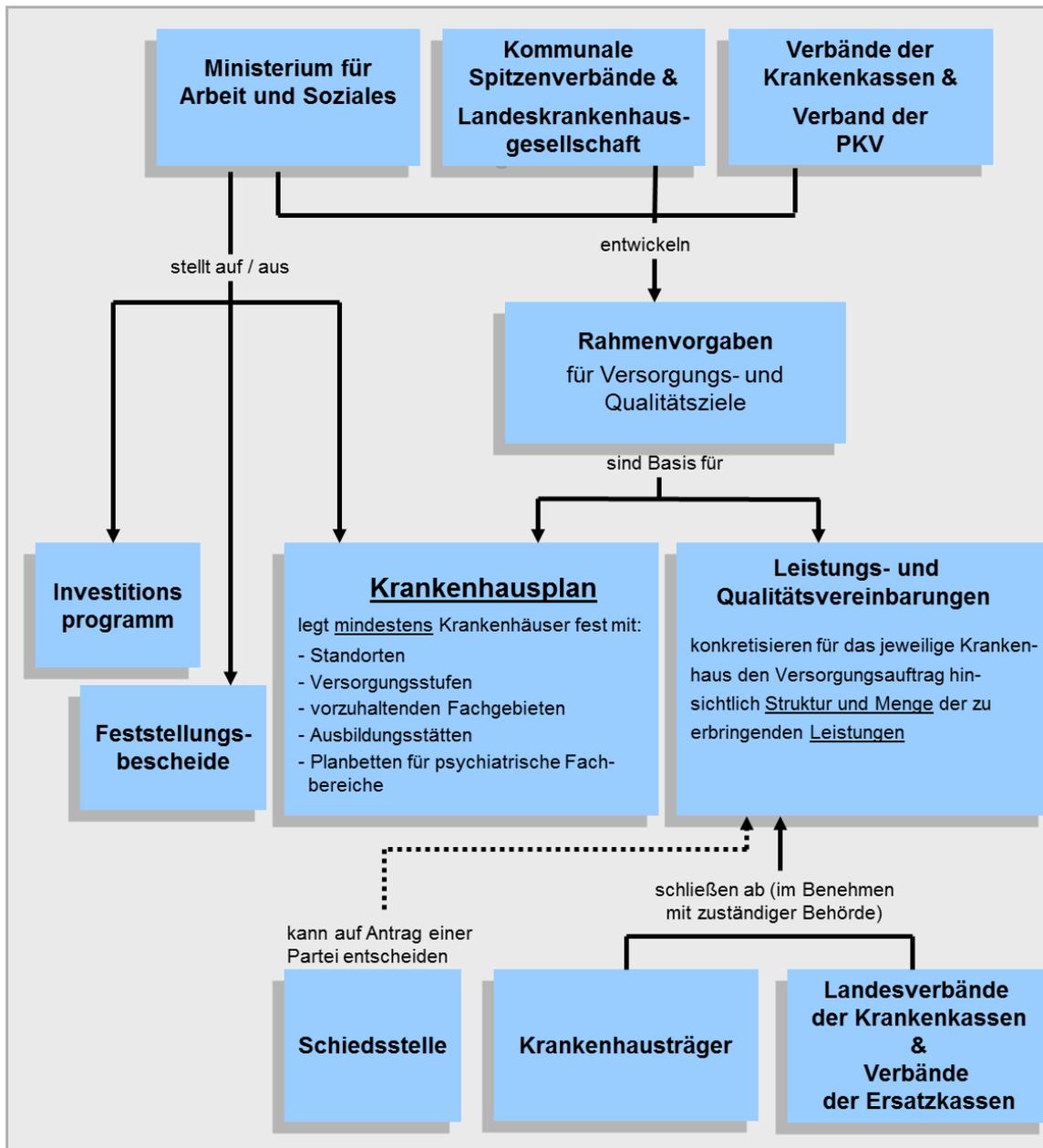
Aktueller Krankenhausplan: Krankenhausplan 2014/2015 des Freistaates Sachsen, 11. Fortschreibung vom 17. Dezember 2013, online abrufbar unter: <http://www.gesunde.sachsen.de/56.html>.

3.3.14 Sachsen-Anhalt

Der Krankenhausplan verfolgt insbesondere das Ziel der Sicherung einer bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung des Landes mit stationären Leistungen und wird vom Ministerium für Arbeit und Soziales aufgestellt und von der Landesregierung beschlossen. Gemäß § 3 Krankenhausgesetz Sachsen-Anhalt (KHG LSA) ist er in mindestens zweijährigem Turnus zu überprüfen und legt auf Basis der Rahmenvorgaben nach § 3 Abs. 2 KHG LSA mindestens Krankenhäuser mit Standorten, Versorgungsstufen und vorzuhaltenden Fachgebieten sowie Ausbildungsstätten fest (vgl. dazu Abbildung 3.21). Für die psychiatrischen Fachbereiche werden bis auf weiteres Planbetten ausgewiesen.

Auslastungsgrade werden im Krankenhausplan nicht angegeben. Als spezielle Planungsziele werden im Krankenhausplan die notfallmedizinische Versorgung genannt sowie eine Krankenhausstruktur mit den Versorgungsstufen Basisversorgung, Schwerpunktversorgung, Spezialversorgung und universitäre Versorgung.

Abbildung 3.21: Krankenhausplanung in Sachsen-Anhalt



Quelle: KHG LSA, DKG.

Aktueller Krankenhausplan: Krankenhausplan des Landes Sachsen-Anhalt ab 2014, online abrufbar unter:

<http://www.landesrecht.sachsen-anhalt.de/jportal/?quelle=jlink&query=VVST-212000-LReg-20140304-SF&psml=bssahprod.psml&max=true>

3.3.15 Schleswig-Holstein

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein stellt den Krankenhausplan auf und passt ihn der Entwicklung an. Der Plan ist mindestens alle sechs Jahre fortzuschreiben. Er legt insbesondere den Standort, die Bettenzahl, die Fachrichtungen sowie die Vorhaltung medizinisch-technischer Großgeräte der Krankenhäuser fest und weist die Ausbildungsstät-

ten aus (vgl. dazu Abbildung 3.22). Der aktuelle Krankenhausplan legt Betten je Fachrichtung fest.

Im Krankenhausplan wird zudem eine Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg berücksichtigt. Als besondere Schwerpunkte werden die Teilnahme an der Notfallversorgung, Perinatalzentren, Traumazentren, Onkologische Zentren, Brustzentren und Stroke Units genannt.

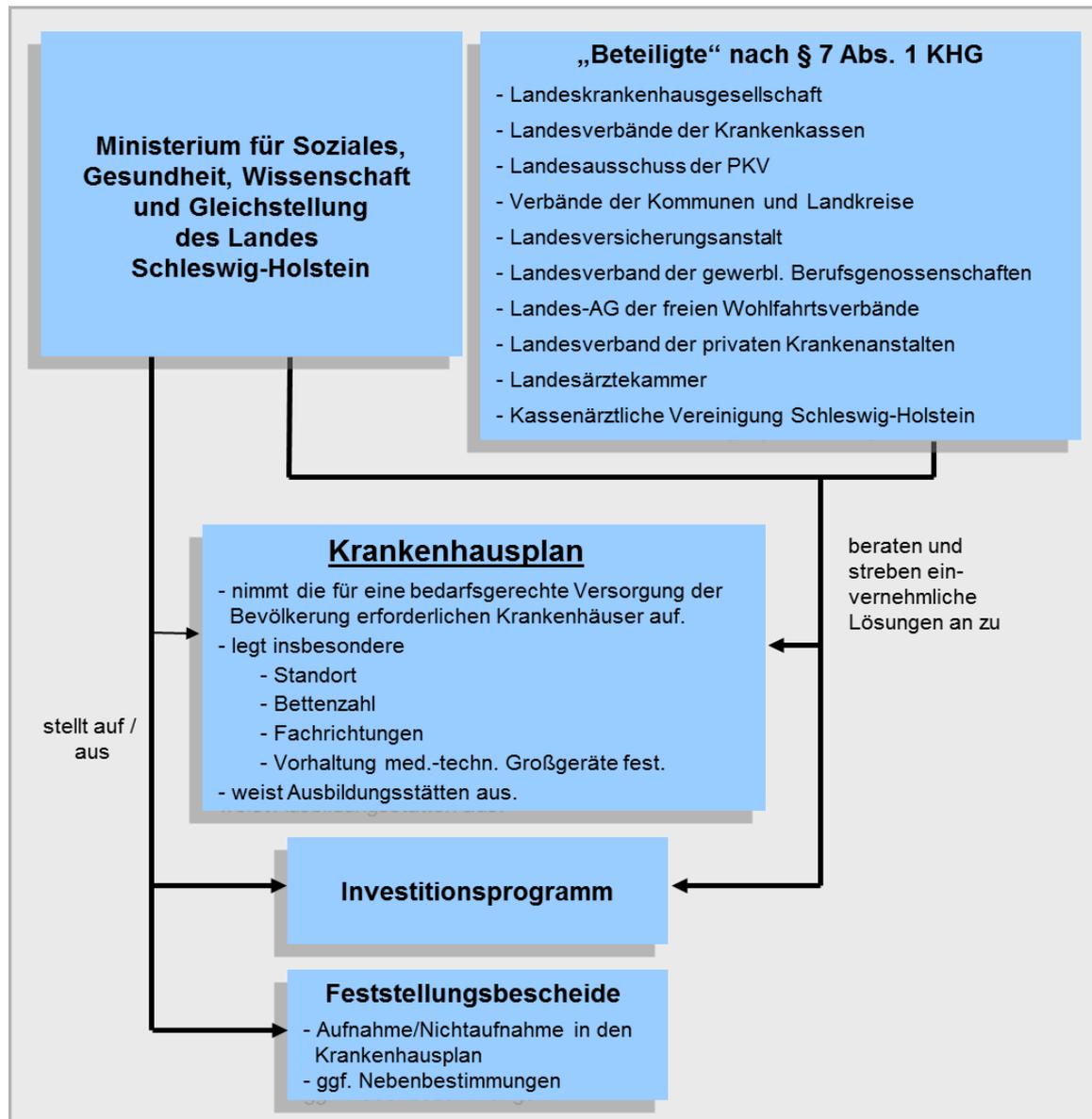
Die Richtwerte für die Bettenauslastung der Fachabteilungen orientieren sich grundsätzlich an der durchschnittlichen Verweildauer des jeweiligen Fachgebietes:

- Durchschnittliche Verweildauer (landesweit) < 5 Tage 80 Prozent
- Durchschnittliche Verweildauer (landesweit) 5 bis < 11 Tage 85 Prozent
- Durchschnittliche Verweildauer (landesweit) > 11 Tage 90 Prozent

Für einige Fachabteilungen wurden davon abweichende Richtwerte für die Bettenauslastung festgelegt:

- Innere Medizin 80 Prozent
- Kinderheilkunde 75 Prozent
- KJP 85 Prozent
- Neurologie 82 Prozent
- Psychosomatik 95 Prozent

Abbildung 3.22: Krankenhausplanung in Schleswig-Holstein



Quelle: Gesetz zur Ausführung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (AG-KHG), DKG.

Aktueller Krankenhausplan:

Krankenhausplan 2017 des Landes Schleswig-Holstein, veröffentlicht im Amtsblatt Schleswig-Holstein Nummer 2, 2017, online abrufbar unter:

<https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/K/krankenhaeuser/Krankenhausplan.html>

3.3.16 Thüringen

Das Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (TMASGFF) stellt einen Krankenhausplan auf, der gemäß § 4 Thüringer Krankenhausgesetz (ThürKHG) insbesondere die für eine patienten- und bedarfsgerechte, leistungsfähige und wirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung notwendigen Krankenhäuser nach Standort, Versorgungsaufgaben, Bettenzahl, Fachrichtung sowie die allgemeinen Planungsgrundsätze festlegt. Der Krankenhausplan enthält auch die Ausbildungsstätten nach § 2 Nr. 1a KHG und soll in angemessenen Zeiträumen, spä-

testens jedoch nach sechs Jahren, fortgeschrieben werden (vgl. dazu Abbildung 3.23).

Zur Vorbereitung auf den aktuellen 7. Thüringer Krankenhausplan hatte das TMAS-GFF das IGES Institut Berlin beauftragt, eine Prognose der versorgungsnotwendigen Kapazitäten bis zum Jahr 2021 unter Berücksichtigung der Leistungs- und Bedarfsentwicklung, des medizinischen Fortschritts sowie sich ändernder medizinischer Versorgungsstrukturen für die von der Planung umfassten Fächer der Weiterbildungsordnung der Landesärztekammer Thüringen, aber auch zu Sonderfragen zur Weiterentwicklung geriatrischer Versorgungsstrukturen sowie zu Sonderfragen der Krankenhausplanung insbesondere zu möglichen Qualitätsindikatoren zu ermitteln. Da bei Erteilung des Gutachtauftrages im Jahre 2014 weder die Verlängerung der Laufzeit des 6. Thüringer Krankenhausplans bis zum 31. Dezember 2016 noch die Trennung der Beplanung der Weiterbildungsgebiete Psychiatrie und Psychotherapie und Psychosomatische Medizin und Psychotherapie absehbar waren, wurden ergänzend zum Gutachten eigene Auswertungen der Planungsbehörde, z.B. zur Entwicklung der Bevölkerungsprognose in den Planungsprozess mit einbezogen.

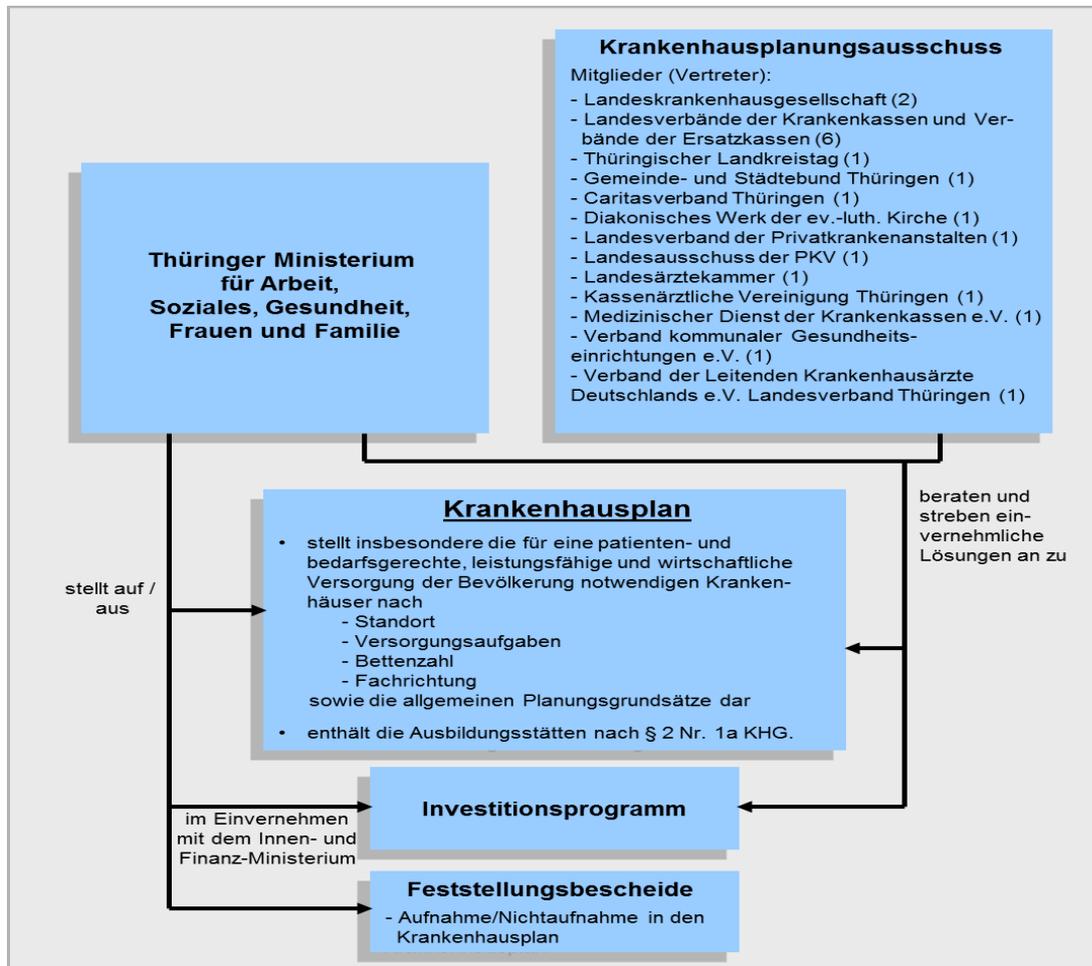
Im 7. Thüringer Krankenhausplan wurde die Versorgung von Schlaganfällen neu aufgenommen. Hierzu wurde ein Konzept erarbeitet, das eine strukturierte Versorgung vorsieht. Erstmals wurde das Fachgebiet Psychosomatische Medizin und Psychotherapie beplant. Weiter wurde durch die Novellierung des ThürKHG mit dem neu eingefügten § 19 Abs. 2 besonderes Augenmerk auf die Palliativmedizin gelegt. Danach ist eine angemessene Versorgung von Sterbenden und Patienten mit begrenzter Lebensdauer zunächst Aufgabe jedes Krankenhauses. Darüber hinaus wurden flächendeckend bei einer Vielzahl von Krankenhäusern palliativmedizinische Betten nachrichtlich ausgewiesen. Während der Laufzeit des 7. Thüringer Krankenhausplans ist die Erarbeitung eines Hospiz- und Palliativplans geplant.

Im Krankenhausplanungsausschuss wurde die Ermittlung der Soll-Auslastungsgrade nach der Hill-Burton-Formel intensiv diskutiert und von der Krankhausseite zur besseren Abbildung der Versorgungsrealität im Krankenhaus die Einführung einer verweildauerabhängigen Vorgabe für die Soll-Auslastungsgrade gefordert. Dem ist das TMASGFF nicht gefolgt, da der Gutachter im Ergebnis seiner Untersuchung festgestellt hat, dass eine Anpassung auf Grundlage von verweildauerabhängigen Soll-Auslastungsgraden die Planbettenermittlung nur unwesentlich beeinflussen würde. Insofern wurden bei der Bedarfsprognose Soll-Auslastungsgrade von 85% berücksichtigt. Ausnahmen gelten für die Kinderheilkunde 75%, die Orthopädie 90%, die Psychiatrie 90%, die Intensivtherapie 80% und die Kinderchirurgie 75%.

Gemäß § 4 Abs. 7 ThürKHG kann die Planungsbehörde während der Laufzeit des Krankenhausplans die Feststellungsbescheide zweijährlich auf der Grundlage der Daten nach § 21 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 des KHEntgG des jeweiligen Vorjahres überprüfen. Eine solche Nachplanung ist für das Jahr 2018 vorgesehen. Im Rahmen dieser Nachplanung soll insbesondere im Fachgebiet Geriatrie eine Bedarfsermittlung erfolgen und ein 4. Geriatrie-Plan erarbeitet werden. In den Datenblättern für das jeweilige Krankenhaus werden Bettenkapazitäten für die entsprechenden Fachgebiete zum 01.01.2017 ausgewiesen und eine Prognose für das Jahr 2022 getroffen. Grundlage hierfür ist eine Berechnung der Bevölkerungsprognose und die § 21-Daten KHEntgG des Jahres 2015. Flankierend zum 7. Thüringer Krankenhausplan ist die Verordnung über Qualitäts- und Strukturanforderungen (ThürQSVO) nach § 4 Abs. 3 des Thürin-

ger Krankenhausgesetzes zum 01.01.2017 in Kraft getreten. Diese Verordnung trifft personelle Vorgaben zur ärztlichen Besetzung und weist darüber hinaus zur Psychosomatischen Medizin und Psychotherapie, zur Geriatrie und zur Neurologischen Frührehabilitation der Phase B spezielle Struktur- und Personalvorgaben aus. Diese sind in einer gesonderten Anlage der ThürQSVO dargelegt.

Abbildung 3.23: Krankenhausplanung in Thüringen



Quelle: ThürKHG, DKG.

Der 7. Thüringer Krankenhausplan ist zum 01.01.2017 in Kraft getreten.

Aktueller Krankenhausplan: 7. Thüringer Krankenhausplan, online abrufbar unter:

http://www.thueringen.de/mam/th7/tmsfg/gesundheit/krankenhauswesen/krankenhausplan_thueringen_2017-2022.pdf

3.4 Weitere Vorgaben im Rahmen der Krankenhausplanung bzgl. der Notfallversorgung, Qualitätskriterien und -festlegungen, Ausbildungsstätten, der Frührehabilitation sowie teilstationären Leistungen

Eine Übersicht zu den in den Krankenhausplänen enthaltenen Vorgaben zur Notfallversorgung sowie zu Qualitätskriterien und –festlegungen, Ausbildungsstätten, der Frührehabilitation und teilstationären Leistungen ist den zwei folgenden Tabellen zu entnehmen (Tabelle 3.5 und Tabelle 3.6). Eine detaillierte Darstellung der jeweiligen Vorgaben ist in Anhang 5.4 bis 5.8 dargestellt.

Tabelle 3.5: Vorgaben zur Notfallversorgung sowie zu Qualitätskriterien und -festlegungen

Bundesland	Notfallversorgung	Qualitätskriterien und -festlegungen
Baden-Württemberg	-	Vorgaben im Rahmen von Fachplanungen für die Bereiche Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatische Medizin und Psychotherapie, Neurologische Frührehabilitation, Geriatrie, Schlaganfallversorgung, Versorgung von Patienten mit chronischen Schmerzzuständen, Tumorzentren und onkologischer Schwerpunkte, Traumazentren, Weaning sowie chronische Dialyse
Bayern	-	Vorgaben für die Fachprogramme Palliativversorgung und Akutgeriatrie sowie der stationären Versorgung von Risiko-Neugeborenen in Bayern durch Perinatalzentren und Verbund-Perinatalzentren
Berlin	Auflistung teilnehmender Krankenhäuser und ihrer Versorgungsstufe	Beschreibung von Versorgungsschwerpunkten Beschreibung genereller qualitätssichernder Anforderungen für alle Plankrankenhäuser wie z.B. Mindestanforderungen an die Facharztbesetzung einer Fachabteilung, zum Pflegepersonal auf Intensivstationen sowie Beschreibung von Anforderungen zur Struktur- und Prozessqualität in Verbindung mit Versorgungskonzepten (z.B. Anforderungen an die geriatrische Versorgung im Krankenhaus, zur Schlaganfallversorgung (Stroke Unit), Einheiten für neurologische Frührehabilitation, Tumormedizin) und dem Ausweis von Abteilungen auf der Ebene von Subdisziplinen (kardiologische Abteilungen, Orthopädie / unfallchirurgische Abteilungen, gefäßmedizinische Schwerpunkte, thoraxchirurgische Abteilungen). Be-

Bundesland	Notfallversorgung	Qualitätskriterien und -festlegungen
		sondere qualitätssichernde Anforderungen gelten zudem für die Notfallkrankenhäuser und Notfallzentren. Hinzu kommt die Aufnahme von Transparenzinformationen zu Zwecken der Qualitätssicherung (vergleichende Darstellung von Krankenhausfallzahlen u.a. zu Krebsoperationen, Therapie von Herzinfarkt und Schlaganfall, künstlicher Gelenkersatz an Hüfte und Knie).
Brandenburg	Alle Krankenhäuser entsprechend ihrem Versorgungsauftrag	Konzeptionelle Voraussetzungen für das Fachgebiet Psychosomatik/Psychotherapie, ansonsten lediglich Verweis auf G-BA-Kriterien bzgl. Perinatalzentren
Bremen	Teilnahme abhängig von Vorhaltung bestimmter Fachrichtungen	Die im BremKrhG ermöglichte Einbeziehung von Qualitätsvorgaben im Krankenhausrahmenplan wurde bisher noch nicht umgesetzt.
Hamburg	Auflistung teilnehmender Krankenhäuser (eingeschränkt, uneingeschränkt)	Erläuterung von Qualitätsaspekten u.a. für die Bereiche Herzinfarktversorgung, Schlaganfallversorgung, Kindgerechte Krankenhausversorgung, Geriatrische und Psychiatrische Versorgung sowie Frührehabilitation
Hessen	Auflistung teilnehmender Krankenhäuser und ihrer Mindestanforderungen bzgl. Struktur und Umfang	Festlegung von Kriterien zur Sicherstellung der Qualität und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit
Mecklenburg-Vorpommern	-	Festlegungen zu besonderen Aufgaben und Standortausweisung für: Frührehabilitation von schweren Schädel-Hirn-Schädigungen, Frührehabilitation von Querschnittslähmung, Perinatalzentren Level 1 und Level 2, Schlaganfallversorgung (überregionale Stroke Unit), Adipositas-Chirurgie und Transplantationszentrum sowie zum onkologischen Zentrum
Niedersachsen	-	-
Nordrhein-Westfalen	-	Bezugnahme auf für verschiedene Versorgungsbereiche herangezogene medizinisch-fachliche Leitlinien, Stellungnahmen und Empfehlungen als wichtige Orientierung und zur Überprüfung der Strukturqualität so lange, bis sich der allgemein anerkannte Stand der Medizin ausdrücklich weiterentwickelt hat, z.B. durch Neufassung einer Leitlinie. Eine Orientie-

Bundesland	Notfallversorgung	Qualitätskriterien und -festlegungen
		Angabe ist kein Ausschlusskriterium;
Nordrhein-Westfalen		die konkrete Situation des Einzelfalles ist bei Entscheidungen immer in Betracht zu ziehen. Ziel ist eine möglichst gute Versorgung in vertretbarer Entfernung. Ein nicht veröffentlichtes Gutachten (IGES Institut GmbH Berlin) wurde herangezogen. Im Weiteren sind u. a. auch Ausführungen zur Personalqualifikation als Vorgaben dargestellt.
Rheinland-Pfalz	-	Strukturvorgaben für die Bereiche Gefäßchirurgie, Gynäkologie/Geburtshilfe, Stroke-Units, Diabetologie, Brustzentren, Geriatrie
Saarland	Festlegung von Mindestvoraussetzungen	Vorgaben für die Bereiche Chest Pain Units, Gefäßchirurgie, Stroke Units, Geriatrie sowie Mindestmengenvorgabe für gynäkologische-geburtshilfliche Abteilungen
Sachsen	Verpflichtung zur Übernahme bestimmter Aufgaben	Vorgaben für die Bereiche Geriatrie, Palliativstationen, spezialisierte kardiologische Leistungen, spezialisierte septische Chirurgie, Versorgung von Schlaganfallpatienten, Kinder- und Jugendmedizin, spezialisierte Adipositasbehandlung, Traumazentren/Traumanetzwerke sowie Hals-Nasen-Ohrenheilkunde/Cochlear-Implantation
Sachsen-Anhalt	Festlegung von strukturellen Mindestanforderungen gemäß Rahmenvorgaben	Lediglich Festlegung von Kriterien innerhalb der „Rahmenvorgaben“, auf die sich der Krankenhausplan stützt
Schleswig-Holstein	Ausweis vorgesehen, bisher noch fehlende Umsetzung	Vorgaben für Traumazentren, geriatrische, palliativmedizinische und Schlaganfallversorgung, sowie onkologische Zentren und Brustzentren
Thüringen	Sollvorgaben bzgl. struktureller Anforderungen (siehe Tabelle 12.6 7. Thüringer KH-Plan)	Vorgaben für Tumorzentren, stationäre Palliativeinheiten, Behandlung von Schlaganfallpatienten, Inkrafttreten der ThürQSVO mit personellen Vorgaben für Ärzte sowie Strukturvorgaben insbesondere zur Psychosomatischen Medizin, zur Geriatrie und zur Neurologie Phase B

Quelle: Eigene Darstellung aus Krankenhausplänen

Tabelle 3.6: Vorgaben zu Ausbildungsstätten, der Frührehabilitation und teilstationären Leistungen

Bundesland	Ausbildungsstätten	Frührehabilitation	Teilstationäre Leistungen
Baden-Württemberg	Ausweisung der Ausbildungsstätten und -berufe	Zuweisung einer konkreten Bettenanzahl für die neurologische Frührehabilitation Phase B	Krankenhaussträger und Krankenkassen sollen sich vor der krankenhauplanerischen Ausweisung neuer somatischer teilstationärer Kapazitäten in Form einer ergänzenden Vereinbarung nach § 109 Abs. 1 Satz 5 SGB V über das hier zu erbringende Leistungsspektrum einig.
Bayern	Ausweisung der Ausbildungsstätten	Im Bereich der geriatrischen Frührehabilitation ist eine vorherige Anerkennung als Akutgeriatrie notwendig.	Es erfolgt eine Planung teilstationärer Kapazitäten (Plätze).
Berlin	Ausweisung der Ausbildungsstätten und -berufe	Ausweisung der Einheiten für neurologische Frührehabilitation Phase B	Planung teilstationärer Kapazitäten insbesondere im Bereich der psychiatrischen Versorgung.
Brandenburg	Ausweisung der Ausbildungsstätten und -berufe	Planung der neurologischen Frührehabilitation	Planung der Tagesklinikplätze
Bremen	Ausweisung der Ausbildungsstätten und -berufe sowie Anzahl der Ausbildungsplätze	Festlegungen zur neurologischen Frührehabilitation; interdisziplinäre Frührehabilitation und die Weiterentwicklung der geriatrischen Frührehabilitation sind Schwerpunkte der aktuellen Fortschreibung	Planung teilstationärer Kapazitäten bzw. Tagesklinikplätze
Hamburg	Ausweisung der Ausbildungsstätten und -berufe sowie Anzahl der Ausbildungsplätze	Ausweisung der Frührehabplätze je Krankenhaus	Planung teilstationärer Kapazitäten
Hessen	Ausweisung der Ausbildungsstätten und -berufe	Ausweisung des Gesamtbedarfs sowie der standortbezogenen Kapazitäten für die Versorgung von Schwer-Schädel-Hirnverletzten der Frühphase B	Planung teilstationärer Kapazitäten

Bundesland	Ausbildungsstätten	Frührehabilitation	Teilstationäre Leistungen
Mecklenburg-Vorpommern	Ausweisung der Ausbildungsstätten und -berufe sowie Gesamtanzahl der Ausbildungsplätze	Ausweisung der Fachabteilung, keine Angaben zu Betten	Planung der Tagesklinikplätze
Niedersachsen	Ausweisung der Ausbildungsstätten und –berufe	-	Planung teilstationärer Kapazitäten
Nordrhein-Westfalen	Ausgestaltung der Bedarfsermittlung der benötigten Ausbildungskapazitäten im Anhang des Krankenhausplans. Die Ausweisung der Ausbildungsstätten erfolgt per Feststellungsbescheid.	Hinweis zur verpflichtenden Erbringung frührehabilitativer Maßnahmen, ohne von Landesseite eine administrative Steuerung vorzunehmen.	Im Krankenhausplan ausgewiesenes Leistungsangebot insbesondere im (Kinder-) psychiatrisch-psychosomatischen Bereich.
Rheinland-Pfalz	Ausweisung der Ausbildungsstätten und -berufe sowie Anzahl der Ausbildungsplätze	-	Planung der Tagesklinikplätze
Saarland	Ausweisung der Ausbildungsstätten und -berufe sowie Anzahl der Ausbildungsplätze	Ausweisung der Frührehabplätze je Krankenhaus	Planung teilstationärer Kapazitäten
Sachsen	Ausweisung der Ausbildungsstätten und -berufe sowie Anzahl der Ausbildungsplätze	Ausweisung der Krankenhäuser zur akutstationären Behandlung von Patienten mit schweren und schwersten Hirnschädigungen, Neurologische Frührehabilitation Phase B	Planung teilstationärer Kapazitäten
Sachsen-Anhalt	Ausweisung der Ausbildungsstätten und –berufe	Ausweisung der Zentren für neurologische Frührehabilitation	Planung der Tagesklinikplätze für die Fachgebiete Psychiatrie und Psychotherapie, Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie sowie psychosomatische Medizin und Psychotherapie
Schleswig-Holstein	Ausweisung der Ausbildungsstätten und -berufe	Zuweisung des Versorgungsauftrages als Bemerkung im Feststellungsbescheid	Planung teilstationärer Kapazitäten und Tagesklinikplätze
Thüringen	Ausweisung der Ausbildungsstätten	Ausweisung der neurologischen Frührehabilitation nach Phase B bei Plankrankenhäusern innerhalb des Fachgebietes Neurologie durch	Planung teilstationärer Kapazitäten in der Psychiatrie, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatischen Medizin und Geriat-

Bundesland	Ausbildungsstätten	Frührehabilitation	Teilstationäre Leistungen
		<p>entsprechenden Zusatz</p> <p>Bisherige Vertragskrankenhäuser nach § 108 Nr. 3 SGB V wurden mit den Leistungen der Neurologie Phase B in den 7. Thüringer KH-Plan aufgenommen.</p>	<p>rie. Ausweisung erfolgt als Tagesklinien. In den somatischen Disziplinen können Vereinbarungen gemäß § 109 Abs. 1 Satz 5 SGB V mit den Krankenkassenverbänden abgeschlossen werden. Diese sind der Planungsbehörde anzuzeigen und würden nachrichtlich in den Datenblättern des 7. Thüringer KH-Plans ausgewiesen.</p>

Quelle: Eigene Darstellung aus Krankenhausplänen

3.5 Abgrenzung von Versorgungsstufen in den Bundesländern

Tabelle 3.7: Versorgungsstufen der Bundesländer

Bundesland	Kriterien	Versorgungs- / Leistungsstufen
Baden-Württemberg	Mit der Novellierung des Landeskrankenhausgesetzes vom 29.11.2007 ist die Einteilung nach Leistungsstufen im Krankenhausplan explizit abgeschafft worden. Eine Präzisierung des Versorgungsauftrags kann nach § 6 Abs. 1 LKHG erforderlichenfalls durch Fachplanungen erfolgen. Im Krankenhausplan 2010 erfolgt keine Zuweisung von Leistungsstufen mehr.	
Bayern	- Versorgungsaufgaben der Krankenhäuser - Klinikstandorte (Oberzentren, Mittelzentren)	- 1. Versorgungsstufe - 2. Versorgungsstufe - 3. Versorgungsstufe - Fachkrankenhäuser
Berlin	- Spezifische Strukturvorgaben	<u>Für die Notfallversorgung:</u> - Notfallkrankenhaus - Notfallzentrum
Brandenburg	- Anzahl und Spezialisierung der Fachabteilungen	- Grundversorgung - Regelversorgung und qualifizierte Regelversorgung - Schwerpunktversorgung - Fachkrankenhäuser
Bremen	Keine Definition von Versorgungs- oder Leistungsstufen.	
Hamburg	Differenzierung nach der Teilnahme an der Not- und Unfallversorgung	
Hessen	Mit Einführung des Hessischen Krankenhausgesetzes im Jahr 2002 (HKHG) wurde die Unterscheidung von Versorgungsstufen faktisch abgeschafft.	
Mecklenburg-Vorpommern	Keine Definition von Versorgungs- oder Leistungsstufen.	
Niedersachsen	- Anzahl der Betten - Definition nur erwähnt im statistischen Anhang des Krankenhausplans	- Anforderungsstufe 1 (bis 230 Betten) - Anforderungsstufe 2 (231 - 330 Betten) - Anforderungsstufe 3 (331 - 630 Betten) - Anforderungsstufe 4 (über 630 Betten)
Nordrhein-Westfalen	Auf die Zuordnung der einzelnen Krankenhäuser zu bestimmten Versorgungsstufen wird verzichtet.	
Rheinland-Pfalz	- Anzahl der Betten - Art und Anzahl der Fachabteilungen	- Grundversorgung (bis 250 Betten) - Regelversorgung (251 - 500 Betten) - Schwerpunktversorgung (501 - 800 Betten) - Maximalversorgung (über 800 Betten) - Fachkrankenhäuser
Saarland	Keine Definition von Versorgungs- oder Leistungsstufen, jedoch Differenzierung nach Basis- und Spezialversorgung.	
Sachsen	- Art und Anzahl der Fachrichtungen (Fachgebiete nach WBO)	- Regelversorgung - Schwerpunktversorgung - Maximalversorgung - Fachkrankenhäuser (Ergänzung)
Sachsen-Anhalt	Die Definition der Versorgungsstufen erfolgt gemäß der Rahmenvorgaben für Versorgungs- und Qualitätsziele der Krankenhausplanung in Sachsen-Anhalt gemäß § 3 (2) KHG LSA	- Basisversorgung - Schwerpunktversorgung - Spezialversorgung - Universitäre Versorgung
Schleswig-Holstein	- Art und Anzahl der Fachabteilungen	- begrenzte Regelversorgung - Regelversorgung - Schwerpunktversorgung - Zentralversorgung - Fachkrankenhäuser
Thüringen	- Anzahl der Betten - Art und Anzahl der Fachabteilungen	- Regionale Versorgung - (Regional) intermediäre Versorgung - Überregionale Versorgung - Fachkrankenhäuser

Quellen: Krankenhauspläne, Krankenhausgesetze und Rechtsverordnungen der Bundesländer.

4 Investitionsfinanzierung

4.1 Gesamtentwicklung und Investitionsquote

Insgesamt stellten die Bundesländer im Jahr 2015 ca. 2,79 Mrd. Euro zur Investitionsförderung nach § 9 KHG zur Verfügung.

Das Gesamtvolumen der KHG-Mittel auf Bundesebene liegt damit unterhalb des langfristigen Durchschnitts der Jahre 1991 bis 2015 und entspricht einem realen Wertverlust von fast 50% gegenüber dem Jahr 1991. Der Blick auf die Verteilung der KHG-Mittel auf die einzelnen Bundesländer zeigt, dass sich die Entwicklung in den Ländern weiterhin sehr unterschiedlich darstellt, jedoch in allen Ländern real weniger Fördermittel bereitgestellt werden als im Vergleichsjahr 1991 (vgl. Tabelle 4.1).

Tabelle 4.1: KHG-Fördermittel gesamt¹³ in Mio. Euro

	KHG-Fördermittel in Mio. Euro					reale Veränderung ggü. 1991 (in %)
	2013	2014	2015	Ø 1991 - 2015	Ø 2005 - 2015	
Baden-Württemberg	385,00	410,00	437,00	340,55	350,40	-11,9%
Bayern	500,00	500,00	500,00	550,28	474,11	-50,6%
Berlin	95,30	106,49	96,45	171,72	98,43	-80,2%
Brandenburg	114,30	104,80	82,50	149,12	106,20	-74,3%
Bremen	28,66	38,56	38,82	34,06	33,19	-31,4%
Hamburg	106,61	137,45	91,03	91,37	106,16	-14,7%
Hessen	241,50	241,50	242,20	219,20	241,79	-12,6%
Meckl.-Vorpommern	60,84	55,84	52,84	102,44	69,00	-71,6%
Niedersachsen	258,47	258,89	275,51	211,42	213,06	-13,0%
Nordrhein-Westfalen	493,00	492,30	515,00	521,11	498,03	-47,9%
Rheinland-Pfalz	119,80	119,80	119,80	129,50	119,39	-41,1%
Saarland	32,19	28,55	28,50	34,95	30,30	-52,8%
Sachsen	101,00	101,00	131,00	211,05	119,00	-72,0%
Sachsen-Anhalt	53,02	47,87	39,20	150,96	87,27	-85,2%
Schleswig-Holstein	84,65	90,13	94,23	81,49	89,67	-10,4%
Thüringen	50,00	50,00	50,00	144,32	93,64	-74,5%
Deutschland	2.724,34	2.783,18	2.794,08	3.143,52	2.729,65	-49,6%

In den Haushaltsansätzen der neuen Bundesländer (einschließlich Berlin) sind in den Jahren 2013 und 2014 jeweils die Investitionszuschläge gemäß Art. 14 GSG enthalten.

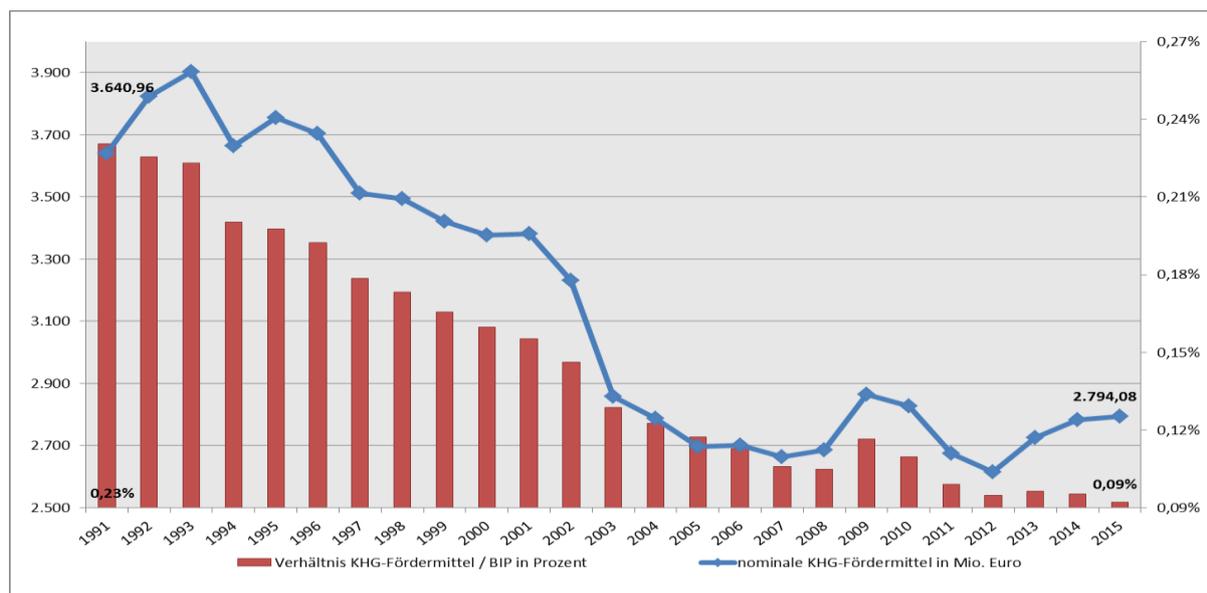
Quelle: Umfrage der Arbeitsgruppe für Krankenhauswesen der AOLG, eigene Berechnungen.

Die Entwicklung der Fördermittelvolumina seit 1991 ist in Abbildung 4.1 bzw. im Detail in Tabelle 5.1 im Anhang dargestellt. Infolge der langfristigen Negativentwicklung auf Bundesebene ist der Anteil der KHG-Fördermittel am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 0,23% im Jahr 1991 auf 0,09% im Jahr 2015 gesunken.

Abbildung 4.2 stellt die Entwicklung der KHG-Fördermittel, des BIP und der Krankenhausausgaben gegenüber und veranschaulicht die immer weiter auseinandergehende Schere. Im Vergleich zum Jahr 1991 sanken die KHG-Fördermittel bis 2015 nominal um ca. 23%, während das BIP im selben Zeitraum um 92% anstieg und sich die bereinigten Kosten der Krankenhäuser um ca. das 2,25-fache erhöhten.

¹³ Anmerkungen siehe Fußnote in Tabelle 5.1. Der reale Wert ist der um die Preissteigerung bereinigte Nominalwert des Jahres 2015, berechnet auf Grundlage der prozentualen Veränderung vom Indexstand des Verbraucherpreisindex 1991 bis zum Indexstand 2015.

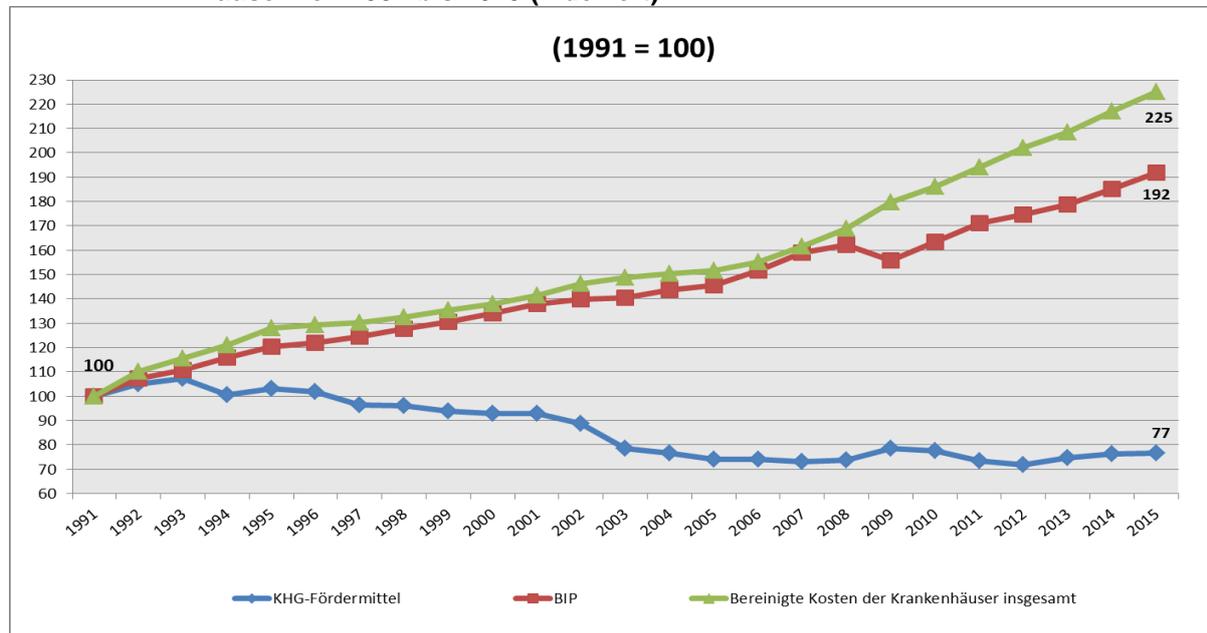
Abbildung 4.1: Entwicklung der nominalen KHG-Mittel¹⁴ in Mio. Euro und im Verhältnis zum BIP in Prozent von 1991 bis 2015



In den Haushaltsansätzen der neuen Bundesländer (einschließlich Berlin) sind in den Jahren 1995 bis 2014 jeweils die Investitionszuschläge gemäß Art. 14 GSG enthalten.

Quellen: Umfrage der Arbeitsgruppe für Krankenhauswesen der AOLG, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Abbildung 4.2: Entwicklung der KHG-Mittel, des BIP und der bereinigten Kosten der Krankenhäuser von 1991 bis 2015 (indexiert)



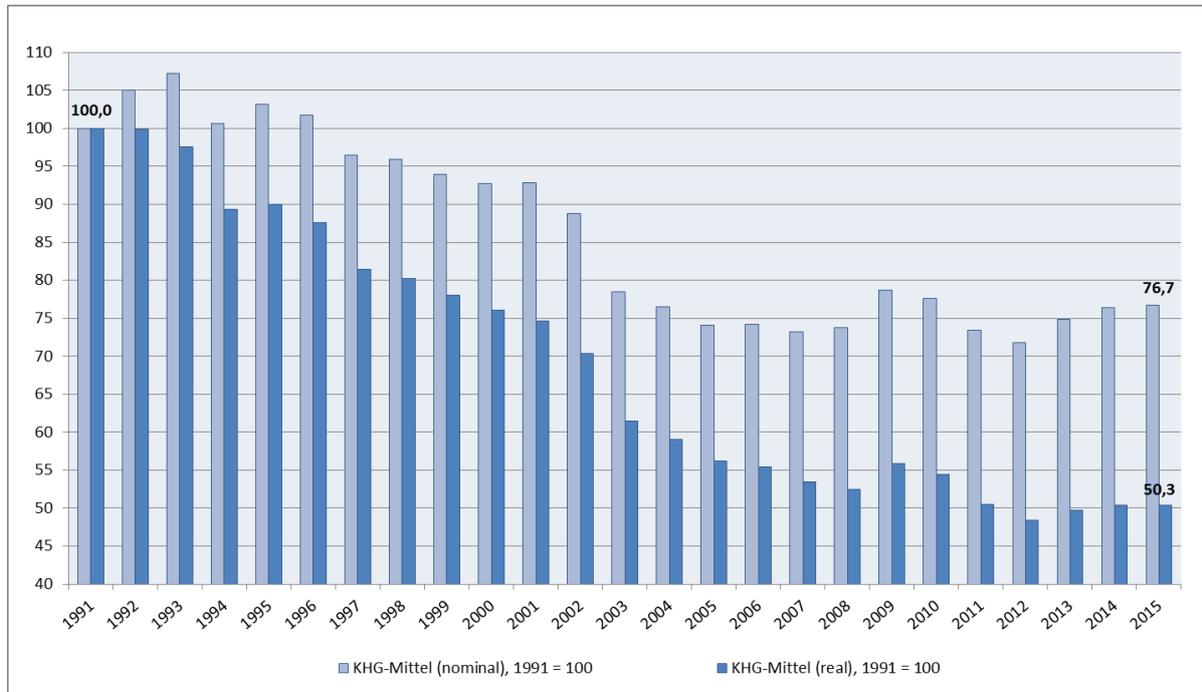
In den Haushaltsansätzen der neuen Bundesländer (einschließlich Berlin) sind in den Jahren 1995 bis 2014 jeweils die Investitionszuschläge gemäß Art. 14 GSG enthalten.

Quellen: Umfrage der Arbeitsgruppe für Krankenhauswesen der AOLG, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

¹⁴ In den Jahren 2009 und 2010 stellte der Bund Finanzhilfen für besonders bedeutsame Investitionen der Kommunen und Länder im Beteiligungsverhältnis 75:25 zur Verfügung (Konjunkturpaket II). Der Anstieg in 2009 und 2010 ist insbesondere auf dieses Konjunkturprogramm der Bundesregierung zurückzuführen.

Abbildung 4.3 stellt die nominale Entwicklung der KHG-Gesamtfördermittel der realen Wertentwicklung im Verlauf der Jahre 1991 bis 2015 gegenüber. Zieht man den Verbraucherpreisindex als Indikator zur Beurteilung der Geldwertentwicklung heran, entspricht der reale Wert der KHG-Gesamtfördermittel des Jahres 2015 nur noch 50% der Fördermittel des Jahres 1991.

Abbildung 4.3: Entwicklung der nominalen und preisbereinigten¹⁵ KHG-Mittel von 1991 bis 2015 (indexiert)



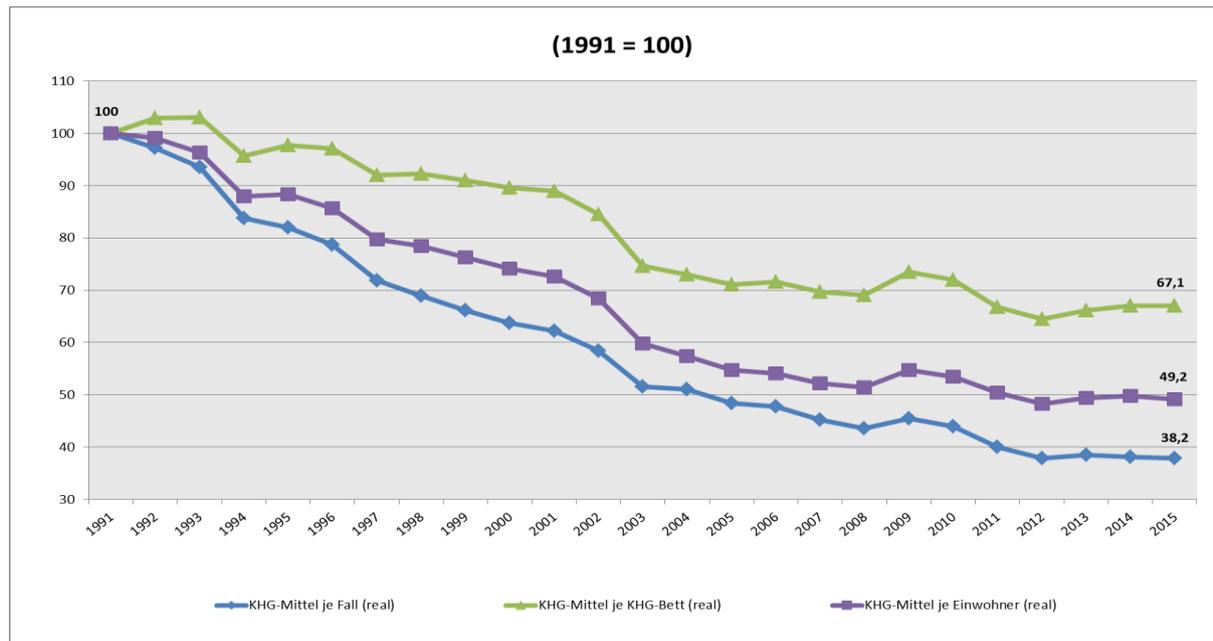
In den Haushaltsansätzen der neuen Bundesländer (einschließlich Berlin) sind in den Jahren 1995 bis 2014 jeweils die Investitionszuschläge gemäß Art. 14 GSG enthalten.

Quellen: Umfrage der Arbeitsgruppe für Krankenhauswesen der AOLG, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Die Abnahme des realen Werts der bereitgestellten KHG-Fördermittel zeigt sich in vergleichbarer Deutlichkeit, wenn die Anzahl der Krankenhaufälle, die Anzahl der nach KHG geförderten Betten und der Bevölkerungsstand des jeweiligen Jahres als Bezugsgrößen herangezogen werden. So sank das im Bundesdurchschnitt zur Verfügung stehende Investitionsfördervolumen seit 1991 je KHG-Bett preisbereinigt um rund 33%, je Einwohner um 51% und je Krankenhaufall um fast 62% (vgl. Abbildung 4.4).

¹⁵ Der reale Wert ist der um die Preissteigerung bereinigte Nominalwert, berechnet auf Grundlage der prozentualen Veränderung vom Indexstand des Verbraucherpreisindex 1991 bis zum Indexstand 2015.

Abbildung 4.4: Entwicklung der preisbereinigten KHG-Mittel je Fall¹⁶, je KHG-Bett¹⁷ und je Einwohner¹⁸ (indexiert)



In den Haushaltsansätzen der neuen Bundesländer (einschließlich Berlin) sind in den Jahren 1995 bis 2014 jeweils die Investitionszuschläge gemäß Art. 14 GSG enthalten.

Quellen: Umfrage der Arbeitsgruppe für Krankenhauswesen der AOLG, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Der deutliche Rückgang der KHG-Fördermittel schlägt sich erwartungsgemäß auch in der für den Krankenhaussektor ermittelten Investitionsquote nieder. Zieht man zur Berechnung der Krankenhaus-Investitionsquote die bereinigten Kosten der Krankenhäuser insgesamt als Bezugsgröße für die KHG-Fördermittel heran, so ergibt sich für den Zeitraum von 1991 bis 2015 eine Abnahme der Investitionsquote von 9,7% auf 3,3%. Die volkswirtschaftliche Investitionsquote, die sich aus dem Quotienten von Bruttoanlageinvestitionen und Bruttoinlandsprodukt errechnet, lag im Jahr 2015 demgegenüber bei 19,9% und übertraf damit die auf die Kosten aller Krankenhäuser bezogene Investitionsquote um das Sechsfache. Auch bezogen auf die bereinigten Kosten der nach dem KHG geförderten Krankenhäuser zeigt sich eine Abnahme der Investitionsquote von 11,4% im Jahr 1991 auf 4,0% in 2015 (vgl. Abbildung 4.5).

Die herangezogenen bereinigten Krankenhauskosten enthalten auch die Kosten von Krankenhäusern, insbesondere Hochschulkliniken, die regelmäßig keine KHG-Fördermittel erhalten. Aus diesem Grund wird in Abbildung 4.5 auch die Entwicklung der Krankenhaus-Investitionsquote bezogen auf die bereinigten Kosten der Allgemeinen Krankenhäuser (davon Plankrankenhäuser) und Sonstigen Krankenhäuser nach der Definition des Statistischen Bundesamtes dargestellt. Diese stellten 2015 annähernd 100% aller nach KHG geförderten Betten bzw. 89% der Krankenhausbetten insgesamt. Eine Übersicht über die Anzahl der Betten und einrichtungsbezo-

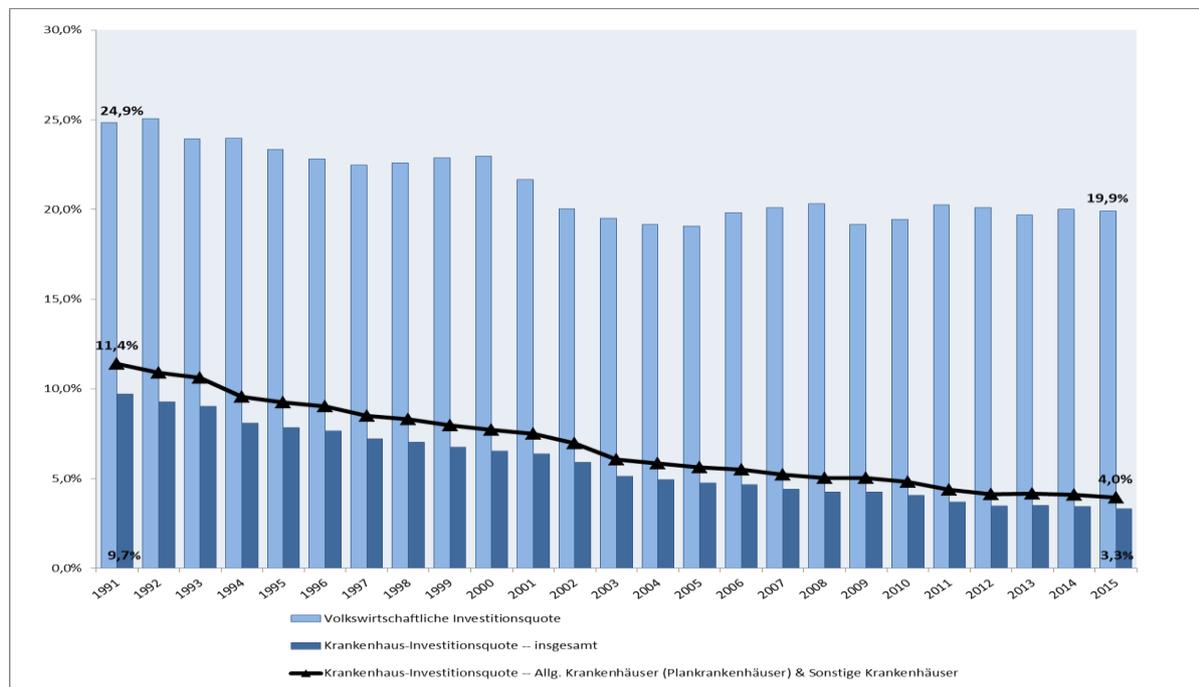
¹⁶ Fallzahlen der Krankenhäuser insgesamt.

¹⁷ Betten, die bei der Bewilligung der Fördermittel nach dem KHG (§ 8 Abs. 1) zugrunde gelegt werden (Krankenhäuser insgesamt).

¹⁸ Statistisches Bundesamt, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes.

genen Fälle im Jahr 2015 nach Krankenhaustyp auf Bundesebene ist in Tabelle 4.2 dargestellt.

Abbildung 4.5: Krankenhaus-Investitionsquote¹⁹ und volkswirtschaftliche Investitionsquote²⁰ von 1991 bis 2015



In den Haushaltsansätzen der neuen Bundesländer (einschließlich Berlin) sind in den Jahren 1995 bis 2014 jeweils die Investitionszuschläge gemäß Art. 14 GSG enthalten.

Quellen: Umfrage der Arbeitsgruppe für Krankenhauswesen der AOLG, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Tabelle 4.2: Bettenausstattung und Fallzahl im Jahr 2015 nach Krankhaustyp

	Betten im Jahr 2015						Einrichtungs- bezogene Fallzahl im Jahr 2015 einschließlich Stundenfälle	Vergleich zum VJ in %
	Insgesamt	Vergleich zum VJ in %	davon gefördert nach					
			KHG	Vergleich zum VJ in %	landes- rechtliche Hochschulbau- vorschriften	Vergleich zum VJ in %		
Krankenhäuser insgesamt	499.351	-0,27%	437.500	0,0%	44.652	-0,4%	19.239.574	0,5%
davon:								
Allgemeine Krankenhäuser	453.842	-0,36%	396.043	-0,2%	44.652	-0,4%	18.613.774	0,5%
Hochschulkliniken/ Universitätsklinika	44.836	-0,43%	117	2,6%	44.652	-0,4%	1.839.858	0,2%
Plankrankenhäuser	401.248	-0,08%	395.926	-0,2%	-	-	16.565.592	0,8%
Krankenhäuser mit Versorgungsvertrag	4.820	-16,91%	-	-	-	-	116.359	-24,1%
Krankenhäuser ohne Versorgungsvertrag	2.938	-4,80%	-	-	-	-	91.966	-1,6%
Sonstige Krankenhäuser/ Krankenhäuser mit ausschließlich psychiatrischen, psychotherapeutischen oder psychiatrischen, psychotherapeutischen und neurologischen Betten	45.509	0,72%	41.457	1,5%	-	-	625.801	0,1%

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

¹⁹ Krankenhausinvestitionsquote: KHG-Fördermittel / bereinigte Krankenhauskosten.

²⁰ Volkswirtschaftliche Investitionsquote: Bruttoanlageinvestitionen / Bruttoinlandsprodukt (Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.5).

4.2 Einzel- und Pauschalförderung

Der Gesamtförderbetrag setzt sich aus der Förderung nach § 9 Abs. 1 und 2 KHG (Einzelförderung, vgl. Tabelle 4.3) und der Förderung nach § 9 Abs. 3 KHG (Pauschalförderung, vgl. Tabelle 4.4) zusammen. Das Land Brandenburg hat im Jahr 2013 eine Zusammenführung der Pauschal- und Einzelfördermittel in Form einer einheitlichen Investitionspauschale als Regelfall der Investitionsförderung eingeführt.²¹ Einen ähnlichen Weg beschreiten die Länder Berlin (zum 01.07.2015) und Hessen (zum 01.01.2016) mit der Umstellung auf einheitliche Investitionspauschalen, die auf den vom InEK kalkulierten Investitionsbewertungsrelationen nach § 10 Abs. 2 KHG basieren. Einige Bundesländer sind dazu übergegangen, ihre Einzelförderung für langfristige Investitionsmaßnahmen zu pauschalisieren (Bremen, Saarland, NRW), wobei die Zweckbindung für Einzelförderungstatbestände gem. § 9 Abs. 1 und 2 KHG grundsätzlich aufrechterhalten bleibt.

Tabelle 4.3: KHG-Einzelförderung²² in Mio. Euro

	Einzelförderung (§ 9 Abs. 1 und 2 KHG) in Mio. Euro				
	2013	2014	2015	Ø 1994 - 2015	Ø 2005 - 2015
Baden-Württemberg	225,00	250,00	277,00	189,48	196,39
Bayern	305,00	298,00	286,00	350,08	287,15
Berlin*	55,30	66,49	39,50	104,47	62,07
Brandenburg**	(114,3)	(104,8)	(82,5)	109,54	87,55
Bremen	11,54	21,44	21,70	16,39	16,07
Hamburg	75,61	106,45	60,03	63,72	75,30
Hessen	145,50	145,50	146,20	130,86	147,42
Meckl.-Vorpommern	38,00	33,00	30,00	79,72	46,16
Niedersachsen	137,42	139,54	153,16	114,39	117,97
Nordrhein-Westfalen***	193,00	199,30	198,00	207,60	196,11
Rheinland-Pfalz	68,60	68,60	68,60	77,95	68,19
Saarland	14,76	14,58	14,58	18,63	12,96
Sachsen	55,00	55,00	60,00	151,22	75,59
Sachsen-Anhalt	33,02	27,87	19,20	115,98	64,94
Schleswig-Holstein	45,01	49,30	53,40	44,63	50,14
Thüringen	34,00	33,50	30,00	113,76	71,32
Deutschland	1.551,06	1.613,37	1.539,87	1.888,43	1.575,32
Deutschland (ohne BB)	1.436,76	1.508,57	1.457,37	1.778,88	1.487,77

In den Haushaltsansätzen der neuen Bundesländer (einschließlich Berlin) sind in den Jahren 2013 und 2014 jeweils die Investitionszuschläge gemäß Art. 14 GSG enthalten.

* Durch die Änderung des Landeskrankenhausgesetzes Berlin wird ab 01.07.2015 erstmals das bisherige System der Einzel- und Pauschalförderung auf ein insgesamt pauschalierendes Förderverfahren umgestellt (Investitionspauschale). Darin enthalten ist der Schuldendienst i. H. v. rund 33,8 Mio. Euro bzw. 16,9 Mio. Euro (2015) für Investitionen von 1995 bis 2002.

** In Brandenburg gibt es seit 2013 die einheitliche Investitionspauschale, die für alle Zwecke des § 9 KHG genutzt werden kann. Angabe der Gesamtfördermittel.

*** Einschließlich "Baupauschale".

Quellen: Umfrage der Arbeitsgruppe für Krankenhauswesen der AOLG, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

²¹ Die Investitionspauschale kann für alle Fördertatbestände des § 9 KHG mit Ausnahme des § 9 Abs. 2 Nr. 5 KHG (Erleichterung der Schließung von Krankenhäusern) verwendet werden. In Einzelfällen kann auf Antrag eine Investitionsmaßnahme nach Maßgabe des § 9 Absatz 1 und 2 des KHG gefördert werden.

²² Anmerkungen siehe Fußnote in Tabelle 5.1

Die Einzelförderung belief sich in 2015 auf ca. 1,46 Mrd. Euro (ohne Brandenburg).²³ Das Förderniveau liegt damit unterhalb des langfristigen Bundesdurchschnitts ab 1994 respektive 2005.

Das Gesamtvolumen der Pauschalförderung für kurzfristige Anlagegüter und kleine bauliche Maßnahmen betrug im Jahr 2015 ca. 1,25 Mrd. Euro (ohne Brandenburg, vgl. Tabelle 4.4).

Tabelle 4.4: KHG-Pauschalförderung²⁴ in Mio. Euro

	Pauschalförderung (§ 9 Abs. 3 KHG) in Mio. Euro				
	2013	2014	2015	Ø 1994 - 2015	Ø 2005 - 2015
Baden-Württemberg	160,00	160,00	160,00	152,56	154,01
Bayern	195,00	202,00	214,00	184,60	186,96
Berlin*	40,00	40,00	56,95	46,66	36,37
Brandenburg**	(0)	(0)	(0)	27,87	18,65
Bremen	17,12	17,12	17,12	17,09	17,12
Hamburg	31,00	31,00	31,00	30,39	30,86
Hessen	96,00	96,00	96,00	92,74	94,36
Meckl.-Vorpommern	22,84	22,84	22,84	20,43	22,84
Niedersachsen	121,05	119,35	122,35	96,39	95,10
Nordrhein-Westfalen	300,00	293,00	317,00	295,88	301,93
Rheinland-Pfalz	51,20	51,20	51,20	50,49	51,20
Saarland	17,43	13,97	13,92	16,09	17,34
Sachsen	46,00	46,00	71,00	43,11	43,41
Sachsen-Anhalt	20,00	20,00	20,00	25,61	22,34
Schleswig-Holstein	39,64	40,83	40,83	38,32	39,53
Thüringen	16,00	16,50	20,00	28,75	22,32
Deutschland	1.173,28	1.169,81	1.254,21	1.166,98	1.154,32
Deutschland (ohne BB)	1.173,28	1.169,81	1.254,21	1.139,11	1.135,67

* Durch die Änderung des Landeskrankenhausgesetzes Berlin wird ab 01.07.2015 erstmals das bisherige System der Einzel- und Pauschalförderung auf ein insgesamt pauschalierendes Förderverfahren umgestellt (Investitionspauschale).

** In Brandenburg gibt es seit 2013 die einheitliche Investitionspauschale, die für alle Zwecke des § 9 KHG genutzt werden kann. Die gesamten Fördermittel können Tabelle 4.1 und 4.3 entnommen werden.

Quellen: Umfrage der Arbeitsgruppe für Krankenhauswesen der AOLG, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Die nominale Entwicklung der Einzel- und Pauschalförderung seit 1994 auf Bundes- und Landesebene kann im Detail der Tabelle 5.2 bzw. Tabelle 5.3 im Anhang entnommen werden.

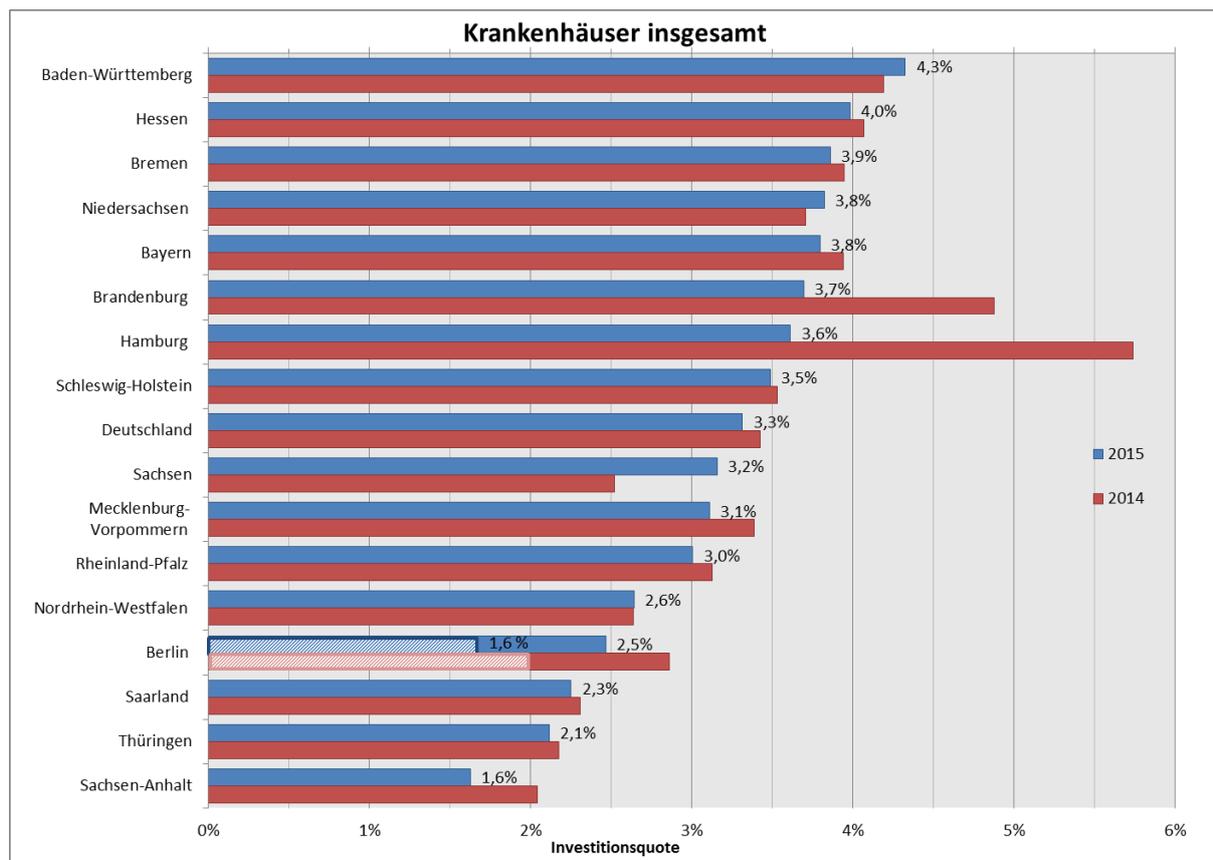
²³ Bei der separaten Betrachtung des Einzel- und Pauschalfördervolumens ist zu berücksichtigen, dass das Land Brandenburg ab dem Jahr 2013 eine Zusammenführung der Pauschal- und Einzelfördermittel in Form einer einheitlichen Investitionspauschale als Regelfall der Investitionsförderung eingeführt hat. Eine genaue Zuordnung ist nicht mehr möglich.

²⁴ Anmerkungen siehe Fußnote in Tabelle 5.1

4.3 Investitionsförderung in den Bundesländern²⁵

Die nach Bundesländern differenzierte Darstellung der Krankenhaus-Investitionsquoten im Jahr 2015 zeigt ein weiterhin heterogenes Bild (vgl. Abbildung 4.6). Gegenüber 2014 fallen die Investitionsquoten im Jahr 2015 in den meisten Bundesländern geringer aus. Als Bezugsgrößen zur Berechnung der Krankenhaus-Investitionsquoten dienen erneut zum einen die bereinigten Kosten der Krankenhäuser insgesamt, zum anderen die bereinigten Kosten der nach KHG geförderten Krankenhäuser auf der jeweiligen Landesebene.

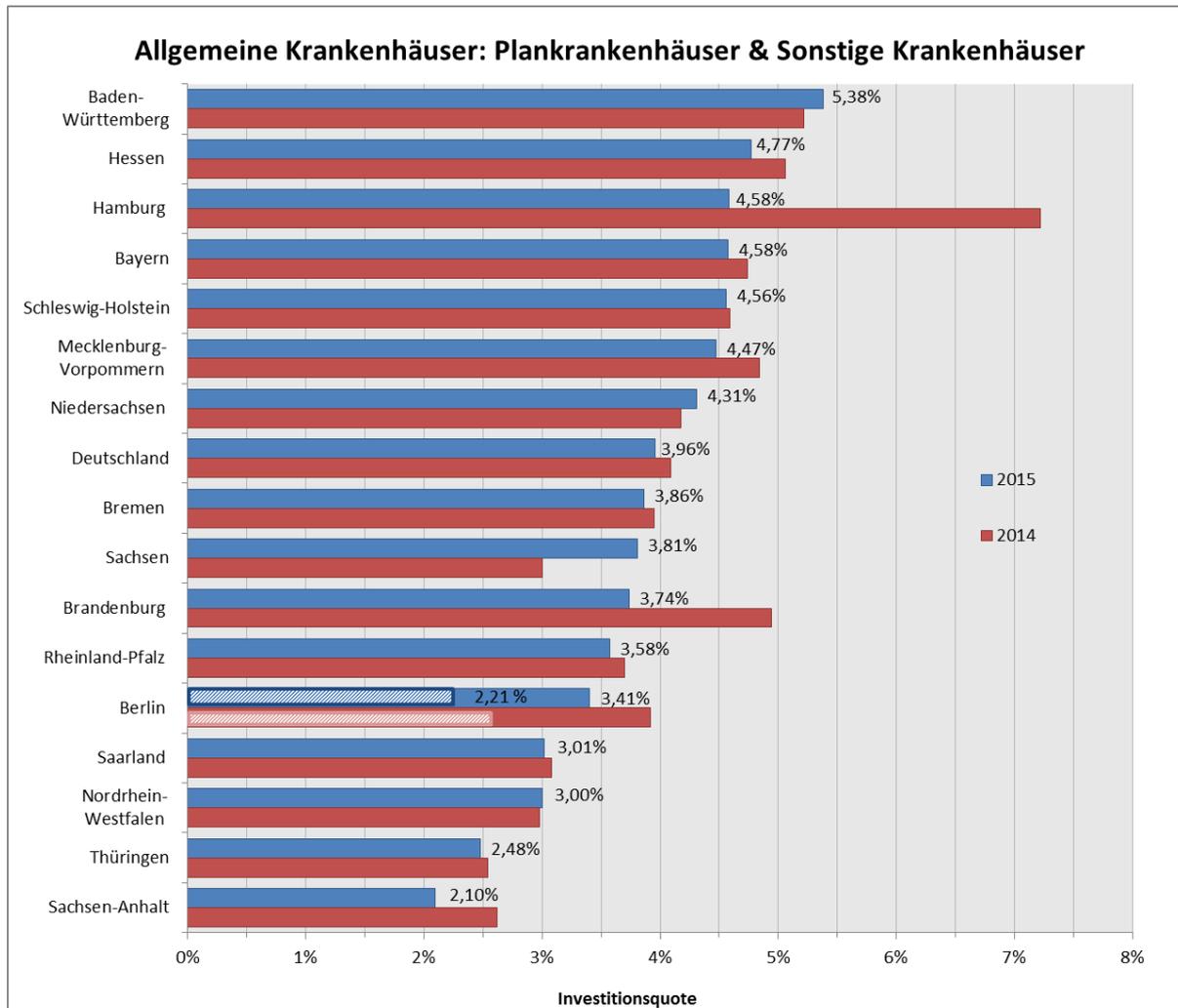
Abbildung 4.6: Krankenhaus-Investitionsquote²⁶ differenziert nach Bundesländern für die Jahre 2014 und 2015²⁷



²⁵ Die nachfolgenden Ausführungen und Abbildungen beschränken sich auf eine rein deskriptive Darstellung der gemäß den Haushaltsansätzen der Länder bereitgestellten und in Relation zu bestimmten Bezugsgrößen gesetzten Investitionsfördermittel auf Landesebene. Von einem bewertenden Vergleich wird wie in den Vorjahren abgesehen.

²⁶ Krankenhaus-Investitionsquote: KHG-Fördermittel / bereinigte Krankenhauskosten (differenziert nach Kosten der Krankenhäuser insgesamt sowie Allg. Krankenhäuser: Plankrankenhäuser & Sonstige Krankenhäuser). In den bereinigten Kosten der Krankenhäuser insgesamt sind auch die der Universitätskliniken enthalten.

²⁷ Unter Ausklammerung des Schuldendienstes, ergibt sich für Berlin eine verringerte Krankenhaus-Investitionsquote.



In den Haushaltsansätzen der neuen Bundesländer (einschließlich Berlin) sind im Jahr 2014 jeweils die Investitionszuschläge gemäß Art. 14 GSG enthalten.

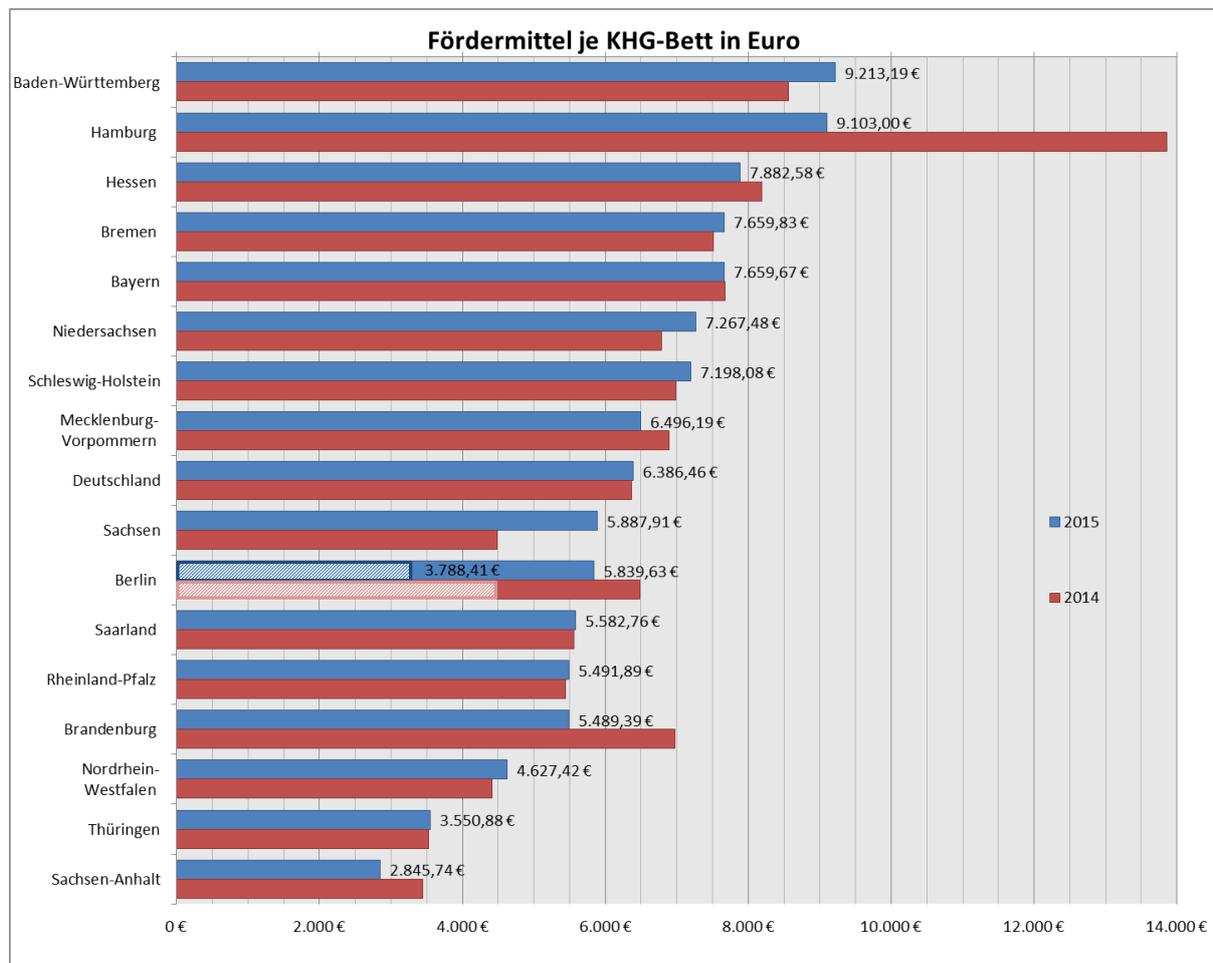
Quellen: Umfrage der Arbeitsgruppe für Krankenhauswesen der AOLG, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Als weitere Bezugsgrößen werden im Folgenden die Anzahl der nach KHG geförderten Betten, die Anzahl der (Plan-)Krankenhausfälle und der Bevölkerungsstand der Jahre 2014 bzw. 2015 herangezogen.

Je gefördertem Krankenhausbett wurden im Jahr 2015 im Bundesdurchschnitt 6.386 Euro (Vorjahr: 6.362 Euro, +0,39%) an Investitionsfördermitteln von den Bundesländern bereitgestellt.

Einen Überblick über die nominalen Gesamtfördermittel je KHG-Bett in den einzelnen Bundesländern für die Jahre 2014 und 2015 ist Abbildung 4.7 zu entnehmen. Die Beträge bewegen sich im Jahr 2015 zwischen 2.846 Euro je KHG-Bett in Sachsen-Anhalt und 9.213 Euro in Baden-Württemberg.

Abbildung 4.7: KHG-Mittel je KHG-Bett²⁸ differenziert nach Bundesländern für die Jahre 2014 und 2015²⁹



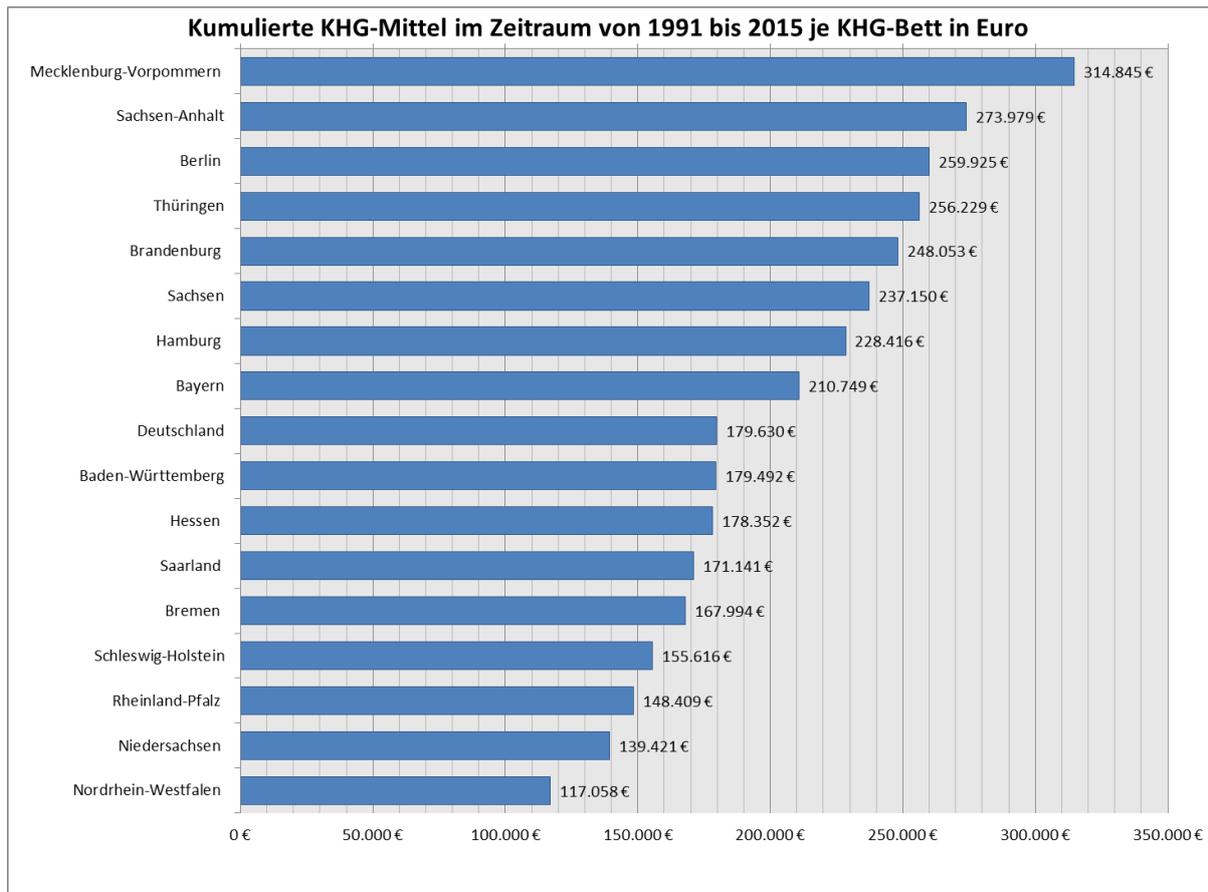
In den Haushaltsansätzen der neuen Bundesländer (einschließlich Berlin) sind im Jahr 2014 jeweils die Investitionszuschläge gemäß Art. 14 GSG enthalten.

Quellen: Umfrage der Arbeitsgruppe für Krankenhauswesen der AOLG, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Im Zeitraum von 1991 bis einschließlich 2015 wurden in den Bundesländern insgesamt 78,59 Mrd. Euro zur KHG-Investitionsförderung zur Verfügung gestellt. Je KHG-Bett des Jahres 2015 wurden damit im Bundesdurchschnitt 179.630 Euro bereitgestellt (vgl. Abbildung 4.8). Im Bundesgebiet variiert der Betrag dabei zwischen 117.058 Euro in Nordrhein-Westfalen und 314.845 Euro in Mecklenburg-Vorpommern.

²⁸ Betten im Jahr 2015 bzw. 2014, die bei der Bewilligung der Fördermittel nach dem KHG (§ 8 Abs. 1) zugrunde gelegt werden (Krankenhäuser insgesamt).

²⁹ Unter Ausklammerung des Schuldendienstes, ergibt sich für Berlin ein verringerter Fördermittelbetrag je KHG-Bett.

Abbildung 4.8: Summe der KHG-Mittel je KHG-Bett³⁰ von 1991 bis 2015

In den Haushaltsansätzen der neuen Bundesländer (einschließlich Berlin) sind in den Jahren 1995 bis 2014 jeweils die Investitionszuschläge gemäß Art. 14 GSG enthalten.

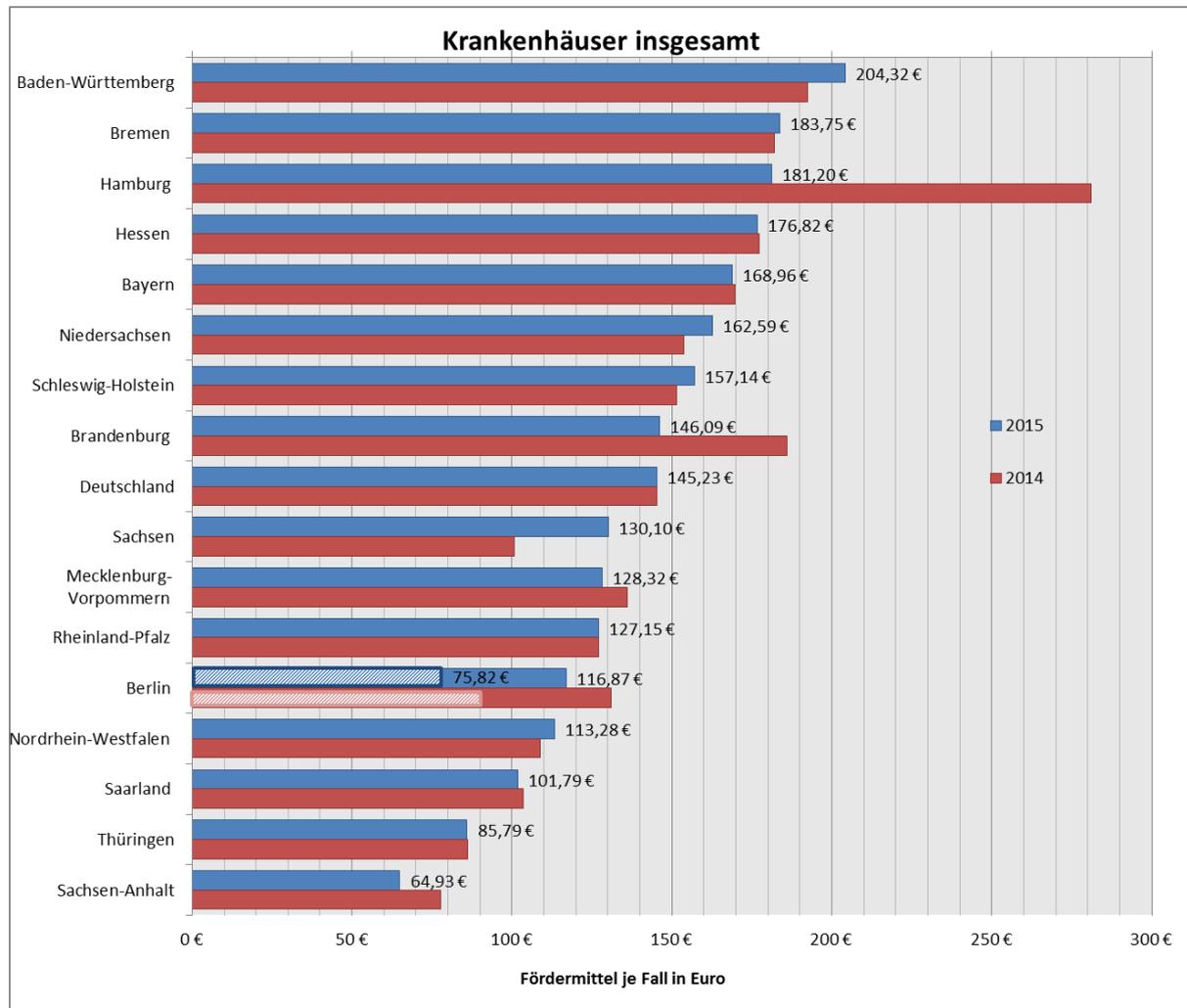
Quellen: Umfrage der Arbeitsgruppe für Krankenhauswesen der AOLG, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Einen Überblick über die nominalen KHG-Fördermittel je Krankenhausfall sowie die KHG-Fördermittel je CM-Punkt in den Jahren 2014 und 2015 gibt Abbildung 4.9.

Je Fall wurden im Jahr 2015 im Bundesdurchschnitt 145,23 Euro an Investitionsfördermitteln zur Verfügung gestellt (Vorjahr: 145,35 Euro, -0,08%). Legt man diejenigen Fälle zu Grunde, die in Plankrankenhäusern behandelt wurden, so entfielen im Jahr 2015 im Bundesdurchschnitt 162,53 Euro (Vorjahr: 163,09 Euro, -0,34%) an KHG-Mitteln auf jeden Krankenhausfall (vgl. Abbildung 4.9 unten). Im Jahr 2015 wurden je CM-Punkt im Bundesdurchschnitt 138,59 Euro an Investitionsmitteln zur Verfügung gestellt. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Wert mit 139,14 Euro je Punkt nahezu unverändert.

³⁰ Betten im Jahr 2015, die bei der Bewilligung der Fördermittel nach dem KHG (§ 8 Abs. 1) zugrunde gelegt werden (Krankenhäuser insgesamt).

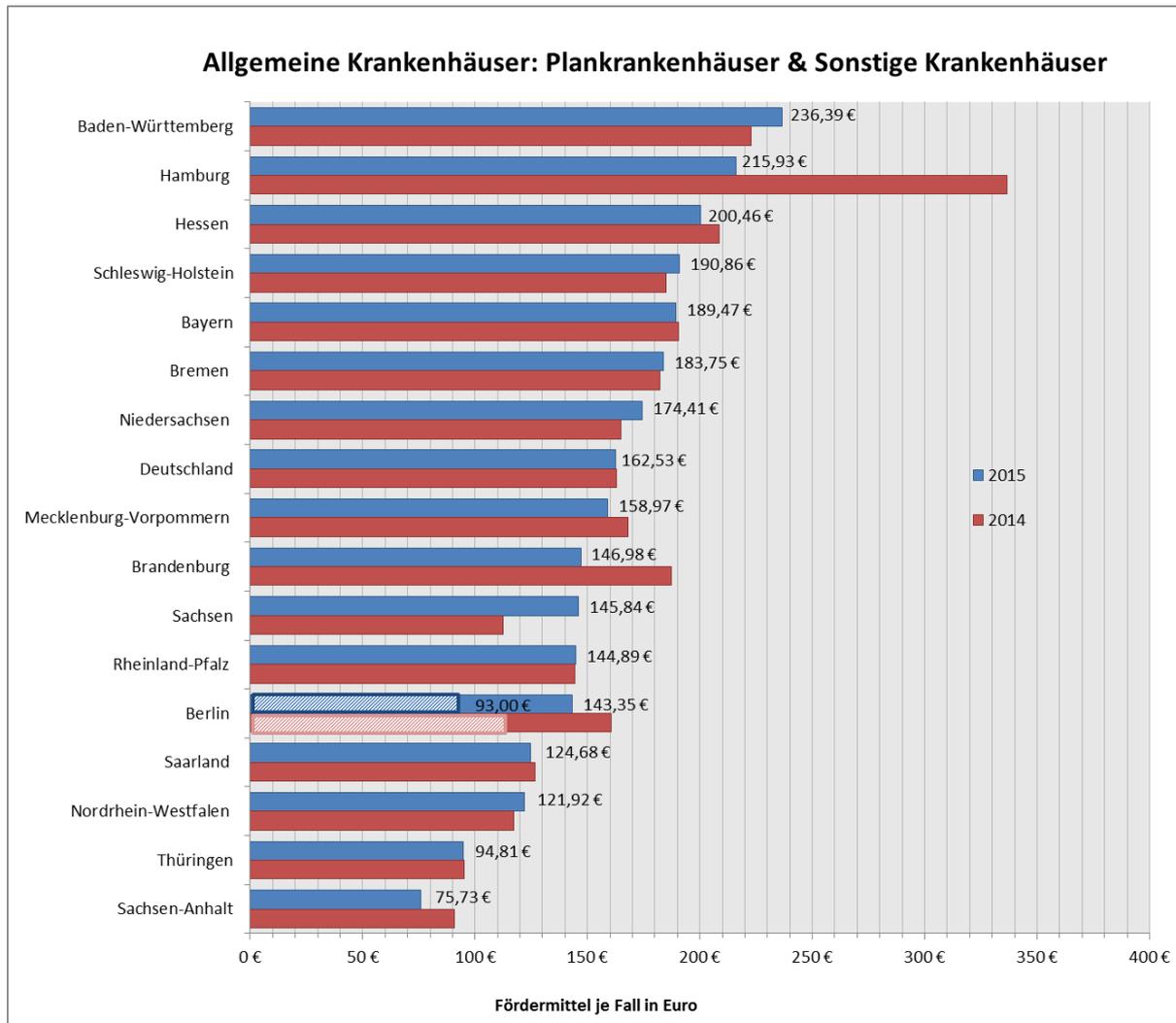
Abbildung 4.9: KHG-Mittel je Fall³¹, je Plankrankenhausfall³² und je Casemixpunkt für die Jahre 2014 und 2015³³

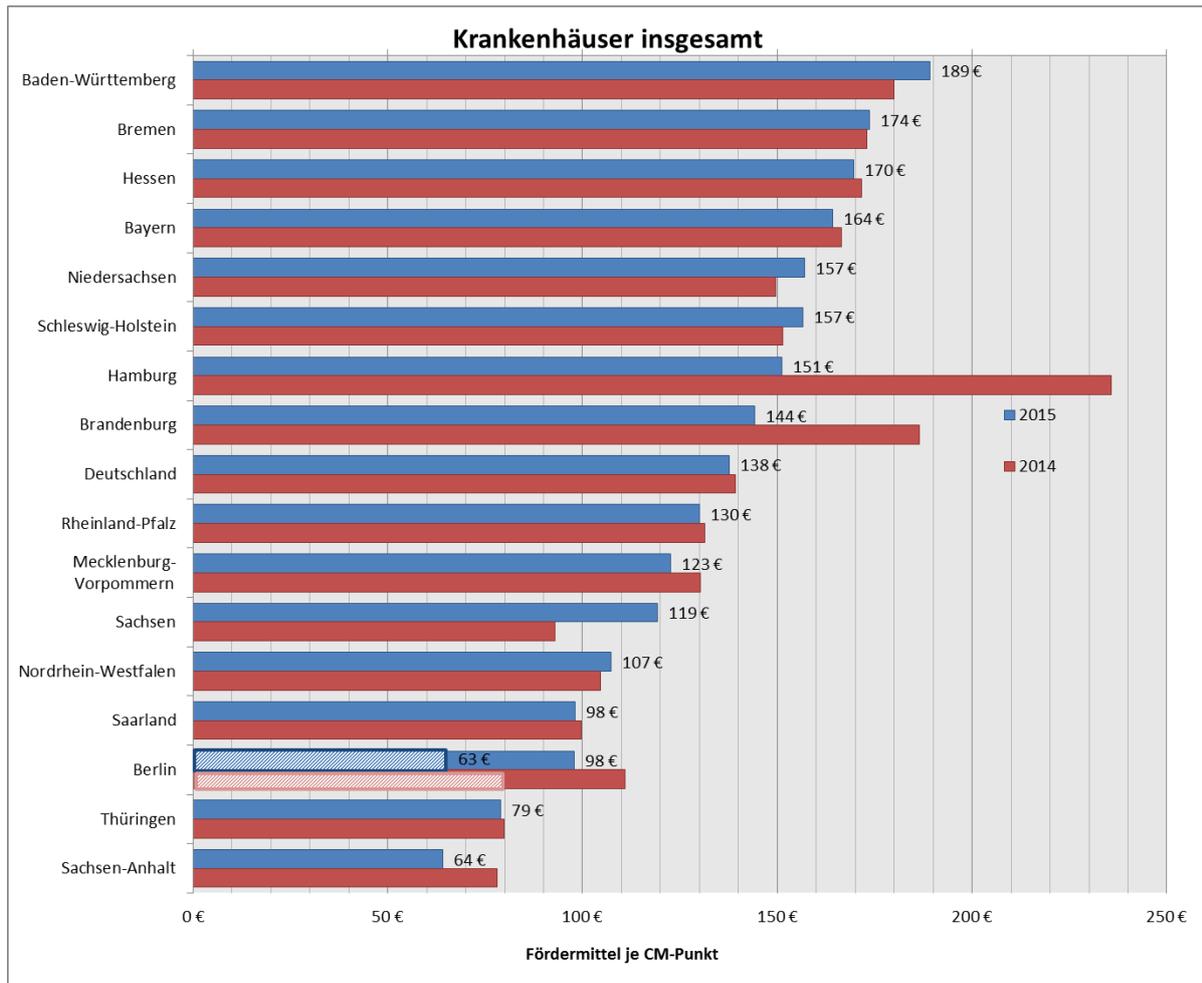


³¹ Fallzahl der Krankenhäuser insgesamt einschließlich Stundenfälle.

³² Fallzahl der Allg. Krankenhäuser: Plankrankenhäuser & Sonstige Krankenhäuser einschließlich Stundenfälle.

³³ Unter Ausklammerung des Schuldendienstes, ergibt sich für Berlin ein verringerter Fördermittelbetrag je Fall.



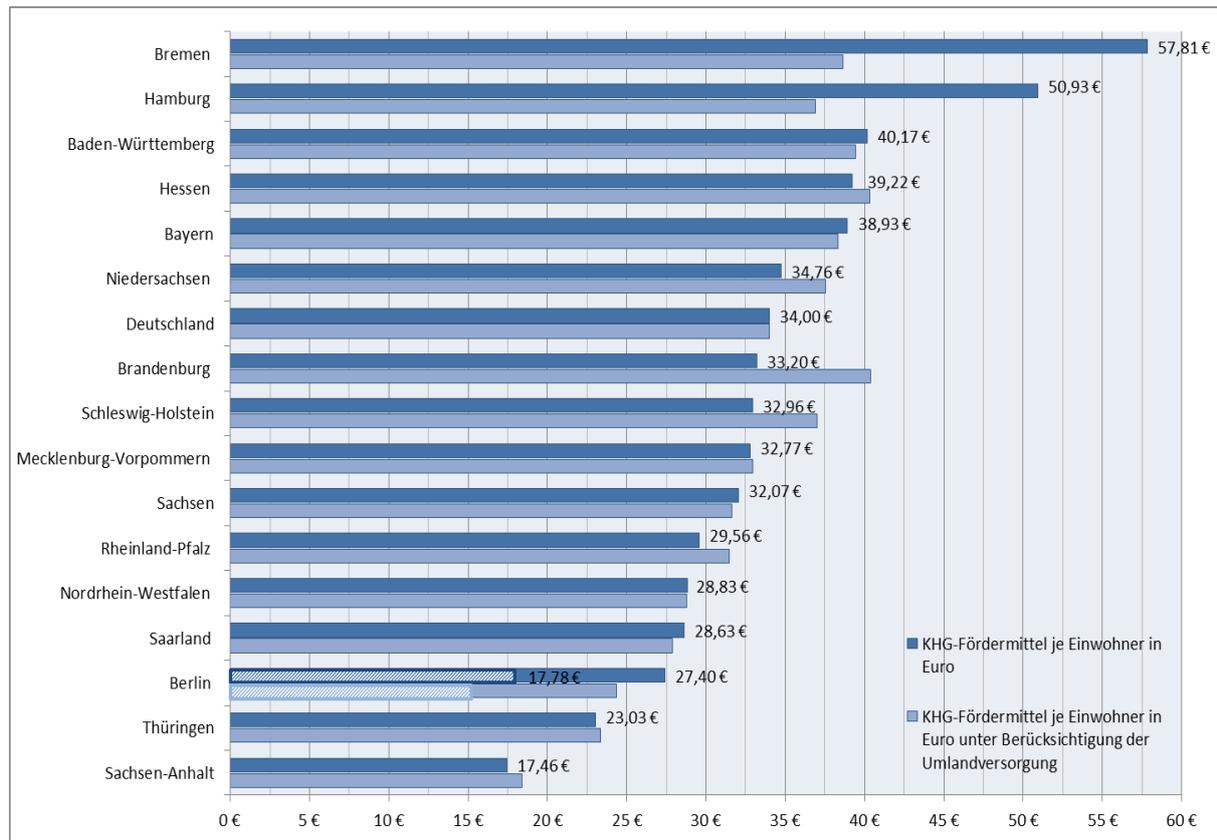


In den Haushaltsansätzen der neuen Bundesländer (einschließlich Berlin) sind im Jahr 2014 jeweils die Investitionszuschläge gemäß Art. 14 GSG enthalten.

Quellen: Umfrage der Arbeitsgruppe für Krankenhauswesen der AOLG, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Je Einwohner wurden im Bundesdurchschnitt 34,00 Euro KHG-Fördermittel zur Verfügung gestellt. Auch bei Zugrundelegung dieser Bezugsgröße zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern. Dies gilt ebenfalls, wenn die Versorgung von Patienten aus dem bzw. durch das Umland berücksichtigt wird, auch wenn hierdurch die Streuung zwischen den Bundesländern zurückgeht (vgl. Abbildung 4.10).

Abbildung 4.10: KHG-Mittel 2015 je Einwohner in Euro³⁴ zum Stichtag 31.12.2015 mit und ohne Berücksichtigung der Umlandversorgung³⁵



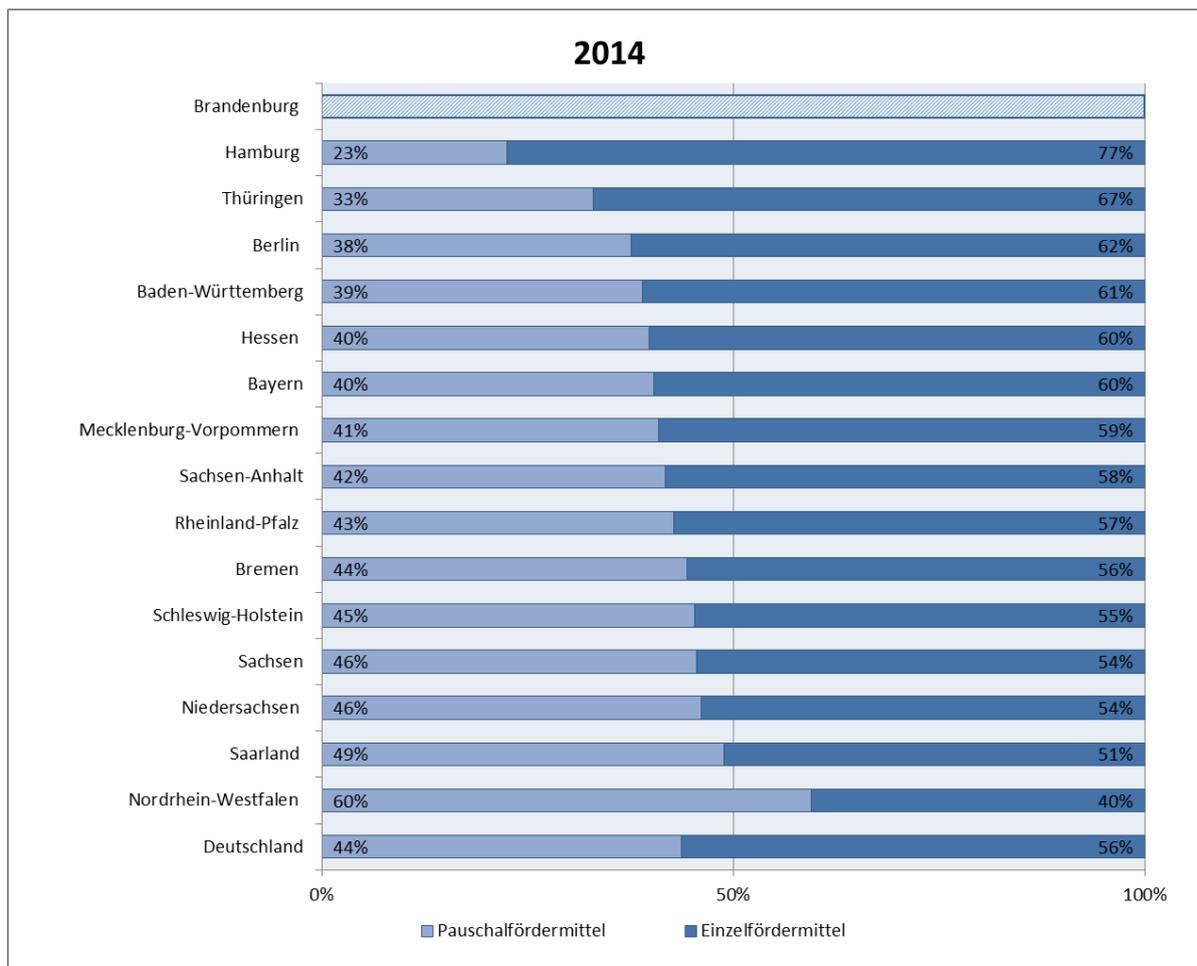
Quellen: Umfrage der Arbeitsgruppe für Krankenhauswesen der AOLG, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

³⁴ Unter Ausklammerung des Schuldendienstes, ergibt sich für Berlin ein verringerter Fördermittelbetrag je Einwohner.

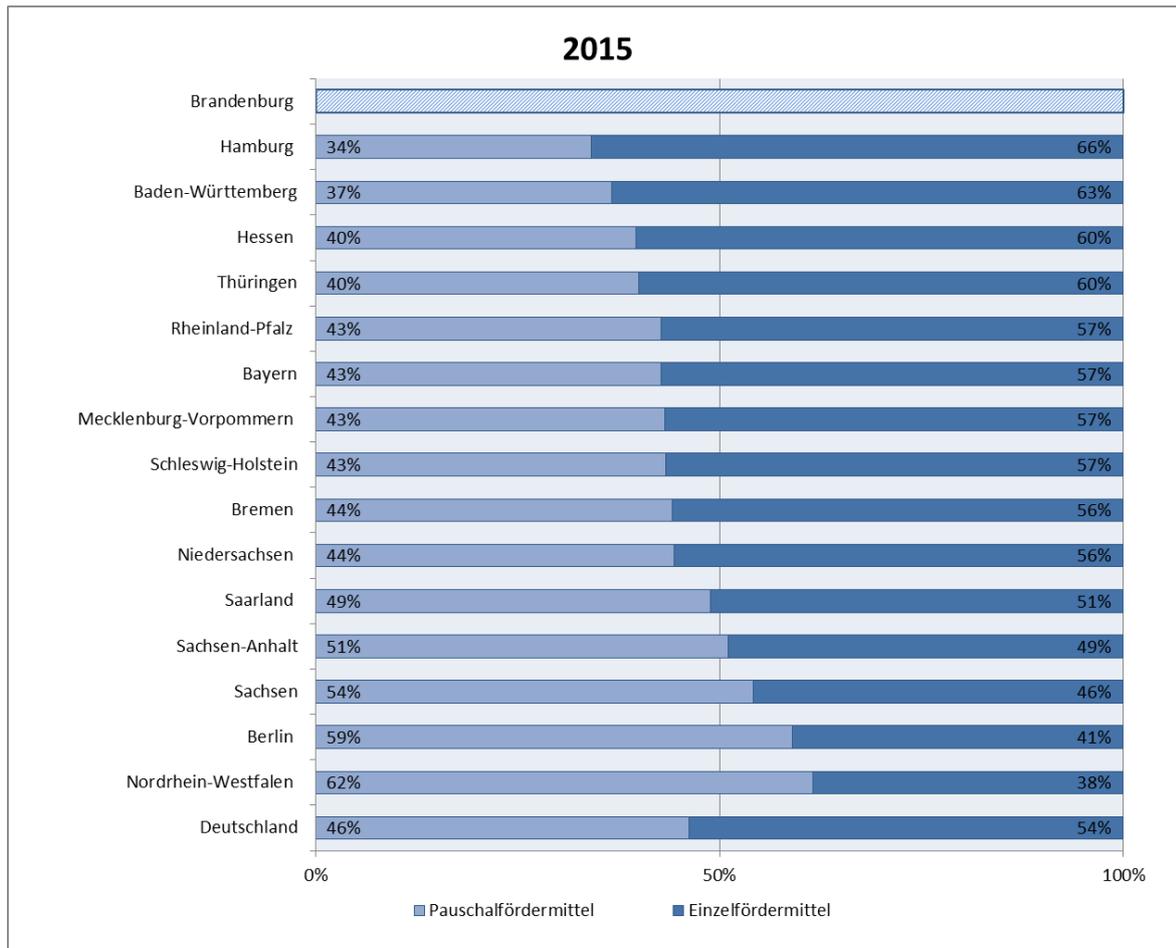
³⁵ Zur Berücksichtigung der Umlandversorgung wurde der Saldo aus zu- bzw. abgewanderten Fällen durch die Anzahl der Fälle mit Wohnsitz in dem jeweiligen Bundesland als auch Behandlung in einem Krankenhaus mit Sitz in diesem Bundesland geteilt, die Einwohnerzahl um diesen Quotienten (plus 1) adjustiert und entsprechend die Summe der Fördermittel durch die adjustierte Einwohnerzahl dividiert (Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 12, Reihe 6.2.1). So führt bspw. die rechnerische Berücksichtigung der Mitversorgung von Patienten aus dem Umland durch den Stadtstaat Hamburg zu einer kleineren Relation von Fördermitteln zu Einwohnern.

Deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern lassen sich nicht nur für die Höhe der KHG-Fördermittel, sondern auch für deren Verteilung auf die Pauschal- und Einzelförderung in den Jahren 2014 und 2015 ausmachen. Im Bundesdurchschnitt belief sich der Anteil der Pauschalförderung nach § 9 Abs. 3 KHG am Gesamtvolumen der Investitionsförderung in den Jahren 2014 und 2015 auf 44% bzw. 46% (vgl. Abbildung 4.11).

Abbildung 4.11: Verteilung der KHG-Fördermittel auf Pauschal- und Einzelförderung in den Jahren 2014 und 2015³⁶



³⁶ In Brandenburg seit 2013 Zusammenführung der Pauschal- und Einzelfördermittel in Form einer einheitlichen Investitionspauschale. Angaben für Deutschland ohne Brandenburg. In Berlin (01.07.2015) und Hessen (2016) Umstellung auf insgesamt pauschalierendes Förderverfahren (Investitionspauschalen) auf Grundlage der Investitionsbewertungsrelationen nach § 10 Abs. 2 KHG. In Nordrhein-Westfalen (Baupauschale, 2008), im Saarland (2010) sowie in Bremen (2011) Einzelförderung pauschaliert unter weitgehender Aufrechterhaltung der Zweckbestimmung für Einzelförderungstatbestände.



In den Haushaltsansätzen der neuen Bundesländer (einschließlich Berlin) sind im Jahr 2014 jeweils die Investitionszuschläge gemäß Art. 14 GSG enthalten.

Quellen: Umfrage der Arbeitsgruppe für Krankenhauswesen der AOLG, eigene Berechnungen.

4.4 Verordnungen der Bundesländer zur Pauschalförderung nach § 9 Abs. 3 KHG bzw. zur Investitionspauschale

Baden-Württemberg									
Verordnung vom 29. Juni 1998, Änderung vom 19. Juni 2012									
Gegenstand der Pauschalförderung	Höhe der Pauschalförderung/ Jahr								
<p>Jahrespauschalen für:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ die Wiederbeschaffung sowie die nicht zur Instandhaltung gehörende Erhaltung, Wiederherstellung und Verbesserung von Einrichtungs- und Ausstattungsgegenständen, ausgenommen Verbrauchsgüter und Gebrauchsgüter (kurzfristige Anlagegüter), ▪ sonstige nach § 12 Abs. 1 LKHG förderungsfähige Investitionen, wenn die Kosten für das einzelne Vorhaben den in der Rechtsverordnung nach § 16 Abs. 1 Nr. 2 LKHG festgelegten Betrag (Kostengrenze) nicht übersteigen. <p>Kostengrenzen für Krankenhäuser mit:</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">bis zu 250 Planbetten</td> <td style="text-align: right;">60.000 €</td> </tr> <tr> <td>bis zu 350 Planbetten</td> <td style="text-align: right;">95.000 €</td> </tr> <tr> <td>bis zu 650 Planbetten</td> <td style="text-align: right;">120.000 €</td> </tr> <tr> <td>über 650 Planbetten</td> <td style="text-align: right;">155.000 €</td> </tr> </table>	bis zu 250 Planbetten	60.000 €	bis zu 350 Planbetten	95.000 €	bis zu 650 Planbetten	120.000 €	über 650 Planbetten	155.000 €	<p>1. Grundpauschale</p> <p>Die Grundpauschale beträgt für jedes Krankenhaus 95% der Grundpauschale des Jahres 2004 und wird um die für 2004 gewährte Großgerätepauschale erhöht.</p> <p>Die Grundpauschale wird einmalig ermittelt und unverändert jährlich weitergewährt, es sei denn das Krankenhaus</p> <ul style="list-style-type: none"> - reduziert die Planbetten um mehr als 20%, - scheidet mit einer ganzen bettenführenden Fachabteilung aus dem Krankenhausplan des Landes aus oder wird mit einer ganzen bettenführenden Fachabteilung in den Krankenhausplan aufgenommen, - wird mit einer um mindestens 20% höheren Planbettenzahl in den Krankenhausplan des Landes aufgenommen. <p>Bemessungsgrundlage für die Planbettenzahlabweichung ist die der Pauschalförderung 2005 zugrunde liegende Planbettenzahl beziehungsweise die nach einer erfolgten Anpassung der Grundpauschale zugrunde liegenden Planbettenzahl.</p> <p>2. Fallmengenpauschale</p> <p>Die Fallmengenpauschale errechnet sich durch Multiplikation der Fallzahl mit den Fallwerten</p> <p>Fallzahlen werden nach Fachgebieten aufgeschlüsselt der amtlichen Krankenhausstatistik entnommen; maßgeblich sind die gemeldeten Daten des Vorjahres. Die Fallzahlen werden nach den für die amtliche Krankenhausstatistik maßgeblichen Berechnungsformeln ermittelt. Die Werte werden ab 0,5 aufgerundet.</p> <p>Die Ermittlung der Fallwerte geschieht auf folgende Weise:</p> <p>Die Fachabteilungen werden drei Gruppen zugeordnet, deren Fälle wie folgt gewichtet werden:</p> <p><u>Gruppe 1:</u> Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie, Psychiatrie und Psychotherapie sowie Psychosomatische Medizin und Psychotherapie mit Faktor 0,6.</p> <p><u>Gruppe 2:</u> Innere Medizin, Kinder – und Jugendmedizin und Neurologie mit Faktor 1,0.</p> <p><u>Gruppe 3:</u> Augenheilkunde, Chirurgie, Frauenheilkunde und Geburtshilfe, Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde, Haut- und Geschlechtskrankheiten, Herz-</p>
bis zu 250 Planbetten	60.000 €								
bis zu 350 Planbetten	95.000 €								
bis zu 650 Planbetten	120.000 €								
über 650 Planbetten	155.000 €								

	<p>chirurgie, Kinderchirurgie, Mund-Kiefer-Gesichts-Chirurgie, Neurochirurgie, Nuklearmedizin (Therapie), Orthopädie und Unfallchirurgie, Plastische und Ästhetische Chirurgie, Strahlentherapie, Urologie und sonstige Fachabteilungen im Sinne der Krankenhausstatistikverordnung mit Faktor 1,4.</p> <p>Ausgangswert für die Ermittlung der Fallwerte ist ein Betrag in Höhe von 29,5 Millionen Euro dividiert durch die Gesamtsumme der gewichteten Fallzahlen aller pauschal geförderten Krankenhäuser. Daraus ergibt sich der durchschnittliche Fallwert. Entsprechend der Gewichtung werden die für die Gruppen maßgeblichen Fallwerte errechnet. Die Fallwerte werden auf durch 10 teilbare Centbeträge abgerundet.</p> <p>3. Ausbildungsplätze und teilstationäre Plätze</p> <ul style="list-style-type: none"> - für jeden ausgewiesenen Ausbildungsplatz 75 € - Plätze in teilstationären Einrichtungen 770 €
--	---

Bayern	
Verordnung zur Durchführung des Bayerischen Krankenhausgesetzes vom 14. Dezember 2007, Änderung vom 26. September 2013	
Gegenstand der Pauschalförderung	Höhe der Pauschalförderung/ Jahr
<p>Jahrespauschalen für:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ die Wiederbeschaffung einschließlich der Ergänzungsbeschaffung von kurzfristigen Anlagegütern, ▪ sonstige nach Art. 11 Abs. 1 Satz 1 BayKrG förderfähige Investitionen, wenn die Kosten einschließlich Umsatzsteuer für das einzelne Vorhaben ein Fünftel der Jahrespauschale des einzelnen Krankenhauses nicht übersteigen. 	<p>Die jährlich festzusetzende Pauschalförderleistung errechnet sich aus einem leistungsbezogenen und einem aufgabenbezogenen Teilbetrag. Die Fördermittel werden im Verhältnis 60:40 verteilt.</p> <p>Leistungsbezogener Teilbetrag: Zur Bestimmung des leistungsbezogenen Teilbetrags der Jahrespauschale sind die nach durchschnittlicher Fallschwere gewichteten Fallzahlen des Krankenhauses maßgeblich. Der Teilbetrag ergibt sich aus der Summe:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der Zahl der nach dem Krankenhausentgeltgesetz (KHEntgG) vereinbarten Fälle, multipliziert mit dem Verhältnis der durchschnittlichen Fallerlöse des Krankenhauses, die sich aus der Summe von Erlösbudget und Erlössumme nach §§ 4 und 6 Abs. 3 KHEntgG dividiert durch die Fallmenge ergeben, zum durchschnittlichen Fallerlös aller nach dem Krankenhausentgeltgesetz vereinbarten Fälle der nach Art. 12 BayKrG geförderten Krankenhäuser und dem jährlich festzusetzenden fallanteiligen Förderbetrag, und 2. der Zahl der nach der Bundespflegesatzverordnung (BPfIV) vereinbarten Fälle, multipliziert mit dem Verhältnis der durchschnittlichen Fallerlöse des Krankenhauses, die sich aus der Summe von Erlösbudget und Erlössumme nach § 7 Satz 1 Nrn. 1, 2 und 4 BPfIV dividiert durch die Fallmenge ergeben, zum durchschnittlichen Fallerlös aller nach der Bundespflegesatzverordnung vereinbarten Fälle der nach Art. 12 BayKrG ge-

	<p>förderten Krankenhäuser, einem Gewichtungsfaktor von 0,7 und dem jährlich festzusetzenden fallanteiligen Förderbetrag.</p> <p>Aufgabenbezogener Teilbetrag: Der aufgabenbezogene Teilbetrag der Jahrespauschale ergibt sich aus den für die medizinische Aufgabenstellung nach dem Krankenhausplan jeweils zu Jahresbeginn ausgewiesenen Kapazitäten an voll- und teilstationären Behandlungsplätzen des Krankenhauses, die nach dem gruppenspezifischen Investitionsbedarf zu gewichten und mit dem jährlich festzusetzenden anteiligen Förderbetrag zu multiplizieren sind. Die Gewichtungsfaktoren betragen:</p> <table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td>1. für vorgehaltene somatische Kapazitäten in Schwerpunktkrankenhäusern nach Art. 4 Abs. 2 Sätze 3 und 4 BayKrG</td> <td style="text-align: center;">1,5</td> </tr> <tr> <td>2. für vorgehaltene somatische Kapazitäten in allen anderen Krankenhäusern</td> <td style="text-align: center;">0,8</td> </tr> <tr> <td>3. für vorgehaltene Kapazitäten der Fachrichtungen PSY, KJP und PSO</td> <td style="text-align: center;">1,5</td> </tr> </table> <p>Für die im kooperativen Belegarztwesen vorgehaltenen Behandlungskapazitäten erhöht sich der Gewichtungsfaktor um 0,2.</p>	1. für vorgehaltene somatische Kapazitäten in Schwerpunktkrankenhäusern nach Art. 4 Abs. 2 Sätze 3 und 4 BayKrG	1,5	2. für vorgehaltene somatische Kapazitäten in allen anderen Krankenhäusern	0,8	3. für vorgehaltene Kapazitäten der Fachrichtungen PSY, KJP und PSO	1,5
1. für vorgehaltene somatische Kapazitäten in Schwerpunktkrankenhäusern nach Art. 4 Abs. 2 Sätze 3 und 4 BayKrG	1,5						
2. für vorgehaltene somatische Kapazitäten in allen anderen Krankenhäusern	0,8						
3. für vorgehaltene Kapazitäten der Fachrichtungen PSY, KJP und PSO	1,5						

Berlin	
Krankenhausförderungs-Verordnung (KhföVO) vom 20. Oktober 2015	
Gegenstand der Investitionspauschale	Höhe der Förderung/ Jahr
<p>Gemäß § 10 Landeskrankenhausgesetz (LKG):(1) Die für das Gesundheitswesen zuständige Senatsverwaltung fördert</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Investitionskosten im Sinne des § 2 Nummer 2 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes 2. Und den Investitionskosten gleichstehende Kosten im Sinne des § 2 Nummer 3 Buchstabe a bis d des Krankenhausfinanzierungsgesetzes <p>durch feste jährliche Pauschalbeträge, mit denen das Krankenhaus im Rahmen der Zweckbindung der Fördermittel frei wirtschaften kann.</p> <p>(2) Die Krankenhausträger müssen jeweils bis zum 1. Oktober eines Jahres bei der für das Gesundheitswesen zuständigen Senatsverwaltung jede Neubau-, Umbau- und Erweiterungsbaumaßnahme, für die Investitionskosten nach Absatz 1 Nummer 1 entstehen, anzeigen und hierbei die Bezeichnung der Maßnahme, ihre Kurzbeschreibung, ihren Baubeginn, ihre geplante Inbetriebnahme, das Gesamtfinanzierungsvolumen und den Anteil der Pauschalbeträge ange-</p>	<p>(1) Grundlage für die Bemessung der jährlichen Pauschalbeträge sind</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die im Rahmen des Versorgungsauftrages im Vorjahr erbrachten Leistungen des jeweiligen Krankenhauses, 2. der im Vorjahr vom Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK) für Zwecke nach § 10 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes entwickelte und veröffentlichte Katalog für die Investitionsbewertungsrelationen sowie 3. der landesbezogene Investitionsfallwert (Landesinvestitionsfallwert). <p>Erbrachte Leistungen im Sinne des Satzes 1 Nummer 1 sind alle entlassenen vollstationären und teilstationären Krankenhausesfälle, die nach § 21 Absatz 3 Satz 1 Nummer 3 des Krankenhausentgeltgesetzes von der DRG-Datenstelle an die für das Gesundheitswesen zuständige Senatsverwaltung übermittelt werden. Der Landesinvestitionsfallwert wird jährlich ermittelt. Dazu werden die in dem jeweiligen Jahr für die Investitionskostenförderung nach § 10 des Landeskrankenhausgesetzes zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel dividiert durch die Summe der Investitionsbewertungsrelationen für die Leistungen, die im Vor-</p>

<p>ben. Darüber hinaus müssen die Krankenhausträger für jede geplante Neubau-, Umbau- und Erweiterungsbaumaßnahme mit Investitionskosten nach Absatz 1 Nummer 1 von jeweils über fünf Millionen Euro, die zu über 50 Prozent mit Pauschalbeträgen finanziert werden soll, bei der für das Gesundheitswesen zuständigen Senatsverwaltung ein Bedarfsprogramm einreichen. Die Pauschalbeträge dürfen erst verwendet werden, wenn die für das Gesundheitswesen zuständige Senatsverwaltung die Inhalte des Bedarfsprogramms auf ihre grundsätzliche Förderfähigkeit geprüft hat.</p>	<p>jahr alle nach § 10 des Landeskrankenhausgesetzes geförderten Krankenhäuser im Rahmen ihres jeweiligen Versorgungsauftrages erbracht haben.</p> <p>(2) Solange der Katalog des Instituts für das Entgeltssystem im Krankenhaus nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 für einzelne Leistungen Investitionsbewertungsrelationen noch nicht enthält, gelten für diese Leistungen folgende fiktive Investitionsbewertungsrelationen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. in psychiatrischen und psychosomatischen Einrichtungen, die das pauschalierende Entgeltssystem nach § 17d des Krankenhausfinanzierungsgesetzes noch nicht anwenden <ol style="list-style-type: none"> a) für vollstationäre Fälle 1,8; b) für teilstationäre Fälle 0,9; 2. in psychiatrischen und psychosomatischen Einrichtungen, die das pauschalierende Entgeltssystem nach § 17d des Krankenhausfinanzierungsgesetzes anwenden <ol style="list-style-type: none"> a) für vollstationäre Fälle 2,1; b) für teilstationäre Fälle 1,0. 3. für teilstationäre somatische Fälle 0,5. <p>(3) Solange der Katalog des Instituts für das Entgeltssystem im Krankenhaus nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 für spezielle Zusatzentgelte Investitionsbewertungsrelationen noch nicht enthält, legt die für das Gesundheitswesen zuständige Senatsverwaltung für diese Zusatzentgelte fiktive Investitionsbewertungsrelationen fest. Die fiktiven Investitionsbewertungsrelationen werden jährlich festgelegt, indem die Aufwendungen für Abschreibungen pro Zusatzentgelt durch die vom Institut für das Entgeltssystem im Krankenhaus kalkulierten mittleren Investitionskosten dividiert werden. Die Krankenhausträger haben ihren Investitionsaufwand für die im Vorjahr erbrachten Leistungen bis zum 31. August des laufenden Jahres gegenüber der für das Gesundheitswesen zuständigen Senatsverwaltung nachzuweisen und mit einem Wirtschaftsprüferstatat zu bestätigen.</p> <p><u>Ausbildungsstätten:</u> Die Investitionsförderung von Ausbildungsstätten beträgt für jeden zum 1. November des Vorjahres tatsächlich betriebenen Ausbildungsplatz 250 Euro.</p> <p><u>Zuschlag nach § 12 des Landeskrankenhausgesetzes:</u> Der Antrag auf einen Zuschlag nach § 12 des Landeskrankenhausgesetzes hat den Inhalt der Baumaßnahme und die prognostizierten Kosten zu beschreiben sowie zu begründen, weshalb der Zuschlag zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Krankenhauses und zur Sicherstellung der bedarfsgerechten stationären Versorgung oder zur Gefahrenabwehr</p>
---	--

	erforderlich ist. In dem Antrag ist außerdem nachzuweisen, dass eine Finanzierung der Investitionskosten mit den nach § 10 und § 11 des Landeskrankenhausgesetzes bewilligten Fördermitteln nicht möglich ist.
--	--

Brandenburg	
Verordnung vom 10. April 2013, zuletzt geändert am 20. September 2016	
Gegenstand der Investitionspauschale	Höhe der Förderung/ Jahr
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zum 1. Januar 2013 erfolgte die Umstellung der bisherigen Pauschal- und Einzelförderung auf eine Investitionspauschale. Die Investitionspauschale wird auf Antrag gewährt und kann für alle Fördertatbestände des § 9 KHG mit Ausnahme des § 9 Abs. 2 Nr. 5 KHG (Erleichterung der Schließung von Krankenhäusern) verwendet werden. 	<p>In die Berechnung der zugunsten eines Krankenhauses festzusetzenden Investitionspauschale sind förderhistorische Gesichtspunkte im Umfang von 20% (§ 16 Abs. 2 Nr. 1 Brandenburgisches Krankenhausentwicklungsgesetz) und Leistungsparameter im Umfang von 80% der insgesamt zur Verfügung stehenden Finanzmittel einzubeziehen (§ 16 Abs. 2 Nr. 2 BbgKHEG).</p> <p>Die Berechnungsgrundlagen des Anteils der Investitionspauschale nach § 16 Abs. 2 Nr. 1 BbgKHEG sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zeitpunkt und Höhe der im Zeitraum 1. Januar 1991 bis 31. Dezember 2012 im Wege der Krankenhauseinzelförderung bewilligten Finanzmittel • Die Versorgungsstufe des Krankenhauses am 1. Januar 2013 • Die Anzahl der nach dem Feststellungsbescheid bedarfsnotwendigen vollstationären Betten und tagesklinischen Behandlungsplätze am 1. Januar 2013 <p>Die Berechnungsgrundlagen des Anteils der Investitionspauschale nach § 16 Abs. 2 Nr. 2 BbgKHEG sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • für Krankenhäuser oder Teile von Krankenhäusern im Geltungsbereich des Krankenhausentgeltgesetzes <ul style="list-style-type: none"> ○ die Fallpauschalen nach § 7 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Krankenhausentgeltgesetzes vom 23. April 2002 (BGBl. I S. 1412, 1422) in der jeweils geltenden Fassung, ○ die Zusatzentgelte nach § 7 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Krankenhausentgeltgesetzes in der jeweils geltenden Fassung, ○ die Entgelte nach § 6 Absatz 1 des Krankenhausentgeltgesetzes in der jeweils geltenden Fassung, ○ die Vergütung neuer Untersuchungs- und Behandlungsmethoden nach § 6 Absatz 2 des Krankenhausentgeltgesetzes in der jeweils geltenden Fassung, ○ die Entgelte nach § 6 Absatz 2a des Krankenhausentgeltgesetzes in der jeweils geltenden Fassung;

- für Krankenhäuser oder Teile von Krankenhäusern im Geltungsbereich der Bundespflegesatzverordnung, die das Vergütungssystem nach § 17d des Krankenhausfinanzierungsgesetzes nicht anwenden, nach Maßgabe des § 18 Absatz 1 der Bundespflegesatzverordnung in der jeweils geltenden Fassung die Erlöse aus Pflegesätzen nach § 13 Absatz 1 Nummer 1 der Bundespflegesatzverordnung vom 26. September 1994 (BGBl. I S. 2750) in der bis zum 31. Dezember 2012 geltenden Fassung;
- für Krankenhäuser oder Teile von Krankenhäusern im Geltungsbereich der Bundespflegesatzverordnung, die das Vergütungssystem nach § 17d des Krankenhausfinanzierungsgesetzes anwenden,
 - die Entgelte nach § 7 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 der Bundespflegesatzverordnung in der jeweils geltenden Fassung,
 - die Zusatzentgelte nach § 7 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 der Bundespflegesatzverordnung in der jeweils geltenden Fassung,
 - die Entgelte nach § 6 Absatz 1 der Bundespflegesatzverordnung in der jeweils geltenden Fassung,
 - die Vergütung neuer Untersuchungs- und Behandlungsmethoden nach § 6 Absatz 2 der Bundespflegesatzverordnung in der jeweils geltenden Fassung
- die Erlöse der vor- und nachstationären Behandlungen nach § 115a des Fünften Buches Sozialgesetzbuch vom 20. Dezember 1988 (BGBl. I S. 2477, 2482) in der jeweils geltenden Fassung;
- die Entgelte für die Behandlung von Blutern mit Blutgerinnungsfaktoren nach Maßgabe der jeweils geltenden Fallpauschalenvereinbarung;
- die Entgelte für die medizinisch notwendige Aufnahme von Begleitpersonen;
- die Entgelte für die stationären Leistungen der integrierten Versorgung nach den §§ 140a bis 140d des Fünften Buches Sozialgesetzbuch in der jeweils geltenden Fassung;
- die Entgelte für die stationären Leistungen aus Modellvorhaben nach § 64b des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) in der jeweils geltenden Fassung.

Maßgeblich für die Bemessung des Anteils der Investitionspauschale nach § 16 Abs. 2 Nr. 2 BbgKHEG sind die entsprechenden Erlöse des Krankenhauses.

	<p>Die Mindestförderung bei Krankenhäusern der Grundversorgung beträgt 250.000 Euro.</p> <p>Träger, die nach dem KHG eine geförderte Schule für Gesundheitsberufe betreiben, erhalten eine jährliche Investitionspauschale von 200 Euro je besetzten pflegesatzfinanzierten Ausbildungsplatz.</p>
--	---

Bremen																							
Verordnung vom 15. Juli 2003																							
Gegenstand der Pauschalförderung	Höhe der Pauschalförderung/ Jahr																						
<p>1. Durch feste jährliche Beträge werden gefördert:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ die Wiederbeschaffung von Anlagegütern mit einer durchschnittlichen Nutzungsdauer von mehr als 3 bis zu 15 Jahren (kurzfristige Anlagegüter), ▪ die nicht zur Instandhaltung gehörende Erhaltung, Wiederherstellung und Verbesserung von Einrichtungs- und Ausstattungsgegenständen mit einer durchschnittlichen Nutzungsdauer, ▪ sonstige nach § 10 BremKHG förderfähige Investitionen, wenn die veranschlagten Kosten für das einzelne Vorhaben den in der Rechtsverordnung nach § 9 BremKHG festgelegten Betrag (Wertgrenze) nicht übersteigen. Die Wertgrenze kann für Gruppen von Krankenhäusern unterschiedlich hoch festgelegt werden. Im Ausnahmefall kann auf Antrag ein anderer Betrag festgesetzt werden, soweit dies zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Krankenhauses im Rahmen seiner Aufgabenstellung nach dem Krankenhausplan notwendig oder ausreichend ist. <p>2. Die Pauschalbeträge nach Absatz 1 dürfen nur zur Erfüllung der im Krankenhausplan bestimmten Aufgaben des Krankenhauses verwendet werden.</p> <p>3. Die Pauschalbeträge nach Absatz 1 unterteilen sich in eine</p> <ol style="list-style-type: none"> (1) Grundförderung nach den im Krankenhaus ausgewiesenen Planbetten und Behandlungsplätzen, (2) Leistungsförderung nach Versorgungsstufen und nach der Anzahl der Krankenhausaufnahmen, (3) Sonderförderung insbesondere für Intensivbetten, medizinisch-technische Großgeräte und mit den Beteiligten abgestimmte Leistungsschwerpunkte 	<p><u>Grundförderung</u> für jedes in den Krankenhausplan aufgenommene, nach § 6 KHG beschiedenen Planbett und jeden anerkannten teilstationären Behandlungsplatz als Grundbetrag des jährlichen Pauschalbetrages</p> <p style="text-align: right;">511,00 €</p> <p><u>Leistungsförderung</u> bei Krankenhäusern</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 70%;">bis zu 350 Krankenhausbetten (1. Versorgungsstufe)</td> <td style="text-align: right; vertical-align: top;">1.099,00 €</td> </tr> <tr> <td>über 350 Krankenhausbetten (2. Versorgungsstufe)</td> <td style="text-align: right; vertical-align: top;">1.355,00 €</td> </tr> <tr> <td>über 650 Krankenhausbetten (3. Versorgungsstufe)</td> <td style="text-align: right; vertical-align: top;">1.713,00 €</td> </tr> </table> <p>Planbetten und anerkannte teilstationäre Behandlungsplätze der Psychiatrie und Belegbetten werden der ersten Versorgungsstufe zugeordnet.</p> <p>Die Leistungspauschale bleibt unverändert, solange der durch die Anzahl der Krankenhausaufnahmen (Fallzahl) bestimmte Leistungsumfang im Vergleich zu den durchschnittlichen Fallzahlen der Jahre 1993 bis 1996 nicht zurückgeht. Andernfalls gestaffelte Minderung.</p> <p>Zusätzlich zur Leistungspauschale fallbezogener jährlicher Pauschalbetrag in Höhe von 13,00 €</p> <p>Sonderförderung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Zuschlag für jedes vorgehaltene Intensivbett in Höhe von 2.045,00 € ➤ Bei Erreichen der Auslastungszahlen werden die Jahrespauschalen für die medizinisch-technischen Großgeräte folgendermaßen in voller Höhe gewährt: <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 70%;">- CT</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding-left: 20px;">Volumen CT</td> <td style="text-align: right;">51.129,00 €</td> </tr> <tr> <td style="padding-left: 20px;">Konventioneller CT</td> <td style="text-align: right;">51.129,00 €</td> </tr> <tr> <td>- MR</td> <td style="text-align: right;">81.807,00 €</td> </tr> <tr> <td>- LHK</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding-left: 20px;">1-Ebene-Messplatz</td> <td style="text-align: right;">58.799,00 €</td> </tr> <tr> <td style="padding-left: 20px;">2-Ebene-Messplatz</td> <td style="text-align: right;">94.589,00 €</td> </tr> <tr> <td>- CT</td> <td></td> </tr> </table>	bis zu 350 Krankenhausbetten (1. Versorgungsstufe)	1.099,00 €	über 350 Krankenhausbetten (2. Versorgungsstufe)	1.355,00 €	über 650 Krankenhausbetten (3. Versorgungsstufe)	1.713,00 €	- CT		Volumen CT	51.129,00 €	Konventioneller CT	51.129,00 €	- MR	81.807,00 €	- LHK		1-Ebene-Messplatz	58.799,00 €	2-Ebene-Messplatz	94.589,00 €	- CT	
bis zu 350 Krankenhausbetten (1. Versorgungsstufe)	1.099,00 €																						
über 350 Krankenhausbetten (2. Versorgungsstufe)	1.355,00 €																						
über 650 Krankenhausbetten (3. Versorgungsstufe)	1.713,00 €																						
- CT																							
Volumen CT	51.129,00 €																						
Konventioneller CT	51.129,00 €																						
- MR	81.807,00 €																						
- LHK																							
1-Ebene-Messplatz	58.799,00 €																						
2-Ebene-Messplatz	94.589,00 €																						
- CT																							

Wertgrenze für Krankenhäuser (inkl. Mehrwertsteuer):		mit hoher Photonenenergie 91.010,00 € mit niedr. Photonenenergie 63.911,00 €
bis zu 350 Krankenhausbetten (1. Versorgungsstufe)	51.129,00 €	Auslastungszahlen (jeweils Behandlungsfälle pro Jahr):
über 350 Krankenhausbetten (2. Versorgungsstufe)	76.694,00 €	- CT Volumen CT 4.000 Konventioneller CT 3.400
über 650 Krankenhausbetten (3. Versorgungsstufe)	102.258,00 €	- MR 2.400 - LHK 1-Ebene-Messplatz 1.950 2-Ebene-Messplatz 1.950
		- CT mit hoher Photonenenergie 9.800 mit niedr. Photonenenergie 9.800
		Krankenhäuser, die nach dem KHG geförderte Ausbildungsstätten betreiben, erhalten zur Förderung der für diese Ausbildungsstätten notwendigen Investitionen einen Zuschlag zum Pauschalbetrag von 82,00 € jährlich für jeden vorgehaltenen und beschiedenen Ausbildungsplatz.

Hamburg

Verordnung vom 17. April 2007, Änderung vom 1. März 2016

Gegenstand der Pauschalförderung	Höhe der Pauschalförderung/ Jahr
<p>Jahrespauschalen für:</p> <ul style="list-style-type: none"> die Wiederbeschaffung und Ergänzung von Einrichtungs- und Ausstattungsgegenständen, sofern sie kurzfristige Anlagegüter sind (ausgenommen Verbrauchs- und Gebrauchsgüter), kleine Baumaßnahmen, wenn die Kosten für das einzelne Vorhaben den in der Rechtsverordnung festgelegten Betrag (Kostengrenze i. H. v. derzeit 100.000 €) nicht übersteigen, sonstige nach § 21 förderungsfähige Investitionen, wenn die Kosten für das einzelne Vorhaben den in der Rechtsverordnung festgelegten Betrag (Kostengrenze i. H. v. derzeit 100.000 €) nicht übersteigen. 	<p>Jahrespauschale für das Jahr 2016:</p> <ul style="list-style-type: none"> in Höhe von 51,50 € je effektiver Bewertungsrelation für Fälle, die nach DRG-Fallpauschalen oder nach § 6 Abs. 1 KHEntgG nicht mit den DRG-Fallpauschalen vergütet werden, in Höhe von 62,00 € je Fall für stationäre und teilstationäre Fälle in den Fachdisziplinen Psychiatrie und Psychosomatik, in Höhe von 77 € je Ausbildungsplatz für die notwendigerweise mit dem Krankenhaus verbundenen Ausbildungsstätten, in Höhe von 6 € je ambulant versorgtem Notfall, in Höhe von 33 € je Quartalschein für Fälle der psychiatrischen Institutsambulanzen.

Hessen																																																	
Verordnung																																																	
zur Regelung von Angelegenheiten im Bereich des Krankenhauswesens vom 11. Dezember 2012, zweiter Teil, Krankenhauspauschalfördermittel																																																	
Gegenstand der Pauschalförderung	Höhe der Pauschalförderung/ Jahr																																																
<p>Jahrespauschalen für:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ die Wiederbeschaffung von Anlagegütern mit einer durchschnittlichen Nutzungsdauer von mehr als 3 bis zu 15 Jahren (kurzfristige Anlagegüter), ▪ die Wiederbeschaffung von Anlagegütern mit einer durchschnittlichen Nutzungsdauer von mehr als 15 Jahren (mittel- und langfristige Anlagegüter) und Errichtungsmaßnahmen, wenn die Anschaffungs- oder Herstellungskosten für das einzelne Vorhaben a) höchstens 200.000 Euro ohne Umsatzsteuer betragen oder b) die Jahrespauschale nicht übersteigen; Kostengrenze nach § 26 Abs. 1 Nr. 2 des Hessischen Krankenhausgesetzes, ▪ den Ergänzungsbedarf an kurz- oder mittelfristigen Anlagegütern, soweit dieser über die übliche Anpassung an die medizinische und technische Entwicklung nicht wesentlich hinausgeht. 	<p>Die Ermittlung der Jahrespauschale erfolgt für die einzelnen Krankenhäuser auf der Grundlage der im Vorjahr voll- oder teilstationär behandelten Fälle.</p> <p>Die Fälle werden dazu nach der fachgebietsspezifischen Verweildauer (Verweildauergewicht), der Fachgebietszugehörigkeit (Fachgebietsgewicht) und der krankenhausspezifischen Versorgungsstruktur (Krankenhausgewicht) gewichtet.</p> <p>Die Faktoren für die Gewichtung der Fälle nach der fachgebietsspezifischen Verweildauer (Verweildauergewicht) und der Fachgebietszugehörigkeit (Fachgebietsgewicht) betragen (Anlage zu § 3 Abs. 3 Satz 1):</p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="text-align: left;"></th> <th style="text-align: center;"><u>Verweildauer-gewicht</u></th> <th style="text-align: center;"><u>Fachgebiets-gewicht</u></th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Augenheilkunde:</td> <td style="text-align: center;">0,7</td> <td style="text-align: center;">1,5</td> </tr> <tr> <td>Chirurgie:</td> <td style="text-align: center;">1,0</td> <td style="text-align: center;">1,5</td> </tr> <tr> <td>Herzchirurgie:</td> <td style="text-align: center;">1,0</td> <td style="text-align: center;">1,5</td> </tr> <tr> <td>Frauenheilkunde und Geburtshilfe:</td> <td style="text-align: center;">0,8</td> <td style="text-align: center;">1,5</td> </tr> <tr> <td>Hals-Nasen-Ohrenheilkunde:</td> <td style="text-align: center;">0,8</td> <td style="text-align: center;">1,5</td> </tr> <tr> <td>Haut- und Geschlechtskrankheiten:</td> <td style="text-align: center;">1,0</td> <td style="text-align: center;">1,0</td> </tr> <tr> <td>Innere Medizin:</td> <td style="text-align: center;">1,0</td> <td style="text-align: center;">1,0</td> </tr> <tr> <td>Klinische Geriatrie:</td> <td style="text-align: center;">1,9</td> <td style="text-align: center;">1,0</td> </tr> <tr> <td>Kinder- und Jugendmedizin:</td> <td style="text-align: center;">0,9</td> <td style="text-align: center;">1,0</td> </tr> <tr> <td>Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie:</td> <td style="text-align: center;">0,8</td> <td style="text-align: center;">1,5</td> </tr> <tr> <td>Neurochirurgie:</td> <td style="text-align: center;">1,0</td> <td style="text-align: center;">1,5</td> </tr> <tr> <td>Neurologie:</td> <td style="text-align: center;">1,0</td> <td style="text-align: center;">1,0</td> </tr> <tr> <td>Urologie:</td> <td style="text-align: center;">1,0</td> <td style="text-align: center;">1,5</td> </tr> <tr> <td>Nuklearmedizin:</td> <td style="text-align: center;">0,8</td> <td style="text-align: center;">1,5</td> </tr> <tr> <td>Strahlentherapie:</td> <td style="text-align: center;">0,9</td> <td style="text-align: center;">1,5</td> </tr> </tbody> </table>		<u>Verweildauer-gewicht</u>	<u>Fachgebiets-gewicht</u>	Augenheilkunde:	0,7	1,5	Chirurgie:	1,0	1,5	Herzchirurgie:	1,0	1,5	Frauenheilkunde und Geburtshilfe:	0,8	1,5	Hals-Nasen-Ohrenheilkunde:	0,8	1,5	Haut- und Geschlechtskrankheiten:	1,0	1,0	Innere Medizin:	1,0	1,0	Klinische Geriatrie:	1,9	1,0	Kinder- und Jugendmedizin:	0,9	1,0	Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie:	0,8	1,5	Neurochirurgie:	1,0	1,5	Neurologie:	1,0	1,0	Urologie:	1,0	1,5	Nuklearmedizin:	0,8	1,5	Strahlentherapie:	0,9	1,5
	<u>Verweildauer-gewicht</u>	<u>Fachgebiets-gewicht</u>																																															
Augenheilkunde:	0,7	1,5																																															
Chirurgie:	1,0	1,5																																															
Herzchirurgie:	1,0	1,5																																															
Frauenheilkunde und Geburtshilfe:	0,8	1,5																																															
Hals-Nasen-Ohrenheilkunde:	0,8	1,5																																															
Haut- und Geschlechtskrankheiten:	1,0	1,0																																															
Innere Medizin:	1,0	1,0																																															
Klinische Geriatrie:	1,9	1,0																																															
Kinder- und Jugendmedizin:	0,9	1,0																																															
Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie:	0,8	1,5																																															
Neurochirurgie:	1,0	1,5																																															
Neurologie:	1,0	1,0																																															
Urologie:	1,0	1,5																																															
Nuklearmedizin:	0,8	1,5																																															
Strahlentherapie:	0,9	1,5																																															

	Psychiatrie und Psychotherapie: 2,2 0,8 Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie: 4,7 0,8 Psychosomatische Medizin und Psychotherapie: 4,8 0,8 Zusatzkategorie A: 1,8 1,0 Zusatzkategorie B: 2,5 1,0						
	<p>Das Krankenhausgewicht ergibt sich aus der Fachabteilungsstruktur und beträgt bei Allgemeinkrankenhäusern, bei denen die Summe der Fachgebietsgewichte</p> <table> <tr> <td>höchstens den Wert 5,5 erreicht</td> <td>1,000,</td> </tr> <tr> <td>einen Wert von über 5,5 und höchstens 11 erreicht</td> <td>1,075,</td> </tr> <tr> <td>einen Wert von über 11 erreicht</td> <td>1,150.</td> </tr> </table> <p>Bei psychiatrischen und psychosomatischen Fachkrankenhäusern beträgt das Krankenhausgewicht 1,000 und bei allen übrigen Fachkrankenhäusern 1,150.</p> <p><u>Zur Berechnung der Jahrespauschale</u> werden die nach Fachgebiet unterschiedenen Fälle eines Krankenhauses mit dem jeweiligen Verweildauer- und Fachgebietsgewicht sowie mit dem Krankenhausgewicht des entsprechenden Krankenhauses multipliziert und jeweils auf eine Dezimale gerundet. Die gewichteten, nach Fachgebiet unterschiedenen Fälle werden je Krankenhaus addiert.</p> <p>Die für die Jahrespauschale zur Verfügung stehenden Mittel werden durch die Summe der gewichteten Fälle aller Krankenhäuser geteilt. Das Ergebnis stellt den einfachen Fallwert dar. Dieser wird jährlich im Staatsanzeiger für das Land Hessen veröffentlicht.</p> <p>Die gewichteten Fälle des jeweiligen Krankenhauses werden mit dem einfachen Fallwert multipliziert. Das Ergebnis gibt den pauschalen Förderbetrag für das einzelne Krankenhaus wieder.</p> <p>Der Zuschlag für geförderte Ausbildungsstätten beträgt für jeden als förderungsfähig zugrunde gelegten Ausbildungsplatz 64 € (§ 26 Abs. 2 HKHG).</p>	höchstens den Wert 5,5 erreicht	1,000,	einen Wert von über 5,5 und höchstens 11 erreicht	1,075,	einen Wert von über 11 erreicht	1,150.
höchstens den Wert 5,5 erreicht	1,000,						
einen Wert von über 5,5 und höchstens 11 erreicht	1,075,						
einen Wert von über 11 erreicht	1,150.						

Mecklenburg-Vorpommern	
Verordnung vom 9. Mai 2012 und Änderungen vom 14. Januar 2014 und 10. Dezember 2015	
Gegenstand der Pauschalförderung	Höhe der Pauschalförderung/ Jahr
<p>Gemäß § 15 LKHG M-V Jahrespauschalen für:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Wiederbeschaffung von Einrichtungs- und Ausstattungsgegenständen, ausgenommen Verbrauchs- und Gebrauchsgüter, mit einer durchschnittlichen Nutzungsdauer von bis zu 15 Jahren (kurzfristige Anlagegüter), 2. sonstige nach § 13 LKHG M-V förderungsfähige Investitionen, wenn die Kosten für das einzelne Vorhaben 100.000 € ohne Mehrwertsteuer nicht überschreiten. Das Krankenhaus darf die Kostengrenze von 100.000 € im Einzelfall mit Einwilligung des Sozialministeriums überschreiten; das Sozialministerium hat vor der Einwilligung das Einvernehmen mit den unmittelbar Beteiligten anzustreben. 	<p>Die Höhe der pauschalen Fördermittel ergibt sich nach § 1 Abs. 1 PKF-VO M-V aus dem Haushaltsansatz des Landes Mecklenburg-Vorpommern.</p> <p><u>Verteilung der Jahrespauschale</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Die zur Verfügung stehenden Mittel werden zunächst an die Universitätsklinik (3,687% des jeweiligen Haushaltsansatzes nach § 15 Abs. 4 des LKHG M-V vom 20.05.2011) und zur Ausbildungsförderung (55 Euro pro festgestellten Ausbildungsplatz in staatlich anerkannten Ausbildungsstätten) nach § 1 Abs. 3/4 PKF-VO M-V vergeben. - Die verbleibenden Mittel werden nach § 2 Abs. 1-4 PKF-VO M-V an die Plankrankenhäuser verteilt. Die Jahrespauschale wird auf die einzelnen Krankenhäuser nach den Anteilen verteilt, die sie an der Summe des Budgets haben. <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Basis für die Ermittlung der Pauschalfördermittel für die Krankenhäuser, die nach Krankenhausentgeltgesetz (KHEntgG) abrechneten, bildete das vereinbarte Erlösbudget nach § 4 Abs. 2 des KHEntgG, das unter der lfd. Nummer 5 im Formblatt B 2 der Anlage 1 zur Aufstellung der Entgelte und Budgetermittlung nach § 11 Abs. 4 des KHEntgG ausgewiesen ist. Dem waren der vereinbarte Gesamtbetrag nach § 5 Abs. 3 des KHEntgG für Zentren und Schwerpunkte nach § 2 Absatz 2 Nr. 4 des v. g. Gesetzes und die Erlössumme für die Vergütung der krankenhausesindividuell verhandelten Entgelte nach § 6 des KHEntgG entsprechend dem Formblatt E 3 der Anlage 1 zur Aufstellung der Entgelte und Budgetermittlung nach § 11 Abs. 4 KHEntgG hinzuzurechnen. 2. Für die in § 18 Absatz 1 Satz 1 der BPfIV genannten Krankenhäuser bzw. Fachabteilungen, die nach §17b der Bundespflegesatzverordnung (BPfIV) abrechnen, bildeten im Jahr 2014 die pflegesatzfähigen Kosten, die unter der laufenden Nummer 9 im Formblatt K 5 der Anlage 1 zur Leistungs- und Kalkulationsaufstellung nach § 17 Abs. 4 der BPfIV ausgewiesen sind, die Grundlage. 3. Bei Krankenhäuser bzw. Fachabteilungen die nach §11 BPfIV abrechnen, bildete der vereinbarte Gesamtbetrag für den Vereinbarungszeitraum, der unter der laufenden Nummer 8 im Formblatt B 1 der Anlage zur Aufstellung der Entgelte und Budgetermittlung (AEB-Psych) B 1 Gesamtbetrag und Basisfallentgeltwert nach § 3 der BPfIV für die Kalender-

	jahre 2013 bis 2018 ausgewiesen ist die Grundlage.
--	--

Niedersachsen	
Verordnung vom 15. November 2012, geändert am 17. September 2015	
Gegenstand der Pauschalförderung	Höhe der Pauschalförderung/ Jahr
<p>Jahrespauschalen für:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ die Wiederbeschaffung von Anlagegütern mit einer durchschnittlichen Nutzungsdauer von mehr als 3 bis zu 15 Jahren (kurzfristige Anlagegüter), ▪ für kleine bauliche Maßnahmen, wenn die voraus kalkulierten förderungsfähigen Anschaffungs- oder Herstellungskosten für das einzelne Vorhaben 150.000 € einschließlich Umsatzsteuer nicht übersteigen 	<p>Die Jahrespauschalen setzen sich aus einer Grundpauschale, einer Leistungspauschale und einem Zuschlag für Ausbildungsstätten zusammen.</p> <p><u>1. Grundpauschale nach der Zahl der Planbetten und der teilstationären Plätze</u></p> <p>Ein Krankenhaus erhält für jedes Planbett und jeden teilstationären Platz folgende Beträge:</p> <p>2.260 € bei weniger als 231 Planbetten und teilstationären Plätzen,</p> <p>2.385 € bei 231 bis zu 330 Planbetten und teilstationären Plätzen,</p> <p>2.500 € bei 331 bis zu 630 Planbetten und teilstationären Plätzen,</p> <p>2.950 € bei mehr als 630 Planbetten und teilstationären Plätzen</p> <p>Der Betrag erhöht sich für jedes Planbett:</p> <p>In der Fachrichtung Neurochirurgie um 800 €, in der Fachrichtung Herzchirurgie um 1.200 € und in der Fachrichtung Nuklearmedizin oder der Fachrichtung Strahlentherapie um 2.100 €.</p> <p><u>2. Leistungspauschale</u></p> <p>Die Leistungspauschale nach § 7 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 NKHG für die Krankenhäuser mit DRG-Vergütungssystem wird auf der Basis der nach § 11 Abs. 1 Satz 1 des Krankenhausentgeltgesetzes (KHEntgG) geregelten Summe der Bewertungsrelationen jährlich berechnet. Der Summe der Bewertungsrelationen wird die Summe der Entgelte nach § 7 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 2, 3, 5 und 6 KHEntgG, geteilt durch den Landesbasisfallwert (§ 10 Abs. 1 Satz 1 KHEntgG), hinzugerechnet. Der Förderbetrag errechnet sich durch Multiplikation dieses Wertes</p> <p>mit 7,- Euro bei einem Wert unter 5.000,</p> <p>mit 8,- Euro bei einem Wert von 5.000 bis unter 10.000,</p>

	<p>mit 9,- Euro bei einem Wert von 10.000 bis unter 15.000,</p> <p>mit 10,- Euro bei einem Wert von 15.000 bis unter 20.000,</p> <p>mit 11,- Euro bei einem Wert von 20.000 bis unter 25.000,</p> <p>mit 12,- Euro bei einem Wert von 25.000 und mehr.</p> <p>Die Leistungspauschale nach § 7 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 NKHG für die psychiatrischen und die psychosomatischen Einrichtungen im Sinne des § 17d Abs. 1 Satz 1 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (KHG) beträgt 5 Euro je voll- oder teilstationärem Fall.</p> <p><u>3. Zuschlag für Ausbildungsstätten</u></p> <p>Der Zuschlag beträgt 75 € für jeden im Vorjahr belegten Ausbildungsplatz. Nicht ganzjährig belegte Ausbildungsplätze werden anteilig mit den Monaten gezählt.</p>
--	---

Nordrhein-Westfalen

Verordnung über die pauschale Krankenhausförderung (PauschKHFVO) vom 18. März 2008, geändert durch ÄndVO v. 12. Mai 2009 (GV.NRW.S. 323)

Gegenstand der Pauschalförderung	Höhe der Pauschalförderung/ Jahr
<p>Jahrespauschalen für:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ die Errichtung von Krankenhäusern (Neubau, Umbau, Erweiterungsbau) einschließlich der Erstausrüstung mit den für den Krankenhausbetrieb notwendigen Anlagegütern sowie die Wiederbeschaffung von Anlagegütern mit einer durchschnittlichen Nutzungsdauer von mehr als 15 Jahren (Baupauschale), (§ 18 Abs. 1 Nr. 1 KHGG NRW) ▪ die Wiederbeschaffung von Anlagegütern mit einer durchschnittlichen Nutzungsdauer von mehr als 3 bis zu 15 Jahren (kurzfristige Anlagegüter). (§ 18 Abs. 1 Nr. 2 KHGG NRW) 	<p>Die Jahrespauschalen setzen sich zusammen aus:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Fallwertbeträgen für Abrechnungen von Fallpauschalen nach § 7 Satz 1 Nr. 1 und 3 KHEntgG. ▪ Tageswertbeträgen für Abrechnungen nach der BPfIV. ▪ Budgetbeträgen für Abrechnungen von Entgelten nach § 6 Abs. 2 a und § 7 Satz 1 Nr. 2, Nr. 5 und Nr. 6 KHEntgG. ▪ Ausbildungsbeträgen für im Genehmigungsbescheid nach § 6 PauschKHFVO ausgewiesene Ausbildungsplätze. <p>Die Berechnung der Fallwertbeträge erfolgt durch Multiplikation der effektiven Bewertungsrelationen (gemäß Anlage 1 (AEB) zu § 11 Abs. 4 KHEntgG, Formular E 1, Spalte 17, Zeile „Summe insgesamt“ i. V. m. § 7 Satz 1 Nr. 1 und 3 KHEntgG) mit einem Fallwert. Der Fallwert wird ermittelt, indem der jeweilige Haushaltsansatz für die Baupauschale gemäß § 18 Abs. 1 Nr. 1 KHGG NRW vermindert um die Summe aller Beträge für die Baupauschale nach §§ 3 bis 5 aller förderfähigen Krankenhäuser durch die Summe der Bemessungsgrundlagen aller förderfähigen Krankenhäuser geteilt wird. Bei der Berechnung der Pauschale für die kurzfristigen Anlagegüter wird</p>

	<p>auf die Beträge und den Haushaltsansatz für die pauschale Förderung der Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter nach § 18 Abs. 1 Nr. 2 KHGG NRW abgestellt.</p> <p>Bemessungsgrundlagen für die Tageswertbeträge sind das 1,6fache der vollstationären Berechnungstage und die teilstationären Berechnungstage gemäß § 13 Abs. 1 BPfIV. Für die Baupauschale werden die Bemessungsgrundlagen mit einem Tageswert vervielfacht. Dieser wird berechnet, indem 1,3 vom Hundert aller nach § 1 Nr. 2 abzurechnenden Leistungen der Krankenhäuser gemäß Anlage 1 zu § 17 Abs. 4 BPfIV, Formular K 5, Zeile Nr. 9 zzgl. Nr. 13, jeweils Spalte 4 durch die Summen der Bemessungsgrundlagen aller förderfähigen Krankenhäuser gemäß Abs. 1 geteilt wird. Die Berechnung der Pauschale für die Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter erfolgt analog der Berechnung der Baupauschale mit der Maßgabe, dass der anzuwendende Vomhundertsatz 2,0 beträgt.</p> <p>Bemessungsgrundlage für die Budgetbeträge ist die Summe der Beträge gemäß Anlage 1 (AEB) zu § 11 Abs. 4 KHEntgG aus</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Formular E 2, Spalte 4, Zeile „Summe ZE insgesamt“ 2. Formulare E 3.1, Spalte 21; E 3.2, Spalte 4; E 3.3, Spalte 5, Zeile „Summe“ <p>Für die Baupauschale beträgt der Budgetbetrag 1,63 vom Hundert der Bemessungsgrundlage. Für die Pauschale für die Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter beträgt der Budgetbetrag 2,5 vom Hundert der Bemessungsgrundlage.</p> <p>Bemessungsgrundlage für die Ausbildungsbeträge ist die Zahl der im Genehmigungsbescheid nach § 6 PauschKHFVO ausgewiesenen Ausbildungsplätze. Für die Baupauschale beträgt der Ausbildungsbetrag 74 Euro je Ausbildungsplatz. Für die Pauschale für die Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter beträgt der Ausbildungsbetrag 115 Euro je Ausbildungsplatz.</p>
--	---

Rheinland-Pfalz	
Verordnung vom 29. April 1996, zuletzt geändert am 2. April 2009	
Gegenstand der Pauschalförderung	Höhe der Pauschalförderung/ Jahr
<p>Jahrespauschalen für:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ die Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter, ▪ die Investitionskosten für kleine bauliche Maßnahmen, die den festzusetzenden Betrag (Kostengrenze) nicht übersteigen. <p>Die Kostengrenze beträgt für</p> <p>- Tageskliniken 15.000 €</p>	<p>1) Der Grundbetrag beträgt bei:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Krankenhäusern der Grundversorgung sowie bei Fachkrankenhäusern mit bis zu 250 Planbetten 30.000 € - Krankenhäusern der Regelversorgung sowie bei Fachkrankenhäusern mit 251 bis zu 500 Planbetten 60.000 € - Krankenhäusern der Schwerpunktversorgung sowie bei Fachkrankenhäusern mit 501 bis zu 800 Planbetten 120.000 €

<p>- Krankenhäusern der Grundversorgung sowie bei Fachkrankenhäusern mit bis zu 250 Planbetten 60.000 €</p> <p>- Krankenhäusern der Regelversorgung sowie bei Fachkrankenhäusern mit 251 bis zu 500 Planbetten 90.000 €</p> <p>- Krankenhäusern der Schwerpunktversorgung sowie bei Fachkrankenhäusern mit 501 bis zu 800 Planbetten 120.000 €</p> <p>- Krankenhäusern der Maximalversorgung sowie bei Fachkrankenhäusern mit mehr als 800 Planbetten 150.000 €</p> <p>ohne Umsatzsteuer.</p>	<p>- Krankenhäusern der Maximalversorgung sowie bei Fachkrankenhäusern mit mehr als 800 Planbetten 240.000 €</p> <p>Bei Krankenhäusern, die über mehrere Betriebsstätten in verschiedenen Orten verfügen, wird der Grundbetrag für jede Betriebsstätte gewährt.</p> <p>Tageskliniken erhalten eine Jahrespauschale in Höhe von 1.200 € pro Platz.</p> <p>2) Krankenhäuser erhalten einen Fallbetrag pro Jahr. Der Fallbetrag ergibt sich aus der Fallzahl, multipliziert mit dem Fallwert. Der Fallwert ist im Staatsanzeiger Rheinland-Pfalz bekannt zu machen.</p> <p>3) Medizinisch-technische Großgeräte Der Förderbetrag beträgt für die Wiederbeschaffung von:</p> <ul style="list-style-type: none"> - KT (MR-Geräte) 82.000 € - LHKM 82.000 € - LIN 100.000 € <p>4) Krankenhäuser, die nach dem KHG in der jeweils geltenden Fassung geförderte Ausbildungsstätten für Fachberufe des Gesundheitswesens betreiben, erhalten einen Förderbetrag in Höhe von 150 € pro Jahr für jeden am 31. Dezember des Vorjahres besetzten Ausbildungsplatz einer staatlich anerkannten Ausbildungsstätte.</p>
---	--

Saarland	
Verordnung vom 21. September 2005	
Gegenstand der Pauschalförderung	Höhe der Pauschalförderung/ Jahr
<p>Jahrespauschalen für:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ die Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter sowie für ▪ kleine bauliche Maßnahmen. <p>Die Pauschalförderung gliedert sich in eine bettenbezogene Grundpauschale zur Abgeltung der entstehenden Vorhaltekosten und eine fallbezogene Jahrespauschale.</p> <p>Die bettenbezogene Grundpauschale besteht aus einer allgemeinen Bettenpauschale und einer gewichteten abteilungsbezogenen Bettenpauschale.</p>	<p>Die jahresbezogene Pauschalförderung beträgt, vorbehaltlich zur Verfügung stehender Haushaltsmittel, insgesamt mindestens 98, höchstens 102% der Pauschalförderung des Vorjahres.</p> <p>Abzüglich der Fördermittel für Krankenhäuser und Krankenhausabteilungen, die nach der Verordnung zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (BPfIV) vergütet werden, werden hälftig die im jeweiligen Haushaltsjahr zur Verfügung stehenden Mittel für die bettenbezogene Grundpauschale und die einzelfallbezogene Jahrespauschale bewilligt.</p> <p>Zur Ermittlung der einzelfallbezogenen Jahrespauschale wird die für das Vorjahr vereinbarte Gesamtfallzahl (AEB: E1 + E3.1 + E3.3) zuzüglich der von einem Wirtschaftsprüfer bestätigten Fallzahl der nur vorstationären Fälle mit dem für das Vorjahr vereinbarten Case-Mix-Index multipliziert.</p> <p>Von der bettenbezogenen Grundpauschale entfallen 10% auf die allgemeine Bettenpauschale und 90% auf die abteilungsbezogene Bettenpauschale.</p>

	<p>Die allgemeine Bettenpauschale richtet sich dabei nach Bettenbandbreiten von jeweils 20 Betten. Gefördert wird der jeweilige Mittelwert.</p> <p>Die abteilungsbezogene Bettenpauschale richtet sich nach der Anzahl der im Feststellungsbescheid für das jeweilige Jahr festgelegten Bettenzahl und wird wie folgt gewichtet:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Abteilung</th> <th>Faktor</th> </tr> </thead> <tbody> <tr><td>Augenheilkunde</td><td>1,25</td></tr> <tr><td>Chirurgie</td><td>1,25</td></tr> <tr><td> allgemein</td><td>1,25</td></tr> <tr><td> Gefäßchirurgie</td><td>1,25</td></tr> <tr><td> Herz- und/oder Thoraxchirurgie</td><td>1,50</td></tr> <tr><td> Kinderchirurgie</td><td>1,25</td></tr> <tr><td> Orthopädie und Unfallchirurgie</td><td>1,50</td></tr> <tr><td> plastische Chirurgie</td><td>1,25</td></tr> <tr><td>Frauenheilkunde und Geburtshilfe</td><td></td></tr> <tr><td> Frauenheilkunde</td><td>1,25</td></tr> <tr><td> Frauenheilkunde und Geburtshilfe</td><td>1,50</td></tr> <tr><td>HNO-Heilkunde</td><td>1,50</td></tr> <tr><td>Haut- und Geschlechtskrankheiten</td><td>0,75</td></tr> <tr><td>Innere Medizin und Allgemeinmedizin</td><td></td></tr> <tr><td> allgemein</td><td>0,80</td></tr> <tr><td> Endokrinologie und Diabetologie</td><td>1,25</td></tr> <tr><td> Gastroenterologie</td><td>1,25</td></tr> <tr><td> Hämatologie und Onkologie</td><td>3,00</td></tr> <tr><td> Kardiologie</td><td>1,50</td></tr> <tr><td> Nephrologie</td><td>0,80</td></tr> <tr><td> Pneumologie</td><td>0,80</td></tr> <tr><td> Rheumatologie</td><td>0,80</td></tr> <tr><td>Kinder- und Jugendmedizin</td><td>1,00</td></tr> <tr><td>MKG-Chirurgie</td><td>1,25</td></tr> <tr><td>Neurochirurgie</td><td>1,50</td></tr> <tr><td>Nuklearmedizin</td><td>1,80</td></tr> <tr><td>Strahlentherapie</td><td>3,00</td></tr> <tr><td>Urologie</td><td>1,25</td></tr> <tr><td>sonstige Fachbereiche (außer Psychiatrie)</td><td>1,00</td></tr> <tr><td>Geriatric</td><td>0,50</td></tr> <tr><td>Interdisz. Intensiv</td><td>2,00</td></tr> <tr><td>Dialyse</td><td>0,80</td></tr> <tr><td>Geriatric</td><td>0,50</td></tr> </tbody> </table> <p>Soweit es sich um Belegbetten handelt, wird das Ergebnis mit dem Faktor 0,9 multipliziert.</p>	Abteilung	Faktor	Augenheilkunde	1,25	Chirurgie	1,25	allgemein	1,25	Gefäßchirurgie	1,25	Herz- und/oder Thoraxchirurgie	1,50	Kinderchirurgie	1,25	Orthopädie und Unfallchirurgie	1,50	plastische Chirurgie	1,25	Frauenheilkunde und Geburtshilfe		Frauenheilkunde	1,25	Frauenheilkunde und Geburtshilfe	1,50	HNO-Heilkunde	1,50	Haut- und Geschlechtskrankheiten	0,75	Innere Medizin und Allgemeinmedizin		allgemein	0,80	Endokrinologie und Diabetologie	1,25	Gastroenterologie	1,25	Hämatologie und Onkologie	3,00	Kardiologie	1,50	Nephrologie	0,80	Pneumologie	0,80	Rheumatologie	0,80	Kinder- und Jugendmedizin	1,00	MKG-Chirurgie	1,25	Neurochirurgie	1,50	Nuklearmedizin	1,80	Strahlentherapie	3,00	Urologie	1,25	sonstige Fachbereiche (außer Psychiatrie)	1,00	Geriatric	0,50	Interdisz. Intensiv	2,00	Dialyse	0,80	Geriatric	0,50
Abteilung	Faktor																																																																				
Augenheilkunde	1,25																																																																				
Chirurgie	1,25																																																																				
allgemein	1,25																																																																				
Gefäßchirurgie	1,25																																																																				
Herz- und/oder Thoraxchirurgie	1,50																																																																				
Kinderchirurgie	1,25																																																																				
Orthopädie und Unfallchirurgie	1,50																																																																				
plastische Chirurgie	1,25																																																																				
Frauenheilkunde und Geburtshilfe																																																																					
Frauenheilkunde	1,25																																																																				
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	1,50																																																																				
HNO-Heilkunde	1,50																																																																				
Haut- und Geschlechtskrankheiten	0,75																																																																				
Innere Medizin und Allgemeinmedizin																																																																					
allgemein	0,80																																																																				
Endokrinologie und Diabetologie	1,25																																																																				
Gastroenterologie	1,25																																																																				
Hämatologie und Onkologie	3,00																																																																				
Kardiologie	1,50																																																																				
Nephrologie	0,80																																																																				
Pneumologie	0,80																																																																				
Rheumatologie	0,80																																																																				
Kinder- und Jugendmedizin	1,00																																																																				
MKG-Chirurgie	1,25																																																																				
Neurochirurgie	1,50																																																																				
Nuklearmedizin	1,80																																																																				
Strahlentherapie	3,00																																																																				
Urologie	1,25																																																																				
sonstige Fachbereiche (außer Psychiatrie)	1,00																																																																				
Geriatric	0,50																																																																				
Interdisz. Intensiv	2,00																																																																				
Dialyse	0,80																																																																				
Geriatric	0,50																																																																				

Sachsen

Verordnung vom 15. Juli 1998 i.V.m. Bekanntmachung vom 05. Januar 2013 und 26. Februar 2015

Gegenstand der Pauschalförderung	Höhe der Pauschalförderung/ Jahr						
<p>Jahrespauschalen für:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ die Wiederbeschaffung einschließlich der Ergänzungsbeschaffung von kurzfristigen Anlagegütern (Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände), ausgenommen Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, ▪ sonstige nach § 10 Abs. 1 SächsKHG för- 	<p>1. Der Sockelbetrag ergibt sich aus dem Sockelwert, Sockelwertfaktor sowie der Anzahl der Planbetten/ tagesklinischen Plätze</p> <table border="1"> <tbody> <tr><td>Sockelwert</td><td>765,00 €</td></tr> <tr><td>Sockelwertfaktor je Planbett</td><td>1,0</td></tr> <tr><td>Sockelwertfaktor je tagesklinischem Platz</td><td>0,5</td></tr> </tbody> </table> <p>2. Die Fachrichtungspauschale für das einzelne</p>	Sockelwert	765,00 €	Sockelwertfaktor je Planbett	1,0	Sockelwertfaktor je tagesklinischem Platz	0,5
Sockelwert	765,00 €						
Sockelwertfaktor je Planbett	1,0						
Sockelwertfaktor je tagesklinischem Platz	0,5						

<p>derfähige Investitionen, wenn die Kosten einschließlich Umsatzsteuer für das einzelne Vorhaben ein Viertel der Jahrespauschalen des einzelnen Krankenhauses, höchstens jedoch bei Krankenhäusern und Fachabteilungen der</p> <p>Regelversorgung den Betrag von 61.355,03 €</p> <p>Schwerpunktversorgung den Betrag von 102.258,38 €</p> <p>Maximalversorgung den Betrag von 127.822,97 €</p> <p>nicht übersteigen.</p>	<p>Krankenhaus ist das Produkt aus dem Fachrichtungswert, dem Fachrichtungsfaktor und der Anzahl der vorgehaltenen Fachrichtungen.</p> <p>Zur Ermittlung des Fachrichtungswertes ist der Anteil für Fachrichtungspauschalen durch die Gesamtsumme der mit einem Fachrichtungsfaktor gewichteten Fachrichtungen aller Krankenhäuser zu teilen. Der Fachrichtungsfaktor beträgt 1,0, wenn eine Fachrichtung nicht als Belegabteilung geführt wird. Bei Belegabteilungen, die 10 oder mehr Betten vorhalten, beträgt der Fachrichtungsfaktor 0,5. Belegabteilungen mit weniger als 10 Betten werden derzeit nicht berücksichtigt.</p> <p>Fachrichtungswert 69.000,00 €</p> <p>3. Die Fallzahlpauschale ist das Produkt aus Fallwert, Fallwertfaktor und der Fallzahl.</p> <p>Fallwert 25,20€</p> <p>Der Fallwertfaktor beträgt für</p> <ul style="list-style-type: none"> - Krankenhäuser der Regelversorgung 1,0 - Krankenhäuser der Schwerpunktversorgung 1,5 - Krankenhäuser der Maximalversorgung 1,5 - Fachkrankenhäuser unabhängig von der Versorgungsstufe 1,5 - teilstationäre Fälle 0,5 <p>4. Der Zuschlag für Ausbildungsplätze beträgt je Ausbildungsplatz 51,13 €</p> <p>5. Sonderfestlegungen Es kann ein anderer Betrag als Jahrespauschale festgelegt werden, soweit dies als Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Krankenhauses unter Berücksichtigung seiner im Feststellungsbescheid bestimmten Aufgaben notwendig oder ausreichend ist.</p> <p>Mindestbetrag für jedes förderfähige Krankenhausbett 1.278,23 €</p>
---	---

Sachsen-Anhalt

Verordnung vom 28. Juni 2006

Gegenstand der Pauschalförderung	Höhe der Pauschalförderung/ Jahr
<p>Pauschale Fördermittel auf Antrag für:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ für die Wiederbeschaffung von Anlagegütern mit einer durchschnittlichen Nutzungsdauer von mehr als drei Jahren (kurzfristige Anlagegüter), ▪ für kleine bauliche Maßnahmen, die keine Aufnahme in das aufgestellte Investitionsprogramm gefunden haben. 	<p><u>Fallmengenpauschalen</u> werden errechnet durch Multiplikation der Fallzahl, einschließlich der teilstationären Fälle, mit dem Case Mix Index. Nicht über DRGs abgerechnete Fälle werden mit dem Case Mix Index des jeweiligen Krankenhauses berechnet.</p> <p>Ausgangswert für die Ermittlung der Pauschalförderung auf Grundlage der Fallmengenpauschale ist der um den Betrag für die Jahrespauschale der psychiatrischen Einrichtungen reduzierte Haushaltsansatz. Dieser Betrag, dividiert durch die Gesamtsumme der</p>

	<p>gewichteten Fallzahlen aller pauschal geförderten Krankenhäuser ergibt den durchschnittlichen Fallwert.</p> <p><u>Jahrespauschale</u> für die in der PsychPV genannten Einrichtungen und Einrichtungen der Psychosomatik und Psychotherapeutischen Medizin:</p> <p>1. 1.500 Euro für jedes Bett und 2. 250 Euro für jeden Tagesklinikplatz</p>
--	---

Schleswig-Holstein	
Verordnung vom 24. Dezember 1998, zuletzt geändert durch Verordnung vom 18. November 2005	
Gegenstand der Pauschalförderung	Höhe der Pauschalförderung/ Jahr
<p>Pauschale Fördermittel auf Antrag für:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ die Wiederbeschaffung einschließlich der Ergänzungsbeschaffung von kurzfristigen Anlagegütern (Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände), mit Ausnahme von Gebrauchs- und Verbrauchsgütern, ▪ für kleine bauliche Maßnahmen bis zu einem Betrag von 30.678 € ohne Umsatzsteuer. 	<p>Sockelbetrag je Bett:</p> <ul style="list-style-type: none"> - 25% des sich für das jeweilige Haushaltsjahr für alle zu fördernden Krankenhäuser ergebenden Fördermittelansatzes - Tagesklinikplatz: 0,75 Einheiten eines Planbettes - Zuschlag je Intensivbett 2.045 € <p>Anteiliger Förderbetrag nach Fallzahlen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gewichtung der Fallzahlen des Krankenhauses mit Fallwertfaktoren für <ul style="list-style-type: none"> ○ Belegkrankenhäuser 0,7 ○ Krankenhäuser der Schwerpunktversorgung 1,3 ○ alle anderen Krankenhäuser 1,0 - multipliziert mit dem landesweiten Fallwert (berechnet nach § 5 Abs. 1 AG-KHG Schleswig-Holstein) <p>Je besetztem Ausbildungsplatz 100,00 €</p>

Thüringen	
Verordnung vom 21. November 2013 (ThürKHG-PVO 2013)	
Gegenstand der Pauschalförderung	Höhe der Pauschalförderung/ Jahr
<p>Nach § 12 ThürKHG Jahrespauschalen für:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ die Wiederbeschaffung sowie die Ergänzungsbeschaffung (§ 9 Abs. 4 KHG) kurzfristiger Anlagegüter, ▪ Baumaßnahmen, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten für die einzelne Maßnahme den in der Rechtsverordnung festgelegten Betrag (Wertgrenze 1.000.000 € ohne Umsatzsteuer) nicht überschreiten. 	<p>Jahrespauschale:</p> <p>Zur Bemessung der Krankenhausförderung nach § 12 Abs. 1 Satz 1 ThürKHG werden die Krankenhäuser gemessen an der Art und der Anzahl der im 6. Thüringer Krankenhausplan ausgewiesenen Fachgebiete in folgende Gruppen gegliedert:</p> <p>A1: Allgemeinkrankenhäuser, A2: Allgemeinkrankenhäuser mit im 6. Thüringer Krankenhausplan als Hauptabteilung ausgewie-</p>

	<p>senen medizinischen Fachabteilungen Nuklearmedizin oder Strahlentherapie,</p> <p>F1: Fachkrankenhäuser mit internistischer Ausrichtung, Fachkrankenhäuser für Geriatrie, Fachkrankenhäuser für Psychiatrie,</p> <p>F2: Fachkrankenhäuser für Orthopädie.</p> <p>Grundlage für die Krankenhausförderung nach § 12 Abs. 1 Satz 1 ThürKHG in den <u>Haushaltsjahren 2013 bis 2016</u> ist die Anzahl der im Jahr 2011 abgerechneten Behandlungstage für stationäre Behandlungen (Berechnungs- und Pflegetage gem. Krankenhausstatistik-Verordnung). Die Jahrespauschalen betragen je Behandlungstag:</p> <p>für die Gruppe A1: 4,00 € im Haushaltsjahr 2013, 4,10 € im Haushaltsjahr 2014, 5,00 € im Haushaltsjahr 2015, 7,50 € im Haushaltsjahr 2016,</p> <p>für die Gruppe A2: 4,20 € im Haushaltsjahr 2013, 4,40 € im Haushaltsjahr 2014, 5,30 € im Haushaltsjahr 2015, 8,60 € im Haushaltsjahr 2016,</p> <p>für die Gruppe F1: 2,00 € im Haushaltsjahr 2013, 2,10 € im Haushaltsjahr 2014, 3,00 € im Haushaltsjahr 2015, 3,50 € im Haushaltsjahr 2016,</p> <p>für die Gruppe F2: 5,00 € im Haushaltsjahr 2013, 5,20 € im Haushaltsjahr 2014, 7,00 € im Haushaltsjahr 2015, 10,00 € im Haushaltsjahr 2016.</p> <p>Grundlage für die Krankenhausförderung nach § 12 Abs. 1 Satz 1 ThürKHG in den <u>Haushaltsjahren 2017 bis 2020</u> ist die Anzahl der jeweils im Vorvorjahr abgerechneten Behandlungstage für stationäre Behandlungen (Berechnungs- und Pflegetage gem. Krankenhausstatistik-Verordnung). Die Höhe der jährlich zur Verfügung stehenden Jahrespauschalen für die Krankenhausförderung nach § 12 Abs. 1 Satz 1 sowie Abs. 2 ThürKHG beträgt für die Haushaltsjahre 2017 bis zu 30 Mio. €, 2018 bis zu 30 Mio. €, 2019 bis zu 30 Mio. € und 2020 bis zu 40 Mio. €. Für die Krankenhausgruppen wird die sich daraus ergebende Förderung pro Haushaltsjahr wie folgt festgelegt:</p> <p>für die Gruppe A1: bis zu 14,8 Mio. € in den Haushaltsjahren 2017 bis 2019 und bis zu 20,0 Mio. € im Haushaltsjahr 2020,</p> <p>für die Gruppe A2: bis zu 11,8 Mio. € in den Haushaltsjahren 2017 bis 2019 und bis zu 16,0 Mio. € im Haushaltsjahr 2020,</p>
--	---

	<p>für die Gruppe F1: bis zu 1,8 Mio. € in den Haushaltsjahren 2017 bis 2019 und bis zu 2,0 Mio. € im Haushaltsjahr 2020 sowie</p> <p>für die Gruppe F2: bis zu 1,5 Mio. € in den Haushaltsjahren 2017 bis 2019 und bis zu 1,9 Mio. € im Haushaltsjahr 2020.</p> <p>Für die Krankenhausgruppen gelten folgende Mindesthöhen für die Jahrespauschale: A1: 200.000 € F1: 100.000 € F2: 200.000 €</p> <p>Für die Förderung von <u>Ausbildungsplätzen</u> werden in den <u>Haushaltsjahren 2013 bis 2020</u> jeweils bis zu 100.000 € bereitgestellt. Die Mittel werden jährlich in gleicher Höhe auf die Anzahl der in den 6. Thüringer Krankenhausplan aufgenommenen Ausbildungsplätze verteilt.</p> <p>Inkrafttreten der Verordnung: 1. Januar 2013 Außerkräfttreten: 31. Dezember 2020</p>
--	---

5 Anhang

5.1 KHG-Fördermittel, 1991 bis 2015 - gesamt

Tabelle 5.1: KHG-Fördermittel insgesamt in Mio. Euro – in jeweiligen Preisen³⁷

KHG-Investitionsfördermittel - insgesamt, in Mio. Euro																									
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Baden-Württemberg	325,80	323,65	339,29	353,35	348,85	336,12	336,23	327,89	325,95	336,43	338,99	312,70	331,70	322,30	281,20	296,70	305,00	310,00	340,00	337,00	382,50	370,00	385,00	410,00	437,00
Bayern	664,68	664,68	664,68	664,68	614,57	634,00	592,79	633,49	613,55	613,55	613,55	613,55	501,55	452,55	452,55	452,55	452,55	477,55	500,00	500,00	450,00	430,00	500,00	500,00	500,00
Berlin	319,40	316,18	332,54	285,71	360,10	294,66	201,09	182,84	160,03	142,34	175,02	186,60	108,96	144,68	114,88	99,60	84,04	99,36	112,76	88,48	91,66	93,74	95,30	106,49	96,45
Brandenburg	210,50	241,79	252,48	202,88	229,77	181,51	161,77	166,53	165,15	165,15	165,20	161,66	128,37	127,04	113,61	113,61	107,88	107,74	111,61	104,30	98,35	109,50	114,30	104,80	82,50
Bremen	37,17	43,10	34,67	33,69	33,44	38,81	34,87	35,74	30,06	36,15	27,97	32,99	33,58	34,10	34,24	34,31	30,03	31,49	33,15	36,78	30,19	28,83	28,66	38,56	38,82
Hamburg	70,05	74,34	69,23	60,95	85,90	86,82	90,09	98,17	96,23	86,72	100,98	61,74	64,51	70,73	86,83	110,01	100,29	101,09	102,68	100,37	117,44	113,92	106,61	137,45	91,03
Hessen	182,02	184,58	194,29	194,80	199,40	208,61	212,19	219,86	219,86	208,35	203,24	203,25	159,85	230,10	247,35	258,19	235,75	218,40	262,89	262,89	224,50	224,50	241,50	241,50	242,20
Mecklenburg-Vorpommern	121,99	114,84	120,82	119,23	148,73	149,45	146,49	143,16	117,65	130,38	120,67	118,70	121,99	127,80	83,00	80,58	75,58	73,18	73,03	68,74	69,14	66,28	60,84	55,84	52,84
Niedersachsen	207,99	217,61	222,62	225,53	221,44	216,38	224,00	229,67	249,31	235,91	229,47	188,00	186,45	87,39	97,27	100,43	121,39	185,53	283,26	279,18	238,74	245,04	258,47	258,89	275,51
Nordrhein-Westfalen	649,44	659,86	641,88	608,49	571,93	543,71	534,04	483,27	470,49	469,67	464,56	484,10	482,10	485,82	485,82	472,00	512,00	516,00	506,00	493,00	496,75	496,50	493,00	492,30	515,00
Rheinland-Pfalz	133,65	139,12	138,92	137,23	138,00	141,63	143,83	143,83	143,83	143,83	143,83	138,80	118,80	118,80	120,30	118,80	118,80	118,80	121,80	121,80	116,80	116,80	119,80	119,80	119,80
Saarland	39,63	42,33	27,97	31,60	38,35	39,42	38,96	39,16	38,86	43,56	43,10	40,90	38,34	38,18	23,49	26,17	32,48	27,28	22,63	38,25	38,71	35,07	32,19	28,55	28,50
Sachsen	306,78	353,81	340,52	281,21	270,68	295,07	293,38	290,62	299,67	299,67	298,75	298,70	184,25	154,25	166,50	167,40	151,90	107,00	94,60	94,60	97,00	97,00	101,00	101,00	131,00
Sachsen-Anhalt	173,84	200,68	284,64	210,81	219,55	231,62	216,33	204,57	191,89	172,46	190,51	174,32	170,36	172,51	179,40	154,27	117,70	97,70	79,90	70,90	67,02	53,02	53,02	47,87	39,20
Schleswig-Holstein	69,02	76,08	67,29	59,82	66,01	78,69	74,55	80,58	86,10	86,66	77,21	48,50	93,90	86,40	83,49	88,58	92,71	93,90	93,90	95,48	84,65	84,65	84,65	90,13	94,23
Thüringen	129,00	171,79	171,79	195,21	209,12	228,19	212,54	214,90	212,85	207,48	189,54	167,58	133,90	134,08	127,10	127,90	125,50	119,99	125,30	134,20	70,00	50,00	50,00	50,00	50,00
Deutschland	3.640,96	3.824,45	3.903,61	3.665,20	3.755,85	3.704,67	3.513,14	3.494,27	3.421,46	3.378,31	3.382,56	3.232,09	2.858,61	2.786,72	2.697,03	2.701,10	2.663,60	2.685,00	2.863,51	2.825,97	2.673,46	2.614,85	2.724,34	2.783,18	2.794,08

In den Haushaltsansätzen der neuen Bundesländer (einschließlich Berlin) sind in den Jahren 1995 bis 2014 jeweils die Investitionszuschläge gemäß Art. 14 GSG enthalten.

Quelle: Umfrage der Arbeitsgruppe für Krankenhauswesen der AOLG.

³⁷ Die Ansätze basieren auf den jeweiligen, öffentlich zugänglichen, jährlichen Haushaltsansätzen der Länder (ohne Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre). Bei kredit-finanzierter Förderung enthalten die Angaben nur die Annuitäten, nicht aber den gewährten Gesamtförderbetrag. Nicht mit berücksichtigt wurden:

- die Investitionsmittel der Hochschulkliniken
- die Investitionsmittel der Vertragskrankenhäuser
- die Eigenmittel der Plankrankenhäuser
- die Mittel zur Restfinanzierung noch nicht ausfinanzierter Maßnahmen

In den gemeldeten Angaben für Berlin sind der Schuldendienst (Zins- und Tilgung) i.H. von 33,878 Mio. € bzw. 16,951 Mio € (2015) für Investitionen 1995 bis 2002 enthalten. Durch die Änderung des Landeskrankengesetzes Berlin wird ab 01.07.2015 erstmals das bisherige System der Einzel- und Pauschalförderung auf ein insgesamt pauschalierendes Förderverfahren umgestellt (Investitionspauschale). In der für Nordrhein-Westfalen gemeldeten Gesamtsumme für 2015 (515 Mio. €) sind die besonderen Beträge (7 Mio. €) enthalten.

5.2 KHG-Fördermittel, 1994 bis 2015 - Pauschalförderung

Tabelle 5.2: KHG-Pauschalförderung in Mio. Euro – in jeweiligen Preisen³⁸

KHG-Investitionsfördermittel - Pauschalförderung, in Mio. Euro																							
	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	
Baden-Württemberg	132,17	144,18	144,18	156,97	153,08	152,42	151,90	157,99	157,30	158,00	154,00	149,00	149,00	153,55	153,55	149,00	150,00	150,00	160,00	160,00	160,00	160,00	
Bayern	181,51	173,84	186,62	185,96	189,18	181,51	183,55	178,95	180,00	181,50	182,00	178,50	175,00	167,10	180,00	180,00	182,00	191,00	192,00	195,00	202,00	214,00	
Berlin	65,55	65,50	75,88	152,62	46,83	45,50	39,83	36,46	35,86	31,20	31,18	31,18	31,18	31,18	33,31	33,31	33,74	34,18	34,99	40,00	40,00	56,95	
Brandenburg	122,71	50,82	25,05	28,84	28,48	27,10	27,10	27,15	23,61	23,61	23,61	23,61	23,61	23,61	25,11	25,61	25,60	25,52	32,50	0,00	0,00	0,00	
Bremen	17,28	16,97	16,97	17,03	17,03	17,03	17,03	17,03	17,07	17,07	17,12	17,12	17,12	17,12	17,12	17,12	17,12	17,12	17,12	17,12	17,12	17,12	
Hamburg	28,38	28,38	29,04	29,04	29,96	31,14	31,50	31,50	29,13	30,49	30,66	30,45	30,50	30,50	30,50	31,00	31,00	31,25	31,25	31,00	31,00	31,00	
Hessen	84,36	86,92	91,01	89,48	89,48	89,48	92,03	92,03	95,00	95,00	97,50	96,00	90,00	90,00	90,00	96,00	96,00	96,00	96,00	96,00	96,00	96,00	
Mecklenburg-Vorpommern	23,06	23,06	23,78	23,78	20,45	12,83	12,78	13,29	14,00	14,62	16,50	22,84	22,84	22,84	22,84	22,84	22,84	22,84	22,84	22,84	22,84	22,84	
Niedersachsen	107,73	108,45	100,62	104,20	108,70	107,01	105,99	102,41	95,69	95,69	38,12	44,46	46,43	51,52	60,34	127,53	118,34	117,47	117,22	121,05	119,35	122,35	
Nordrhein-Westfalen	261,12	276,10	288,88	274,82	286,32	286,32	296,55	296,55	305,18	305,18	311,18	311,18	300,00	300,00	300,00	300,00	300,00	300,00	300,00	300,00	293,00	317,00	
Rheinland-Pfalz	45,04	45,15	50,52	50,52	50,52	50,52	50,87	51,13	51,13	51,13	51,13	51,20	51,20	51,20	51,20	51,20	51,20	51,20	51,20	51,20	51,20	51,20	
Saarland	12,58	12,58	13,75	13,75	14,52	14,52	15,59	15,59	16,50	16,50	17,32	17,32	17,32	18,19	18,19	14,47	21,32	20,68	17,92	17,43	13,97	13,92	
Sachsen	51,13	51,13	46,32	44,18	41,41	39,88	39,88	39,88	39,90	38,60	38,60	38,60	38,60	38,60	38,60	38,60	38,60	41,50	41,40	46,00	46,00	71,00	
Sachsen-Anhalt	51,69	50,26	43,51	29,40	29,55	13,91	11,35	17,38	17,38	29,53	23,67	23,67	23,67	23,67	23,67	23,67	23,67	23,67	20,00	20,00	20,00	20,00	
Schleswig-Holstein	33,75	33,69	36,76	36,76	40,19	36,20	37,43	37,43	38,50	39,46	38,00	38,31	38,88	38,88	39,46	39,46	39,46	39,46	39,46	39,64	39,64	40,83	40,83
Thüringen	82,73	52,66	51,13	37,84	30,68	28,12	22,75	20,45	20,25	20,20	20,30	10,00	18,00	25,00	25,00	25,00	20,00	40,00	30,00	16,00	16,50	20,00	
Deutschland	1.300,78	1.219,69	1.224,03	1.275,16	1.176,38	1.133,48	1.136,14	1.135,22	1.136,49	1.147,78	1.090,90	1.083,43	1.073,35	1.082,96	1.108,89	1.174,81	1.170,89	1.201,85	1.204,08	1.173,28	1.169,81	1.254,21	

Hinweis: In Brandenburg gibt es seit 2013 die einheitliche Investitionspauschale, die für alle Zwecke des § 9 KHG genutzt werden kann. Durch die Änderung des Landeskrankenhausgesetzes Berlin wird ab 01.07.2015 erstmals das bisherige System der Einzel- und Pauschalförderung auf ein insgesamt pauschalierendes Förderverfahren umgestellt (Investitionspauschale).

Quelle: Umfrage der Arbeitsgruppe für Krankenhauswesen der AOLG.

³⁸ Die Ansätze basieren auf den jeweiligen, öffentlich zugänglichen, jährlichen Haushaltsansätzen der Länder (ohne Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre). Bei kreditfinanziertem Fördermittel enthalten die Angaben nur die Annuitäten, nicht aber den gewährten Gesamtförderbetrag. Nicht mit berücksichtigt wurden:

- die Investitionsmittel der Hochschulkliniken
- die Investitionsmittel der Vertragskrankenhäuser
- die Eigenmittel der Plankrankenhäuser
- die Mittel zur Restfinanzierung noch nicht ausfinanzierter Maßnahmen

Durch die Änderung des Landeskrankenhausgesetzes Berlin wird ab 01.07.2015 erstmals das bisherige System der Einzel- und Pauschalförderung auf ein insgesamt pauschalierendes Förderverfahren umgestellt (Investitionspauschale). In der für Nordrhein-Westfalen gemeldeten Gesamtsumme für 2015 (515 Mio. €) sind die besonderen Beträge (7 Mio. €) sowie sonstige Zuweisungen und Zuschüsse nach dem KHGG NRW (1 Mio. €) enthalten.

5.3 KHG-Fördermittel, 1994 bis 2015 - Einzelförderung

Tabelle 5.3: KHG-Einzelförderung in Mio. Euro – in jeweiligen Preisen³⁹

KHG-Investitionsfördermittel - Einzelförderung, in Mio. Euro																						
	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Baden-Württemberg	221,18	204,67	191,94	179,26	174,81	173,53	184,53	181,00	155,40	173,70	168,30	132,20	147,70	151,45	156,45	191,00	187,00	232,50	210,00	225,00	250,00	277,00
Bayern	483,17	440,73	447,38	406,83	444,31	432,04	430,00	434,60	433,55	320,05	270,55	274,05	277,55	285,45	297,55	320,00	318,00	259,00	238,00	305,00	298,00	286,00
Berlin	220,16	294,61	218,78	48,47	136,00	114,53	102,51	138,56	150,74	77,76	113,50	83,71	68,42	52,86	66,05	79,45	54,74	57,48	58,75	55,30	66,49	39,50
Brandenburg	80,17	178,95	156,46	132,94	138,05	138,05	138,05	138,05	138,05	104,76	103,43	90,00	90,00	84,27	82,63	86,00	78,70	72,83	77,00	114,30	104,80	82,50
Bremen	16,41	16,46	21,83	17,84	18,71	13,04	19,12	10,94	15,92	16,51	16,98	17,11	17,19	12,91	14,37	16,03	19,66	13,11	11,71	11,54	21,44	21,70
Hamburg	32,57	57,52	57,78	61,05	68,21	65,09	55,22	69,48	32,62	34,02	40,07	56,38	79,51	69,79	70,59	71,68	69,37	86,19	82,67	75,61	106,45	60,03
Hessen	110,44	112,48	117,60	122,71	130,38	130,38	116,32	111,21	108,25	64,85	132,60	151,35	168,19	145,75	128,40	166,89	166,89	128,50	128,50	145,50	145,50	146,20
Mecklenburg-Vorpommern	96,17	125,68	125,68	122,71	122,71	104,81	117,60	107,37	104,70	107,37	111,30	60,16	57,74	52,74	50,34	50,19	45,90	46,30	43,44	38,00	33,00	30,00
Niedersachsen	117,80	113,00	115,76	119,80	120,97	142,29	129,92	127,06	92,31	90,76	49,27	52,82	54,00	69,87	125,19	155,73	160,84	121,27	127,82	137,42	139,54	153,16
Nordrhein-Westfalen	347,37	295,83	254,83	259,22	196,95	184,17	173,12	168,01	178,92	176,92	174,64	172,00	212,00	216,00	206,00	193,00	196,75	196,50	193,00	199,30	198,00	198,00
Rheinland-Pfalz	92,19	92,85	91,11	93,31	93,31	93,31	92,95	92,70	87,67	67,67	67,67	69,10	67,60	67,60	67,60	70,60	70,60	65,60	65,60	68,60	68,60	68,60
Saarland	19,02	25,77	25,67	25,21	24,64	24,34	27,97	27,51	24,41	21,84	20,85	6,17	8,85	14,29	9,09	8,16	16,93	18,03	17,15	14,76	14,58	14,58
Sachsen	230,08	219,55	248,74	249,20	249,20	259,79	259,79	258,87	258,80	145,65	115,65	127,90	128,80	113,30	68,40	56,00	56,00	55,50	55,60	55,00	55,00	60,00
Sachsen-Anhalt	159,11	169,29	188,10	186,93	175,02	177,98	161,11	173,12	156,94	140,83	148,83	155,73	130,59	94,03	74,03	56,23	47,23	43,35	33,02	33,02	27,87	19,20
Schleswig-Holstein	26,08	32,31	41,93	37,78	40,39	49,90	49,24	39,78	10,00	54,44	48,40	45,18	49,70	53,83	54,44	54,44	56,02	45,19	45,01	45,01	49,30	53,40
Thüringen	112,48	156,46	177,06	174,71	184,22	184,73	184,73	169,08	147,33	113,70	113,78	117,10	109,90	100,50	94,99	100,30	114,20	30,00	20,00	34,00	33,50	30,00
Deutschland	2.364,42	2.536,16	2.480,63	2.237,98	2.317,89	2.287,98	2.242,17	2.247,34	2.095,60	1.710,83	1.695,83	1.613,60	1.627,75	1.580,63	1.576,12	1.688,70	1.655,08	1.471,61	1.410,77	1.551,06	1.613,37	1.539,87

In den Haushaltsansätzen der neuen Bundesländer (einschließlich Berlin) sind in den Jahren 1995 bis 2014 jeweils die Investitionszuschläge gemäß Art. 14 GSG enthalten.

Hinweis: In Brandenburg gibt es seit 2013 die einheitliche Investitionspauschale, die für alle Zwecke des § 9 KHG genutzt werden kann. Durch die Änderung des Landeskrankenhausgesetzes Berlin wird ab 01.07.2015 erstmals das bisherige System der Einzel- und Pauschalförderung auf ein insgesamt pauschalierendes Förderverfahren umgestellt (Investitionspauschale).

Quelle: Umfrage der Arbeitsgruppe für Krankenhauswesen der AOLG.

³⁹ Die Ansätze basieren auf den jeweiligen, öffentlich zugänglichen, jährlichen Haushaltsansätzen der Länder (ohne Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre). Bei kreditfinanziert Förderung enthalten die Angaben nur die Annuitäten, nicht aber den gewährten Gesamtförderbetrag. Nicht mit berücksichtigt wurden:

- die Investitionsmittel der Hochschulkliniken
- die Investitionsmittel der Vertragskrankenhäuser
- die Eigenmittel der Plankrankenhäuser
- die Mittel zur Restfinanzierung noch nicht ausfinanzierter Maßnahmen

In den gemeldeten Angaben für Berlin sind der Schuldendienst (Zins- und Tilgung) i.H. von 33,878 Mio. € bzw. 16,951 Mio. € (2015) für Investitionen 1995 bis 2002 enthalten. Durch die Änderung des Landeskrankenhausgesetzes Berlin wird ab 01.07.2015 erstmals das bisherige System der Einzel- und Pauschalförderung auf ein insgesamt pauschalierendes Förderverfahren umgestellt (Investitionspauschale). In der für Nordrhein-Westfalen gemeldeten Gesamtsumme für 2015 (515 Mio. €) sind die besonderen Beträge (7 Mio. €) sowie sonstige Zuweisungen und Zuschüsse nach dem KHGG NRW (1 Mio. €) enthalten.

5.4 Vorgaben zur Notfallversorgung innerhalb der Krankenhauspläne

Tabelle 5.4: Vorgaben zur Notfallversorgung innerhalb der Krankenhauspläne

Bundesland	Inhalt bzgl. der Notfallversorgung
Baden-Württemberg	Keine Vorgaben zur Notfallversorgung im Krankenhausplan.
Bayern	Keine Vorgaben zur Notfallversorgung im Krankenhausplan.
Berlin	Auflistung der Krankenhäuser, die an der Notfallversorgung teilnehmen, und Zuordnung dieser Krankenhäuser in eine der zwei dafür vorgesehenen Versorgungsstufen (Notfallkrankenhäuser und Notfallzentren), für die im Krankenhausplan konkrete medizinische und organisatorische Anforderungen für die Teilnahme an der Notfallversorgung beschrieben werden.
Brandenburg	Keine Benennung von einzelnen an der Notfallversorgung teilnehmenden Krankenhäusern. Allgemeine Formulierung in der Fortschreibung des 3. Krankenhausplans: „An der Notfallversorgung sollen alle Krankenhäuser entsprechend ihrem Versorgungsauftrag teilnehmen. Gemäß § 12 Absatz 1 des Brandenburgischen Rettungsdienstgesetzes haben Krankenhäuser dafür Sorge zu tragen, dass die Notfallpatientinnen und Notfallpatienten, die von den Rettungsdiensten zugeführt werden, unverzüglich für die weitere Versorgung übernommen werden.“
Bremen	Die Notfallversorgung ist Schwerpunkt der Fortschreibung 2010 bis 2015. Hiernach sind alle Krankenhäuser mit Intensivmedizin sowie Innerer Medizin und Chirurgie in Bremen und Bremerhaven in die stationäre Notfallversorgung eingebunden und halten entsprechende leistungsfähige Strukturen und Kapazitäten bereit. Es erfolgen jedoch keine Vorgaben zur Notfallversorgung im Krankenhausplan, nur zur Intensivmedizin.
Hamburg	Auflistung der Krankenhäuser, die uneingeschränkt bzw. eingeschränkt an der Not- und Unfallversorgung teilnehmen.
Hessen	Festlegung von Struktur und Umfang der klinischen Notfallversorgung als Mindestanforderungen: vorzuhaltende Fachabteilungen, Erreichbarkeit, Kapazitäten u.a. (im Allgemeinen Teil des Krankenhausplans 2009; aktuellere Fassung nicht vorhanden); Festlegung der Notfallstandorte bzw. an der Notfallversorgung beteiligten Krankenhäuser (im Besonderen Teil des Krankenhausplans 2005; aktuellere Fassung nicht vorhanden).

Bundesland	Inhalt bzgl. der Notfallversorgung
Mecklenburg-Vorpommern	Im Krankenhausplan 2012 ist der zentrale Bettenachweis wie folgt geregelt: Die Krankenhausträger sind verpflichtet, mit den zuständigen Leitstellen für den Rettungsdienst Vereinbarungen über die Organisation eines zentralen Bettenachweises zu treffen.
Niedersachsen	Keine Vorgaben zur Notfallversorgung im Krankenhausplan.
Nordrhein-Westfalen	Die Notfallversorgung wird im Krankenhausplan NRW 2015 unter dem Punkt „gesetzliche Aufgaben“ beschrieben. Die Krankenhausleistung wird in Form einer Erstdiagnostik und entsprechender Weiterversorgungsplanung erläutert. Dabei werden die Intensivstationen der Krankenhäuser gesondert erwähnt. Konkrete Vorgaben erfolgen nicht.
Rheinland-Pfalz	Keine Vorgaben zur Notfallversorgung im Krankenhausplan.
Saarland	<p>Generelle Verpflichtung der Krankenhäuser zur Teilnahme an der Notfallversorgung gemäß § 10 Abs. 1 SKHG.</p> <p>Festlegung von Mindestvoraussetzungen zur Teilnahme an der qualifizierten klinischen Notfallversorgung (unbeschadet der gesetzl. Verpflichtung zur Erstversorgung), differenziert nach „Basisnotfallversorgung“, „erweiterter fachspezifischer Notfallversorgung“ sowie „eingeschränkter fachspezifischer Notfallversorgung“.</p>
Sachsen	Grundsätzlich besteht eine Verpflichtung der Krankenhäuser zur ambulanten und stationären Notfallbehandlung. Neben einer der Aufgabenstellung entsprechenden Aufnahmebereitschaft Tag und Nacht sowie an den Wochenenden, ist die Möglichkeit der Intensivüberwachung sowie der Intensivbeatmung zu gewährleisten.
Sachsen-Anhalt	<p>Regelung erfolgt innerhalb der „Rahmenvorgaben für Versorgungs- und Qualitätsziele der Krankenhausplanung in Sachsen-Anhalt gemäß § 3 (2) KHG LSA“:</p> <p>Strukturelle Voraussetzungen für die klinische Notfallversorgung zur Erfüllung der Aufgaben sind das Vorhandensein:</p> <ul style="list-style-type: none"> • einer Fachabteilung Chirurgie/Unfallchirurgie, • einer Abteilung Innere Medizin, • von Anästhesiologie, Intensivbetten, • von Notfallradiologie, Notfalllabor und Blutdepot sowie • einer integrierten (auch interdisziplinären) Notaufnahme <p>und deren Besetzung mit einer 24 Stunden-Facharztbereitschaft an 7 Tagen pro Woche. Die Vorhaltung einer Notfallambulanz am Krankenhaus bleibt davon unberücksichtigt.</p>

Bundesland	Inhalt bzgl. der Notfallversorgung
	Darüber hinaus treffen die Krankenhäuser einer Planungsregion speziell für Notfallgeburten, Herzinfarkte (Linksherzkathetermessplatz), Hirninfarkte („stroke unit“) und Polytraumata Vereinbarungen, die eine durchgehende bedarfsgerechte Versorgung sichern.
Schleswig-Holstein	Ausweis nach Maßgabe des Stufenkonzepts GBA vorgesehen
Thüringen	<p>Gemäß § 18 ThürKHG sind alle Plankrankenhäuser verpflichtet an der Notfallversorgung teilzunehmen. Bei Nichtversorgung oder Abweisung von Notfallpatienten droht Herausnahme des Krankenhauses aus dem Krankenhausplan.</p> <p>„Notfall- und Katastrophenbettenplanung“: Sollvorgaben zur kurzfristigen Vorhaltung von entsprechenden Behandlungskapazitäten für eine hohe Zahl krankenhausbefürdiger Patienten im Katastrophenfall, bei Großschadensereignissen, dem Massenansturm von Verletzten und bei Pandemien (siehe Tabelle 12.6 7. Thüringer Krankenhausplan).</p>

5.5 Vorgaben zu Qualitätskriterien und –festlegungen in den Krankenhausplänen

Tabelle 5.5: Vorgaben zu Qualitätskriterien und –festlegungen in der Krankenhausplanung

Bundesland	Qualitätskriterien und -festlegungen
Baden-Württemberg	<p>Gemäß § 6 Abs. 1 LKHG hat der Krankenhausplan insbesondere die Qualität und Sicherheit der Versorgung zu beachten. Die Krankenhausrahmenplanung orientiert sich weiterhin gemäß dem aktuellen Krankenhausplan unter anderem an der langfristig zu sichernden medizinischen Qualität. Vorgaben finden sich derzeit jedoch nur im Rahmen von Fachplanungen für bestimmte Bereiche (siehe unten). Auch die Zuweisung besonderer Aufgaben im Rahmen der Krankenhausplanung dient der Sicherung der Versorgungsqualität durch Konzentration in Zentren. Dies betrifft beispielsweise die Epilepsiechirurgie oder die Behandlung von Mukoviszidosepatienten.</p> <p>Ausführungen zu Kinder- und Jugendpsychiatrie und –psychotherapie: Fachplanung auf Basis einheitlicher Kriterien zur Bedarfsermittlung und zur Standortauswahl.</p> <p>Psychosomatische Medizin und Psychotherapie: Fachplanung basierend auf Annahmen zur Krankenhaushäufigkeit/Fallzahl, unterteilt nach Altersgruppen der Bevölkerung sowie differenziert für Verdichtungsgebiete und für den ländlichen Raum, Anteil der stationär behandlungsbedürftigen und für eine Behandlung motivierbaren Patienten, Zuschlag für chronisch psychosomatisch Kranke und Bettenutzungsgrad.</p> <p>Neurologische Frührehabilitation Phase B: Fachplanung legt konkrete sächliche und personelle Anforderungen fest und enthält Vorgaben zur Bedarfsermittlung durch landesweite jährliche Erhebung. Wurde kürzlich überarbeitet, da der VGH Baden-Württemberg mit Entscheidung vom 16.04.2015 – 10 S 96/13 Mängel bei der Auswahlentscheidung der Planungsbehörde festgestellt hatte. Neufassung der Fachplanung ist am 25.11.2016 in Kraft getreten.</p> <p>Geriatric: Die Fachplanung verweist auf Vorgaben für die Ausweisung von geriatrischen Schwerpunkten und Zentren entsprechend dem Geriatric-Konzept.</p> <p>Schlaganfallversorgung: Die Fachplanung verweist auf eine Ausweisung gemäß den Kriterien der „Schlaganfallkonzeption Baden-Württemberg“, die gemeinsam mit einem medizinischen Expertenrat erarbeitet und mit dem Landeskrankenhausausschuss abgestimmt wurde. Diese sieht eine Versor-</p>

Bundesland	Qualitätskriterien und -festlegungen
	<p>gungsstruktur mit Schlaganfallzentren, regionalen Schlaganfall-schwerpunkten und lokalen Schlaganfallstationen vor. Neufassung ist am 01.02.2017 in Kraft getreten.</p> <p>Versorgung von Patienten mit chronischen Schmerzzuständen: Im Rahmen der Fachplanung Zertifizierung regionaler und überregionaler Schmerzzentren auf Grundlage der von einer Arbeitsgruppe des Schmerzforums entwickelten Zertifizierungskriterien.</p> <p>Tumorzentren und onkologische Schwerpunkte: Die Fachplanung sieht eine Erfüllung der vom Landesbeirat "Onkologie" verabschiedeten "Grundsätze und Kriterien für die Voraussetzungen eines onkologischen Schwerpunkts" vor. Wird derzeit überarbeitet.</p> <p>Traumazentren: Im Krankenhausplan sind Traumanetzwerke mit lokalen, regionalen und überregionalen Traumazentren ausgewiesen. Die Ausweisung beruht auf der Zertifizierung durch die Deutsche Gesellschaft für Unfallchirurgie e.V. (DGU).</p> <p>Weaning (Beatmungsentwöhnung): Im Rahmen der Fachplanung erfolgt eine Auswahl der pneumologischen Fachkliniken angesichts der geringen zu erwartenden Fallzahlen.</p> <p>Chronische Dialyse: Im Krankenhausplan erfolgt keine Ausweisung der chronischen Nierendialyse mehr. Die bisher ausgewiesenen Dialysekapazitäten werden nach Einzelfallprüfung numerisch den internistischen Planbetten bzw. internistischen Tagesklinikplätzen zugeschlagen. Die Fachplanung enthält Vorgaben zu Umfang, Struktur und Aufgaben der teilstationären Dialyse zur Sicherung der Qualität und Wirtschaftlichkeit.</p>
Bayern	<p>Der Krankenhausplan enthält Qualitätskriterien/ -festlegungen bezüglich der stationären Versorgung von Risiko-Neugeborenen in Bayern durch Perinatalzentren und Verbund-Perinatalzentren sowie für die Fachprogramme „Palliativversorgung in Krankenhäusern“ und „Akutgeriatrie“. Für diese werden Kriterien der Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität festgelegt.</p> <p>So gelten für Palliativstationen über die im Krankenhaus üblichen baulichen, technischen und medizinischen Standards hinaus folgende Kriterien:</p> <p>Strukturqualität - <i>Personal</i></p>

Bundesland	Qualitätskriterien und -festlegungen
	<ul style="list-style-type: none"> • Eigenständige Station mit eigenem ärztlichem und pflegerischem Team • Arztschlüssel: 1 Arztstelle pro 6,5 Betten • Palliativmedizinische Qualifikation des ärztlichen Personals: mindestens ein Arzt mit abgeschlossener Zusatzweiterbildung Palliativmedizin (mit Übergangsfristen) oder äquivalenter Ausbildung im Ausland • Pflegeschlüssel: 1,2 Pflegekräfte pro Bett ab 9 Betten. Bei kleineren Einheiten Erhöhung des Pflegeschlüssels, gestaffelt nach Bettenzahl • Pflegeleitung und Vertretung mit abgeschlossenem 160 h Palliative Care Kurs • 30% des Pflegeteams mit abgeschlossenem 160 h Palliative Care Kurs (mit Übergangsfrist) • Weitere Professionen (Sozialarbeiter / Sozialpädagoge mit Kenntnissen im Case Management von Palliativpatienten (Palliative Care Zusatzweiterbildung erwünscht), Seelsorger, Therapeuten): 6 Std./Patient/Woche <p>- <i>Bauliche Kriterien</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Abgeschlossener Stationsbereich bzw. organisatorisch und räumlich abgetrennte Einheit • Ein- und Zweibettzimmer, überwiegend Einbettzimmer wünschenswert • Wohnliche Atmosphäre • Übernachtungsmöglichkeit für Angehörige • Multifunktionaler Raum mit wohnlicher Atmosphäre <p>Prozessqualität</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ausschließlich Aufnahme von Patienten mit einer nicht heilbaren, progredienten und weit fortgeschrittenen Erkrankung, die eine begrenzte Lebenserwartung haben und die einer palliativmedizinischen Behandlung zur Symptomkontrolle einschließlich Palliativpflege bedürfen. • Betreuung aller Palliativpatienten unabhängig von der Grunderkrankung • Durchführung eines standardisierten palliativmedizinischen Basisassessments (PBA) zu Beginn der Behandlung • Definition und regelmäßige Überprüfung von Therapiezielen • Gemeinsame Übergabe im multiprofessionellen Team • Gemeinsame wöchentliche Teambesprechung • Verpflichtende regelmäßige externe Supervision zur Unterstützung für das auf der Station eingesetzte Personal • Verpflichtende regelmäßige interne Fortbildung • Regelmäßige Dokumentation spezifisch palliativmedizinischer Leistungen • Standardisierte Symptom- und Symptomverlaufsdokumentation

Bundesland	Qualitätskriterien und -festlegungen
	<ul style="list-style-type: none"> • Regelmäßiger Einsatz von Subkutanpumpen • Entlassplanung in enger Vernetzung zu ambulanten und stationären Strukturen in der Region (z. B. niedergelassenen Ärzten, Pflegediensten, Pflegeheimen, stationären Hospizen) • Angebot von klinikinternen Konsilen und Beratung • Maßnahmen zur Qualitätssicherung • Vertragliche Zusammenarbeit mit ambulanten Hospiz und/ oder Palliativdiensten <p>Ergebnisqualität</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ziel ist die Linderung der Beschwerden und Stabilisierung der Krankheits- und Betreuungssituation, so dass die Patienten möglichst nach Hause entlassen oder in ein stationäres Hospiz oder ein Pflegeheim verlegt werden können. • Die durchschnittliche Liegezeit entspricht der durchschnittlichen Liegezeit der deutschen Palliativstationen mit Abweichung von zwei Tagen nach oben und unten. • Regelmäßige Überprüfung der Ergebnisqualität durch Auswertungen der Dokumentationen im Rahmen der nach § 135a SGB V geregelten Verpflichtung zur Qualitätssicherung wird empfohlen. <p>Weiterhin legt der Krankenhausplan folgende Kriterien für palliativmedizinische Dienste fest:</p> <p>Strukturqualität</p> <ul style="list-style-type: none"> - <i>Personal</i> <ul style="list-style-type: none"> • Facharzt mit Zusatzweiterbildung Palliativmedizin • Pflegekraft mit abgeschlossenem 160 h Palliative Care Kurs • Sozialarbeiter / Sozialpädagoge mit Kenntnissen im Case Management von Palliativpatienten (Palliative Care Zusatzweiterbildung erwünscht) - <i>Erreichbarkeit</i> <ul style="list-style-type: none"> • Der palliativmedizinische Dienst muss zu den üblichen Arbeitszeiten untertags erreichbar sein. <p>Prozessqualität</p> <ul style="list-style-type: none"> • Betreuung aller Palliativpatienten unabhängig von der Grunderkrankung (Ausnahme: Fachkrankenhäuser) • Durchführung eines standardisierten palliativmedizinischen Basisassessments (PBA) zu Beginn der Behandlung • Gemeinsame wöchentliche Besprechung des palliativmedizinischen Dienstes • Erstellung und Dokumentation eines individuellen Behandlungsplans • Einsatz von mindestens zwei der folgenden Therapiebereiche: Sozialarbeit / Sozialpädagogik, Psychologie, Physiotherapie,

Bundesland	Qualitätskriterien und -festlegungen
	<p>künstlerische Therapie (Kunst- und Musiktherapie), Entspannungstherapie, Patienten-, Angehörigen- und / oder Familiengespräche mit insgesamt mindestens 6 Stunden pro Patient und Woche in patientenbezogenen unterschiedlichen Kombinationen. (Die Patienten-, Angehörigen- und / oder Familiengespräche können von allen Berufsgruppen der palliativmedizinischen Dienste durchgeführt werden.)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Aktivierend- oder begleitend-therapeutische Pflege durch besonders in diesem Bereich geschultes Pflegepersonal • Regelmäßige Dokumentation der palliativmedizinischen Leistungen mit standardisierter Symptom- und Symptomverlaufsdokumentation in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Stationen • Entlassplanung in enger Vernetzung zu ambulanten und stationären Strukturen in der Region (z. B. niedergelassenen Ärzten, Pflegediensten, Pflegeheimen, stationären Hospizen) • Regelmäßige Fortbildung • Regelmäßige externe Supervision erwünscht • Kooperationsvereinbarung mit einem örtlichen ambulanten Hospiz- und / oder Palliativdienst, auch ggf. mit einem Team der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (SAPV) <p>Ergebnisqualität</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ziel ist die Linderung der Beschwerden und Stabilisierung der Krankheits- und Betreuungssituation, so dass die Patienten wenn möglich nach Hause, in eine Pflegeeinrichtung oder ein stationäres Hospiz entlassen werden können. Ist dies nicht möglich, ist eine würdevolle Sterbebegleitung in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Fachabteilungen anzustreben. • Regelmäßige Überprüfung der Ergebnisqualität durch Auswertungen der Dokumentationen im Rahmen der nach § 135a SGB V geregelten Verpflichtung zur Qualitätssicherung wird empfohlen. <p>Im Rahmen des Fachprogramms „Akutgeriatrie“ werden über die im Krankenhaus üblichen baulichen, technischen und medizinischen Standards hinaus folgende Qualitätskriterien festgelegt:</p> <p>Strukturqualität</p> <ul style="list-style-type: none"> - <i>Personal: Geriatisches Team</i> <p>Die Akutgeriatrie verfügt über ein eigenes geriatisches Team. Das geriatische Team ist multiprofessionell und interdisziplinär und setzt sich aus hierfür qualifizierten Ärzten, Pflegefachkräften, Sozialarbeitern / Sozialpädagogen und Therapeuten zusammen. Das geriatische Team wird von einem Geriater geleitet. Für den Einsatz des geriatischen Teams gelten die Anforderungen zur Erbringung der geriatischen frührehabilitativen Komplexbehandlung entsprechend dem</p>

Bundesland	Qualitätskriterien und -festlegungen
	<p>Operationen- und Prozedurenschlüssel (OPS) 8-550. Eine Orientierung an den Personalkennzahlen des Qualitätssiegels Geriatrie für die Akutgeriatrie wird empfohlen.</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ <i>Ärztliches Personal</i> <p><i>Akutgeriatrische Hauptabteilung</i> Der Chefarzt / Leitende Arzt einer akutgeriatrischen Hauptabteilung ist ein Geriater. Die fachärztliche Behandlungsleitung obliegt einem Geriater. Die fachärztliche Behandlungsleitung muss zu den üblichen Arbeitszeiten anwesend sein. Ist der Geriater kein Facharzt für Innere Medizin, so muss im geriatrischen Team zusätzlich ein Facharzt für Innere Medizin sein.</p> <p><i>Akutgeriatrische Behandlungseinheit</i> Die fachärztliche Behandlungsleitung obliegt einem Geriater. Die fachärztliche Behandlungsleitung muss zu den üblichen Arbeitszeiten anwesend sein. Ist der Geriater kein Facharzt für Innere Medizin, so muss im geriatrischen Team zusätzlich ein Facharzt für Innere Medizin sein.</p> <p><i>Akutgeriatrische Behandlungseinheit mit fachlichem Schwerpunkt</i> Die fachärztliche Behandlungsleitung obliegt einem Geriater gemeinsam mit einem Facharzt mit dem fachlichen Schwerpunkt der Hauptabteilung (z. B. Unfallchirurg in einer Alterstraumatologie). Der Geriater muss zu den üblichen Arbeitszeiten anwesend sein. Ist der Geriater kein Facharzt für Innere Medizin, so muss im Team darüber hinaus ein Facharzt für Innere Medizin sein.</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ <i>Pflegeschlüssel</i> <p>Pflegeschlüssel müssen in aktivierend-therapeutischer Pflege geschult sein.</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ <i>Therapeutisches Team</i> <p>Das therapeutische Team besteht aus Fachkräften insbesondere aus folgenden Therapiebereichen: Physiotherapie / Physikalische Therapie, Ergotherapie, Logopädie / faziatorale Therapie, Psychologie / Neuropsychologie.</p> <ul style="list-style-type: none"> - <i>Bauliche Kriterien</i> ○ <i>Akutgeriatrische Hauptabteilung</i> <p>Der akutgeriatrische Bereich umfasst mindestens 20 Betten und ist räumlich zusammenhängend. Ein Therapieraum und ein Aufenthaltsraum für die Patienten werden entsprechend den baulichen Gegebenheiten in diesem Bereich vorgehalten.</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ <i>Akutgeriatrische Behandlungseinheit / akutgeriatrische Behandlungseinheit mit fachlichem Schwerpunkt</i> <p>Der akutgeriatrische Bereich ist räumlich zusammenhängend. Die Orientierungsgröße beträgt 20 Betten. Abweichungen nach unten sind nur in Ausnahmefällen zulässig. Ein Therapieraum und ein Aufenthaltsraum für die Patienten sollten entsprechend den baulichen Gegebenheiten in diesem Bereich vorgehalten werden.</p>

Bundesland	Qualitätskriterien und -festlegungen
	<p>Prozessqualität</p> <ul style="list-style-type: none"> - <i>Funktion</i> Eine Akutgeriatrie ist spezialisiert auf die geriatritypische Diagnostik und Therapie von akut krankenhausbehandlungsbedürftigen geriatrischen Patienten im Krankenhaus. - <i>Interdisziplinarität</i> In einer Akutgeriatrie werden Patienten unabhängig von ihrer Grunderkrankung behandelt (Ausnahme akutgeriatrische Behandlungseinheit mit fachlichem Schwerpunkt). - <i>Geriatrisches Screening bei der Aufnahme</i> Um eine akutgeriatrische Behandlungsbedürftigkeit möglichst frühzeitig feststellen zu können, setzt die Klinik ein geriatrisches Screening ein, das bei jeder Aufnahme von Patienten, die mindestens 70 Jahre alt sind, angewandt wird. - <i>Geriatrisches Assessment</i> Grundlage der Behandlung geriatrischer Patienten sind ein standardisiertes geriatrisches Assessment, welches multiprofessionell und interdisziplinär erbracht wird, sowie ein soziales Assessment entsprechend den Vorgaben des Operationen- und Prozedurenschlüssels (OPS) 8-550 in seiner jeweils gültigen Fassung. - <i>Frührehabilitation</i> Eine Akutgeriatrie hält frührehabilitative Behandlungsmöglichkeiten vor und setzt diese nach individuellem Bedarf des Patienten ein. Eine Akutgeriatrie erfüllt hierbei die Anforderungen zur Erbringung der geriatrischen frührehabilitativen Komplexbehandlung gemäß dem Operationen- und Prozedurenschlüssel (OPS) 8-550 in seiner jeweils gültigen Fassung. - <i>Psychiatrische / neurologische Kompetenz</i> Um spezifische und komplexe psychische oder neurologische Begleiterkrankungen besser behandeln zu können, soll auch psychiatrisches und / oder neurologisches Wissen durch einen entsprechenden Facharzt im Team vertreten sein. Alternativ ist ein psychiatrischer und / oder neurologischer Liaisondienst sicherzustellen. Mindestens muss regelmäßig ein psychiatrisches und / oder neurologisches Konsil eingeholt werden. - <i>Zusammenarbeit mit anderen Fachrichtungen</i> Wegen der Interdisziplinarität wird bei Bedarf fachspezifische Kompetenz anderer Fachrichtungen, wie z. B. Chirurgie oder Urologie, konsiliarisch eingeholt. - <i>Klinikinterner geriatrischer Liaisondienst / Konsiliardienst</i> Geriatrisch qualifizierte Fachärzte aus dem geriatrischen Team stehen den Hauptabteilungen des Krankenhauses als Liaisondienst oder konsiliarisch zur Verfügung. - <i>Kooperation mit einer geriatrischen Rehabilitationseinrichtung</i> Eine Akutgeriatrie arbeitet mit mindestens einer geriatrischen Rehabilitationseinrichtung aus der Region zusammen. Die Kooperationen müssen im medizinischen Konzept inhaltlich dargestellt werden.

Bundesland	Qualitätskriterien und -festlegungen
	<p>- <i>Vernetzungen / sektorenübergreifende Versorgung</i> Eine Akutgeriatrie ist Teil eines Netzwerks zur Versorgung älterer Menschen. Dabei sind Vernetzungen über die Sektorengrenzen hinaus aufzubauen. Um eine lückenlose geriatrische Versorgung zu gewährleisten, ist insbesondere eine Zusammenarbeit mit den medizinischen und sozialen Einrichtungen vor Ort (niedergelassenen Ärzten, sozialen Diensten, ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen, etc.) erforderlich.</p> <p>Ergebnisqualität Die akutgeriatrie Versorgung im Krankenhaus von akut krankenhausbearbeitungsbedürftigen geriatrischen Patienten zeichnet sich durch einen umfassenden Behandlungsansatz aus, das heißt, es werden die körperlichen, funktionellen, geistigen, psychischen und sozialen Aspekte der älteren Menschen berücksichtigt. Dieser ganzheitliche Behandlungsansatz dient dazu, insbesondere die Selbstständigkeit des älteren Patienten zu erhalten und Pflegebedürftigkeit zu vermeiden. Zur Verbesserung der Ergebnisqualität sind geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Dazu werden regelmäßige Auswertungen zur Dokumentation im Rahmen der nach § 135a SGB V vorgegebenen Verpflichtung zur Qualitätssicherung empfohlen.</p> <p>Der Krankenhausplan enthält auch – über die entsprechenden G-BA-Kriterien hinaus – Qualitätskriterien bezüglich der stationären Versorgung von Risiko-Neugeborenen in Bayern durch Perinatalzentren und Verbund-Perinatalzentren (Kategorie I):</p> <p>a. Perinatalzentrum</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Ein Perinatalzentrum erfüllt die Qualitäts- und Mindestmengenanforderungen des G-BA an ein Perinatalzentrum Level 1. 2) Darüber hinaus umfasst ein Perinatalzentrum eine Geburtsklinik mit etwa 1.000 Geburten jährlich und eine Kinderklinik mit mindestens 6, optimal 10 neonatologischen Intensivbehandlungsplätzen sowie die Möglichkeiten einer kinderchirurgischen und/oder speziellen (z.B. kinderkardiologischen) Versorgung und 3) betreut im Einzugsgebiet, einschließlich der Geburten der eigenen Geburtsklinik, etwa 5.000 Geburten jährlich, davon mindestens 50 Frühgeborene mit einem Geburtsgewicht unter 1.500 Gramm und 4) ist grundsätzlich einem Krankenhaus der Maximalversorgung oder einem Krankenhaus, das überörtliche Schwerpunktaufgaben erfüllt, angegliedert. <p>Dieses Idealmodell eines Perinatalzentrums ist nicht überall realisierbar. Deshalb können auch modifizierte Modelle unter Abweichung von den Punkten bb) bis dd) akzeptiert werden, die der räumlichen</p>

Bundesland	Qualitätskriterien und -festlegungen
	<p>Struktur des Flächenstaates Bayern und der Bedarfslage Rechnung tragen.</p> <p>b. Verbund-Perinatalzentrum</p> <p>Mehrere Krankenhäuser, die sich in regionaler Nähe zueinander befinden und jedes für sich die Qualitätsanforderungen des G-BA an ein Perinatalzentrum Level 1 erfüllen, können sich zu einem gemeinsamen Verbund-Perinatalzentrum zusammenschließen. In diesem Fall wird die zu erreichende Mindestmenge insgesamt für das Verbund-Perinatalzentrum zugrunde gelegt. Eine Anerkennung als gemeinsames Verbund-Perinatalzentrum setzt dabei voraus:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Formelle Anforderungen <ul style="list-style-type: none"> • einheitlicher Auftritt nach außen, insbesondere unter einem gemeinsamen Namen, mit einer gemeinsamen Anschrift und Internetpräsenz; • gemeinsames Leitungsgremium; • ein Sprecher als zentraler Ansprechpartner; • einheitliche Dokumentation an allen Standorten; • gemeinsame Evaluierung und Veröffentlichung der Ergebnisse; • Geschäftsstelle und Geschäftsordnung. 2) Organisatorische Anforderungen <ul style="list-style-type: none"> • gemeinsame und standardisierte Behandlungskonzepte; • interdisziplinäre und standortübergreifende Fallkonferenzen entsprechend den Anforderungen der G-BA-Vereinbarung über Maßnahmen zur Qualitätssicherung der Versorgung von Früh- und Neugeborenen; • regelmäßige, jedoch mindestens monatlich stattfindende standortübergreifende Mortalitäts- und Morbiditätskonferenzen; • regelmäßige, jedoch mindestens einmal jährlich stattfindende standortübergreifende Strategie und Qualitätskonferenzen; • Programme zum standortübergreifenden Austausch des pflegerischen und ärztlichen Personals für die Bereiche Geburtshilfe und Neonatologie; • gemeinsame Fortbildung. 3) Überprüfung <p>Die Verbundkliniken des Gemeinsamen Perinatalzentrums verpflichten sich zur Teilnahme an einer kontinuierlichen Überprüfung der Umsetzung der Verbundkriterien durch die Fachkommission Neonatologie der BAQ als überparteilichem Fachgremium auf der Grundlage eines durch die BAQ zu erstellenden Konzeptes.</p>
Berlin	Neben generellen qualitätssichernden Anforderungen für alle Plankrankenhäuser (A) bzgl. Facharztbesetzung einer Fachabteilung und Pflegepersonal auf Intensivstationen stellt der Krankenhausplan 2016

Bundesland	Qualitätskriterien und -festlegungen
	<p>Anforderungen zur Struktur- und Prozessqualität in Verbindung mit Versorgungskonzepten und dem Ausweis von Abteilungen bzw. Schwerpunkten auf der Ebene von Subdisziplinen (B).</p> <p>A. Generelle qualitätssichernde Anforderungen für alle Plankrankenhäuser</p> <p><i>Facharztbesetzung einer Fachabteilung</i> Eine von einem Plankrankenhaus geführte Fachabteilung muss folgende Mindestanforderungen erfüllen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Chefarztärztin bzw. Chefarzt und Stellvertretung verfügen über eine der Abteilung entsprechende abgeschlossene Facharztweiterbildung, und Fachärztinnen und Fachärzte der entsprechenden Facharzttrichtung sind im Gesamtumfang (inkl. Leitung) von mindestens zwei Vollzeitstellen in der Abteilung dauerhaft tätig. • Um Leistungen erbringen zu können, die gemäß Weiterbildungsordnung einem bestimmten Fachgebiet zugeordnet sind, soll das Plankrankenhaus eine Fachabteilung dieses Fachgebietes führen. • Die ärztlichen Leistungen werden überwiegend von im Krankenhaus festangestellten Ärztinnen und Ärzten erbracht, um die Stabilität organisatorischer Prozesse einschließlich bei Notfällen zu gewährleisten (gilt nicht für Belegabteilungen). <p><i>Pflegepersonal auf Intensivstationen</i> Auf Intensivstationen der Berliner Plankrankenhäuser sind möglichst die Empfehlungen der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin (DIVI) einzuhalten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Für zwei Behandlungsplätze ist pro Schicht eine Pflegekraft erforderlich. • Bei speziellen Situationen soll eine erhöhte Präsenz von Pflegepersonal bis zu einer Pflegekraft pro Bettenplatz pro Schicht eingesetzt werden. Beispielsituationen sind schwere Verbrennungen, extrakorporale Lungenersatzverfahren, ein hoher Anteil (> 60 Prozent) der Patientinnen und Patienten mit Organersatzverfahren, zu denen z. B. Beatmungssituationen und Nierenersatzverfahren zählen, oder zusätzliche Aufgaben wie die Stellung des Reanimationsteams für das Krankenhaus oder die Begleitung von Transporten intensiv behandlungsbedürftiger Patientinnen und Patienten. • Der Anteil an qualifizierten Intensiv-Fachpflegekräften soll mindestens 30 Prozent des Pflegeteams der Intensivtherapieeinheit betragen. <p>B. Weitere Vorgaben für</p> <p><i>Geriatric und Versorgung Demenzerkrankter</i> Der Krankenhausplan 2016 stellt strukturelle Anforderungen an die geriatriche Versorgung im Krankenhaus. Geriatric ist im Kranken-</p>

Bundesland	Qualitätskriterien und -festlegungen
	<p>hausplan 2016 als Hauptabteilung ausgewiesen, d. h. es erfolgt im Plan auch eine qualitative und quantitative Vorgabe zur Kapazität der Abteilung (abschließende Planung). Geriatrische Komplexbehandlung ist nur mit der GKV abrechenbar, wenn diese in einem Krankenhaus (bzw. an einem Krankenhausstandort) erbracht wird, in (bzw. an) dem Geriatrie krankenhausesplanerisch vorgesehen ist.</p> <p>Voraussetzungen für den krankenhausesplanerischen Ausweis geriatrischer Angebote sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Abteilung für Geriatrie ist ordnungsbehördlich genehmigt/konzessioniert. • Die Abteilung für Geriatrie ist eingebunden in ein Allgemeinkrankenhaus. • Bestehende Fachkrankenhäuser genießen, sofern Bedarf nachgewiesen wird, Bestandsschutz. • Bei Auswahlentscheidungen zwischen mehreren Bewerbern gilt: Neue Fachkrankenhäuser werden nur dann in den Krankenhausplan aufgenommen, wenn sie konzeptionell nachweisen, wie sie den höheren Aufwand im Vergleich zu in Allgemeinkrankenhäuser integrierten Geriatrieabteilungen ausgleichen und besser als konkurrierende Mitbewerber geeignet sind. Der höhere Aufwand von Fachkrankenhäusern macht sich z. B. bei Komplikationen deutlich, wenn externe Fachärzte hinzugezogen oder Patientinnen und Patienten für notwendige Diagnostikmaßnahmen oder Operationen in andere Krankenhäuser verlegt werden müssen. Dies beeinträchtigt nicht nur die Leistungsfähigkeit der Fachkrankenhäuser, sondern auch die Qualität der Versorgung. Damit sind Fachkrankenhäuser tendenziell schlechter geeignet bzw. haben einen höheren Aufwand zum Ausgleich dieser Qualitätsnachteile als Krankenhäuser mit integrierter geriatrischer Abteilung. • Die individuellen Behandlungsbedarfe geriatrischer Patientinnen und Patienten erfordern über die stationären Strukturen hinaus eine intensive Vernetzung und Bündelung von Kompetenzen, die den ambulanten und komplementären Bereich einschließen. Krankenhäuser sollten daher die Einbindung in eine Netzwerkstruktur sichern. Auch ist entweder hausintern oder aber zwischen Fachkrankenhäusern und Krankenhäusern ohne eigene Geriatrie, aber mit Rettungsstelle durch entsprechende Kooperationsvereinbarungen die geriatrische Kompetenz in den Notaufnahmen sicher zu stellen. • Notfallzentren und Notfallkrankenhäuser erarbeiten ein Konzept unter Berücksichtigung der hausindividuellen Besonderheiten zur Erst- und Weiterversorgung geriatrischer Patientinnen und Patienten. • Geriatrische Abteilungen erfüllen folgende Anforderungen: <ul style="list-style-type: none"> • sie verfügen über eine angemessene Personalausstattung (empfohlen wird eine Ausrichtung an den Empfehlungen

Bundesland	Qualitätskriterien und -festlegungen
	<p>des Bundesverbandes Geriatrie)</p> <ul style="list-style-type: none"> • die fachärztliche Mindestbesetzung wird erfüllt (Mindestausstattung: ärztliche Leitung und Stellvertretung durch geriatrische Fachärztinnen und -ärzte, Gesamtumfang von mindestens zwei Vollkräften mit geriatrischer fachärztlicher Kompetenz) • die Chefärztin bzw. der Chefarzt soll über eine Weiterbildungsermächtigung verfügen • es erfolgt eine strukturierte hausinterne fachabteilungsübergreifende Zusammenarbeit • es erfolgen regelmäßige Mitarbeiterschulungen, auch in Bezug auf den Umgang mit Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen • ein qualifiziertes Entlass- und Beschwerdemanagement wird durchgeführt • größere Abteilungen sollen über besonders gestaltete Bereiche verfügen, die auf Bedürfnisse von Patientinnen und Patienten mit kognitiven Beeinträchtigten abgestimmt sind; diese Bereiche können auch in interdisziplinären Stationen zusammengefasst werden • Beteiligung an einer freiwilligen fachspezifischen externen Qualitätssicherungsmaßnahme wie z. B. Gemidas Pro sowie die Mitgliedschaft im Bundesverband Geriatrie werden empfohlen. <p>Der Krankenhausplan 2016 enthält des Weiteren Empfehlungen für die räumliche und personelle Ausstattung. Zu letzterem Punkt werden die Empfehlungen zur personellen Ausstattung des Bundesverbandes Geriatrie übernommen. Mit dem Krankenhausplan 2016 gilt die Empfehlung, dass jedes Berliner Plankrankenhaus über ein Konzept zur Versorgung von Patientinnen und Patienten mit kognitiven Beeinträchtigungen verfügen sollte.</p> <p>Die Erfüllung der empfehlenden Bestandteile der Anforderungen kommt insbesondere bei krankenhauserplanerischen Auswahlentscheidungen zum Tragen.</p> <p>Gefäßmedizin:</p> <p>Als Ziel im Bereich der Gefäßmedizin ist im Krankenhausplan 2016 die Sicherstellung einer qualitätsgerechten und leitlinienorientierten Behandlung aller stationär behandlungsbedürftigen Patientinnen und Patienten mit Gefäßkrankheiten formuliert. Ein Ausweis eines Krankenhauses mit gefäßmedizinischem Schwerpunkt erfolgt nur bei einer Zertifizierung als Gefäßzentrum durch entsprechende Fachgesellschaften (Deutsche Gesellschaft für Gefäßchirurgie und Gefäßmedizin (DGG), die Deutsche Gesellschaft für Angiologie (DGA) und die Deutsche Röntgengesellschaft (DRG). Die Krankenhausplanung für das Gebiet der Gefäßmedizin ist nicht abschließend.</p>

Bundesland	Qualitätskriterien und -festlegungen
	<p>Kardiologie: Im Krankenhausplan 2016 werden wegen der herausragenden Bedeutung insbesondere für die Gewährleistung einer adäquaten kardiologischen Notfallversorgung die Abteilungen für Kardiologie ausgewiesen. Der Ausweis erfordert die Erfüllung bestimmter Kriterien und erfolgt nicht abschließend. Wegen der großen krankenhauserischen Bedeutung der Sicherstellung einer adäquaten Notfallbehandlung werden mit dem Krankenhausplan 2016 kardiologische Abteilungen innerhalb des Fachgebietes Innere Medizin dann ausgewiesen, wenn sie folgende Auswahlkriterien erfüllen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Notfallkrankenhaus nach Krankenhausplan • ordnungsbehördlich genehmigte Abteilung für Kardiologie • Linksherzkathetermessplatz • ausreichende personelle Besetzung für die kardiologische Notfallversorgung (7 Tage die Woche/24 Stunden am Tag) • erkennbare Beteiligung an der Notfallversorgung. <p>Herzchirurgie Einen uneingeschränkten herzmedizinischen Versorgungsauftrag haben Krankenhäuser, die sowohl mit einer herzchirurgischen als auch kardiologischen Abteilung in den Krankenhausplan aufgenommen sind. Dabei ist wegen der vielfältigen innovativen Entwicklungen in der Herzchirurgie im Interesse von Qualität und Wirtschaftlichkeit notwendig, diesen uneingeschränkten herzmedizinischen Versorgungsauftrag auf wenige hochleistungsfähige Einrichtungen zu begrenzen. Die Herzchirurgie ist die einzige Subdisziplin, für die eine abschließende Planung mit quantitativem Kapazitätsausweis erfolgt.</p> <p>Schlaganfallversorgung Ziel ist es, eine qualitativ hochwertige Versorgung der Patientinnen und Patienten mit Schlaganfall(verdacht) zu gewährleisten. Voraussetzung hierfür ist, dass diese Patientinnen und Patienten grundsätzlich in ein geeignetes Notfallkrankenhaus verbracht werden. Als geeignet gilt ein Krankenhaus, wenn es folgende Kriterien erfüllt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Das Krankenhaus hat eine im Krankenhausplan ausgewiesene Fachabteilung für Neurologie. • Es führt eine zertifizierte oder eine sich im Zertifizierungsverfahren befindende Stroke Unit (Zertifizierungsverfahren entsprechend der Deutschen Schlaganfall-Gesellschaft und der Stiftung Deutsche Schlaganfall-Hilfe) • Das Krankenhaus muss alle infrastrukturellen und prozessualen Voraussetzungen für reibungslose intrahospitale Abläufe in der Schlaganfallversorgung vorhalten. • Darüber hinaus nimmt das Krankenhaus verpflichtend am Berliner Schlaganfallregister zur Qualitätssicherung teil.

Bundesland	Qualitätskriterien und -festlegungen
	<p>Notfallkrankenhäuser, die die oben aufgeführten Kriterien erfüllen, werden im Krankenhausplan 2016 als an der Schlaganfallversorgung teilnehmende Krankenhäuser qualitativ ausgewiesen. Krankenhäuser, die eine Zertifizierung beabsichtigen oder sich im Zertifizierungsverfahren befinden, werden im Feststellungsbescheid erst bei Nachweis der Zertifizierung als geeignet ausgewiesen.</p> <p>Neurologische Frührehabilitation</p> <p>Im Krankenhausplan werden Qualitätsanforderungen im Sinne von Mindestanforderungen an Struktur und Prozesse zur Versorgung von Patientinnen und Patienten in der neurologischen Frührehabilitation gestellt. Die Krankenhäuser, die sich an diesem Versorgungsauftrag beteiligen wollen, müssen in einem Versorgungskonzept ihre Leistungsfähigkeit und Kompetenz in der neurologischen Frührehabilitation darlegen und Wege aufzeigen, wie die Anforderungen umgesetzt werden sollen. Bei positivem Nachweis erfolgt eine quantitative Ausweisung der Einheit innerhalb der Neurologie. Die Anforderungen sind:</p> <p><u>Krankenhausstruktur und apparative sowie räumliche Ausstattung:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Neurologische Fachabteilung • Neurologische Frührehabilitationseinheit mit mindestens 20 Betten und: <ul style="list-style-type: none"> – adäquate Anzahl und Ausstattung von Beatmungsplätzen – Intensivüberwachungsmöglichkeiten (EKG, Blutdruck, Beatmung, Sauerstoffsättigung) • Verfügbarkeit von Akutdiagnostik und -therapie: <ul style="list-style-type: none"> – unmittelbare intensivmedizinische Behandlungsmöglichkeit – Notfall-Röntgendiagnostik muss mit jederzeitiger Bereitschaft (24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche [24/7]) innerhalb der Einrichtung selbst oder in einer räumlich angegliederten Einrichtung vorgehalten werden (Computertomographie [CT]: innerhalb 60 Minuten erreichbar) – Labor jederzeit (24/7) innerhalb 60 Minuten verfügbar: u. a. für Blutgasanalyse, Gerinnung, Blutbild, Elektrolyte, Blutzucker, CRP, Liquordiagnostik – mobile Verfügbarkeit von EKG, EEG, Ultraschall einschließlich Farbduplex • Weitere diagnostische Verfahren: <ul style="list-style-type: none"> – Endoskopie einschließlich Anlage von Ernährungssonden – Spirometrie: innerhalb der Einrichtung selbst – Bronchoskopie • Räumlichkeiten: Behindertengerecht; individuelle Sicherungsmöglichkeiten für Patientinnen und Patienten mit schwerem hirnorganischem Psychosyndrom und eigen- oder fremdgefährdendem Verhalten.

Bundesland	Qualitätskriterien und -festlegungen
	<p><u>Personelle Ausstattung</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • ärztliches und pflegerisches Personal muss über tätigkeitsbezogene intensivmedizinische Erfahrungen oder über mehrjährige Erfahrungen in einer Einrichtung der Neurologischen Frührehabilitation verfügen • intensivmedizinisch erfahrenes ärztliches Personal muss jederzeit (24/7) in der Einheit präsent sein • bei dringlicher Indikation muss eine unmittelbare konsiliarärztliche Mitbetreuung (internistisch, chirurgisch, urologisch etc.) gewährleistet sein. <p><u>Prozessqualität</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • standardisierte Diagnostik und medizinische Akuttherapie nach dem aktuellen Stand der medizinischen Kenntnis • Intensivpflege und -überwachung unter Einschluss von aktivierend-therapeutischer Pflege durch besonders geschultes Pflegepersonal auf dem Gebiet der neurologisch-neurochirurgischen Frührehabilitation • Funktionstherapie insgesamt mindestens 300 Minuten am Tag, häufig durch mehrere Therapeuten gleichzeitig • Gewährleistung der nahtlosen Weiterverlegung in nächste indizierte Rehabilitationsstufe; ggf. Nachweis von verbindlichen Kooperationen • Mitwirkung an Qualitätssicherungsmaßnahmen (intern und extern) • es müssen Konzepte zur Notfallversorgung intensivpflichtiger Patientinnen und Patienten, zum Umgang mit beaufsichtigungspflichtig verhaltens- und orientierungsgestörten Patientinnen und Patienten und zum Umgang mit multiresistenten Erregern vorliegen. <p>Darüber hinaus müssen die Anforderungen nach OPS 8-552 erfüllt sein.</p> <p>Die Versorgung bestimmter Patientengruppen (z. B. dialysepflichtige Phase-B-Patientinnen und –Patienten) erfordert das Vorhandensein zusätzlicher spezifischer Ausstattungs- und Leistungsmerkmale.</p> <p><i>Orthopädie und Unfallchirurgie:</i> Im Krankenhausplan 2016 werden insbesondere wegen ihrer Bedeutung für die Sicherstellung der Notfallversorgung die Abteilungen für Orthopädie und Unfallchirurgie ausgewiesen. Der Ausweis erfordert die Erfüllung bestimmter Kriterien und erfolgt nicht abschließend. Als Kriterien werden zugrunde gelegt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Notfallkrankenhaus oder Notfallzentrum gemäß Krankenhausplan • ordnungsbehördlich genehmigte Abteilung für Orthopädie und Unfallchirurgie • ausreichende personelle Besetzung, die eine zeitlich uneingeschränkte Beteiligung an der Notfallversorgung gewährleistet

Bundesland	Qualitätskriterien und -festlegungen
	<ul style="list-style-type: none"> • erkennbare Beteiligung an der Notfallversorgung auch außerhalb der normalen Arbeitszeit und am Wochenende (siehe unten). <p>Tumormedizin: Die Krebsbehandlung sollte interdisziplinär erfolgen. Krankenhäuser mit einem hohen Versorgungsanteil in der operativen Krebstherapie sollten deshalb auch über ein internistisch-onkologisches, strahlen-, physio- und psychotherapeutisches sowie palliativmedizinisches Versorgungsangebot verfügen bzw. sich dieses über Kooperationen erschließen. Bei seltenen, bei sehr bösartigen Krebserkrankungen und bei spezialisierten Behandlungsangeboten ist zudem gemäß Krankenhausplan 2016 über etwaige G-BA-Vorgaben hinaus eine Konzentration in wenigen Krankenhäusern wünschenswert. Der Ausweis als Krankenhaus mit onkologischem Schwerpunkt wird im Krankenhausplan 2016 mit der Verpflichtung verbunden, die folgenden qualitätssichernden Aufgaben zu erfüllen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Beteiligung an der epidemiologischen und klinischen Krebsdokumentation in Berlin (derzeit im GKR und an den Berliner Tumorzentren, zukünftig im geplanten gemeinsamen Klinischen Krebsregister der Länder Berlin und Brandenburg bzw. im Bereich der Kinderonkologie am Deutschen Krebsregister in Mainz). • Absicherung von wöchentlichen interdisziplinären Tumorkonferenzen mit fachärztlicher Besetzung (jeweils für das entsprechende Fachgebiet, für Radioonkologie, Pathologie und medikamentöse Tumortherapie) • Sicherstellung notwendiger pathologischer, radiologisch/radioonkologischer sowie nuklearmedizinischer Leistungen (zeitnah und mit festen Partnern) sowie medikamentös onkologischer Therapie unter fachärztlicher Kompetenz gemäß WBO • sektorübergreifende Organisation der Nach- bzw. Weiterbehandlung • palliativmedizinische und psychoonkologische Betreuungsangebote und Zusammenarbeit mit Selbsthilfeorganisationen • regelmäßige Fortbildungsveranstaltungen für alle an der onkologischen Behandlung beteiligten Mitarbeiter. <p>Darüber hinaus gibt es Behandlungsaufgaben bei Krebserkrankungen, bei denen die Zentralisierung in nur wenigen Krankenhäusern besonders wünschenswert ist. Hierzu gehören insbesondere die Stammzelltransplantationen, die Krebsbehandlung bei Kindern und die Behandlung von Augentumoren. Die Behandlung dieser Krebserkrankungen erfolgt in Berlin an besonders spezialisierten Krankenhäusern.</p> <p>Erkrankungen der Atmungsorgane: Abteilungen für Pneumologie als Subdisziplin der Inneren Medizin</p>

Bundesland	Qualitätskriterien und -festlegungen
	<p>werden im Krankenhausplan 2016 ausgewiesen, sofern sie die Voraussetzung einer personellen Sicherstellung der fachärztlichen Versorgung (Abteilung unter fachärztlicher Leitung, insgesamt mindestens zwei Fachärztinnen oder Fachärzte für Innere Medizin mit Schwerpunkt Pneumologie) erfüllen.</p> <p>Weiterhin sollten Operationen höheren Schweregrades in Krankenhäusern mit Abteilungen für Thoraxchirurgie konzentriert werden. Deshalb werden Abteilungen für Thoraxchirurgie im Krankenhausplans 2016 nur an Krankenhäusern ausgewiesen, die eine ordnungsbehördlich genehmigte, fachärztlich geleitete Abteilung mit mindestens zwei in Vollzeit tätigen Fachärztinnen oder -ärzten für Thoraxchirurgie führen und den Orientierungswert von 300 Operationen bei schwerwiegenden Diagnosen (insbesondere bei bösartigen Neubildungen der Lunge, Pyothorax und Pneumothorax) im Jahr erreichen.</p> <p>Beatmungsentwöhnung/Weaning</p> <p>Die Ausweisung von Weaningeinheiten im Krankenhausplan erfolgt qualitativ, d.h. nicht abschließend, wenn die im Folgenden aufgeführten Qualitätsanforderungen erfüllt werden:</p> <p><u>Personelle Ausstattung:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Das ärztliche und nichtärztliche Personal der Einheiten für prolongiertes Weaning muss intensivmedizinische Erfahrung, Erfahrung in der Entwöhnung von der invasiven Beatmung, aber auch Expertise in der nicht invasiven und außerklinischen Beatmung haben. • Da pneumologische Erkrankungen in etwa 50% für eine Langzeitbeatmung ursächlich sind, jedoch auch viele andere Erkrankungen vorliegen können, ist sowohl eine Interdisziplinarität des Behandlungsteams als auch eine unmittelbare Verfügbarkeit verschiedener akutmedizinisch relevanter Fachgebiete wichtig. • Eine Präsenz von intensiv- und beatmungsmungsmedizinisch erfahrenem Personal in den Einheiten für prolongiertes Weaning muss rund um die Uhr gegeben sein. • Die ärztliche Leitung der Einheit für prolongiertes Weaning muss eine mehrjährige Erfahrung im prolongierten Weaning, in der nichtinvasiven Beatmung und Erfahrung in der außerklinischen Beatmung besitzen, und entweder Facharzt mit Zusatzweiterbildung „Intensivmedizin“ oder Facharzt für „Innere Medizin und Pneumologie“ sein. <p><u>Krankenhausstruktur und räumliche sowie technische Ausstattung:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Die spezialisierte Einheit für prolongiertes Weaning kann sich entweder in einem separaten Bereich auf einer Intensivstation befinden, oder auf einer räumlich getrennten speziellen Weaningstation. Die Einheit für prolongiertes Weaning muss mindestens 10 Betten umfassen. • Unabhängig von der räumlichen Struktur muss die jeweils notwendige spezielle intensivmedizinische und beatmungstherapeuti-

Bundesland	Qualitätskriterien und -festlegungen
	<p>sche Kompetenz, sowie die personelle und technische Mindestausstattung vorgehalten werden. Insbesondere ist zu beachten, dass die baulichen Gegebenheiten eine Anpassung an den Tag/Nacht-Rhythmus der Patienten und den Lärmschutz im Patientenzimmer gewährleisten.</p> <p><u>Prozessqualität:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Es müssen mindestens 40 Weaningpatienten der Gruppe 3 (prolongiertes Weaning) pro Kalenderjahr behandelt werden. • Eine Überleitung eines invasiv beatmeten Patienten in die Häuslichkeit kann erst erfolgen, wenn alle Möglichkeiten der Entwöhnung ausgeschöpft wurden, inklusive der Prüfung einer Umstellung auf eine nichtinvasive Beatmung, es sich um einen stabilen Krankheitszustand handelt, und alle organisatorischen Voraussetzungen für eine Überleitung sichergestellt wurden. • Da Patientinnen und Patienten sowohl mit invasiver als auch mit nichtinvasiver außerklinischer Beatmung regelmäßig Kontrolluntersuchungen zur Überprüfung der Therapieziele und des gegebenenfalls langfristigen Weaningpotentials durchführen lassen müssen, sollten Kliniken mit Einheiten für prolongiertes Weaning auch Behandlungskapazitäten für diese Patienten haben. Zudem gibt es derzeit für Patienten mit invasiver außerklinischer Beatmung in den meisten Fällen keine strukturierte ambulante ärztliche Versorgung mit entsprechender Beatmungskompetenz. Darüber hinaus ist die ausreichende Vergütung dieser komplexen Behandlungsfälle nicht durchgängig gewährleistet. Die Expertenzentren für prolongiertes Weaning mit ihrer Expertise in außerklinischer Beatmung sollten daher im Sinne eines sektorenübergreifenden Betreuungsnetzwerks Ansprechpartner für Einrichtungen der außerklinischen Beatmungspflege und niedergelassene Ärzte sein. <p><u>Konzeption:</u></p> <p>Weiterhin muss ein Konzept zum Betreiben einer Einheit für prolongiertes Weaning vorliegen, welches im Wesentlichen die bereits vorhandenen Kriterien der Fachgesellschaften (Deutsche Gesellschaft für Pneumologie und Beatmungsmedizin, Deutsche Gesellschaft für Anästhesie und Intensivmedizin) zur räumlichen, technischen und personellen Ausstattung sowie zur Prozessqualität erfüllen sollte. Darüber hinaus sollen dem Konzept die Leitlinien der Deutschen Gesellschaft für Pneumologie und Beatmungsmedizin zum Thema prolongiertes Weaning und außerklinische Beatmung zugrunde liegen.</p> <p><i>Versorgung von Kindern und Jugendlichen:</i></p> <p>Im Krankenhausplan 2016 wird auf die Kriterien zur Qualitätssicherung zur stationären Versorgung von kranken Kindern und Jugendlichen verwiesen, die die Gesellschaft der Kinderkrankenhäuser und Kinderabteilungen in Deutschland e.V. (GKinD) in enger Kooperation mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Kind und Krankenhaus</p>

Bundesland	Qualitätskriterien und -festlegungen
	<p>(BaKuK) und der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendmedizin e.V. (DAKJ) entwickelt hat.</p> <ul style="list-style-type: none"> - <u>Perinatal- und Neonatalversorgung</u> Die Qualitätsvorgaben in der perinatologischen Versorgung, speziell die Anforderungen an Perinatale Schwerpunkte und Zentren, richten sich nach den Vorgaben des G-BA. Die Anerkennung in der jeweiligen Versorgungsstufe erfolgt im Rahmen der jährlichen Budgetverhandlungen mit den Krankenkassen. Auf krankenhauplanerische Festlegungen zu den Standorten der Perinatalzentren und Perinatalen Schwerpunkte wird verzichtet. - <u>Kinder- und Jugendpsychiatrie und –psychotherapie</u> Für die Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie hat eine Arbeitsgruppe des Landespsychiatriebeirats ein Fachgutachten erstellt, das – analog zur Erwachsenenpsychiatrie – mit seinen strukturellen und quantitativen Aussagen die Grundlage für den vorliegenden Krankenhausplan 2016 bildet. Im Krankenhausplan wird der Grundsatz einer familien- und herkunftsnahen stationären und teilstationären Versorgungsmöglichkeit formuliert, aus dem sich das Ziel einer regionalisierten Pflichtversorgung ableitet. Das bisherige Konzept der Vorhaltung einer 10 Betten-Einheit für Langzeittherapien für gesamt Berlin wird verlassen zugunsten einer Integration dieser Therapien auf regionaler Ebene. Generell sollten psychosomatische Angebote regional verankert und an den Kliniken für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie angesiedelt sein. Als überregionale und für gesamt Berlin zu konzipierende bzw. auszubauende Schwerpunkte sind die Bereiche für Kinder- und Jugendliche mit Intelligenzminderungen und schweren psychischen Störungen sowie für Jugendliche mit Substanzabusus und Abhängigkeitserkrankungen zu betrachten. <p>Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatische Medizin und Psychotherapie: Die krankenhauplanerischen Festlegungen für die Fachgebiete Psychiatrie und Psychotherapie sowie Psychosomatische Medizin und Psychotherapie basieren auf den fachlichen Empfehlungen des Landespsychiatriebeirates aus dem Jahr 2014. Die Krankenhausplanung orientiert sich dabei „am gemeindepsychiatrischen Paradigma eines regional verankerten, integrierten Versorgungssystem“. Die in diesem Versorgungssystem zu erbringenden Leistungen sind von den Leistungsanbietern, den Kostenträgern und dem jeweiligen Bezirk weiterzuentwickeln und aufeinander zu beziehen. Die regionalisierte Pflichtversorgung umfasst psychiatrische, psychotherapeutische und Leistungen der psychosomatischen Medizin. Eine</p>

Bundesland	Qualitätskriterien und -festlegungen
	<p>weitere Differenzierung nach Schwerpunkten (z. B. Allgemeinpsychiatrie, Gerontopsychiatrie, Sucht) oder Krankheitsbildern erfolgt seitens der Krankenhausplanung nicht. Diese Differenzierungen sind, abgestimmt auf die Besonderheiten der jeweiligen Pflichtversorgungsregion, durch den Krankenhausträger unter Einbeziehung der Kostenträger und der Bezirke vorzunehmen.</p> <p>Krankenhausversorgung am Lebensende</p> <p>Der OPS 8-982 beschreibt die aktive ganzheitliche Behandlung bei unheilbaren Erkrankungen zur Symptomlinderung und psychosozialen Stabilisierung und formuliert umfangreiche Anforderungen zu Personaleinsatz und Personalqualifikation sowie speziellen Therapiebereichen.</p> <p>Nach OPS 8-98e (spezialisierte stationäre palliativmedizinische Komplexbehandlung) ist eine kontinuierliche 24-stündige Behandlung durch ein multidisziplinäres und multiprofessionelles palliativmedizinisch spezialisiertes Team auf einer eigenständigen Palliativstation (mit mindestens 5 Betten) gefordert.</p> <p>Ein Ausweis von Palliativeinheiten erfolgt im Krankenhausplan 2016 weiterhin nicht. Um die palliativmedizinischen Versorgungsschwerpunkte in Berlin transparent zu machen, erfolgt eine vergleichende Leistungsdarstellung zur palliativmedizinischen Komplexbehandlung nach OPS 8-982 bzw. OPS 8-98e.</p> <p>Transplantationsmedizin</p> <p>Nach § 10 Abs. 1 Transplantationsgesetz (TPG) müssen Transplantationszentren für die Übertragung von Organen verstorbener Spender sowie für die Entnahme und Übertragung von Organen lebender Spender durch Feststellungsbescheid zum Krankenhausplan zugelassen werden. Um die Einhaltung der gesetzlichen Voraussetzungen nach dem TPG abzusichern wird der jeweilige Feststellungsbescheid neben der Zulassungsentscheidung – die auf die Übertragung bestimmter Organe bezogen ist – auch Auflagen enthalten, deren Erfüllung regelmäßig überprüft werden kann. Zu den Auflagen gehören u. a. die Einrichtung einer interdisziplinären Transplantationskonferenz und die Gewährleistung eines Sechsaugenprinzips für alle Entscheidungen zur Aufnahme in die Wartelisten und deren Führung sowie Dokumentations- und Berichtspflichten. Außerdem ist die Qualifikation der am Transplantationsgeschehen beteiligten Mitarbeiter/innen gegenüber der zuständigen Behörde nachzuweisen.</p>
Brandenburg	<p>Die Fortschreibung des Dritten Krankenhausplanes benennt die Qualitätssicherung durch Kooperation und Vernetzung als wichtige Herausforderung für die Zukunft und hebt die Zusammenarbeit der Perinatalzentren und die regionalen geriatrischen Netzwerke als positive Beispiele hervor. Bezüglich der perinatalogischen Versorgung wird</p>

Bundesland	Qualitätskriterien und -festlegungen
	<p>auf die entsprechende Richtlinie des G-BA verwiesen.</p> <p>Für das seit 2016 neu im Krankenhausplan ausgewiesene Fachgebiet Psychosomatische Medizin und Psychotherapie werden konzeptionelle Voraussetzungen festgelegt, z.B. die Vorhaltung einer strukturell eigenständigen, leistungsfähigen Behandlungseinheit unter fachärztlicher Behandlungsleitung, die Erfüllung der Strukturvoraussetzungen um psychosomatisch-psychotherapeutische Komplexbehandlungsleistungen gemäß OPS 9-63 (in der OPS-Version 2014) erbringen zu können und die Anbindung der Behandlungseinheit an Krankenhäuser mit einem breiten somatischen Spektrum und einer Fachabteilung für Psychiatrie und Psychotherapie.</p> <p>Die Erfüllung der konzeptionellen Voraussetzungen ist Bedingung für die Wahrnehmung des spezifischen Versorgungsauftrages.</p>
Bremen	<p>Trotz der im BremKrhG § 4 Abs. 2 und § 28 Abs. 3 enthaltenen Möglichkeit der Festsetzung von Qualitätsvorgaben, enthält der Krankenhausplan bisher noch keine konkreten Qualitätskriterien / -festlegungen.</p> <p>Das BremKrhG enthält indes zahlreiche Vorgaben zur Einhaltung von Qualitätsstandards, die die Aufnahme eines Krankenhauses in den Krankenhausplan bedingen. Dazu zählen die Sicherung und Gewährleistung einer durchgängig bedarfsgerechten ärztlichen und pflegerischen Versorgung für das jeweilige Gebiet, einschließlich eines bei der Patientenbehandlung vorgesehenen disziplinrelevanten Facharztstandards.</p> <p>Weitere Qualitätsvorgaben sind neben der Zulassung des Krankenhauses als Weiterbildungsstätte und die Befugniserteilung des leitenden Arztes zur Weiterbildung im Umfang der angebotenen Leistungen der betreffenden Klinik durch die Ärztekammer Bremen, die Vorhaltung eines Qualitätsbeauftragten in jedem Krankenhaus sowie die Einhaltung von Maßnahmen der Qualitätssicherung nach dem SGB V.</p>
Hamburg	<p>Gemäß § 15a HmbKHG müssen die Krankenhäuser die Einhaltung der Voraussetzungen für die Aufnahme in den Krankenhausplan bestätigen. Gemäß § 6b HmbKHG können für qualitätssensible Leistungen oder Leistungsbereiche ergänzende Qualitätsanforderungen auf Landesebene festgelegt werden sei es im Einvernehmen mit den Beteiligten oder per Rechtsverordnung des Senats. Diese sind in Vorbereitung.</p> <p>Für folgende Versorgungsbereiche enthält der Krankenhausplan bereits Qualitätsaspekte:</p> <p>Herzinfarktversorgung</p> <p>Patientinnen und Patienten mit einem akuten Myokardinfarkt dürfen vom Hamburger Rettungsdienst nur in Krankenhäuser gebracht werden, die über einen rund um die Uhr einsatzbereiten Linksherzkathe-</p>

Bundesland	Qualitätskriterien und -festlegungen
	<p>termessplatz verfügen. Zeitfenster bei ST-Hebung 120 Minuten von Alarm bis Intervention.</p> <p>Schlaganfallversorgung Patientinnen und Patienten mit Schlaganfallsymptomen dürfen vom Hamburger Rettungsdienst innerhalb der ersten 24 Stunden nach Auftreten der Symptome nur in Krankenhäuser mit Stroke-Unit (zertifiziert, in Zertifizierung befindlich, Strukturmerkmale für eine Zertifizierung sind erfüllt) gebracht werden.</p> <p>Geriatrische Versorgung / Ausbau der Altersmedizin Sicherstellung der wohnortnahen geriatrischen Versorgung mit Struktur- und Prozessqualitätselementen.</p> <p>Frührehabilitation Sicherstellung der wohnortnahen frührehabilitativen Versorgung im Bereich der neurologisch-neurochirurgischen Frührehabilitation durch sinnvolle Verteilung der Versorgungsangebote über das Stadtgebiet.</p> <p>Kindgerechte Krankenhausversorgung Verankerung der kindgerechten Krankenhausversorgung durch gesetzliche Regelung (Hamburgisches Krankenhausgesetz (HmbKHG)): grundsätzlich sollen Kinder in Kinderkrankenhäusern oder Abteilungen für Kinder- und Jugendmedizin bzw. Kinder- und Jugendpsychiatrie oder -psychosomatik versorgt werden. Im Rahmen seiner Möglichkeiten soll das Krankenhaus die Mitaufnahme einer Begleitperson ermöglichen sowie bei längerem Aufenthalt in Zusammenarbeit mit der zuständigen Behörde die pädagogische Betreuung unterstützen.</p> <p>Psychiatrische Versorgung Sicherstellung der wohnortnahen psychiatrischen Versorgung in den Bereichen Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychiatrie und Psychotherapie durch sektorisierte dezentrale Versorgung und Beleihung zur Unterbringung nach HmbPsychKG.</p>
Hessen	<p>Der Krankenhausplan enthält Kriterien zur Sicherstellung der Qualität und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, insbesondere die Festlegung von fachgebietsspezifischen Mindestabteilungsgrößen (Allgemeiner Teil des Krankenhausplans 2009; aktuellere Fassung nicht vorhanden). Er weist weiterhin auf das „Hessische Onkologiekonzept“ hin, das indes erst Mitte 2010 verabschiedet bzw. veröffentlicht wurde und als solches qualitätssichernde Strukturvorgaben enthält.</p>
Mecklenburg-Vorpommern	<p>Der Krankenhausplan enthält für die folgenden Bereiche Qualitätsanforderungen:</p>

Bundesland	Qualitätskriterien und -festlegungen
	<p><i>Onkologische Zentren</i></p> <p><i>Strukturqualität:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Verfügbarkeit interdisziplinärer Diagnostik, • Endoskopie (Bronchoskopie, Gastroskopie, Koloskopie, Laparoskopie), • Endosonographie, • Röntgen, Angiographie, CT, MRT, Nuklearmedizin, • Funktionsdiagnostik, • Mikrobiologische und virologische Diagnostik, • Pathologisch-anatomische Diagnostik mit intraoperativ verfügbarem Schnellschnitt, • Verfügbarkeit interdisziplinärer Behandlungsmöglichkeiten in der Chirurgie, Urologie, Gynäkologie, Gefäßchirurgie, • invasive Endoskopie und Laserbehandlung, • Strahlentherapie, • Bluttransfusionswesen, • Intensivmedizinische Behandlung, • Internistisch-onkologische Behandlung, • Psychosoziale Betreuung, • Palliativstation, • Verfügbarkeit von ausreichendem und qualifiziertem Personal mit erhöhter Kompetenzbildung, • Entwicklungen der Schnittstellen der Telemedizin, • Klinisches Krebsregister. <p><i>Prozessqualität:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Durchführung interdisziplinärer Tumorkonsile und -konferenzen, • Führung von Tumordokumentation (in der Form eines Klinischen Krebsregisters), • Durchführung von Fortbildungsprogrammen auch mit anderen Krankenhäusern, mit dem ambulanten Bereich und dem Reha-/Pflegebereich, • Wissenschaftliche Therapieoptimierung, • Einhaltung der Leitlinien zur Qualitätssicherung. <p>Besondere Aufgaben</p> <p><i>Frührehabilitation von schweren Schädelhirnschädigungen:</i> Krankenhäuser wurden explizit im Krankenhausplan festgelegt.</p> <p><i>Frührehabilitation von Querschnittslähmungen:</i> Krankenhäuser wurden explizit im Krankenhausplan festgelegt.</p> <p><i>Perinatalzentren Level 1 und 2</i> gemäß Qualitätssicherungs-Richtlinie Früh- und Reifgeborene/QFR-RL, veröffentlicht im Bundesanzeiger BAnz AT vom 03. Februar 2016 B2 in Kraft getreten am 4.</p>

Bundesland	Qualitätskriterien und -festlegungen
	<p>Februar 2016: Die Einstufung einer Klinik als Level 1 oder Level 2 erfolgt durch Selbsteinstufung durch den Krankenhausträger. Dabei ist zu beachten, dass gemäß der oben genannten Richtlinie der Nachweis über die Erfüllung der Anforderungen durch den Krankenhausträger gegenüber den Vertragspartnern der Pflegesatzvereinbarung bis zum 30. September des jeweils laufenden Jahres zu führen ist.</p> <p>Krankenhäuser wurden explizit im Krankenhausplan aufgenommen</p> <p>Schlaganfallversorgung (überregionale Stroke Units nach Leitlinien der Deutschen Schlaganfall-Gesellschaft): Krankenhäuser wurden explizit im Krankenhausplan festgelegt.</p> <p>Adipositas-Chirurgie: Diese spezialisierten Leistungen werden als besondere Aufgaben an Krankenhäusern erbracht, welche mindestens die Anforderungen der Chirurgischen Arbeitsgemeinschaft für Adipositas-Chirurgie der Deutschen Gesellschaft für Allgemein- und Viszeralchirurgie erfüllen. Krankenhäuser wurden explizit im Krankenhausplan festgelegt.</p> <p>Transplantationszentrum gemäß § 10 Transplantationsgesetz: Krankenhäuser wurden explizit im Krankenhausplan festgelegt.</p> <p>Palliativmedizin im Krankenhaus: Die Palliativmedizinische Komplexbehandlung erfolgt auf Basis von § 39 Absatz 1 Sozialgesetzbuch Fünftes Buch in Krankenhäusern, die eine entsprechende Strukturqualität nachweisen können (Prozedurenschlüssel OPS 8-982). Palliativmedizinische Kapazitäten an den Krankenhäusern werden daher im Krankenhausplan 2012 nicht gesondert ausgewiesen.</p> <p>Die Krankenhausgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern veröffentlicht Angaben über die Krankenhäuser, die die vorgegebenen Strukturvoraussetzungen zur Erbringung der „Palliativmedizinischen Komplexbehandlung“ erfüllen und folglich diese Leistung anbieten können: www.kgm.de: Palliativmedizin im Krankenhaus.pdf</p> <p>Geriatric im Krankenhaus: Im Fallpauschalensystem sind die Anforderungen an die Leistungserbringer im Prozedurenschlüssel OPS 8-550 hinterlegt. Bei Einhaltung dieses Standards dürfen Krankenhäuser Leistungen der geriatrischen Frührehabilitation erbringen. Eine gesonderte Ausweisung im Krankenhausplan ist daher nicht vorgesehen. Die Ausweisung der Tageskliniken erfolgt als „geriatrische Tagesklinik“.</p> <p>Die Krankenhausgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern veröffentlicht Angaben über die Krankenhäuser, die die vorgegebenen Strukturvoraussetzungen zur Erbringung der „Geriatrischen Frührehabilita-</p>

Bundesland	Qualitätskriterien und -festlegungen
	<p>tiven Komplexbehandlung“ erfüllen und folglich diese Leistung anbieten können:</p> <p>www.kgmv.de: Geriatrie im Krankenhaus.pdf</p>
Niedersachsen	<p>Der Krankenhausplan enthält keine Qualitätskriterien / -festlegungen.</p>
Nordrhein-Westfalen	<p>Der Krankenhausplan NRW 2015 formuliert: „Die nachfolgend für verschiedene Versorgungsbereiche herangezogenen medizinisch-fachlichen Leitlinien, Stellungnahmen und Empfehlungen sind als wichtige Orientierung zu verstehen und zur Überprüfung der Strukturqualität so lange heranzuziehen, bis sich der allgemein anerkannte Stand der Medizin ausdrücklich weiter entwickelt hat, z.B. durch Neufassung einer Leitlinie.</p> <p>Eine Orientierung ist kein Ausschlusskriterium; die konkrete Situation des Einzelfalles ist bei Entscheidungen immer in Betracht zu ziehen.</p> <p>Zum Zeitpunkt der Verwaltungsentscheidung über ein konkretes regionales Planungskonzept muss der Bezugspunkt aktuell und eindeutig belegbar sein.“</p> <p>Aufgrund des großen Umfangs der herangezogenen Unterlagen, wird an dieser Stelle auf die Ausführungen des Krankenhausplanes NRW 2015 verwiesen.</p>
Rheinland-Pfalz	<p>Der Krankenhausplan enthält für die folgenden Bereiche Strukturvorgaben:</p> <p>Chirurgie (Gefäßchirurgie): Der bereits heute vorhandene hohe Spezialisierungsgrad der Gefäßchirurgie erfordert ausreichend erfahrene Operateurinnen und Operateure, eine umfangreiche apparative Ausstattung (digitale Subtraktionsangiografie, Kernspinangiografie, Computertomografie) und interdisziplinäre Zusammenarbeit primär mit der Radiologie.</p> <p>Gynäkologie/Geburtshilfe: Wiedergabe der von der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe definierten Anforderungen für geburtshilfliche Abteilungen.</p> <p>Stroke-Units:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Notaufnahme muss rund um die Uhr möglich sein. Die diagnostischen Möglichkeiten der Computertomographie müssen rund um die Uhr zur Verfügung stehen. Der Zugriff auf einen Kernspintomographen (nicht unbedingt im Haus) muss möglich sein. • Ein Labor muss rund um die Uhr verfügbar sein. • Das EKG muss 24 Stunden täglich möglich sein.

Bundesland	Qualitätskriterien und -festlegungen
	<ul style="list-style-type: none"> • Es muss eine Einheit mit mindestens vier Plätzen gebildet werden. Ein Monitoring muss möglich sein. Das Monitoring pro Patientin und Patient soll den geltenden evidenzbasierten Schemata entsprechen. • Ein Schlaganfallbehandlungsteam, das aus Ärztinnen und Ärzten, Pflegepersonal, Krankengymnastinnen und Krankengymnasten, Logopädinnen und Logopäden, Ergotherapeutinnen und Ergotherapeuten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sozialdienstes besteht, muss vorhanden sein. Es kann angestelltes Personal und selbstständiges Personal eingesetzt werden. • Ein US-Doppler-Duplex-Messplatz muss vorhanden sein. • TTE-TEE (Trans-Thorakale-/Trans-Esophageale Echokardiographie) muss verfügbar sein. • Das Haus muss über intensivmedizinische Behandlungsmöglichkeiten rund um die Uhr verfügen. • Es muss eine Kooperationsvereinbarung mit einer neurochirurgischen Klinik bestehen, die bereit ist, Operationen unverzüglich durchzuführen, wenn dies im Interesse der Patientin oder des Patienten nötig ist. • Aus wirtschaftlichen Gründen wird eine Mindestanzahl von Schlaganfallpatientinnen und Schlaganfallpatienten pro Einheit, die jährlich behandelt wird, empfohlen. Pro Jahr sollten mindestens etwa 250 Patientinnen und Patienten in der Einheit behandelt werden. • Die beschriebene Strukturqualität muss rund um die Uhr einsatzbereit sein. Dies gilt für die Aufnahmebereitschaft, die Radiologie sowie die Verfügbarkeit von Ärztinnen und Ärzten, die in der Schlaganfallbehandlung sowie in der US-Diagnostik der Hirngefäße kompetent sind. • Außerdem müssen Ärztinnen oder Ärzte mit kardiologischer und neurologischer Kompetenz verfügbar sein. • Es muss rund um die Uhr eine Verbindung zur zentralen (überregionalen) Schlaganfalleinheit (früher: Schlaganfalleinheit 1. Ordnung) möglich sein. • Das Krankenhaus, das über eine Schlaganfalleinheit verfügt, muss sich an qualitätssichernden Maßnahmen beteiligen. <p>Diabetologie: Aufbauend auf bereits bestehende diabetesspezifische Versorgungsstrukturen wird im Hinblick auf die Betreuung von Diabetikerinnen und Diabetikern die Einteilung der rheinland-pfälzischen Krankenhäuser in drei Versorgungsstufen vorgenommen, die unter anderem den im Folgenden aufgezählten Qualitätsanforderungen genügen sollen.</p> <p>– Krankenhäuser der Stufe C Krankenhäuser der Stufe C behandeln Patientinnen und Patienten mit Diabetes mellitus insbesondere als Nebendiagnose. Alle Kranken-</p>

Bundesland	Qualitätskriterien und -festlegungen
	<p>häuser der Allgemeinversorgung (Grundversorgung, Regelversorgung, Schwerpunktversorgung, Maximalversorgung) sowie auch Fachkrankenhäuser gehören zu dieser Versorgungsstufe. Das Fachpersonal der Krankenhäuser der Stufe C muss abgesehen von dem diabetologischen Grundwissen nicht über besondere diabetologische Qualifikationen verfügen. Es muss jedoch mit einer diabetologischen Schwerpunkteinrichtung der Stufe B oder A und soll mit diabetologischen Schwerpunktpraxen zusammenarbeiten. Die Möglichkeit zur therapiebegleitenden Blutzuckerbestimmung und zur weiteren Notlabordiagnostik muss bestehen. Die Ermittlung der Parameter entsprechend dem Gesundheitspass Diabetes muss während jedes stationären Aufenthaltes möglich sein. Die Zusammenarbeit mit einer diabetologischen Schwerpunktpraxis von Vertragsärztinnen und -ärzten ist möglich. Die Krankenhäuser sollen sich an einer Dokumentation der durchgeführten Amputationen beteiligen.</p> <p>– Krankenhäuser der Stufe B Krankenhäuser der Stufe B verfügen über einen diabetologischen Schwerpunkt. Der diabetologische Schwerpunkt kann nachrichtlich im Landeskrankenhausplan vermerkt werden. Krankenhäuser der Stufe B müssen eine bestimmte Struktur- und Prozessqualität nachweisen. Ein Krankenhaus der Stufe B muss mindestens über eine Diabetologin oder einen Diabetologen mit einer entsprechenden Anerkennung in verantwortlicher Position, eine Diabetes-Beraterin oder einen Diabetes-Berater sowie eine Diätassistentin oder einen Diätassistenten verfügen. Eine Ärztin oder ein Arzt mit diabetologischer Kompetenz (zum Beispiel im Rahmen eines diabetologischen Konsiliardienstes) muss jederzeit erreichbar sein. Patientinnen und Patienten mit Folgeerkrankungen des Diabetes mellitus müssen durch diabetologisch kompetente Ärztinnen und Ärzte behandelt werden können. Im Falle einer Stoffwechsellage muss die Behandlung in der Regel durch eine Diabetologin oder einen Diabetologen erfolgen. Die Betreuung von Patientinnen und Patienten mit diabetischem Fußsyndrom muss durch eine mit dem diabetischen Fuß erfahrene Diabetologin oder einen entsprechenden Diabetologen erfolgen. Bei der Behandlung von Patientinnen und Patienten mit Diabetes mellitus in chirurgischen oder gefäßchirurgischen Abteilungen muss eine diabetologische (Konsiliar-)Betreuung durch eine Diabetologin oder einen Diabetologen gewährleistet sein. Die Krankenhäuser beteiligen sich an einer Dokumentation der durchgeführten Amputationen.</p> <p>– Krankenhäuser der Stufe A Krankenhäuser der Stufe A verfügen über eine besondere diabetologische Kompetenz und werden als Diabetologisches Zentrum ausgewiesen. Das Diabetologische Zentrum erfüllt alle Anforderungen, die an einen diabetologischen Schwerpunkt gestellt werden. Krankenhäuser der Stufe A müssen mindestens über drei Diabetologinnen</p>

Bundesland	Qualitätskriterien und -festlegungen
	<p>oder Diabetologen verfügen. Eine Diabetologin oder ein Diabetologe muss in leitender Position beschäftigt sein. Das Diabetologische Zentrum muss weiterhin über mindestens eine Psychologin oder einen Psychologen und zwei Diabetesberaterinnen oder Diabetesberater verfügen. Ärztinnen und Ärzte müssen zu Diabetologinnen oder Diabetologen weitergebildet werden können. Jede Fachabteilung soll über eine verantwortliche koordinierende Ärztin oder einen verantwortlichen koordinierenden Arzt für Patientinnen und Patienten verfügen, die an Diabetes mellitus erkrankt sind. Jedes Krankenhaus der Stufe A nimmt an einer Dokumentation der Amputationen teil. Das Diabetologische Zentrum muss konsiliarisch für Häuser der Stufe B und C zur Verfügung stehen. Das Diabetologische Zentrum übt die Aus- und Fortbildungsfunktion für Gesundheitsfachberufe zur kompetenten Betreuung von Diabetikerinnen und Diabetikern aus.</p> <p>Brustzentren: Ein im Landeskrankenhausplan ausgewiesenes Brustzentrum soll unter anderem (im stationären Bereich) mindestens über folgende Ressourcen verfügen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Eine Hauptfachabteilung für Gynäkologie, in der an Brustkrebs erkrankte Frauen und Männer behandelt werden, besteht. • Alle erforderlichen bildgebenden diagnostischen Verfahren sowie histologische Untersuchungen sind möglich. • Eine Internistische Onkologie besteht. • Eine Pathologie ist vorhanden. • Eine Strahlentherapie ist vorhanden. • Ein palliativ-medizinisches und ein psychoonkologisches Angebot bestehen • Eine Plastische Chirurgie (die auch fachgebunden sein kann) besteht. <p>Die erfolgreiche Zertifizierung eines Krankenhauses als Brustzentrum nach den Vorgaben der Deutschen Gesellschaft für Senologie und der Deutschen Krebsgesellschaft ersetzt die vorgenannten Ressourcen und berechtigt gleichermaßen eine Ausweisung als Brustzentrum im Landeskrankenhausplan.</p> <p>Geriatric: Der Landeskrankenhausplan 2010 verweist (neben den Vorgaben des jeweils geltenden Operations- und Prozedurenschlüssels (OPS 8-550)) auf die Strukturvorgaben des Geriatriekonzeptes des Landes Rheinland-Pfalz. Auch sei die regelhafte Einbindung einer Geriaterin oder eines Geriaters in die Notfallaufnahme als Qualitätskriterium in der Krankenhausbehandlung zu werten.</p>
Saarland	<p>Chest Pain Units (CPU): Die Deutsche Gesellschaft für Kardiologie – Herz- und Kreislauffor-</p>

Bundesland	Qualitätskriterien und -festlegungen
	<p>schung (DGK) hat Mindeststandards für CPUs definiert. Gemäß dem Krankenhausplan können als die für die Krankenhausplanung relevanten Mindeststrukturkriterien folgende Aspekte zusammenfassend genannt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • mindestens vier Überwachungsplätze mit definierter Ausstattung • Integration in eine Notaufnahmeeinheit mit ständiger Verfügbarkeit von definierten Kapazitäten unter Leitung eines Kardiologen • folgende Qualifikationen für den ärztlichen Dienst <ul style="list-style-type: none"> ○ Assistenzärzte: mindestens zwei Jahre internistische/kardiologische Berufserfahrung, ausreichende Intensivverfahren, ausreichende Echokardiographie-Erfahrung; zusätzlich Kardiologe in Rufbereitschaft (365 Tage/ 24 h), Alarmierung < 30 min ○ Oberärzte/Fachärzte: 365 Tage/ 24 h in Rufbereitschaft, Alarmierung < 30 Minuten • geschultes Pflegepersonal • ein ständig verfügbares Herzkatheterlabor (365 Tage/ 24 h), das in maximal 15 Minuten von der CPU erreichbar ist • ständig verfügbare Intensivstation, Transferzeit < 15 Minuten • 24-h-Anbindung an ein Notfalllabor • Spezielle diagnostische Bildgebung: Echokardiographie, Abdomensonographie, • CT und MRT (in Kooperation). <p>Zudem müssen laut DGK für jede CPU leitliniengerechte Behandlungspfade für bestimmte Krankheitsbilder vorliegen. Weiterhin muss eine enge Kooperation mit den Notfallversorgungseinrichtungen einer Region mit Integration in bestehende Regionalpläne für das akute Koronarsyndrom bestehen. Auch Kooperationen zu anderen akutstationären und diagnostischen Einheiten sind notwendig. Hier sind als wichtige Strukturen die enge Anbindung an Intensivkapazitäten (Transportzeit kleiner 15 Minuten), geeignete Röntgendiagnostik sowie die Verfügbarkeit gastroenterologischer Kompetenz zu nennen.</p> <p>Gefäßchirurgie: Zukünftig können „Fachabteilungen für Gefäßchirurgie“ oder „Schwerpunkte für Gefäßchirurgie an chirurgischen Fachabteilungen“ ihren Versorgungsauftrag nur behalten, wenn sie zertifizierte interdisziplinäre Gefäßzentren mit „Dreier-Zertifizierung“ sind. Dieses Zertifikat bestätigt die Erfüllung der von der Deutschen Gesellschaft für Angiologie (DGA), der Deutschen Gesellschaft für Gefäßchirurgie (DGG) und der Deutschen Röntgengesellschaft (DRG) formulierten Mindestanforderungen an ein interdisziplinäres Gefäßzentrum. Diese zertifizierten Fachabteilungen und Schwerpunkte werden dann als „Inter-</p>

Bundesland	Qualitätskriterien und -festlegungen
	<p>disziplinäre Gefäßzentren“ ausgewiesen.</p> <p>Stroke Units: Eine regionale Stroke Unit muss in eine Abteilung für Neurologie oder eine Internistische Abteilung mit Schlaganfallexpertise integriert sein. Eine regionale Stroke Unit muss durch einen neurologischen oder internistischen Facharzt mit Schlaganfallexpertise geleitet werden und über mindestens vier Monitoring-Betten verfügen. Pro Jahr müssen mindestens 250 Schlaganfallpatientinnen/ –patienten (inklusive TIA) versorgt werden. Ferner muss sie nach dem Verfahren der LGA InterCert/TÜV Rheinland zertifiziert sein. Eine überregionale Stroke Unit muss Teil einer Neurologischen Akutklinik mit Schlaganfallexpertise sein. Eine überregionale Stroke Unit muss durch einen neurologischen Facharzt geleitet werden. Sie muss mindesten sechs Monitoring-Betten vorhalten, und pro Jahr müssen hier mindestens 450 Schlaganfallpatientinnen/ –patienten (inklusive TIA) behandelt werden. Sie muss auch nach dem Verfahren der LGA InterCert/ TÜV Rheinland zertifiziert sein. Darüber hinaus sind in einer überregionalen Stroke Unit die Anforderungen in Bezug auf komplementäre Disziplinen (beispielsweise Vorhaltung einer Radiologischen Abteilung mit neuroradiologischer diagnostischer und interventioneller Kompetenz über 24 Stunden sowie Neurochirurgische Abteilung im Krankenhaus oder in kürzester Entfernung – maximal eine halbe Stunde Transportzeit – und mit Kooperationsvertrag), Diagnostik, apparative Ausstattung und Personal, insbesondere auch im Hinblick auf Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit, deutlich höher. „Stroke Units“ dürfen zukünftig ihren Versorgungsauftrag nur behalten, wenn sie nach dem Qualitätsstandard der Deutschen Schlaganfall-Gesellschaft und der Stiftung Deutsche Schlaganfall-Hilfe zertifiziert sind.</p> <p>Geriatric:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Allgemeine und bauliche Strukturkriterien • Personelle Anforderungen • Prozessuale Anforderungen • Anforderungen an externe Qualitätssicherung • Vorgaben zu Geriatrischen Versorgungsverbänden <p>Mindestmengen: Mindestmengenvorgabe für gynäkologisch-geburtshilfliche Abteilungen: "regelmäßig mehr als 300 Geburten jährlich" (§ 23 Absatz 7 SKHG).</p>
Sachsen	<p>Geriatric: Einrichtungen mit geriatrischem Versorgungsauftrag werden explizit im Krankenhausplan ausgewiesen. Die geriatrischen Abteilungen erfüllen dabei die Voraussetzungen für das Qualitätssiegel Geriatric.</p>

Bundesland	Qualitätskriterien und -festlegungen
	<p>Palliativstationen: Palliativstationen werden explizit im Krankenhausplan ausgewiesen. Sie müssen die international anerkannten „Qualitätskriterien für Palliativstationen“ erfüllen.</p> <p>Spezialisierte kardiologische Leistungen (Invasive Kardiologie): Spezialisierte Leistungen innerhalb der Kardiologie werden in Schwerpunkt- bzw. Maximalversorgungskrankenhäusern erbracht. Für darüber hinaus gehende Angebote ist eine Genehmigung durch das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz erforderlich. Bei der Entscheidung zur Genehmigung sind die Leitlinien der deutschen Gesellschaft für Kardiologie-, Herz- und Kreislaufforschung zu berücksichtigen.</p> <p>Spezialisierte septische Chirurgie: Für die Therapie schwerst-therapierbarer Endoprotheseninfekte bei Erwachsenen wurde ein überregionales Kompetenz- und Referenzzentrum etabliert. Diese Einrichtung ist an besondere baulich-strukturelle Bedingungen und betrieblich-organisatorische Voraussetzungen gebunden.</p> <p>Versorgung von Schlaganfallpatienten: Es wurden drei telemedizinische Schlaganfallnetzwerke aufgebaut. Die für sie geltenden Strukturanforderungen sind in der Rahmenvereinbarung „Schlaganfallnetzwerk Freistaat Sachsen“ definiert.</p> <p>Kinder- und Jugendmedizin: Kinder und Jugendliche sind grundsätzlich in dafür ausgewiesenen pädiatrischen Abteilungen zu behandeln. Gemäß Krankenhausplan ist es das Ziel, „dass alle Einrichtungen die Qualitätskriterien, die in dem von der Gesellschaft der Kinderkrankenhäuser und Kinderabteilungen in Deutschland e.V. (GKind) mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Kind und Krankenhaus (BaKuK) und der Deutschen Akademie für Kinder und Jugendmedizin (DAKJ) entwickelten Strukturpapier „Maßnahmen zur Qualitätssicherung für die stationäre Versorgung von Kindern und Jugendlichen“ definiert sind, erfüllen.</p> <p>Spezialisierte Adipositasbehandlung Um die Versorgung von morbid adipösen Patienten (BMI \geq 35 mit schwerwiegenden Begleiterkrankungen, BMI \geq 40) zu verbessern, wird die Behandlung an multiprofessionell strukturierten Einrichtungen konzentriert.</p> <p>Traumazentren und Traumanetzwerke Ziel von Traumazentren und Traumanetzwerken ist die Verbesserung der flächendeckenden Versorgungsqualität von Schwerverletzten rund um die Uhr.</p>

Bundesland	Qualitätskriterien und -festlegungen
	<p>Hals-Nasen-Ohrenheilkunde/Cochlear-Implantation: Zur Sicherstellung des Behandlungserfolgs und damit einer hochwertigen qualitativen Versorgung erfolgt die Cochlear-Implantation in Versorgungsstrukturen, die zum einen die klinische Basistherapie und auch die Folgetherapie interdisziplinär an einem Standort in enger Zusammenarbeit mit Rehabilitationskliniken sicherstellen.</p>
Sachsen-Anhalt	<p>Keine Qualitätskriterien und -festlegungen im Krankenhausplan. Die Erarbeitung des Krankenhausplanes stützt sich jedoch auf die so genannten „Rahmenvorgaben“. In diesen wird mehrfach auf vorzuhaltende Qualitätskriterien hingewiesen, so bezüglich der Versorgung in Fachgebieten, in Planungsschwerpunkten bei Facharzt- und Schwerpunktcompetenzen sowie in Leistungszentren wie z.B. Pädiatrischen, Geriatrischen und Neurologischen Frührehabilitationszentren. Die Rahmenvorgaben enthalten auch allgemeine Leistungsanforderungen für die jeweiligen Fachgebiete.</p> <p>Des Weiteren haben die Landesverbände der Krankenkassen und die Verbände der Ersatzkassen gemeinsam nach § 3 Abs. 3 KHG LSA mit den Krankenhausträgern für das jeweilige Krankenhaus Leistungs- und Qualitätsvereinbarungen zur Umsetzung der Rahmenvorgaben zu schließen.</p>
Schleswig-Holstein	<p>Traumazentren: Die Festlegung von regionalen und überregionalen Traumazentren und Einrichtung von Traumanetzwerken erfolgt auf der Basis des Weissbuches „Schwerer Verletzten-Versorgung“ der Deutschen Gesellschaft für Unfallchirurgie e.V.</p> <p>Geriatrische Versorgung Weiterentwicklung des Geriatriekonzepts Schleswig-Holstein (2014): Geriatrische Versorgungsverbund mit vollstationärem, teilstationärem und ambulantem Angebot. Verweis auf OPS 8.550.</p> <p>Palliativmedizinische Versorgung: Verweis auf OPS 8.98e sowie weitere Aufgaben und Verantwortlichkeiten wie z.B.:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ausbau und Organisation des regionalen Palliativnetzwerks unter Einbeziehung aller Strukturen der allgemeinen und spezialisierten Palliativversorgung • Unterstützung der anderen Krankenhäuser der eigenen Versorgungsregion und ggf. benachbarter Versorgungsregionen ohne palliative Schwerpunkt-Einheit im Aufbau palliativer Konsildienste oder klinikinterner Palliative Care Teams bzw. Bereitstellung eines Konsildienstes für diese Krankenhäuser • Organisation von Fortbildungsveranstaltungen für die Region • Ausbau und Pflege des Palliativnetzwerks: koordinierte struk-

Bundesland	Qualitätskriterien und -festlegungen
	<p>turübergreifende lokale und regionale Vernetzung aller Protagonisten der Palliativversorgung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung eines regional einheitlichen Qualitätsmanagements • Erarbeitung regionaler Versorgungsstandards <p>Schlaganfallversorgung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Das Krankenhaus hat eine im Krankenhausplan ausgewiesene Fachabteilung für Neurologie. • Das Krankenhaus verfügt über eine zertifizierte oder eine im Zertifizierungsverfahren befindende Stroke Unit (Zertifizierungsverfahren entsprechend der Deutschen Schlaganfall-Gesellschaft und der Stiftung Deutsche Schlaganfall-Hilfe) • Das Krankenhaus hält alle infrastrukturellen und prozessualen Voraussetzungen für reibungslose intrahospitale Abläufe in der Schlaganfallversorgung vor. • Darüber hinaus nimmt das Krankenhaus verpflichtend am Schlaganfallregister zur Qualitätssicherung teil. <p>Onkologische Zentren:</p> <p>Onkologische Zentren sind in der Regel an Krankenhäusern der Schwerpunktversorgung angesiedelt, die</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Anforderungen eines Onkologischen Zentrums der Deutschen Gesellschaft für Hämatologie und Onkologie (DGHO) an eine kontinuierliche, umfassende ambulante und stationäre Versorgung von onkologischen Patienten in der jeweils gültigen Fassung erfüllen, oder über mindestens zwei Tumorzentren (z.B. Brusttumorzentrum, Darmtumorzentrum, Prostatatumorzentrum, Lungentumorzentrum, Hauttumorzentrum, Lymphomzentrum, Hirntumorzentrum) nach den Vorgaben der Deutschen Krebsgesellschaft verfügen • mit einem Zentrum der onkologischen Maximalversorgung eine Vereinbarung zur Kooperation abgeschlossen haben. • die von dem G-BA formulierten strukturellen Voraussetzungen zur Durchführung ambulanter onkologischer Behandlungen nach § 116 b SGBV erfüllen. <p>Brustzentren:</p> <p>Ein im Krankenhausplan ausgewiesenes Brustzentrum erfüllt – entweder als einzelnes Krankenhaus (= Brustzentrum mit einem Standort) oder in vertraglich geregelter Kooperation mehrerer Krankenhäuser (= Brustzentrum mit mehreren Standorten) – die aktuellen in der Vereinbarung nach § 137 g SGB V i.V.m. § 140 b SGB V über ein strukturiertes, sektorenübergreifendes Behandlungsprogramm DMP – Brustkrebs festgelegten „Qualitätsanforderungen“ sowie die Qualitätskriterien für die Zertifizierung durch die Deutsche Krebsgesellschaft.</p> <p>Darüber hinaus muss die vertragliche Einbindung an ein onkologi-</p>

Bundesland	Qualitätskriterien und -festlegungen
	sches Zentrum nachgewiesen werden.
Thüringen	<p>Zum 01.01.2017 sind der 7. Thüringer Krankenhausplan und die Verordnung über Qualitäts- und Strukturanforderungen nach § 4 Abs. 3 ThürKHG (ThürQSVO) in Kraft getreten. Die ThürQSVO macht detaillierte Personalvorgaben zum ärztlichen Dienst:</p> <p>Vollstationäre Versorgung (Krankenhaus) je Fachabteilung</p> <ul style="list-style-type: none"> - 5,5 VK ärztliches Personal; ärztliche Leitung, Stellvertretung und ein weiterer Arzt mit Facharztqualifikation für die entsprechende Fachabteilung; soweit die übrigen Stellen mit Ärzten in Weiterbildung zum Facharzt für die entsprechende Fachrichtung besetzt sind, soll sich in der Regel mindestens einer im letzten Drittel der Weiterbildung befinden. <p>Teilstationäre Versorgung (Tageskliniken singulär, extern)</p> <ul style="list-style-type: none"> - 1,25 VK ärztliches Personal für jeden Standort. Bei singulären Tageskliniken ist in der Regel für jeden Standort ärztliches Personal im Umfang von mindestens 1,25 VK vorzuhalten. Bei singulären Tageskliniken mindestens 1 Arzt mit entsprechender Facharztqualifikation <p>Die vorzuhaltende ärztliche Qualifikation gilt nur dann als erfüllt, wenn die Ärzte im Krankenhaus angestellt sind. Ausnahmeregelungen von den Vorgaben können von der Planungsbehörde getroffen werden. Die Vorgaben gelten unabhängig von der Größe einer Fachabteilung.</p> <p>Darüber hinausgehende Regelungen zu Qualitäts- und Strukturanforderungen wurden zu folgenden Bereichen festgelegt:</p> <p>Psychosomatische Medizin und Psychotherapie</p> <ul style="list-style-type: none"> • Eigenständige bettenführende Organisationseinheit mit mindestens 24 Betten • Kooperationsvereinbarung mit PSY-Abteilung in räumlicher Nähe • Fachkliniken benötigen 1 Facharzt Innere Medizin und 2 Fachärzte aus weiteren somatischen Fachrichtungen • ein teilstationäres Angebot muss vorgehalten werden • Anzeige von therapeutischen Personal, das nicht im Krankenhaus angestellt ist • Krankenhaus muss neben der Fachabteilung Psychosomatische Medizin und Psychotherapie noch 3 weitere Fachabteilungen vorhalten bzw. über Kooperationsvereinbarung in räumlicher Nähe nachweisen <p>Geriatric</p> <ul style="list-style-type: none"> • Eigenständige bettenführende Organisationseinheit unter Lei-

Bundesland	Qualitätskriterien und -festlegungen
	<p>tung eines Facharztes mit der Zusatzbezeichnung Geriatrie</p> <ul style="list-style-type: none"> • Stellvertreter muss ebenfalls über Zusatzbezeichnung oder Schwerpunktbezeichnung Geriatrie verfügen • Facharzt für Innere Medizin muss vorhanden sein • Nachweis von Konsiliardiensten zu somatischen Fachrichtungen wie NEU, CHI, ORT, URO, AUG, HAUT, HNO, GYN, PSY und Zahnmedizin Kooperation mit anderen Krankenhäusern oder niedergelassenen Ärzten sind dazu möglich • Folgende Therapiebereiche müssen selbst oder in Kooperation vorgehalten werden: <ul style="list-style-type: none"> • Physiotherapie/Physikalische Therapie • Ergotherapie • Logopädie • (Neuro-)Psychologie und • Ernährungsberatung • Teilstationäres Angebot muss vorgehalten werden • Anzeige von therapeutischen Personal, das nicht im Krankenhaus angestellt ist • Organisationseinheit soll über Ein- und Zweibettzimmer mit behindertengerechter Nasszelle verfügen <p>Neurologische Frührehabilitation Phase B</p> <ul style="list-style-type: none"> • Frührehabilitationsteam unter Leitung eines Facharztes für Neurologie, Neurochirurgie, Physikalische und Rehabilitative Medizin, oder Kinder- und Jugendmedizin mit der Zusatzbezeichnung Neuropädiatrie, soweit Kinder und Jugendliche behandelt werden • ärztliches und pflegerisches Personal muss über tätigkeitsbezogene intensivmedizinische Erfahrungen oder über mehrjährige Erfahrungen in der neurologisch-neurochirurgischen Frührehabilitation • Personal aus den Bereichen Physiotherapie, Ergotherapie, Logopädie (fazio-orale Therapie), Physikalische Therapie, Neuropsychologie, Sozialarbeit, ggf. Atem- und Musiktherapie sowie aktivierend therapeutischer Pflege • Empfehlungen zur neurologischen Rehabilitation der Phasen B und C müssen umgesetzt werden • Labordiagnostik, Liquordiagnostik, doppelsonographischer und neurophysiologischer Untersuchungsverfahren müssen vorhanden sein, unmittelbarer Zugriff auf erforderliche bildgeben-

Bundesland	Qualitätskriterien und -festlegungen
	<p>de Diagnostik</p> <ul style="list-style-type: none"> • Anzeige von therapeutischen Personal, das nicht im Krankenhaus angestellt ist <p>Empfehlungen zur Qualitätssicherung in der Schlaganfallbehandlung in Thüringen</p> <p>Es wurde ein strukturiertes Verfahren festgelegt, in dem die Krankenhäuser 3 Stufen zugeordnet werden.</p> <p>Stufe I umfasst Einrichtungen, die einer überregionalen Stroke Unit zugeordnet werden und entsprechende personelle und strukturelle Anforderungen erfüllen müssen.</p> <p>Stufe II umfasst Einrichtungen, die einer regionalen Stroke Unit zugeordnet werden und entsprechende personelle und strukturelle Anforderungen erfüllen müssen.</p> <p>Stufe III umfasst Einrichtungen, die einer Tele-Stroke-Unit zugeordnet werden und entsprechende personelle und strukturelle Anforderungen erfüllen müssen.</p> <p>Die geforderten personellen und strukturellen Anforderungen richten sich nach den Zertifizierungsrichtlinien der Deutschen Schlaganfallgesellschaft. Die Qualitätssicherung erfolgt über das Verfahren der ADSR Nordwestdeutschland. Tabelle 12.5 des 7. Thüringer Krankenhausplans gibt eine Übersicht der Krankenhäuser, die an der Schlaganfallbehandlung beteiligt und welcher Stufe sie zugeordnet worden sind.</p>

5.6 Vorgaben zu Ausbildungsstätten in den Krankenhausplänen

Tabelle 5.6: Vorgaben zu Ausbildungsstätten in den Krankenhausplänen

Bundesland	Inhalt bzgl. Ausbildungsstätten
Baden-Württemberg	Ausweisung der Ausbildungsstätten und ihre jeweiligen Ausbildungsgänge.
Bayern	Ausweisung der Schulen für Berufe des Gesundheitswesens in Teil II Abschnitt B.
Berlin	Ausweisung der Ausbildungsstätten mit Angabe der Adresse und Fachrichtung.
Brandenburg	Ausweisung der Ausbildungsstätten und ihrer jeweiligen Ausbildungsgänge
Bremen	Ausweisung der Anzahl der Ausbildungsplätze pro Krankenhaus für Krankenpflege, Kinderkrankenpflege, medizinisch-technische Assistenten/innen, Logopäden/innen und Hebammen.
Hamburg	Ausweisung der Ausbildungsstätten und der Soll-Anzahl der Ausbildungsplätze
Hessen	Ausweisung der Ausbildungsstätten.
Mecklenburg-Vorpommern	Ausweisung der Gesamtanzahl der Ausbildungsplätze und Vorgabe der auszubildenden Fachberufe pro Ausbildungsstätte am Krankenhaus.
Niedersachsen	Ausweisung einer IST-Liste der mit den Krankenhäusern notwendigerweise verbundenen Ausbildungsstätten. Keine Angabe über die Anzahl der vorhandenen Ausbildungsplätze.
Nordrhein-Westfalen	Das bislang gültige indikatorengestützte „pragmatische“ Modell soll durch ein empirisch fundiertes Modell ersetzt werden, bei dem die notwendigen Daten zunächst stichprobenartig alle 2 Jahre erhoben werden. Aufbauend auf den erhobenen Daten erfolgt die berufsspezifische Berechnung der benötigten Ausbildungsplatzkapazitäten. Zur Festlegung der künftigen Ausbildungsplatzzahlen wird der im Erhebungsjahr ermittelte Anpassungsbedarf mit den bereits bestehenden, jahresbezogenen Ausbildungsplatzkapazitäten summiert. Das bedeutet, dass neu belegte Ausbildungsplatzkapazitäten im Erhebungsjahr zum Anpassungsbedarf addiert werden. Das MGEPA beabsichtigt eine Verschlinkung des Planungsverfahrens für die Ausbildungsstätten gem. § 2 Nr. 1 a KHG umzusetzen. Es besteht vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels und des

Bundesland	Inhalt bzgl. Ausbildungsstätten
	<p>auch künftig steigenden Nachfragedrucks ein ausdrückliches Interesse daran, Ausbildungsbemühungen zu erleichtern und die - auch kurzfristige - Erhöhung von Ausbildungsplatzkapazitäten an die Erfordernisse durch ein flexibleres Verfahren zu unterstützen. Den Bezirksregierungen kommt als Aufsichtsbehörden wie bisher die Aufgabe zu, an Hand der gesetzlichen Vorgaben zu personellen, räumlichen und sächlichen Anforderungen an eine qualitativ gute Ausbildung die staatliche Anerkennung der Ausbildungsstätte zu bescheiden. Damit ist gesichert, dass keine Ausweitung der Ausbildungskapazitäten entstehen kann, die den Rahmen einer staatlichen Anerkennung der Ausbildungsstätte übersteigt. Schon heute hat sich in den Unternehmen der Gesundheitsbranche die Erkenntnis durchgesetzt, dass Fachkraftsicherung durch Engagement in der Ausbildung und durch Maßnahmen der Mitarbeiter- und Mitarbeiterinnenbindung gelingen muss. Die Verschlinkung des Krankenhausplanungsverfahrens trägt dem Rechnung. Diese Entwicklung sollte sich insgesamt auch förderlich auf die Sichtbarmachung der guten Ausbildungen und sicheren Berufsperspektiven in den Gesundheitsfachberufen auch im Gesamtgefüge des Wettbewerbs im Ausbildungsmarkt auswirken.</p> <p>Hierzu beabsichtigt das MGEPA Änderungen im Krankenhausplan 2015 im Rahmen dessen Fortschreibung (vgl. Landtagsvorlage 16/4688; https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV16-4688.pdf).</p>
Rheinland-Pfalz	Ausweisung der Anzahl der Ausbildungsplätze pro Krankenhaus nach den Berufsgruppen (aktueller Bestand der Bescheide).
Saarland	Ausweisung der Anzahl der Ausbildungsplätze pro Krankenhaus nach Berufsgruppen.
Sachsen	Ausweisung der Anzahl der Ausbildungsplätze pro Krankenhaus nach den Berufsgruppen.
Sachsen-Anhalt	Ausweisung der Ausbildungsstätten je Krankenhaus nach den Berufsgruppen.
Schleswig-Holstein	<p>Ausweisung von Ausbildungsstätten pro Krankenhaus sowie Mass-eure und Medizinische Bademeister, Physiotherapie je Krankenhaus.</p> <p>Keine Angaben über die Anzahl der Ausbildungsplätze.</p>
Thüringen	Ausweisung von sieben Ausbildungsstätten, in denen ausschließlich der Beruf Gesundheits- und Krankenpflege sowie Gesundheits- und Krankenpleghilfe erlernt werden kann; keine weiteren Angaben.

5.7 Vorgaben zur Frührehabilitation in den Krankenhausplänen

Tabelle 5.7: Vorgaben zur Frührehabilitation in den Krankenhausplänen

Bundesland	Inhalt bzgl. Frührehabilitation
Baden-Württemberg	Zuweisung konkreter Anzahl an Betten für die neurologische Frührehabilitation Phase B im Rahmen der Fachplanung.
Bayern	<p>Im Bereich der geriatrischen Frührehabilitation ist eine Anerkennung als Akutgeriatrie notwendig.</p> <p>Frührehabilitative Behandlungsmöglichkeiten sind von einer Akutgeriatrie vorzuhalten. Die Akutgeriatrie erfüllt hierbei hinsichtlich der Struktur- und Prozessqualität die Anforderungen zur Erbringung der geriatrischen frührehabilitativen Komplexbehandlung gemäß dem Operationen- und Prozedurenschlüssel (OPS) 8-550 in seiner jeweils gültigen Fassung. Zur Verbesserung der Ergebnisqualität werden regelmäßige Auswertungen zur Dokumentation im Rahmen der nach § 135a SGB V vorgegebenen Verpflichtung zur Qualitätssicherung empfohlen.</p>
Berlin	Bei Erfüllung von Mindestanforderungen und positivem Nachweis erfolgt eine quantitative Ausweisung der Einheit für neurologische Frührehabilitation innerhalb der Neurologie.
Brandenburg	Planung der Neurologischen Frührehabilitation Phase B unter Bezugnahme auf das Phasenmodell nach BAR
Bremen	Festlegungen zur Neurologischen Frührehabilitation als spezieller medizinischer Einrichtung; Interdisziplinäre Frührehabilitation sowie die Weiterentwicklung der geriatrischen Frührehabilitation stellen Schwerpunkte der Fortschreibung 2010 bis 2015 dar.
Hamburg	Ausweisung des Schwerpunktes Frührehabilitation neurologisch-neurochirurgische Frührehabilitation, intensivmedizinische Frührehabilitation für beatmungspflichtige Patienten, Schwerst Schädel-Hirnverletzte und multimodale Schmerztherapie für Patienten mit chronischen Rückenschmerzen.
Hessen	Ausweisung des landesweiten und des regionalen Gesamtbedarfs sowie der standortbezogenen Kapazitäten

Bundesland	Inhalt bzgl. Frührehabilitation
	für die Versorgung von Schwer-Schädel-Hirnverletzten der Frühphase B. Hinweis auf Geltung des Hessischen Geriatriekonzepts, das die fallabschließende Behandlung geriatrischer Patienten einschließlich der rehabilitativen Behandlungsanteile im Akutkrankenhaus vorsieht.
Mecklenburg-Vorpommern	Ausweisung der Fachabteilungen.
Niedersachsen	Keine Angaben
Nordrhein-Westfalen	Erläuterung zur verpflichtenden Frührehabilitation im Rahmen der Krankenhausbehandlung gemäß § 39 Absatz 1 Satz 3 SGB V.
Rheinland-Pfalz	Keine Angaben
Saarland	Ausweisung der Frührehabplätze pro Krankenhaus.
Sachsen	Namentliche Nennung der Krankenhäuser zur akutstationären Behandlung von Patienten mit schweren und schwersten Hirnschädigungen, Neurologische Frührehabilitation Phase B.
Sachsen-Anhalt	Ausweisung der Zentren für neurologische Frührehabilitation.
Schleswig-Holstein	Zuweisung des Versorgungsauftrages als Bemerkung in Feststellungsbescheid.
Thüringen	Leistungen der neurologischen Frührehabilitation nach Phase B werden in Akutkrankenhäusern innerhalb der Fachabteilung Neurologie erbracht. Vertragskrankenhäuser nach § 108 Nr. 3 SGB V die diese Leistungen erbracht haben und bisher nur nachrichtlich im Krankenhausplan ausgewiesen wurden, sind in den 7. Thüringer Krankenhausplan mit dieser Leistung aufgenommen worden.

5.8 Vorgaben zu teilstationären Einrichtungen und Regelungen zu teilstationären Leistungen in den Krankenhausplänen

Tabelle 5.8: Vorgaben zu teilstationären Einrichtungen und Regelungen zu teilstationären Leistungen in den Krankenhausplänen

Bundesland	Inhalt bzgl. teilstationären Einrichtungen
Baden-Württemberg	<p>Der Krankenhausplan sieht vor, dass teilstationäre Plätze abteilungsbezogen und mit konkreter Platzzahl geplant werden. Bevor neue somatische teilstationäre Kapazitäten krankenhauplanerisch ausgewiesen werden, sollen Krankenhausträger und Krankenkassen sich in Form einer ergänzenden Vereinbarung nach § 109 Abs. 1 Satz 5 SGB V über das hier zu erbringende Leistungsspektrum einigen. Im Falle einer Nichteinigung innerhalb von 6 Monaten entscheidet das Land.</p> <p>Bezüglich der künftigen „teilstationären“ Dialyse gilt folgendes:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die teilstationäre Dialyseerbringung ist auf den angemessenen Umfang zu beschränken, aber prinzipiell weiterhin möglich. Sie ist insbesondere nephrologischen Schwerpunktabteilungen vorzubehalten. - Nephrologische Schwerpunktabteilungen sollen die Kriterien des § 11 Abs. 3 Abschnitt 3 Anlage 9.1 Anhang 9.1.4 Bundesmantelvertrag sowie die Empfehlungen der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Klinische Nephrologie zu Struktur und Aufgaben nephrologischer Schwerpunktabteilungen erfüllen. - Bei Neuerrichtung von teilstationären Versorgungsangeboten ist regelmäßig eine Anrechnung auf bisherige vollstationäre Bereiche vorzunehmen.
Bayern	<p>Grundsätzlich erfolgt in Bayern nur die Angabe von Gesamtbetten und Gesamtplätzen pro Haus. Die Verteilung auf die Fachabteilungen ist eine Entscheidung des Trägers. Diese wird nachrichtlich im Anhang des Krankenhausplans ausgewiesen. Eine Verschiebung zwischen den (genehmigten) Fachabteilungen ist jederzeit möglich, muss aber dem zuständigen Ministerium mitgeteilt werden.</p> <p>Keine weitergehenden Regelungen zu teilstationären Leistungen.</p>
Berlin	<p>Die im Krankenhausplan ausgewiesene Gesamtzahl der Betten schließt die Belegbetten und die teilstationären Plätze ein. Insbesondere im Bereich der psychiatrischen Versorgung werden konkrete Vorgaben zum Umfang der teilstationären Versorgung gemacht, da sie integraler Bestandteil des regional verankerten, integrierten Versorgungssystems sind.</p> <p>Die Zahl der teilstationären Plätze innerhalb einer Hauptdisziplin darf bis zu $\pm 15\%$ von der Planvorgabe abweichen. Künftige Erhöhungen</p>

Bundesland	Inhalt bzgl. teilstationären Einrichtungen
	<p>der teilstationären Kapazitäten erfolgen zulasten des vollstationären Bereiches; Verringerungen zugunsten der vollstationären Kapazitäten. Tagesklinikplätze werden gegliedert nach Hauptdisziplinen ausgewiesen.</p>
Brandenburg	<p>Ausweisung der Tagesklinikplätze pro Fachabteilung und Krankenhaus.</p> <p>Keine weitergehenden Regelungen zu teilstationären Leistungen.</p>
Bremen	<p>Ausweisung der Tagesklinikplätze bzw. teilstationären Plätze pro Fachabteilung und Krankenhaus (Dermatologie, Dialyse, Gastroenterologie/Diabetologie, Geriatrie, Gynäkologie, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Neurologie, Pädiatrie, Pneumologie, Psychiatrie, Rheumatologie, Onkologie, Urologie).</p> <p>Keine weitergehenden Regelungen zu teilstationären Leistungen.</p>
Hamburg	<p>Ausweisung teilstationärer Plätze pro Fachabteilung und Krankenhaus (Chirurgie und Orthopädie, Gynäkologie und Geburtshilfe, Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde, Haut- und Geschlechtskrankheiten, Innere Medizin, Geriatrie, Kinderheilkunde, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie, Neurologie, Psychiatrie- und Psychotherapie, Psychosomatische Medizin und Psychotherapie, Schwerpunkt Frührehabilitation).</p> <p>Keine weitergehenden Regelungen zu teilstationären Leistungen.</p>
Hessen	<p>Keine differenzierten Regelungen zu teilstationären Leistungen im Allgemeinen Teil des Krankenhausplans, jedoch Ausweisung der teilstationären Kapazitäten des einzelnen Krankenhauses im derzeit noch aktuellen Hessischen Krankenhausrahmenplan 2005 - Besonderer Teil.</p>
Mecklenburg-Vorpommern	<p>Ausweisung der Tagesklinikplätze pro Fachabteilung und Krankenhaus.</p>
Niedersachsen	<p>Ausweisung der geförderten teilstationären Einrichtungen unter Ausweisung der Fachrichtung und der Anzahl der dort vorhandenen Plätze.</p> <p>Keine weitergehenden Regelungen zu teilstationären Leistungen.</p>
Nordrhein-Westfalen	<p>Tageskliniken stellen in NRW das im Krankenhausplan ausgewiesene Angebot dar. Sie ermöglichen in ausgewählten Gebieten wie insbesondere der Psychiatrie und Psychotherapie und Psychosomatik und Psychotherapie, der Kinder- und Jugendpsychiatrie und der Geriatrie ein Angebot, das den Interessen der Patientinnen und Patienten nach Erhalt von Alltagsstrukturen bei gleichzeitig kompetenter medizini-</p>

Bundesland	Inhalt bzgl. teilstationären Einrichtungen
	scher Versorgung entgegenkommt. Der Ausbau von Tageskliniken zu einer flächendeckenden Vorhaltung wird weiter verfolgt, auch weil es geeignet ist, die Wege für Patientinnen und Patienten erheblich zu verkürzen. Auch in der Geriatrie bleiben Tageskliniken im Rahmen anerkannter Kapazitäten möglich, eine Ausweisung im Plan erfolgt nicht.
Rheinland-Pfalz	Ausweisung der Tagesklinikplätze pro Fachabteilung und Krankenhaus. Keine weitergehenden Regelungen zu teilstationären Leistungen.
Saarland	Ausweisung der teilstationären Plätze je Krankenhaus in den Fachgebieten Dialyse, Geriatrie, HNO-Cochlear, Innere Medizin, Kinderonkologie, Kinder- und Jugendpsychiatrie und –psychotherapie, Onkologie, Psychiatrie und Psychotherapie sowie der Psychosomatischen Medizin und Psychotherapie. Teilstationäre Kapazitäten in anderen Fachgebieten können im Krankenhausplan unter “Sonstige Fachbereiche“ ausgewiesen werden, ggf. erfolgt eine entsprechende Präzisierung im Stammbblatt Teil 2. Keine weitergehenden Regelungen zu teilstationären Leistungen.
Sachsen	Grundsätzlich werden in der psychiatrischen, psychotherapeutischen und kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung (Klassifizierung der Fachgebiete nach der ärztlichen Weiterbildungsordnung) bei der Bettenziffer die stationären und die teilstationären Kapazitäten getrennt ausgewiesen. Ergänzend können in ausgewählten somatischen Fachgebieten teilstationäre Kapazitäten ausgewiesen werden; dies betrifft vorwiegend die Geriatrie, Dermatologie, Hämatologie und Onkologie.
Sachsen-Anhalt	Ausweisung der Tagesklinikplätze pro Fachabteilung und Krankenhaus für die Fachgebiete Psychiatrie und Psychotherapie, Kinder- und Jugendpsychiatrie und –psychotherapie sowie psychosomatische Medizin und Psychotherapie. Keine weitergehenden Regelungen zu teilstationären Leistungen. Gemäß den Rahmenvorgaben ist für die Fachgebiete ohne Kapazitätsaussagen eine gesonderte Planung von tagesklinischen Plätzen entbehrlich. Die Krankenhäuser können im Rahmen ihres Versorgungsvertrages teilstationäre Angebote vorhalten. Ausgenommen hiervon sind die Fachgebiete, die weiterhin kapazitatativ geplant werden und tagesklinische Angebote, die nicht am Standort des Krankenhauses vorgehalten werden.
Schleswig-Holstein	Ausweisung der teilstationären Plätze und Tagesklinikplätze Plätze pro Krankenhaus.

Bundesland	Inhalt bzgl. teilstationären Einrichtungen
	<p>Die gesonderte Ausweisung eines teilstationären Behandlungsangebotes im Krankenhausplan setzt ein verbindliches Behandlungskonzept voraus, in dem die folgenden Eckpunkte konkretisiert werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Für und während der Behandlung wird die medizinisch-organisatorische Infrastruktur eines Krankenhauses benötigt. Der Patient wird im Krankenhaus aufgenommen. Die Behandlung steht unter ständiger ärztlicher Leitung und Verantwortung. • Die zu behandelnden Krankheitsbilder und die geplanten diagnostischen und therapeutischen Maßnahmen werden bestmöglich beschrieben. • Für jeden Patienten wird ein ärztlicher Behandlungsplan erstellt, der insbesondere Angaben zur voraussichtlichen Aufenthaltsdauer und zu den vorgesehenen Therapieeinheiten beinhaltet. • Behandlungsinhalte, für die bereits eine Zulassung nach § 116b SGB V besteht, können nicht Bestandteil einer teilstationären Behandlung werden. • Die Behandlung unter klinischen Bedingungen wird nur während des Tages durchgeführt und die Patientin oder der Patient verbringt die Nacht sowie das Wochenende außerhalb der Tagesklinik (Ausnahme sog. Nachtkliniken). <p>Eine Änderung des verbindlichen Behandlungskonzeptes ist gegenüber der Planungsbehörde anzeigepflichtig.</p>
Thüringen	<p>Ausweisung von Tagesklinikplätzen pro Fachabteilung und Krankenhaus in den Fachgebieten Psychiatrie, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatische Medizin und Geriatrie.</p> <p>Für sonstige somatische Disziplinen können Vereinbarungen gemäß § 109 Abs. 1 Satz 5 SGB V mit den Krankenkassenverbänden zu teilstationären Krankenhausleistungen abgeschlossen werden, die der Planungsbehörde anzuzeigen sind. Diese werden nachrichtlich auf den Datenblatt des entsprechenden Krankenhauses ausgewiesen.</p> <p>Keine weitergehenden Regelungen zu teilstationären Leistungen.</p>